



Pol. Civ.

42 ms

Fuchs

frus

1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900

Die
Gefangenen-Schutzthätigkeit
und die
Verbrechens-Propylaxe.

Von

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN

ADOLF FUCHS,

Geheimer Oberfinanzrat,

Vorsitzender der Zentralleitung der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene
und des Ausschusses des Verbandes der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene,
Ehrenmitglied des schweizerischen Vereins für Straf- und Gefängniswesen.



Berlin.

Carl Heymanns Verlag.

1898.

889

Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

Der Berliner Bierboykott von 1894.

Ein Beitrag

zur

Geschichte der sozialen Klassenkämpfe der Gegenwart.

Aktenmässig dargestellt

von

Emil Struve.

Preis M. 6, bei postfreier Zusendung M. 6,30.

Neue Beiträge

zur

Frage der Arbeitslosen-Versicherung

von

Dr. Georg Schanz,

Professor der Nationalökonomie in Würzburg.

Preis M. 4, bei postfreier Zusendung M. 4,20.

Die Deutsche Streikbewegung.

Unter Berücksichtigung der ausländischen Streikbewegung

dargestellt von

Dr. jur. Max Broesike.

Preis M. 1,20, bei postfreier Zusendung M. 1,30.

Die
Gefangenen-Schutzthätigkeit
und die
Verbrechens-Propylaxe.

Von

ADOLF FUCHS,

Geheimer Oberfinanzrat,

Vorsitzender der Zentralleitung der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene
und des Ausschusses des Verbandes der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene,
Ehrenmitglied des schweizerischen Vereins für Straf- und Gefängniswesen.



Berlin.

Carl Heymanns Verlag.

1898.

„Alle Urheber-Rechte, das der Übersetzung in nicht deutsche Sprachen
bleiben vorbehalten.“



Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W

Verlags-Archiv 2861.

EINLEITUNG.

Jeder unerlaubte Eingriff in die Rechtsordnung erfordert eine Sühne, deren Ausmass stets mit der Schwere der strafbaren That im Einklange stehen muss. Besteht die Sühne in einer Freiheitsentziehung von kürzerer oder längerer Dauer, so muss diese so gestaltet werden können, dass sie von dem davon Betroffenen als ein empfindliches Übel aufgenommen wird.

Die Waffen, welche in dieser Beziehung das Strafgesetz den Richtern in die Hand giebt, müssen scharf und schneidig sein, wenn sie sich als brauchbar erweisen sollen.

Ebenso ist man es auch der Autorität des Gesetzes und der ihr gebührenden Achtung schuldig, dass jede Strafe mit derjenigen Strenge vollzogen wird, welche ihr Zweck gebietet.

Nur unter dieser Voraussetzung ist zu erwarten, dass sie nicht allein auf den einzelnen Verbrecher abschreckend wirke, sondern dass sie auch in allen den Kreisen die gleiche Wirkung äussern werde, in welchen die Neigung zu strafwürdigem Beginnen früher oder später die Oberhand gewinnen sollte.

Auf der anderen Seite ist vom rein humanitären Standpunkt die Forderung eine wohl berechtigte, dass nicht nur bei dem Vollzug der Strafe jede unnötige Härte grundsätzlich vermieden werde, sondern dass namentlich auch die mit dem strafgerichtlichen Urteilsspruch und dessen Vollzug für den Einzelnen an sich schon verknüpften Übel nicht etwa nach dessen Rückkehr in die Freiheit eine weitere Verschärfung erfahren sollen, welche das Strafgesetz selbst gar nicht beabsichtigt hat und gegen welche, sobald sie eintreten, und auf die Besserungsvorsätze des Straftlassenen einen

unheilvollen Einfluss auszuüben im Stande sind, wirksame Schutzmittel bereit gehalten werden müssen.

So wenig der Straftentlassene, selbst wenn sein Wille, ein besseres Dasein zu beginnen, ein sehr ernstlicher sein sollte, irgend welchen Grund zur Klage haben kann, falls diejenigen Arbeitsgelegenheiten sich ihm verschliessen, bei deren Vergabung die volle Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit der Bewerber die vornehmlichste Voraussetzung bilden, ebenso tief beklagenswert ist es, wenn infolge, teils von ungünstigen äusseren Umständen, welche oft ganz zufälliger Natur sein können, teils auch von engherzigen Vorurteilen seiner Mitmenschen ihm überhaupt der Weg zur Arbeit versperrt und auf diese Weise die Rückkehr zur Ehrbarkeit und Rechtschaffenheit unmöglich gemacht wird.

Wer wollte, um in seinem Urteile billig und gerecht zu sein, verkennen, dass der Verbrecher, wenn er auch noch so sehr unsern Abscheu hervorzurufen im Stande ist, immer noch ein Mensch ist, der einen Anspruch auf unser Mitgefühl hat, und wer wollte bestreiten, dass derselbe mit der Rückkehr in die Gesellschaft wieder deren Mitglied wird, welchem alle Pflichten gegen dieselbe obliegen und dem deshalb auch, soweit das Gesetz nicht ausdrücklich es anders bestimmt, alle Rechte eines solchen zukommen müssen.

Gegenüber dem bei der Mehrzahl der Straftentlassenen zu Tage tretenden Notstande, welcher die Gefahr des Verbrechensrückfalls sehr nahelegt und gegen welchen sich zu schützen, nicht innerhalb des Willens des einzelnen Hilfsbedürftigen liegt, ist eine helfende Fürsorge unerlässlich. Diese Hilfe kann zunächst von der Seite erwartet werden, wo das dem Menschenherzen innewohnende und durch sittlich-religiöse Impulse mächtig geförderte Barmherzigkeitsgefühl stets geneigt ist, menschliches Unglück zu lindern und zu heilen, allein diese Hilfe darf nicht auf den einzelnen Fall beschränkt bleiben, vielmehr muss sie so organisiert werden, dass sie jedem etwa eintretenden Bedürfnisse sofort gerecht zu werden im Stande ist.

Ebensowenig genügt es an der Mitarbeit Einzelner, vielmehr müssen alle Gesellschaftskreise zur Teilnahme sich bereitfinden lassen im Hinblick darauf, dass durch eine etwaige Überhandnahme des Verbrechertums die ruhige

Weiterentwicklung der kostbaren Errungenschaften eines geordneten, in Gesittung und Bildung, sowie in äusserer Wohlfahrt erstarkten Staatswesens ernstlich gefährdet erscheinen und dass die Pflicht, hier als Mitkämpfer gegen den gemeisamen Feind einzutreten, in demselben Masse sich steigert, in welchem der Einzelne im Stande ist, für sein geistiges und wirtschaftliches Leben der Vorteile teilhaftig zu werden, welche musterhafte staatliche Einrichtungen ihm fortgesetzt zu bieten im Stande sind.

Es kann deshalb niemals laut genug betont werden, dass der Kampf gegen das Verbrechen eine der wichtigsten Fragen bildet, welche zur Zeit ihrer Lösung seitens des Staates und der Gesellschaft harren.

Hierbei ist aber festzuhalten, dass weder der Staat ohne Unterstützung durch die Gesellschaft noch die in der Strafe liegende Abschreckung ohne Unterstützung durch die Verbrechensprophylaxe im Stande sind, diesen Kampf wirksam und siegreich durchzuführen.

Das Verlangen nach Schutzvorkehrungen zu Gunsten der entlassenen Gefangenen durfte aber um so eindringlicher geltend gemacht werden, sobald der Grundsatz zur allgemeinen Anerkennung gelangt war, dass die Strafe nicht bloss die Sühne für das begangene Verbrechen bezwecke, sondern auch zur Besserung des Sträflings dienen soll und dass deshalb der Vollzug der Strafe diesem Zwecke angepasst und die hierdurch gebotenen Reformen auf dem Gebiete des Gefängniswesens herbeigeführt werden müssen.

Für den Staat und die Gesellschaft ergab sich hieraus das ganz gleiche Interesse, dafür Fürsorge getroffen zu sehen, dass das während des Strafvollzugs begonnene Besserungswerk nach dessen Beendigung mit Erfolg weitergeführt und namentlich vor jeder unliebsamen ausserhalb des Verschuldens des Strafentlassenen liegenden Störung oder Unterbrechung bewahrt werden könne.

Die Besserungsaufgabe musste aber denjenigen Übelthätern gegenüber eine ganz besondere Bedeutung gewinnen, bezüglich welcher mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter eine planmässige Erziehung und die Gewöhnung an die Achtung vor dem Gesetze noch möglich ist.

So hat denn derselbe menschliche Geist, welcher Jahrhunderte hindurch in der Erfindung von Einrichtungen, welche dazu beitrugen, die Freiheitsentziehung zu einer besonders qual- und martervollen zu machen und die Gefängnisse in Stätten entsetzlichen menschlichen Elends und erschreckender sittlicher Verkommenheit umzuwandeln, eine erstaunliche Gewandtheit zu erkennen gegeben, mit dem Fortschreiten der Kultur und dem Platzgreifen einer erhabeneren Auffassung der dem Einzelnen als Mitglied der Gesellschaft sich aufdrängenden Lebensaufgabe nicht geruht, bis diejenigen Reformen durchgeführt waren, auf Grund welcher für den Gefangenen ein menschenwürdiges Dasein sowohl während des Strafvollzugs als auch nach dessen Rückkehr in die Freiheit als vollständig gesichert gelten konnte.

All diesen Errungenschaften, welche während eines Zeitraumes von über hundert Jahren sich vollzogen haben und auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten können, ist das eigen, dass unter denselben ein innerer ursächlicher Zusammenhang besteht, der fortgesetzt mit zwingender Notwendigkeit zur Folge hatte, dass jede eingreifende Reform auf dem Gebiete des Gefängniswesens sofort eine entsprechende auf dem der Gefangenenschutzthätigkeit hervorgerufen hat, welche ihr als Grundlage dienen musste, um zu voller Lebenskraft gelangen zu können.

So konnte man nicht einseitig auf die Beseitigung aller Härten bei dem Vollzug der Strafe hinarbeiten ohne diesen Grundsatz als auch für die Gestaltung der Lebenslage eines hilfsbedürftigen Gefangenen nach seiner Entlassung massgebend zu erachten. Man durfte nicht alle zur sittlichen und religiösen Wiederaufrichtung des Strafgefangenen erforderlichen Einrichtungen in's Leben rufen, um in dem einzelnen Sträfling ernste Besserungsgrundsätze zu erwecken, wenn man nicht sicher sein konnte, auch dem Strafantlassenen diejenige Stütze bieten zu können, welche für die Begründung eines nur der Besserung ernstlich zugewendeten Lebensdaseins oft unentbehrlich ist.

Man konnte endlich nicht an Neuerungen herantreten, wie die bedingte Strafantlassung oder der bedingte Strafaufschub bis zu seiner weitestgehenden Ausgestaltung in der

Form der bedingten Verurteilung, wenn man nicht im Stande war, alle diejenigen, welche dieser Vergünstigung theilhaftig geworden sind, im Bedürfnisfalle mit derjenigen Schutzfürsorge zu umgeben, deren sie bedürfen um durch längerandauerndes gutes Verhalten der ihnen zuteil gewordenen Wohlthat sich würdig erweisen zu können.

Diesen inneren Zusammenhang zwischen den Reformen auf dem Gebiete des Gefängniswesens und denen, welche der Gefangenenfürsorge zugewendet sind, haben auch diejenigen ganz richtig erkannt, welche erstmals für die Verbesserung des Looses der Strafgefangenen eingetreten sind.

Als im Jahre 1776 Richard Whister in Philadelphia, unterstützt von einer grösseren Zahl gleichgesinnter Mitbürger den ersten Verein zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Gefangenen gegründet hatte, so war das Vereinsziel ebenso sehr auf die Anbahnung einer Reform im Gefängniswesen gerichtet als auf die Organisierung einer vollkommen leistungsfähigen Gefangenenfürsorge. Bei diesen Gedanken sind aber diejenigen, welche in erster Reihe wie die Engländer John Howard und Elisabeth Fry als die geistvollen Vollstrecker der von Richard Whister gegebenen Anregung gelten können, nicht stehen geblieben, sie haben sich nicht etwa darauf beschränkt, überall auf die Gründung von Gefangenen-Schutzvereinen hinzuwirken und für die Notwendigkeit der Gefängnisreform der verschiedensten Art in den weitesten Kreisen das richtige Verständnis wachzurufen, sondern sie haben es auch gewissermassen als ihre Lebensaufgabe erkannt, keine Gelegenheit zu versäumen, die Bestraften im Gefängnisse selbst aufzusuchen, auf diese Weise mit dem Verbrechertum in seinen mannigfaltigen Einzelercheinungen in unmittelbare Berührung zu treten, und dadurch ein sicheres Urteil darüber zu gewinnen, in welcher Weise entsprechend dem ursächlichen Zusammenhange zwischen dem Vorleben des Gefangenen und seiner strafbaren That nicht allein die den Straftentlassenen zuzuwendende Fürsorge, sondern auch die Bestrebungen der Verbrechensprophylaxe überhaupt einzurichten seien, um sie zu besonders wirkungsvollen zu machen.

Es hat allerdings nahezu ein halbes Jahrhundert gedauert,

bis der in Philadelphia erstmals angeregte Gedanke die von dessen Schöpfern beabsichtigte praktische Gestaltung erhalten und bis das ursprünglich in den Boden der neuen Welt gelegte und von da in fast allen Ländern Europas ausgebreitete Samenkorn diejenigen Früchte getragen hat, welche dem Schaffensgeiste des Menschen und seiner Beharrlichkeit in der Förderung gemeinnütziger Werke und in der warmen Pflege einer massvollen, die Rücksichten auf das Gemeinwohl nie ausser Acht lassenden Humanität zur grössten Ehre gereichen.

So darf es uns mit innerlicher Genugthuung erfüllen, wenn wir in allen nach modernen Grundsätzen angelegten Gefängnissen all den Einrichtungen begegnen, welche in erster Reihe einen strengen und möglichst gleichmässigen Strafvollzug sichern, aber auch dazu beitragen, allen geistigen und gesundheitlichen Bedürfnissen der Gefangenen thunlichst gerecht werden zu können und sie zur Besserung und Arbeit bezw. zur Erwerbsbefähigung zu erziehen.

Ebenso darf es den Gegenstand unserer aufrichtigsten Bewunderung bilden, dass in allen gebildeten Ländern der alten und neuen Welt Verbände und Vereine in Thätigkeit sind, welche unter dem kräftigen Schutze edelmütig denkender Fürsten und schaffensfreudiger Fürstinnen, unter der wohlwollenden Förderung erleuchteter Staatsregierungen, sowie getragen durch die lebensfrische Opferwilligkeit ihrer Mitglieder und durch deren zielbewussten Gemeinsinn in edlem gegenseitigem Wetteifer den Aufgaben der Gefangenenfürsorge in ihren verschiedenartigen Ausgestaltungen näher treten, namentlich Einrichtungen ins Leben gerufen haben, durch welche unsere Jugend im Wege der nachträglichen Erziehung vor dem verhängnisvollen Übel tiefergehender sittlicher Verwahrlosung rechtzeitig bewahrt wird. Es sind dies Vereinigungen, welche ihre helfende Fürsorge in mehr oder minder ausgedehntem Masse ihren Schützlingen zuwenden und welche, je weiter sie ihr Thätigkeitsgebiet bemessen, mit Recht durch das innerlich befriedigende Bewusstsein sich gehoben fühlen dürfen, damit dem ursprünglichen Gedanken, wie er Whister und seinen geistigen Nachfolgern vorgeschwebt hat, möglichst nahe gekommen zu sein.

Für Jeden aber, welcher der Sache näher treten will, eröffnet sich eine kostbare Erkenntnisquelle in den Kundgebungen, welche anlässlich internationaler Gefängnis-Kongresse und ähnlicher Vereinigungen von Männern der Wissenschaft und der praktischen Erfahrung stattzufinden pflegen. Diese sowohl wie die periodisch wiederkehrenden Veröffentlichungen über die Thätigkeit der einzelnen Gefangenen-Schutzvereine können als das Ergebnis jahrelanger hingebender Arbeit sowie als das schwerwiegende Urteil von Freunden der Gefangenen-Fürsorge im allgemeinen gelten, welche eingedenk der auf diesem Arbeitsgebiete im raschesten Fluge sich entwickelnden Bedürfnisse nie müde werden, den bisher so glücklich gelösten Aufgaben immer wieder weitere gleich beherzigenswerte hinzuzufügen.

Es bedarf allerdings eines tiefergehenden Einblickes in die hier zu verzeichnenden Errungenschaften, um sich von deren Grossartigkeit und Mannichfaltigkeit sowie von der ihnen innewohnenden überzeugenden Kraft ein klares Bild zu machen.

Die Gelegenheit zu einem solchen Einblick in gemeinfaßlicher und kurz zusammengedrängter Weise für weitere Kreise ist der Zweck dieser Arbeit.

Sie soll als Führer durch die Gefangenen-Schutzthätigkeit und die Verbrechens-Propylaxe allen denjenigen dienen, welche erstmals mit ihrer Thätigkeit auf diesem Arbeitsgebiete den Anfang machen wollen, sie soll für sie eine Quelle der Belehrung werden und zugleich als Ansporn dienen, bewährten Mustern nachzustreben, sie soll für alle diejenigen, welche bisher bei halber Arbeit stehen geblieben sind, als ernste Mahnung zu zielbewussterem Vorgehen sich erweisen, sie soll endlich allen denjenigen, deren bisherige Thätigkeit eine ebenso mustergiltige als segensreiche gewesen ist, zur lebhaftesten Genugthuung gereichen und sie mit der trostreichen Zuversicht erfüllen, dass jede gute Sache, wenn sie auch noch so sehr bemängelt und in ihrem inneren Wert herabgemindert werden will, schliesslich doch zur erhofften vollen Anerkennung gelangt.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Einleitung	III

Erster Abschnitt.

Allgemeine Gesichtspunkte.

§ 1. Begriff und Bedeutung der Gefangenen-Schutzthätigkeit	1
Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne des Wortes	
während des Strafvollzugs	
nach der Entlassung aus dem Gefängnisse	
Allgemeine Verbrechens-Prophylaxe	
§ 2. Wem liegt die Pflicht zur Wahrnehmung der Gefangenen-Schutz-	
thätigkeit ob?	3
Keine staatliche Pflicht	
§ 3. Fortsetzung	4
Genossenschaftliche Vereinigungen	
§ 4. Fortsetzung	6
§ 5. Grundsätze für die Organisation der Schutzvereine für entlassene	
Gefangene	7
§ 6. Der Namen des Vereins	7
§ 7. Die räumliche Begrenzung des Vereinsbezirkes	8
Orts-, Bezirks- oder Kreis-, Landes- oder Provinzial-Vereine,	
Nationale Verbände	
§ 8. Die sachliche Begrenzung des Vereins-Thätigkeitsgebietes	9
konfessionelle Vereine oder nur für die Orts-, Provinz- oder	
Landesangehörigen oder für Jugendliche oder	
für Gefangenen-Fürsorge und Verbrechens-Prophylaxe zugleich	
ohne jede Unterscheidung	
§ 9. Durch welche Organisation wird die Gefangenen-Schutzthätigkeit	
am meisten gefördert?	
Ortsvereine	11
§ 10. Fortsetzung	
Konfessionelle Vereine	13
§ 11. Fortsetzung	
Vereine mit zentraler Organisation	15

	Seite
§ 12. Vorteile der zentralen Organisation	17
§ 13. Praktische Erfolge der zentralen Vereins-Organisation	20
§ 14—16. Fortsetzung	
Reformvorschläge in Preussen	21
§ 17. Fortsetzung	26
§ 18. Fortsetzung	
Rheinisch-Westfälische Gefängnis-Gesellschaft	27
§ 19. Fortsetzung	
Der Landesverband der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene	29
§ 20. Die Vereinsleitung	32
Vorstand, Generalversammlung, Jahresberichte	
§ 21. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder	33
Gemeinden als Mitglieder	
§ 22. Die Grösse der Mitglieder-Beiträge	35
§ 23. Die Vermögens-Verwaltung und Rechnungs-Ablage	35
§ 24. Das Verhältnis der Schutzvereine für entlassene Gefangene zu den Staats- und Gemeindebehörden	36
§ 25. Das Verhältnis zu den kirchlichen Gemeinschaften und ihren Dienern Gefangenen-Sonntag	38
§ 26. Das Verhältnis zu den Frauen-Vereinen	41
Besondere schutzvereinliche Frauen-Abteilungen	
§ 27. Das Verhältnis zu Vereinen mit verwandten Bestrebungen	43
§ 28. Fortsetzung	48
Konzentrirung aller Wohlthätigkeits-Bestrebungen Anregung der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen	
§ 29. Fortsetzung	49

Zweiter Abschnitt.

Verbrechens-Propylaxe.

§ 30. A. Das Verhältnis der Schutzvereine für entlassene Gefangene zu den Bestrebungen zur Heilung der Trunksucht	52
§ 31. B. Verhältnis zu Einrichtungen zur Einschränkung der Unsitt- lichkeit	53
§ 32. C. Verhältnis zu den Bestrebungen zur Bekämpfung der Arbeits- losigkeit, des Wanderbettels und der Landstreicherei	
a) Allgemeine Gesichtspunkte	57
Hebung des Standesbewusstseins der Arbeiter	
§ 33. b) Anstalten für Arbeitsnachweis	60
§ 34. c) Arbeiterkolonien und vorübergehende Beschäftigungsstätten	64
§ 35. Fortsetzung	69
§ 36. Fortsetzung	
Arbeitsstätten zur vorübergehenden Beschäftigung	72
§ 37. d) Rettungshäuser und ähnliche Zufluchtsstätten für bestrafte Frauenspersonen	74

	Seite
§ 38. D. Das Verhältnis zu Bestrebungen zur Bekämpfung der Überhandnahme der sittlichen Verwahrlosung der Jugend	
a) Umfang und Bedeutung der Verwahrlosung	78
§ 39. Fortsetzung	83
Erziehung und Besserung	
§ 40. b) Die Festsetzung der Altersgrenze für die Strafmündigkeit	84
§ 41. c) Die Festsetzung der Befugnisse des Strafrichters bei der Wahl der Strafe oder der Besserungsmittel	85
§ 42. d) Die bedingte Verurteilung	87
§ 43. Fortsetzung	89
Geschichtliche Entwicklung	
§ 44. e) Der bedingte Strafaufschub	92
§ 45. f) Strafurteile mit unbestimmter Strafdauer	94
Einrichtung von Elmira in New-York.	
§ 46. g) Die öffentliche Zwangserziehung	96
§ 47. Thatsächliche Voraussetzungen für die Zulässigkeit der öffentlichen Zwangserziehung	98
§ 48. Die Altersgrenze für die Zulässigkeit der öffentlichen Zwangserziehung	100
§ 49. Gerichtliches Verfahren	
a) Zuständigkeitsbestimmung	103
§ 50. b) Recht zur Antragstellung	105
§ 51. c) Gerichtliche Vorerhebungen	106
§ 52. d) Gerichtliche Entscheidung	107
§ 53. e) Recht der Beschwerde	109
§ 54. Vollzugs-Behörde	109
§ 55. Die Familienerziehung	113
§ 56. Der amtliche Fürsorger	116
§ 57. Die Anstaltserziehung	117
§ 58. Fortsetzung	119
Für männliche und weibliche Zwangszöglinge	
§ 59. Grundzüge einer Dienstvorschrift für den Vorstand einer Erziehungsanstalt für männliche Zwangszöglinge im Alter von 14—20 Jahren	121
§ 60. Die Dauer der Anstaltserziehung	130
§ 61. Die Berufswahl	132
§ 62. Erfolge der öffentlichen Zwangserziehung	132
§ 63. Das Verhältnis der staatlichen Vollzugsbehörde zu der freien Vereinsthätigkeit und den Organen der Selbstverwaltung	134
§ 64. Fortsetzung	136
Vereinbarung in Baden	
§ 65. Die Kosten der öffentlichen Zwangs-Erziehung	140
§ 66. Gutachten von internationalen Gefängnis-Kongressen und ähnlichen Vereinigungen	
a) Stockholm	141
§ 67. b) Rom	143
§ 68. c) St. Petersburg	144

	Seite
§ 69. d) Antwerpen I	145
§ 70. e) Antwerpen II	147
§ 71. f) Die Beschlüsse der internationalen kriminalistischen Vereinigung, Gruppe Deutsches Reich	149
§ 72. g) 22te Conferenz of Charities and Correction in New-Haven (Connecticut)	151
§ 73. Gegenwärtiger Stand der Jugendlichen-Fürsorge	
a) Belgien	152
§ 74. b) Dänemark	154
§ 75. c) Deutsches Reich	154
Derzeitiger Rechtszustand	
Änderungen durch das bürgerliche Gesetzbuch	
§ 76. d) England	159
§ 77. e) Frankreich	163
§ 78. f) Holland	168
§ 79. g) Italien	169
§ 80. h) Österreich-Ungarn	171
§ 81. i) Russland	172
§ 82. k) Schweden-Norwegen	175
§ 83. l) Schweiz	176
§ 84. m) Australien	179
§ 85. n) Die Vereinigten Staaten von Nordamerika	180
§ 86. o) Sonstige Staaten	181
§ 87. Schluss-Betrachtung	183

Dritter Abschnitt.

Die Handhabung der Gefangenen-Fürsorge.

§ 88. Arten der Gefangenen-Fürsorge	186
§ 89. A. Die Fürsorge für erwachsene Straftentlassene	187
§ 90. a) In welchem Zeitpunkt und auf welche Weise soll die Gefangenenfürsorge eingeleitet werden?	190
§ 91. b) Die Vermittelung von Arbeit	193
§ 92. c) Die Beherbergung und Verköstigung	195
§ 93. d) Die Verabreichung von Geld, insbesondere an durchreisende Wanderer	196
§ 94. e) Die Ermöglichung der Reise in die Heimat oder an einen bestimmten Beschäftigungsort	198
§ 95. f) Die Ermöglichung der Auswanderung	204
§ 96. g) Die Vermittelung von Arbeit im Rechnungs- und Schreibereifach	209
§ 97. h) Die Aufstellung eines Fürsorgers	211
§ 98. i) Die Übernahme der Aufsicht über Straftentlassene an Stelle der den staatlichen Behörden obliegenden	212
§ 99. k) Die Verwaltung des Arbeitsguthabens von Straftentlassenen (peculium)	214

	B. Die Fürsorge für jugendliche Straftentlassene	
§ 100.	a) Allgemeine Gesichtspunkte	216
§ 101.	b) Die Handhabe dieser Fürsorge im Einzelfall	220
§ 102.	C. Die Fürsorge durch Gefangenen-Besuche während des Strafvollzugs	223
§ 103.	D. Die Fürsorge durch die Unterstützung hilfsbedürftiger Familien von Strafgefangenen	225
§ 104.	E. Die Fürsorge für Untersuchungsgefangene im Zeitpunkt ihrer Entlassung u. s. w.	228

Vierter Abschnitt.

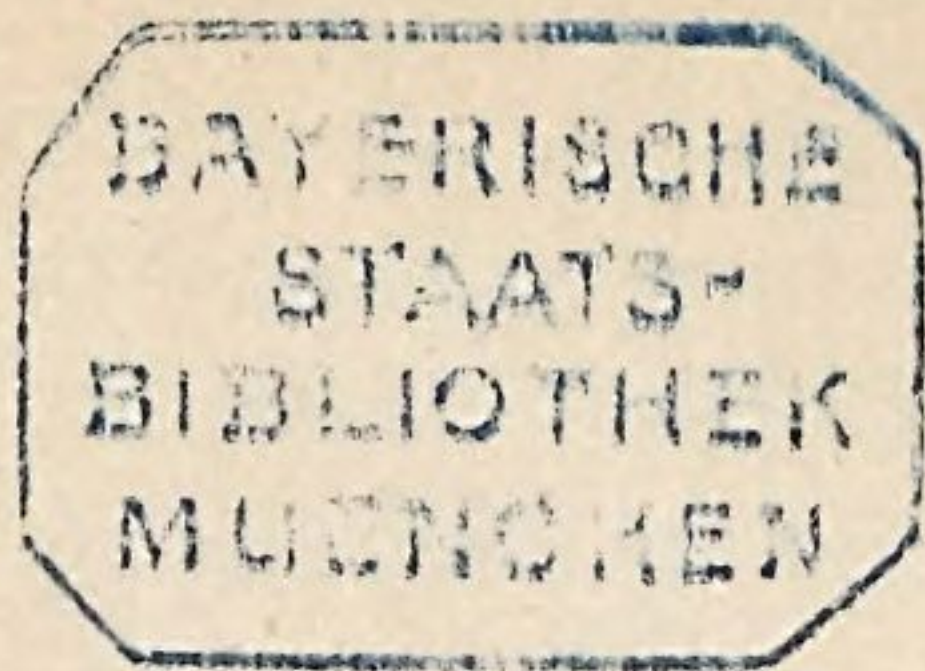
Einrichtungen zur mittelbaren Förderung der Gefangenen-Schutzthätigkeit und der Verbrechens-Propylaxe.

§ 105.	A. Schutzvereinliche Landesverbände und verwandte Einrichtungen	
	1. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika	229
	The National Prisons Association of the United States, die nationale Konferenz of Charities and Correction	
§ 106.	2. In Belgien	230
	Fédération des Sociétés belges, Commission royale de patronage	
§ 107.	3. Im Deutschen Reich	233
	Der Verein der deutschen Strafsanhaltsbeamten, Blätter für Gefängniskunde, der nordwestdeutsche Verein für Gefängniswesen, der Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene, die Gefängnis-Lehrkurse	
§ 108.	4. In England	236
	Die Reformatory and refuge Union in London, die Howard-Association in London	
§ 109.	5. In Frankreich	239
	Die Société générale des Prisons in Paris, Revue pénitentiaire — Bureau central de l'Union des Sociétés de patronage de France, bulletin	
§ 110.	6. In Holland	243
§ 111.	7. In Italien	244
	Rivista penale	
§ 112.	8. In Österreich-Ungarn	245
§ 113.	9. In Russland	246
§ 114.	10. In den skandinavischen Ländern	247
	Dänemark, Schweden-Norwegen	
	Nordisca penitentiaer fereningen	
§ 115.	11. In der Schweiz	249
	Schweizerischer Verein für Straf- und Gefängniswesen und die Interkantonale Vereinigung der Schweizerischen Schutzaufsichtsvereine	

	Seite
§ 116. In sonstigen Staaten	250
§ 117. B. Internationale Kongresse	251
§ 118. C. Internationale Gefangenen-Fürsorge-Kongresse	254
§ 119. Der Wert der internationalen Kongresse für die Gefangenen-Schutzthätigkeit	255
§ 120. D. Die internationale kriminalistische Vereinigung	258
§ 121. Statistik der Gefangenen-Schutzthätigkeit	259

Fünfter Abschnitt.

Verzeichnis der z. Z. bestehenden Schutzvereine für entlassene Gefangene	262
--	-----



Erster Abschnitt.

Allgemeine Gesichtspunkte.

§ 1.

Begriff und Bedeutung der Gefangenen-Schutzthätigkeit.

Der Gefangenen-Schutzthätigkeit fällt zunächst die Aufgabe zu, Gefangenen auf ihren ausdrücklichen Wunsch und unter der Voraussetzung ihrer Würdigkeit die von ihnen erbetene Hilfe zu leisten.

Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne des Wortes.

Diese Hilfe kann schon während des Strafvollzugs dadurch gewährt werden, dass man die Gefangenen im Gefängnisse selbst aufsucht. — Gefangenen-Besuche.

Hierdurch soll teils die religiöse und sittliche Wiederaufrichtung der Gefangenen gefördert, teils auch die Ratserteilung hinsichtlich ihrer künftigen Lebensstellung ermöglicht, oft aber auch nur die Vermittelung bezüglich der ihnen am Herzen liegenden Unterstützung ihrer Angehörigen, falls sie durch die Einsperrung des Familienhauptes in vorübergehende Not geraten sind, übernommen werden.

Viel häufiger wird diese Fürsorge erst unmittelbar nach erstandener Strafe notwendig und gewinnt sie eine besondere Bedeutung, sobald ihr die Aufgabe zufällt, den ungehinderten Wiedereintritt des Strafentlassenen in die menschliche Gesellschaft und dessen Bewahrung vor den Gefahren des Rückfalls sicher zu stellen.

Der internationale Gefängnis-Kongress in Stockholm (1878) hat anlässlich der Erörterung über die wirksamsten

Mittel zur Bekämpfung des Verbrechers-Rückfalls sich dahin ausgesprochen, dass dahin all die Einrichtungen zu zählen seien, welche wie die Gefangenen-Schutzvereine, die Beschäftigungsstätten, die Arbeiter-Kolonien und andere Mittel als eine Ergänzung des Strafvollzugs anerkannt seien.¹⁾

Im weitern Sinne des Wortes umfasst die Gefangenen-Schutzthätigkeit, sobald man den ihr innewohnenden Besserungszweck verallgemeinert, alle diejenigen Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, in allen ihr zugänglichen Kreisen den Keim zur verbrecherischen That rechtzeitig zu ersticken, damit das Verbrechen allmählich in möglichst enge Grenzen eingeschränkt und die Gesamtheit vor den aus der Überhandnahme des letzteren ihr drohenden Gefahren wirksam geschützt werden kann.

Allgemeine Verbrechens-Propylaxe.

Der internationale Kongress für Gefängnis-Reform, welcher am 29. September 1846 in Frankfurt a. M. stattgehabt hat, bezeichnet „die Gründung einer Obsorge für die entlassenen Sträflinge als eine notwendige Ergänzung der Penitentiär-Reform.“ Der Kongress zu Brüssel (1857) sprach aus, dass der Staat zum Zweck der moralischen Besserung der Gefangenen während des Strafvollzugs sich auch der religiösen Gesellschaften und der Fürsorge-Vereine bedienen könne.²⁾

Der Kongress zu Stockholm endlich (1878) einigte sich in der Erklärung, dass die Fürsorge für erwachsene Straftlassene die unentbehrliche Ergänzung einer gedeihlichen Gefängnis-Reform bilde.³⁾

Zu dem gleichen Beschlusse hat sich der im Jahre 1890 in Antwerpen stattgehabte internationale Kongress geeinigt.⁴⁾

¹⁾ Siehe Comptes rendus des séances dieses Kongresses S. 642.

²⁾ Siehe Fuchs, die Vereins-Fürsorge zum Schutz für entlassene Gefangene während der letzten hundert Jahre. Heidelberg Verlag G. Weiss 1888.

³⁾ Siehe Le congrès pénitentiaire international de Stockholm — Comptes rendus des séances publiés sous la Direction de la commission pénitentiaire internationale par le Dr. Guillaume, Band I S. 539ff. u. 639.

⁴⁾ Siehe Congrès international pour l'étude des questions relatives au patronage des détenus et à la protection des enfants moralement aban-

§ 2.

Wem liegt die Pflicht zur Wahrnehmung der Gefangenen-Schutzthätigkeit ob?

Der Besserungszweck der Strafe erfordert, dass die Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne, insoweit sie sich mit der Einwirkung auf einzelne bestimmte Individuen zu befassen hat, sich, abgesehen von den Gefangenenbesuchen, unmittelbar an den Strafvollzug anschliesst, damit die während des letzteren erzielten Besserungserfolge zu dauernden gemacht und zum Zwecke des besseren Fortkommens des Strafentlassenen thunlichst verwertet werden können.

Als eine Aufgabe des Staates kann dies nicht erachtet werden, weil dessen Pflicht zur unmittelbaren Fürsorge für Gefangene ihr Ende erreicht, sobald dieser seine Strafe verbüsst hat und für seine Ausstattung mit Kleidern sowie für seine Heimbeförderung Sorge getragen ist.

Die Erfahrung lehrt zudem, dass ein ausschliessliches staatliches Vorgehen auf diesem Thätigkeitsgebiet stets von grossen Misserfolgen begleitet ist.¹⁾

Und dennoch ist diese Hilfe für eine grosse Zahl von Strafentlassenen, namentlich nach einer Freiheitsentziehung von längerer Dauer, fast unentbehrlich, wenn sie den Kampf mit den zahllosen Hindernissen siegreich bestehen sollen, welche sich ihnen bald in der noch weit verbreiteten Voreingenommenheit gegen bestrafte Menschen überhaupt, bald in der Unmöglichkeit der Wiederaufnahme der früheren Lebensthätigkeit sowie in der Notwendigkeit einer neuen Berufswahl und entsprechender Wohnsitzveränderung, oder aber auch in dem Mangel an all dem entgegenreten, was zur Be-

donnés Anvers 1890 Comptes rendus sténographiques Bruxelles. S. 20 Ziffer 1, ferner Actes du Congrès pénitentiaire international de St. Petersburg 1890 publiés sous la direction de la Commission d'organisation par le Dr. Guillaume Secrétaire général du Congrès. Vol I S. 780 (Vortrag des Ministerialrats Dr. v. Jagemann „die Vorbeugemittel gegen das Verbrechen einst und jetzt.“)

¹⁾ Vergl. Fuchs, die Vereinsfürsorge zum Schutz für entlassene Gefangene in ihrer geschichtlichen Entwicklung während der letzten hundert Jahre. S. 66 u. f. Heidelberg Verlagshandlung von G. Weiss 1888.

wahrung vor drückender Not und den damit verknüpften sittlichen Gefährdungen notwendig ist.¹⁾

Hier eröffnet sich für die Bethätigung der Humanität ein sehr ausgedehntes Arbeitsfeld.²⁾ Die Hilfe aber, welche der Einzelne zu leisten imstande ist, wird sich bald als unzureichend erweisen, sobald die Gesuche sich mehren und die Einzelansprüche umfangreicher werden.

In dem Berichte des nordamerikanischen Delegierten zum Gefängnis-Kongress in London (1872) heisst es: „vergebens haben wir Herz und Willen des Gefangenen gebessert, vergebens haben wir ihn durch Unterricht und Arbeit erwerbsfähig gemacht und in ihm den Vorsatz gereift, sich ehrlich fortzuhelfen, wenn er bei seiner Entlassung die Welt in Waffen gegen sich findet, und niemand da ist, der ihm freundlich entgegentritt, niemand, der ihm vertrauen will und niemand, der sich bereit findet, ihm die Gelegenheit zu bieten, sein tägliches Brot auf ehrliche Weise zu verdienen.

Der Kongress zu Rom (1885) spricht sich über diese Frage dahin aus, dass es unerlässlich sei, bei jeder Strafanstalt eine Einrichtung in's Leben zu rufen, welcher hauptsächlich die Aufgabe obliegt, die allgemeine Lage der Gefangenen während des Strafvollzugs zu überwachen, für deren Besserung und sittliche Wiederaufrichtung eifrigst besorgt zu sein und ihnen ausserdem für den Zeitpunkt ihrer Entlassung die Wohlthat der Gefangenen-Schutzfürsorge zu sichern.³⁾

§ 3.

Fortsetzung.

Die glückliche Lösung der hier in Frage stehenden Aufgabe kann deshalb nur von einer genossenschaftlichen Vereinigung erwartet werden, deren Angehörige zu einem harmonischen Zusammenarbeiten sich verbinden,

¹⁾ Fuchs, die Vereinsfürsorge zum Schutz für entlassene Gefangene in ihrer geschichtlichen Entwicklung während der letzten 100 Jahre. S. 104 Heidelberg Verlagshandlung von G. Weiss.

²⁾ Siehe von Holtzendorff und von Jagemann, Handbuch des Gefängniswesens, Band II S. 352 f. Hamburg Verlag von J. F. Richter 1888.

³⁾ Siehe Comptes rendus des Séances, Band 1 S. 314 f. und 749.

und von dem Vorsatz sich leiten lassen, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles in weitestgehender Selbstverleugnung und Opferwilligkeit all das beizutragen, wozu sie ihre Berufsstellung, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, ihre Erfahrungen und materiellen Mittel befähigen.¹⁾

Das Inslebentreten solcher Vereinigungen wird keine Schwierigkeiten bereiten, sobald neben der Wertschätzung der sittlich-religiösen Beweggründe, welche die Anregung zur Mitarbeit bei der Gefangenen-Fürsorge in ihrem ganzen Umfange zu geben imstande sind, auch die Anschauung in den weitesten Kreisen sich befestigt, dass entsprechend den Geboten des modernen Rechtsstaats es die unerlässliche Pflicht eines jeden Gliedes der Gesellschaft und der in ihr sich bildenden Verbindungen ist, bei der Lösung der verschiedenen Aufgaben, welche mit der allgemeinen Wohlfahrt und der warmen Pflege von Bildung und Gesittung zusammenhängen, selbstthätig mit Hand anzulegen und auf diese Weise ein förderndes staatliches Entgegenkommen herbeizuführen.

Das dieses Pflichtbewusstsein sich aber auch gegenüber den Bestrebungen zur Bekämpfung des Verbrechertums und zur Hintanhaltung der hieraus sich ergebenden Missstände zu bethätigen hat, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

Ein solches Vorgehen wird aber von um so grösseren Erfolgen begleitet sein, je mehr man bestrebt ist, bei der Gründung solcher Vereine und der Festsetzung der denselben zufallenden Aufgaben mit den Sitten und Gebräuchen eines Landes und sonstigen besonderen Eigentümlichkeiten desselben sowie namentlich mit seiner Gesetzgebung in vollständiger Übereinstimmung zu bleiben und je unzweideutiger staatlicherseits die Geneigtheit sich zu erkennen giebt, dieselben durch ein wohlwollendes Entgegenkommen zu fördern und sogar durch die Gewährung von jährlich wiederkehrenden Zuschüssen zu besonders ergebnisreichen zu gestalten.

Der internationale Gefängnis-Kongress in Stockholm (1878) sprach die Überzeugung aus, dass die Fürsorge für Entlassene soweit wie möglich auszubreiten sei, sie müsse

¹⁾ Siehe von Holtzendorff und von Jagemann, Handbuch des Gefängniswesens, Band II S. 369.

aus der Privatinitiative hervorgehen, sie könne sich der Beihilfe des Staates versichern, sie habe aber jeden offiziellen Charakter zu vermeiden ¹⁾).

Ebenso hat der St. Petersburger Kongress in dem Wunsche sich geeinigt, dass überall da, wo Schutzvereine noch nicht bestehen, solche gegründet und zwischen diesen und den sonstigen Wohlthätigkeitsvereinen in jedem Lande enge Beziehungen zu dem Zwecke hergestellt werden sollten, um nicht allein alle Aufgaben der Wohlthätigkeit zu fördern, sondern insbesondere auch allen entlassenen Gefangenen, sobald sie es wünschen, helfend zur Seite zu stehen ²⁾).

Der hierauf bezügliche Beschluss des Antwerpener internationalen Kongresses von 1890 lautet dahin, dass die Vereinsbildung möglichst der Vergangenheit eines Landes, seinen Sitten und Gebräuchen, sowie seiner Gesetzgebung angepasst werden solle.

Der Kongress erachtet es ferner für notwendig, dass die Gefangenen-Schutzthätigkeit, falls sie sich als besonders wirksam erweisen solle, aus der Privat-Initiative hervorgehen und seitens des Staates nicht nur eine anregende Förderung erfahren, sondern wenn nötig auch Zuschüsse in Geld bewilligt erhalten müsse ³⁾).

§ 4.

Fortsetzung.

Gegenüber solch zwingenden Gründen für die planmässige Einrichtung der Gefangenen-Schutzthätigkeit wird der oft gehörte Einwand hinfällig, dass die den Straftlassenen und insbesondere denjenigen unter ihnen, welche noch im jugendlichen Alter stehen, zugewendete Fürsorge deren Loos oft zu einem viel besseren oder doch weniger mühevollen gestalten, als es manchem noch nicht bestraften Menschen und seinen Angehörigen zuteil werde, welche zeitlebens mit Nahrungssorgen und Entbehrungen aller Art zu kämpfen haben. Man nehme sich doch die Mühe, in das schwierige Dasein eines Bestraften unmittelbar nach seiner Entlassung einen tieferen

¹⁾ Comptes rendus etc. S. 539.

²⁾ Siehe die Comptes rendus Band I S. 809.

³⁾ Siehe die Comptes rendus S. 20 Ziffer 2.

Einblick zu thun, man gebe sich Rechenschaft von den bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen, denen sein Bemühen nach Arbeit und Existenz-Befähigung ausgesetzt ist, man vergegenwärtige sich, wie seine verbrecherische Vergangenheit, selbst, wenn sie nur in einer jugendlichen Verfehlung bestanden haben sollte, ihn zeitlebens in seinem Fortkommen zu hindern geeignet ist und ihn zur Wettbewerbung mit unbescholtenen Arbeitern unfähig macht und man wird zur Einsicht gelangen, dass es für einen Vergleich der eben bezeichneten Art an jeder genügenden Grundlage mangelt und es ein Unrecht ist, eine helfende Thätigkeit zu beanstanden, deren vornehmlichster Zweck ja nur darin besteht, unseren Mitmenschen gegenüber nicht in Gleichgültigkeit zu verharren, sobald sie unter sittlicher Not oder äusserem Elend zu leiden haben oder gar zu Grunde gehen.

§ 5.

Grundsätze für die Organisation der Schutzvereine für entlassene Gefangene.

Der Namen des Vereins, die räumliche Begrenzung des Vereinsbezirkes, sowie die Zwecke, die er verfolgt, (sachliches Tätigkeitsgebiet) sind für den Umfang der von ihm zu lösenden Aufgaben und für die Beurteilung, welche letztere in der Öffentlichkeit findet, von grossem Einfluss. Hierauf ist in den zu erlassenden Vereinssatzungen Bedacht zu nehmen. Ebenso müssen daselbst genaue Bestimmungen über die Vereinsleitung, über die Rechte und Pflichten der Mitglieder, über die Grösse der Mitgliederbeiträge, über die Vermögensverwaltung und die Art der Rechnungsablage, sowie die Beziehungen des Vereins zu den Staats- und Gemeindebehörden, zu den kirchlichen Gemeinschaften und zu den Vereinen mit verwandten Bestrebungen getroffen werden.

§ 6.

Der Namen des Vereins.

Der Namen des Vereins soll mit dem Vereinszweck und dem daraus sich ergebenden Tätigkeitsgebiete im vollen Einklange stehen. Um jedem Missverständnisse vorzubeugen

und um auf die oft unentbehrliche Unterstützung seitens der öffentlichen Meinung sowie auch auf die seitens der Presse sicher rechnen zu können, empfiehlt sich die Wahl eines solchen Vereinsnamens, der die Aufgabe, Straftlassenen unmittelbar nach verbüsster Strafe helfend zur Seite zu stehen, zum klaren Ausdruck bringt.

Im deutschen Reiche begegnet man am häufigsten der Bezeichnung „Gefängnis-Gesellschaft“ und „Schutzverein für entlassene Gefangene“, der deutsche Verband hat letztere Bezeichnung angenommen.

In Belgien und Frankreich sind es die Sociétés de patronage pour les détenus libérés, in Österreich die Schutz- oder Fürsorgevereine für entlassene Gefangene und in der Schweiz ganz übereinstimmend die Schutzaufsichtsvereine für entlassene Sträflinge.

§ 7.

Die räumliche Begrenzung des Vereinsbezirkes.

In dieser Beziehung sind zu unterscheiden:

1. Ortsvereine, deren Thätigkeit sich nur mit den am Vereinssitz selbst hervortretenden Bedürfnissen zu befassen hat, (so die Vereine in Berlin, Frankfurt a. M., Wien, Prag, Paris, Bordeaux u. s. w.)

2. Bezirks- oder Kreisvereine, welche entweder unter der Form auftreten, dass an dem Sitze des Bezirkes oder Kreises nur ein Hauptverein besteht, zu dessen Unterstützung auswärts besondere Hilfsvereine gegründet werden, so die Vereine in Kassel für den Regierungsbezirk gleichen Namens, und in Strassburg für den Bezirk Unterelsass, ferner in Braunschweig und in Sigmaringen für die hohenzollern'schen Lande.

Oft aber auch schliessen sich alle in einem Regierungsbezirke oder Kreise vorhandenen Bezirksvereine unter Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit zu einem Verbande zusammen, dessen Leitung dem Vereine am Sitz des Regierungsbezirks oder Kreises obliegt und welcher seinen Mitgliedern das Recht auf Ratserteilung, auf die Teilnahme am Verbandsvermögen und auf die Mitbenützung der auf Kosten des Verbandes ins Leben gerufenen Anstalten und Einrichtungen

sichert, (so die bayerischen Kreisvereine, insbesondere der in München).

3. Landes- oder Provinzialvereine, welche alle innerhalb eines kleinen Landes oder einer Provinz vorhandenen Orts- oder Bezirksvereine umfassen, jedoch mit der besonderen Eigentümlichkeit, dass sie unter der Leitung eines ganz selbständigen Zentralorgans stehen und dass das Verhältnis zwischen diesen, und den zum Verband gehörigen Vereinen durch besonderes Statut geregelt wird (so die Landesverbände für Baden, Hessen, Sachsen und Württemberg, die Provinzialvereine für das frühere Herzogtum Nassau, Hannover, Ostpreussen, Posen, Sachsen-Anhalt-Dessau und Bernburg, Rheinland, Westphalen, Schlesien, Schleswig-Holstein und Westpreussen).

4. Nationale Verbände d. h. diejenigen Vereinigungen, welchen alle in einem grösseren Staatsgebiete bestehenden Orts-, Bezirks-, Kreis-, Landes- und Provinzialvereine als Mitglieder angehören, und welche die Förderung der den Verbandsangehörigen gemeinsamen Interessen bezwecken (so die Verbände in Belgien, Dänemark, im Deutschen Reich, in England, Frankreich, Holland, Schweden, in der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika).

Diese nationalen Verbände greifen selbstverständlich in die Thätigkeit der Einzelvereine in keiner Weise ein, geben vielmehr nur bezüglich gewisser grundlegender Gesichtspunkte die allgemeine Direktive. Dagegen sind sie geeignet, mittelbar auf die Entwicklung des Gefangenschutzwesens sehr fördernd einzuwirken.

§ 8.

Die sachliche Begrenzung des Vereins - Thätigkeits-Gebietes.

Hierin herrscht unter den in den einzelnen Kulturländern zur Zeit bestehenden Vereinen eine ausserordentliche Verschiedenheit.

Die engste Aufgabe stellen sich diejenigen Vereine, welche als ausschliesslich konfessionelle ihre Hilfe nur ihren Religionsgenossen zuwenden wollen.

Diesen am nächsten stehen die Vereine, welche nur

Orts-, Provinzial- oder Landesangehörige, oder nur erwachsene Straftlassene und unter diesen wieder nur die männlichen Geschlechts ihrer Fürsorge teilhaftig werden lassen wollen. Wieder andere beschränken ihr Tätigkeitsgebiet auf den Schutz der kriminellen Jugend unter entsprechender Absonderung nach der Geschlechtsverschiedenheit.

Ebenso begegnet man einer Unterscheidung in der Richtung, dass hinsichtlich der durch einen Landes- oder Provinzialverband zu lösenden Aufgabe die der Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne den einzelnen Verbandsvereinen zugewiesen wird, während die Förderung aller zur wirksamen Bekämpfung des Verbrechertums dienenden Bestrebungen in erster Reihe dem Zentralorgan zufällt.

Am umfangreichsten gestaltet sich die Vereinsaufgabe bei denjenigen Vereinen, welche nicht nur mit der Gefangenen-Fürsorge in ihrer weitesten Ausdehnung sich befassen, sondern auch allen auf die Verbrechensprophylaxe bezughabenden Bestrebungen eine warme Pflege zu teil werden lassen.

Für die Gefangenen-Fürsorge eröffnet sich das ausgedehnteste Arbeitsgebiet, sobald man bezüglich der zu unterstützenden Schützlinge keinen Unterschied des Alters, Geschlechts, der Religion und des persönlichen Standes sowie auch hinsichtlich der Grösse der zum Zweck der Fürsorge zu machenden Aufwendungen zulässt und auch darauf keine Rücksicht nimmt, ob dieselben leichte oder schwere Strafen verbüsst haben, ob sie erstmals oder im Rückfalle bestraft worden sind, ob der Strafvollzug in kleineren Gefängnissen oder im Zuchthaus stattgehabt hat, oder ob die Entlassung aus einem Erziehungshaus für jugendliche Übelthäter oder aus einer Anstalt erfolgt ist, in welcher unverbesserliche Bettler, Landstreicher und liederliche Dirnen zeitweise in polizeilichen Verwahr genommen werden.

Auch die Verpflichtung zum helfenden Eintreten für unschuldig Verhaftete oder Verurteilte und für die Familien Inhaftierter bei besonders gearteten Notständen wird ein planmässig arbeitender Schutzverein nicht ausseracht lassen wollen.

Die Pflege der verbrechensprophylaktischen Bestrebungen aber wird sich darin kundgeben, das seitens der Vereinsthätigkeit Einrichtungen, wie die Arbeiterkolonien, die sonsti-

gen Beschäftigungsstätten zum vorübergehenden Aufenthalt, Anstalten für Arbeitsnachweis, Volksküchen, Herbergen zur Heimat, Dienstmädchenheime, Erziehungs- und Besserungshäuser für die verschiedenen Altersstufen entweder selbständig ins Leben gerufen und betrieben oder dass doch deren Gründung sowie deren Fortbestand durch erhebliche freiwillige Zuschüsse sichergestellt wird.

Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint es auch ebenso sehr zulässig, als sogar sehr wünschenswert, dass die Vereinsfürsorge sich nicht bloss mit der verbrecherischen Jugend als solcher befasst, sondern ihr Augenmerk hauptsächlich auch denjenigen Persönlichkeiten zuwendet, welche zwar noch nicht vor den Strafrichter gezogen worden sind, deren sittliche Verwahrlosung aber schon einen solch hohen Grad erreicht hat, dass es nur als eine Frage des Zufalls oder der Zeit erscheint, wann sie dem Verbrechen in die Arme fallen werden.

§ 9

Durch welche Organisation wird die Gefangen-Schutzthätigkeit am meisten gefördert?

a) Ortsvereine haben nur dann ihre volle Existenzberechtigung, wenn sie ihren Sitz in einer so volkreichen Stadt haben, dass die Schutzvereinsthätigkeit für einen ansehnlichen Teil nicht nur der sesshaften, sondern auch der ab- und zuströmenden Bevölkerung zum dringenden Bedürfnis wird und deshalb auf ein in weiteren Kreisen sich hieran kundgebendes warmes Interesse sowie auf einen dementsprechenden Zufluss reicher Mittel und eine grosse Zahl von eifrigen Mitarbeitern für die Vereinssache gerechnet werden kann. So hat der Verein zur Besserung der Strafgefangenen in Berlin im Jahre 1896 bei einem Bestande von 410 Mitgliedern 29 365,71 Mk. vereinnahmt und 27 380,62 Mk. (darunter 20 305 Mk. zu Gunsten von 4 549 Strafantlassenen) verausgabt. Er verfügt über ein Vermögen von 52 796,89 Mk. Seine Thätigkeit wird dadurch zu einer äusserst erfolgreichen, dass er einen eigenen Arbeitsnachweis eingerichtet hat und enge Beziehungen mit den Landwirten der nächsten Umgebung behufs Beschäftigung seiner Schützlinge unterhält. Ausserdem hat er sich die Benutzung der

Asyle für Herbergslose und für weibliche Straftentlassene sowie der Volksküchen und Arbeiterkolonien in Berlin gesichert.¹⁾

Die Einnahmen des Gefängnis-Vereins Frankfurt a. M. haben sich im Jahre 1896 bei einer Mitgliederzahl von 890 Köpfen und einem Vereins-Vermögen von 114 352,12 Mk. auf 21 103,03 Mk. belaufen, die Ausgaben auf 20 477 Mk. Darunter befanden sich 3 269,08 Mk. für die Erziehung und berufliche Ausbildung von 44 jugendlichen Bestraften, welche zum Teil in der nächsten Umgebung der Stadt untergebracht worden sind, 5 285 Mk. für die Unterstützung von 150 Straftentlassenen und 8 482,85 Mk. für Zuwendungen an 135 Familien Inhaftierter.

Der Verein besitzt ein eigenes Lehrlingsheim und unterhält Beziehungen mit einem Vorasyl für weibliche Strafgefangene und mit der Arbeiter-Kolonie Neu-Ullrichstein (siehe den betr. Jahresbericht).

Der Unterstützungs-Verein für entlassene Sträflinge in Wien besass am Schlusse des Jahres 1896 ein Vermögen von 84 540 ö. Gulden, die Zahl der Mitglieder belief sich auf 2062, die Einnahmen betrugen 16 690 fl., die Ausgaben 13 967 fl., darunter 9 997 fl. zur Unterstützung von Strafgefangenen oder von ihren Familien. Zur Erleichterung seiner Aufgabe, für seine Schützlinge Arbeit zu vermitteln, hat er mit dem benachbarten Sträflingsverein in Krems Beziehungen angeknüpft.

Einer der bedeutendsten und leistungsfähigsten französischen Schutzvereine la Société générale pour le patronage des prisonniers unter der bewährten Leitung des um die Reform des Strafrechts und Schutzwesens hochverdienten Senators Bérenger verfügte im Jahre 1892 über eine Einnahme von 133 475 fcs., der eine Gesamtausgabe von 130 054 fcs. gegenüberstand. Er unterhält einen Arbeitsaal für Arbeitslose und ein Weiberasyl, sowie ein Erziehungs-
haus (Asile Laubespain), welches zufolge einer Stiftung nur zur Aufnahme von bedingt Verurteilten bestimmt ist.

Schon im Jahre 1889 hat sich das Bedürfnis, mit den grösseren Orten des Departements, zu welchen die Stadt

¹⁾ Siehe den Jahresbericht für 1896.

Paris gehört, behufs leichterer Arbeitsvermittlung für die Vereinsschützlinge in nähere Verbindung zu treten, sehr lebhaft geltend gemacht. Ob und inwieweit dem letzteren Rücksicht getragen werden konnte, ist nicht bekannt.¹⁾

Ortsvereine, bei welchen die vorstehend erwähnten Voraussetzungen nicht zutreffen, werden sich nur ganz ausnahmsweise zu einer nennenswerten Thätigkeit emporarbeiten können, insbesondere müssen sie, solange sie in ihrer Einzelstellung verharren, auf all die Vorteile verzichten, welche der enge Anschluss an einen grösseren Verband auf ihre Leistungsfähigkeit im Gefolge haben kann. Sie sind aber ausserdem auch stets der Gefahr ausgesetzt, welche allen Vereinen mit zu kleinen Bezirken eigentümlich ist, dass sie wenig in Anspruch genommen werden, dass infolgedessen unter den Mitgliedern das Interesse an der Sache erkaltet und damit der Fortbestand des Vereins selbst ernstlich in Frage gestellt wird.

§ 10.

Fortsetzung.

b) Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den rein konfessionellen Vereinen.

Dieselben haben nur an solchen Orten ihre Berechtigung, wo scharf ausgeprägte konfessionelle Gegensätze das gesamte öffentliche Leben beherrschen. Sollte übrigens die hier in Betracht kommende Bevölkerung des Vereinsbezirkes keine sehr zahlreiche sein, und der Verein für seine Lebensfähigkeit hierin keine genügende Stütze finden, so empfiehlt sich entweder der engste Anschluss an bereits vorhandene, rein weltliche Schutzvereine oder die Gründung von besonderen Abteilungen innerhalb derselben, welche ihren konfessionellen Charakter strengstens bewahren können und welchen die Fürsorge für ihre hilfsbedürftigen Konfessionsgenossen ausschliesslich zu übertragen ist

Übrigens ist es erfahrungsgemäss keine seltene Erscheinung, dass Schutzvereine, welche anfänglich einen ganz

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des Prisons Paris 1889 S. 840; 1891 S. 960; 1892 S. 1021; 1893 S. 816; 1894 S. 688.

streng konfessionellen Standpunkt eingenommen haben, früher oder später diesen seiner Undurchführbarkeit wegen verlassen haben, um den hierfür als Regel geltenden freieren Anschauungen sich unterzuordnen.

Von Jagemann spricht sich in seinem anlässlich des St. Petersburger Gefängniskongresses gehaltenen Vortrag „Die Vorbeugungsmittel gegen das Verbrechen einst und jetzt“, dahin aus, dass das Schutzwesen in Ländern gemischten Bekenntnisses nicht konfessionell, sondern für alle Konfessionen gemeinsam auf paritätischer Grundlage ausgeübt werden solle. Er beruft sich zugleich auf einen Ausspruch Windhorst's, welcher, obwohl ein entschiedener Vertreter des Konfessionalismus auf anderen Gebieten dies auf der 28. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ausdrücklich anerkannt hat¹⁾.

Innerhalb des Schutzvereines zur Besserung der Strafgefangenen zu Berlin bestehen schon seit Jahrzehnten besondere Kommissionen für erwachsene männliche Schützlinge protestantischer Religion und für solche, welche der katholischen Kirche angehören.

Einem ähnlichen Verhältnisse begegnet man in dem Strassburger Verein für den Bezirk Unterelsass, mit welchem je ein katholisches und ein protestantisches Frauen-Hilfskomité in engster Verbindung stehen.

In Breslau befinden sich ein evangelischer und katholischer Lokalverein, welche unter Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit dem Schlesischen Provinzialverbande als Mitglieder angehören und von letzterem Zuschüsse erhalten. Nur die Thätigkeit des erstgenannten Vereins ist eine belangreiche.

Der evangelische Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene in Mülhausen i. E., welcher ursprünglich nur die Fürsorge für evangelische Schützlinge in's Auge gefasst hat und die für Angehörige der katholischen und israelitischen Religionsgemeinschaft erst in zweiter Reihe hat berücksichtigen wollen, hat diesen Standpunkt schon seit Jahren zu Gunsten einer konfessionell nicht unterscheidenden Schutzthätigkeit verlassen.

Innerhalb der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft in Düsseldorf, welche als eine der bedeutend-

¹⁾ Siehe le Congrès pénitentiaire international de St. Petersburg Comptes rendus etc. Band I, S. 781.

sten Schöpfungen der inneren Mission anzuerkennen ist, wird schon seit Jahrzehnten der Grundsatz vollständiger konfessioneller Parität mit der grössten Gewissenhaftigkeit eingehalten.

In Paris entwickelt der Verein, welcher ursprünglich den Namen Oeuvre des libérées de St. Lazare führte und später denselben in Oeuvre protestante des prisons de femmes umgewandelt hat, hinsichtlich des Besuches von protestantischen Frauen, Mädchen und Kindern in den Gefängnissen und deren Unterbringung in besonderen Asylen bezw. später in Arbeit, eine sehr rege und segensreiche Thätigkeit. Im Jahre 1893 hat er über eine Einnahme von 10150 frs. verfügt ¹⁾).

Unter den französischen, unter geistlicher Leitung stehenden Anstalten sind noch les Oeuvres de St. Léonard aux asiles de Couzon und Sauget zu erwähnen, welche zur Aufnahme von männlichen Straftlassenen im Alter von nicht unter 25 Jahren und nicht über 45 Jahren bestimmt sind und unter der Verwaltung des Abbé Villion so Hervorragendes geleistet haben, dass die Akademie von Lyon am 22. März 1893 diesem Unternehmen, in welchem etwa 200 Schützlinge Aufnahme finden können, einen Preis von 5000 frs. als Anerkennung für sein beharrliches und erfolgreiches Wirken zuerkannt hat ²⁾).

Auch die Oeuvre israélite de travail et de placement in Paris verdient hier aufgeführt zu werden. Sie wurde im Jahre 1880 namentlich zur Unterstützung von gebesserten israelitischen Straftlassenen gegründet, welche keine Arbeit finden können. Der Verein besitzt ein Haus zur vorübergehenden Unterbringung seiner Schützlinge.

§ 11.

Fortsetzung.

c. Den Gegensatz zu den vorstehend erwähnten Organisationen bildet die zentrale, welcher zweifellos vor allen anderen der Vorzug gebührt.

¹⁾ Bulletin de la Société générale des prisons 1889, S. 632; 1891, S. 272; 1892, S. 77; 1894, S. 834.

²⁾ Bulletin de la Société générale des prisons 1889 S. 525; 1893 S. 527.

Es ist dies die Einrichtung, infolge welcher eine grössere Zahl von Schutzvereinen mit örtlich beschränkter Wirksamkeit und gleichartigen, aus der Zugehörigkeit zu der nämlichen Provinz oder zu ein und demselben Lande sich ergebenden Interessen zu einem gemeinsamen Verbands vereinigt und hinsichtlich aller gemeinschaftlichen Angelegenheiten unter eine einheitliche Leitung gestellt wird.

Unter dieser Voraussetzung ist es von keiner Erheblichkeit, ob der Schwerpunkt der Vereinsthätigkeit mehr bei dem Zentralorgan sich befindet oder ob den Einzelvereinen trotz der Eingliederung in einen grösseren Verband das weiteste Maass von Selbständigkeit bei der Lösung ihrer Aufgabe und namentlich bei der Regelung ihrer finanziellen Verhältnisse eingeräumt ist.

Dagegen hängt es mit dem Wesen und Zweck der in Frage stehenden Organisation zusammen, dass alle an die einzelnen dem Verbands angehörenden Vereine herantretenden Anforderungen als eine der Gesamtheit obliegende Aufgabe aufgefasst werden, zu deren Lösung nicht nur jeder Verbands-genosse nach besten Kräften beizutragen hat, sondern auch alle innerhalb des Verbands-Gebietes aufbringbaren Mittel verfügbar gemacht und zu zweckentsprechender Verwendung gebracht werden müssen.

Dem an die Spitze dieser Vereinigung gestellten Zentralorgan fällt die Aufgabe zu, gewissermassen am Steuerruder sitzend das ganze zu leiten und innerlich zusammenzuhalten sowie wenn nötig dadurch mit frischem Leben zu durchströmen, dass es die Anregung zu nützlichen Neuerungen giebt und mit seinen Erfahrungen und Mitteln allen Verbandsangehörigen unterstützend zur Seite steht, wenn es sich darum handelt, dass Zwecke, deren Erreichung den Grund zur Bildung des Verbandes gegeben hat, auch wirklich und in ihrem ganzen Umfange gefördert werden sollen.

Für die von solchen Verbänden zu lösenden Aufgaben wird es sich als sehr förderlich erweisen, wenn der Schwerpunkt der Gefangenenfürsorge im engeren Sinn ausschliesslich bei den einzelnen dem Verbands angehörenden Vereinen sich befindet, das Zentralorgan aber der Regel nach sich damit überhaupt nicht zu befassen, sondern höchstens nur aus-

nahmsweise dann einzutreten hat, wenn an den einen oder anderen Einzelverein Aufgaben herantreten, zu deren selbständiger Lösung seine Mittel unzureichend sind.

§ 12.

Vorteile der zentralen Organisation.¹⁾

Die zentrale Organisation ermöglicht es,

1. ein förmliches Netz von Einzelvereinen über das Verbandsgebiet auszubreiten und damit die für eine durchgreifende Vereinsfürsorge unentbehrlichste Grundlage zu schaffen. Damit ist das sehr missliche und das Vertrauen in die ganze Einrichtung schwer erschütternde Vorkommnis ein für allemal ausgeschlossen, dass ein Straftlassener mit seinem Gesuche um die Vereinshülfe deshalb abgewiesen werden muss, weil er sie an einem Orte gewährt haben will, welcher einem schutzvereinlichen Bezirke noch nicht zugeteilt ist.

Die Frage aber, an welchen Orten Lokal- oder Bezirksvereine in's Leben gerufen werden sollen, erhält dadurch die zweckmässigste Lösung, dass hierfür unter Zugrundelegung der Einteilung des Landes oder der Provinz in Gerichts- oder Verwaltungsbezirke jeweils der betreffende Gerichts- oder Verwaltungsamts-Sitz in Aussicht genommen wird.

Der Antwerpener Kongress von 1890 spricht den Wunsch aus, dass an allen Orten, an welchen eine Strafanstalt besteht, ein Gefangenen-Schutzverein gegründet werden solle, zugleich aber auch unter dem Anschluss an eine Organisation, welche es ermöglicht, den Vereinsschützlingen die erforderliche Fürsorge auch an ihrem zukünftigen Aufenthaltsorte zu teil werden zu lassen.²⁾

Der gleiche Kongress empfiehlt es, sämtliche Schutzvereine eines Landes unter einer zentralen Organisation zu

¹⁾ Siehe Verhandlungen der ersten Versammlung von Vertretern deutscher Schutzvereine für entlassene Gefangene und von Vereinen mit verwandten Bestrebungen in Freiburg im Breisgau den 5. September 1889 Sonderausgabe, Karlsruhe, Druck und Verlag von Friedrich Gutsch 1890, Seite 4 f., 73 f., 103 f. — Le Congrès pénitentiaire international de St. Petersbourg. Comptes rendus Band 1 Seite 781.

²⁾ Siehe die Comptes rendus S. 20 Zif. 3.

vereinigen, welche bei strengster Wahrung der Eigentümlichkeit und der Selbständigkeit der einzelnen Vereine die Vielfältigung der Fürsorge-Mittel durch gegenseitigen Gedankenaustausch, durch Rats-Erholung und verständnisvolles Zusammenarbeiten ermöglicht.¹⁾

2. Die grundsätzliche Anerkennung der vollen Selbständigkeit der dem Zentralorgan unterstellten Einzelvereine insbesondere hinsichtlich der Handhabung der Gefangenen-Fürsorge und der Regelung ihrer finanziellen Verhältnisse.

Diese Unabhängigkeit soll nur diejenigen wenigen Beschränkungen erfahren, welche das Zusammenarbeiten mit dem Zentralorgan und die Lösung der dem letzteren zufallenden Aufgabe unbedingt notwendig macht.

Dagegen wird die Leistungsfähigkeit aller dem Verbande angehörenden kleinen Vereine durch den Rückhalt erhöht, welchen ihm das Zentralorgan durch seine Erfahrungen und seine reichen Mittel zu bieten im Stande ist.

3. Die möglichst weite Ausdehnung der verschiedenen Vereinsaufgaben und die Erlassung einer Direktive über bestimmte bei der Durchführung der Gefangenen-Fürsorge einzuhaltende Grundsätze sowie über die Behandlung von etwa notwendig werdenden Neuerungen.

4. Die thunlichste Verminderung bzw. Beseitigung der der Arbeitsvermittlung für Straftentlassene sich entgegenstellenden Hindernisse.

5. Die warme Pflege der Verbrechens-Propylaxe überhaupt sowie insbesondere einzelner für die Gefangenen-Schutzthätigkeit besonders belangreicher Arbeitsgebiete, wie die Fürsorge für die verbrecherische Jugend beiderlei Geschlechts.

6. Die glückliche Lösung auch von solchen schutzvereinlichen Aufgaben, welche grössere Mittel erfordern und an welche die Einzelvereine wegen der Ungenügendheit der letzteren nicht herantreten können, wie die Ermöglichung der Auswanderung in überseeische Länder oder eines Berufswechsels im vorgeschrittenen Alter oder die

¹⁾ Siehe die Comptes rendus S. 20 Zif. 5.

Übernahme der Kosten für die nachträgliche Erziehung und berufliche Ausbildung von jugendlichen Schützlingen.

7. Die Regelung des Verkehrs des Zentralorgans mit den Verbandsvereinen sowie des mit den Staats- und Gemeindebehörden und mit Vereinen mit verwandten Bestrebungen.

Hierbei darf nie ausser acht gelassen werden, dass die Strafanstaltsverwaltungen, somit staatliche Behörden die Gesuche um die Gewährung der Vereinsfürsorge in die rechten Wege zu leiten haben und dass überall da, wo zwischen dem Staat und der schutzvereinlichen Thätigkeit überhaupt eine Interessen-Gemeinschaft besteht, auf ein gegenseitiges freundliches Entgegenkommen hingearbeitet werden muss.

Letzteres wird sich hauptsächlich in namhaften jährlichen Geldzuschüssen zu bethätigen haben.

8. Die Erlangung der Korporations-Rechte für den Verband als solchen und für seine sämtlichen Angehörigen. Dies kann bei dem Anfallen von Schenkungen oder letztwilligen Zuwendungen von grosser Erheblichkeit werden.

9. Die Fertigung von alljährig oder nur in grösseren Zeitabschnitten wiederkehrenden Berichten über die Gesamtergebnisse der Verbands-Thätigkeit und die ausgedehnteste Zugänglichmachung dieser Mittheilungen, welche nicht nur durch den Hinweis auf die bisherigen Leistungen weithin anregend zu wirken, sondern auch darüber klaren Aufschluss zu geben imstande sind, in welchen Bahnen die zukünftige Gefangenen-Schutzthätigkeit sich bewegen wird.

10. Die Bildung grösserer nationaler Verbände und die Förderung aller damit zusammenhängenden Aufgaben, so namentlich die Durchführung einer internationalen Gefangenen-Fürsorge auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfeleistung.

Der St. Petersburger Gefängnis-Kongress hat den Wunsch ausgesprochen, dass, um die Begründung einer internationalen Gefangenen-Fürsorge zu erleichtern, es wünschenswert sei, dass die in den einzelnen Ländern bestehenden Schutzvereine für entlassene Gefangene sich dahin einigen, ein gemeinsames Zentralorgan zu schaffen und diesem sich zu unterstellen.¹⁾

¹⁾ Siehe die comptes rendus Band 1 S. 809.

Ebenso hat der zweite internationale Fürsorge-Kongress von Antwerpen folgenden von dem belgischen Justizminister Le Jeune vertretenen Sektionsbeschlüssen zugestimmt.

Es ist wünschenswert, dass in jedem Lande eine zentrale schutzvereinliche Organisation eingerichtet werde, um die Heimbeförderung der ausländischen Strafentlassenen zu ermöglichen und in gleicher Weise den im Ausland verurteilten eigenen Landesangehörigen die erforderliche Hilfe leisten zu können.

Die Zentralorgane der einzelnen Länder sollen in gegenseitige Verbindung treten, um die Bedingungen für die Durchführung einer möglichst weitgehenden internationalen Gefangenenfürsorge festzusetzen.¹⁾

§ 13.

Praktische Erfolge der zentralen Vereins-Organisation.

Die zu dem voranstehenden Paragraphen erwähnte erste Versammlung von Vertretern deutscher Schutzvereine für entlassene Gefangene hat auf Grund ausführlicher Darlegungen über die innerhalb des deutschen Reiches bestehenden schutzvereinlichen zentralen Organisationen und deren Thätigkeitsergebnisse sich in dem Ausspruche geeinigt:

„Das Bestehen einer Zentralstelle für die schutzvereinliche Thätigkeit eines Landes, einer Provinz, eines Regierungsbezirks ist für deren richtige Organisation und deren dauernden Bestand von der grössten Bedeutung.“

Ihr praktischer Wert besteht in der weitesten Ausdehnung der Vereins-Aufgaben und der Bereithaltung aller zu ihrer glücklichen Lösung erforderlichen Mittel.

Die der Zentralstelle zufallenden Aufgaben sind im Interesse der Erhaltung einer möglichst grossen Selbständigkeit der einzelnen Vereine genau zu bestimmen.

Die zentralisierte Vereinsleitung soll in ihrem Verhältnisse zu der betreffenden Landesregierung auf ein freundliches Zusammenwirken mit letzterer zur Förderung der gemeinschaftlichen Ziele bedacht sein, sonst aber ihre volle Unabhängigkeit bewahren.“

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons 1894 S. 1063.

Von den hier niedergelegten Grundsätzen sind die Königlich Preussischen Ministerien des Innern, der Justiz und des Kultus bei ihrem jüngsten Versuche, die Gefangenen-Fürsorge-Thätigkeit auf neuer Grundlage zu organisieren und die hierfür künftig massgebenden Grundzüge festzustellen, ausgegangen, wie aus den nachfolgenden an die unterstehenden Behörden ergangenen Erlasse, in welchen die Absichten und Wünsche der erwähnten Ministerien näher dargelegt sind, sich ersehen lässt.

Es ist übrigens jetzt schon darauf aufmerksam zu machen, dass Zentralorgane nur für die einzelnen Provinzen in Aussicht genommen sind, die Gründung eines solchen für die ganze Monarchie aber vorerst offenbar im Hinblick auf die dem Verbands der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene obliegenden Aufgaben nicht beabsichtigt ist.

§ 14.

Fortsetzung.

Ministerium des Innern.

Berlin, den 13. Juni 1895.

Im Kampfe gegen das Verbrechen ist neben der Strafrechtspflege die Fürsorge, welche dem entlassenen Gefangenen die Rückkehr zu einem geordneten Leben bahnt und ihn dadurch vor dem Rückfall in's Verbrechen bewahrt, von besonderer Bedeutung. Seit dem Anfange dieses Jahrhunderts sind daher Privatpersonen, Vereine, kirchliche Organe bemüht gewesen, entsprechende Fürsorge zu üben und die Staatsbehörden haben diese Bemühungen gefördert. Leider ist die oft ausgesprochene Klage nicht unberechtigt, dass die Erfolge der Fürsorge-Thätigkeit nicht den darauf verwendeten Arbeiten, Mühen und Geldmitteln entsprechen.

Die Ursache des Misserfolges ist wohl mit darin zu suchen, dass die Fürsorge-Thätigkeit nicht überall zweckmässig organisiert gewesen ist und das richtige Zusammenwirken der Fürsorge-Organe mit den Strafvollstreckungs- und Polizeibehörden gefehlt hat.

Um hierin Abhilfe zu schaffen, sind im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, die in der Anlage beigefügten

Bestimmungen über die Ausübung der Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen aufgestellt worden. Es ist darin besonders darauf Bedacht genommen, das Geschenk aus dem Arbeitsvertrage (Arbeitsprämie, Arbeitsverdienst-Anteil) in höherem Masse als bisher zu Fürsorgezwecken auszunützen und Missbräuchen, welche sich aus der bisherigen Art der Aushändigung an die Entlassenen ergeben haben, entgegenzutreten.

Die Königlichen Regierungspräsidenten und die Vorstände der Königlichen Oberlandesgerichte, sowie des Königlichen Kammergerichts ersuchen wir ergebenst, die nachgeordneten Strafvollzugs- bzw. Polizeibehörden anzuweisen, nach diesen Bestimmungen zu verfahren und die Fürsorge-Thätigkeit, soweit in ihren Kräften steht, zu fördern.

Der Minister des Innern.

gez. von Köller.

Der Justizminister.

gez. Schönstedt.

§ 15.

Fortsetzung.

Bestimmungen über die Fürsorge für entlassene Gefangene.

1. Aufgabe der Fürsorge ist, den Gefangenen für den Zeitpunkt ihrer Entlassung Arbeit und Unterkommen in solchen Verhältnissen zu suchen, die geeignet sind, sie vor dem Rückfall in ungesetzliches Leben zu bewahren, auch in geeigneten Fällen sich der Familien der Gefangenen anzunehmen.

2. Es ist dahin zu wirken, dass möglichst jeder Gefangene, bei dem es erforderlich erscheint, sich der Fürsorge unterstellt. Zur Annahme der Fürsorge kann der Gefangene nicht gezwungen werden. Jugendliche Gefangene sind bei der Fürsorge besonders zu berücksichtigen.

3. Die Fürsorge wird ausgeübt:

- a) durch die kirchlichen Organe,
- b) durch Fürsorge-Vereine.

Beide haben sich in ihrer Arbeit möglichst zu unterstützen und im engsten Zusammenhange mit den Polizeibehörden zu wirken. Muss nach den bestehenden Bestimmungen die Entlassung eines Gefangenen der Polizeibehörde angezeigt werden, so ist dabei mitzuteilen, ob für den Ent-

lassenen Fürsorge eintritt und durch wen sie ausgeübt wird. Fürsorge durch kirchliche Organe eignet sich besonders für solche Gefangene, welche selbst oder durch ihre Familie noch im Zusammenhange mit einer Kirchengemeinde stehen.

Den Vorstehern und Geistlichen der Strafanstalten und Gefängnisse steht es frei, in geeigneten Fällen die Fürsorge selbst auszuüben.

4. Als kirchliche Organe fungieren im allgemeinen in den evangelischen Kirchengemeinden die Gemeinde-Kirchenräte, Presbyterien und Kirchenvorstände, in den katholischen die Ortsgeistlichen und die von dieser zur Mitwirkung angegangenen Gemeindeglieder.

5. Ob und mit welchen Organen wegen Fürsorge für einen Gefangenen Verhandlungen angeknüpft werden sollen, bestimmt der Anstaltsvorsteher nach Anhörung der Oberbeamten insbesondere der Anstaltsgeistlichen, da, wo Konferenzen bestehen, nach Anhörung dieser.

6. Die Anstaltsvorsteher haben die Verhandlungen mit den Fürsorgeorganen so zeitig, bei längerer Strafverbüßung — 6 Wochen vor der Entlassung — einzuleiten, dass bis zum Entlassungstage das Ergebnis feststeht.

Hierbei sind die Fürsorgeorgane von der Höhe des dem Straftlassenen in Aussicht stehenden Geschenkes aus dem Arbeitsvertrage (Arbeitsprämie, Arbeitsverdienst-Anteil) in Kenntnis zu setzen und zu befragen, ob dasselbe ihnen oder der Ortspolizeibehörde übersandt werden soll. Bei diesen Verhandlungen ist auf die Wünsche der zur Entlassung kommenden jede billige Rücksicht zu nehmen.

7. Das den Gefangenen bei der Entlassung zu teil werdende Geschenk aus dem Arbeitsvertrage ist im Interesse der Fürsorge zu verwenden, dasselbe kann gegen den Willen der Entlassenen nicht in Anspruch genommen werden zur Bezahlung von Schulden oder zur Deckung von Ausgaben, welche die Armenverbände für sie selbst oder deren Angehörige geleistet haben. Das Geschenk geht erst dann in das Eigentum des Entlassenen über, wenn es ihm ausdrücklich zur freien Verfügung ausgehändigt ist.

Das Geschenk ist vorzugsweise zu verwenden zur Bezahlung der Reisekosten des Entlassenen nach seinem dem-

nächstigen Aufenthaltsort, zur Beschaffung von Kleidern, Wohnung, Unterhalt, Arbeitsgeräte u. s. w. sowie in geeigneten Fällen zur Unterstützung der Familie des Entlassenen. Es empfiehlt sich nicht, den Entlassenen das Geschenk auf einmal auszuzahlen, grössere Geldbeträge sind ihm nur dann einzuhandigen, wenn deren zweckmässige Verwendung gesichert ist.

8. Ist bei einem Gefangenen die Fürsorge nicht notwendig, so kann der Anstaltsvorsteher ihm bei der Entlassung das Geschenk auszahlen oder an die Polizeibehörde des Ortes, wohin der Gefangene entlassen wird, schicken.

Tritt Fürsorge ein, so hat der Anstaltsvorsteher das Geschenk entweder dem Fürsorgeorgan oder der Polizeibehörde des Ortes, wohin der Gefangene entlassen wird, zu übersenden.

Mit der Verwendung des Geschenks dürfen die Fürsorgeorgane nicht eher beginnen, bis der Entlassene sich schriftlich darüber ausweist, dass er sich bei der Ortspolizeibehörde vorschriftsmässig gemeldet hat.

Die Anstaltsvorsteher können jedoch diesen Gefangenen bei der Entlassung das ganze Geschenk auszahlen, wenn dasselbe so gering ist, dass es nur zur Bestreitung der Reisekosten und des Unterhalts für wenige Tage ausreicht, oder wenn die Persönlichkeit des Entlassenen und die Verhältnisse, in die er zurücktritt, einen Missbrauch nicht befürchten lassen.

9. Weigert sich ein Gefangener die für notwendig erachtete Fürsorge anzunehmen, so behält die Anstaltsverwaltung von dem nach Abzug der Reise- und Zehrungskosten für einige Tage am Entlassungsorte noch verbleibenden Reste des Geschenkes die Hälfte zurück, die andere Hälfte wird der Polizeibehörde des Entlassungsortes überschickt, um für den Entlassenen nach Massgabe der Bestimmungen in No. 7 verwandt zu werden.

Wenn ein Entlassener sich weigert, die von den Fürsorge-Organen inbetreff der Verwendung des Geschenkes getroffenen Anordnungen anzuerkennen, oder wenn er sich der Fürsorge entzieht oder eine strafbare Handlung begeht, so ist unter Mitteilung der Thatsachen der noch vorhandene Rest des Geschenkes der Ortspolizeibehörde zu übersenden,

welche dann nach den in No. 7 gegebenen Bestimmungen verfährt.

Weigert sich ein Straftlassener die von der Polizeibehörde über die Verwendung des Geschenkes getroffenen Anordnungen anzuerkennen, so ist der Rest des Geschenkes, soweit es nicht im Interesse der Familie des Straftlassenen Verwendung findet, mit einer Abrechnung der Anstaltsverwaltung zurückzusenden.

§ 16.

Fortsetzung.

Ministerium des Innern.

Berlin, den 19. Juni 1895.

An die sämtlichen Oberpräsidenten.

Euer Exzellenz lassen wir in der Anlage die von uns, den mitunterzeichneten Ministern des Innern und der Justiz an die Regierungspräsidenten und die Vorstandsbeamten der Oberlandesgerichte erlassene Verfügung vom 13. d. Mts. betreffend die Fürsorge für entlassene Strafgefangene mit folgenden Bemerkungen ergebenst zugehen:

Es wird sich empfehlen, für jede Provinz oder für mehrere benachbarte Provinzen eine Zentralstelle für das Fürsorgewesen zu schaffen, die zwar eine vom Staate unabhängige freie Vereinigung ist, deren Bestrebungen aber von den Staats-, Kirchen- und Provinzialbehörden möglichst gefördert werden.

Aufgaben der Zentralstellen würden sein:

1. Das Fürsorgewesen in ihrem Bezirke zu fördern;
2. Auf das Zusammenwirken zwischen kirchlichen Fürsorge-Organen und Fürsorge-Vereinen hinzuwirken;
3. Zur Gründung von Fürsorge-Vereinen und Arbeitsnachweisstellen anzuregen.

Eine derartige Zusammenfassung des Fürsorgewesens in einem grösseren Bezirke ist mit gutem Erfolg im Grossherzogtum Baden versucht worden. Je ein Exemplar des Statuts der Zentralleitung des Landesverbandes der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene und der Statuten der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene ist zur gefälligen Kenntnissnahme beigelegt.

Um eine Zersplitterung der auf die Fürsorgebestrebungen verwandten Kräfte und Geldmittel zu vermeiden, wird darauf Bedacht zu nehmen sein, dass die Fürsorge-Organen sich auch der Familien der in Haft befindlichen Gefangenen im Bedarfsfalle annehmen und dass sie ihre Schutzthätigkeit auch den aus der Zwangserziehung entlassenen oder in Familienpflege untergebrachten jugendlichen Personen zuwenden.

Ferner stellen wir Ew. Exzellenz ergebenst anheim, dahin zu wirken, dass die Provinzialbehörden die anliegenden Bestimmungen soweit thunlich auch für die zur Entlassung kommenden Korrigenden zur Anwendung bringen.

Ich der mitunterzeichnete Minister der geistlichen Angelegenheiten werde die obersten Kirchenbehörden, ich der mitunterzeichnete Justizminister werde die Oberlandesgerichts-Präsidenten und Oberstaatsanwälte ersuchen, dass sie Ew. Exzellenz in diesen Bestrebungen unterstützen.

Zur Deckung der Geschäftsunkosten der Zentralstelle, sofern dazu die Beiträge der Kirchen- und Provinzialbehörden, der Vereine und Privatpersonen nicht ausreichen, bin ich der mitunterzeichnete Minister des Innern bereit, einen Beitrag aus den Zinsenfonds der Strafanstalten und Gefängnisse meines Geschäftsbereiches zu bewilligen, der nach dem Geschäftsumfange und der Zahl der in Fürsorge genommenen Personen zu bemessen sein wird.

Nach Jahresfrist wollen wir einem Bericht in dieser Angelegenheit entgegensehen.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts u. Medizinal-Angelegenheiten	Der Justiz-Minister gez.: Schönstedt.
gez.: Bosse.	

Der Minister des Innern
gez.: von Köller.

§ 17.

Fortsetzung.

Die Aufnahme, welche die sehr beherzigenswerten Vorschläge in den einzelnen preussischen Provinzen gefunden haben, berechtigen zu keinen grossen Hoffnungen hinsichtlich der raschen Durchführung der beabsichtigten Neuerung. Im

Interesse der Sache wäre es sehr wünschenswert, wenn es gelänge, wenigstens in einer Provinz eine zentralorganisierte Gefangenen-Fürsorge ins Leben zu rufen, deren Vorbild dann überzeugend auf die Vereinsbildung in den anderen Provinzen einwirken könnte. Hierzu bedarf es aber vor allem, eine für diese Aufgabe vollständig geeignete Persönlichkeit zu gewinnen, während es die staatliche Aufgabe wäre, der neuen Schöpfung reiche Geldmittel zuzuführen und auch an äusseren Beweisen dafür nicht fehlen zu lassen, welcher hohen Wert man dieser Art von freier Vereinsthätigkeit beizulegen geneigt ist.

Die Erfahrungen, welche man in Belgien, Dänemark, Finnland, Hessen, Holland, Schweden und Württemberg mit der zentralen Organisation gemacht hat, sind sehr ermunternde. Überall hat dieselbe dazu beigetragen, die Gefangenen-Fürsorge zu einer vielseitigen zu machen und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schutzvereine zu erhöhen. Die holländische Vereinigung verfügt sogar über sehr reiche Mittel, obgleich sie von Anfang ihres Bestehens an auf jeden Staatsbeitrag verzichtet hat.

§ 18.

Fortsetzung.

Von besonderem Interesse erscheinen die Thätigkeitsergebnisse der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft in Düsseldorf und die des schutzvereinlichen Landesverbandes in Baden.

Der Schwerpunkt der Thätigkeit der erstgenannten Vereinigung beruht bei dem Centralorgan, welches übrigens mit der Ausübung der Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne des Wortes sich nicht befasst, sondern während des jetzt siebenzigjährigen Bestehens der Gesellschaft seine Arbeit ausschliesslich der Gefängnisreform und der Verbrechens-Propylaxe zugewendet hat. Der Erfolg dieser Arbeit war Dank den ausgezeichneten Mitarbeitern, über welche die Gesellschaft stets in grosser Zahl verfügt hat, ein so umfassender, dass jede für die Verbesserung des Gefängniswesens und die Gefangenen-Schutzthätigkeit im allgemeinen irgendwie belangreiche Frage die eingehendste Erörterung

anlässlich ihrer Hauptversammlungen gefunden hat. Ich erwähne in dieser Beziehung die Einrichtung der Seelsorge und Schule in den Gefängnissen, die Behandlung der Gefangenen-Arbeit und des Arbeitsverdienstes, die Ausbildung des Wärterpersonals, die Altersgrenze für jugendliche Übelthäter, die angemessenste Bestrafung derselben, die Notwendigkeit eines, weite Befugnisse einräumenden Zwangserziehungsgesetzes, die bedingte Verurteilung, die bedingte Entlassung der Strafgefangenen, der bedingte Strafaufschub bei erstmals Bestraften, die Handhabung der Polizeiaufsicht gegenüber den Strafentlassenen, die praktische Gestaltung der Fürsorge für entlassene Gefangene, die Ermöglichung ihrer Auswanderung insbesondere in die deutschen Schutzgebiete, die Feststellung der Ursachen der Verbrechenszunahme, die Bekämpfung des Verbrechertums, der Unsittlichkeit und Trunksucht sowie des Bettels und des Vagabundentums und die Notwendigkeit von Asylen und Beschäftigungsstätten, welche dem letztgedachten Zwecke dienen sollen.

Diese Vorträge und Abhandlungen haben bisher immer in den Jahresberichten der Gefängnis-Gesellschaft Aufnahme gefunden und sind auf diese Weise weiteren Kreisen zugänglich gemacht worden.

Ausserdem sind aber auch im Einklange mit diesem Vorgehen innerhalb des Thätigkeitsbezirkes der Gesellschaft zahlreiche Anstalten, Rettungs- und Erziehungshäuser gegründet worden, welche vom Standpunkt einer planmässig geübten Verbrechens-Propylaxe unentbehrlich sind.

Das Zentralorgan steht mit den Töchtergesellschaften, deren Zahl im Jahre 1896 auf 30 gestiegen ist, in sehr regem Verkehr, welcher durch besonders hierzu aufgestellte Reiseprediger vermittelt wird. Zu den Aufgaben der letzteren gehört es, auch in den Gang der Gefangenen-Fürsorge, soweit sie von den Töchtergesellschaften geübt wird, belehrend und anregend einzugreifen. Etwaige Zusammenstellungen über die Gesamthätigkeitsergebnisse in letzterer Beziehung sind der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich gemacht worden.

Am Schlusse des Jahres 1896 betrug das Vereinsvermögen 10 500 Mk. Einem Einnahmebetrag von 12 875 Mk. (darunter ein Staatszuschuss von 1350 Mk. und ansehnliche Beträge

herrührend aus evangelischen Kirchenkollekten) stand ein solcher von 11 851 Mk. Ausgaben gegenüber.

§. 19.

Fortsetzung.

Den Gegensatz zu dieser Art und Weise, auf welche dem der zentralen Organisation zu Grunde liegenden Gedanken eine praktische Gestaltung gegeben worden ist, bildet die Grundlage, auf welcher der Landesverband der Schutzvereine für entlassene Gefangene im Grossherzogtum Baden beruht.

Zu dieser Neuerung hat das badische Justiz-Ministerium 1883 eine sehr nachhaltige Anregung gegeben und ist es insbesondere das grosse Verdienst des damaligen Ministerialrespizienten, des nunmehrigen badischen Gesandten am Königlich Preussischen Hof, Herrn Geheimen Legationsrat Dr. von Jagemann in Berlin, den Grund zu einem schutzvereinlichen Landesverband unter Leitung eines mit den erforderlichen Mitteln ausgestatteten Zentralorgans gelegt zu haben.

Hier ist die Thätigkeit des Zentralorgans mit der der einzelnen Vereine aufs innigste verwachsen. Es besteht ein wechselseitiger lebhafter Verkehr und ein Zusammenarbeiten, welches dem Bedürfnisse entspricht, sich gegenseitig fördernd und unterstützend zur Seite zu stehen.

Die Selbständigkeit der einzelnen Vereine, deren Zahl entsprechend der der Amtsgerichtssitze des Landes sich auf sechszig beläuft, ist eine sehr weitgehende. Der Zentralleitung ist ein Ministerial-Kommissar beigegeben, welcher darüber zu wachen hat, dass die aus Staatszuschüssen (jährlich 6000 Mk.) herrührenden Mittel zweckgemässe Verwendung finden.

Der Vereinszweck, welcher bei der Gründung des Landesverbandes im Jahre 1883 nur auf die Fürsorge für männliche Strafgefangene gerichtet war, wurde schon bald auf alle Arten von Straftlassenen ausgedehnt und gleichzeitig die Fürsorge für unschuldig Verurteilte und für die Familien Inhaftierter als wünschenswert bezeichnet.

Mit der Thatsache der zentralen Organisation und des besten Einvernehmens zwischen den Staatsbehörden und der Vereinsthätigkeit steht es im innigsten Zusammenhange, dass

a. Der Zentralleitung und den einzelnen ihr unterstellten Vereinen Korporations-Rechte verliehen worden sind.

b. Dass der Arbeiterkolonie Ankenbuck anlässlich ihrer Gründung ein unkündbares, unverzinsliches Darlehen von 10 000 Mk. bewilligt werden konnte und Abmachungen wegen Benutzung der Kolonie für schutzvereinliche Zwecke getroffen worden sind.

c. Dass das Inslebentreten des Asyls Scheibenhardt für weibliche Strafantlassene bzw. für jugendliche Verwahrloste und Bestrafte, welche unter der Massregel der gesetzlich geregelten Zwangserziehung stehen, durch einmalige Zuschüsse von zusammen 4500 Mk. ermöglicht und der Betrieb durch fortlaufende Jahreszuschüsse sichergestellt werden konnte.

d. Dass dem Asyl zum guten Hirten im Heitersheim, welches ausschliesslich für katholische weibliche Zwangszöglinge oder solche sittlich heruntergekommene Frauenspersonen, welche im Alter von mehr als 18 Jahren stehen, bestimmt ist, Verpflegungskosten-Zuschüsse von 50 Mk. pro Kopf und Jahr bewilligt werden.

e. Dass die Erziehungsanstalt Flehingen für männliche, jugendliche Verwahrloste und Bestrafte im Alter von 14 bis 20 Jahren, welche unter der Massregel der öffentlichen Zwangserziehung stehen, nach der Zusicherung eines Staatszuschusses (z. Z. 7000 Mk. jährlich) ins Leben gerufen und in selbständigen Betrieb genommen und dass auch bezüglich des Erziehungshauses Sickingen, welches für weibliche Zwangszöglinge, die nirgends sonst wo Aufnahme finden können, sowie für sittlich tief gesunkene Frauenspersonen reifern Alters bestimmt ist, in ähnlicher Weise vorgegangen worden ist.

f. Dass der Fürsorge für die bestrafte Jugend beiderlei Geschlechts eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet, dass auch die unter der Massregel der Zwangserziehung stehenden Verwahrlosten im Alter von über vierzehn Jahren, ungeachtet sie noch nicht bestraft worden sind, ebenfalls in

den Kreis der schutzvereinlichen Fürsorge hereingezogen und dass zur Sicherung eines ganz geregelten Erziehungsganges ein Abkommen mit dem Gr. Ministerium des Innern getroffen worden ist, infolge dessen gewisse staatliche Befugnisse auf die Schutzvereine und deren Zentralleitung übertragen worden sind und letztere ihre Organisation, ihre Mitarbeiter und äussern Mittel in den Dienst dieses Besserungs- und Erziehungswerkes gestellt hat.

g. Dass die Anregung zur Errichtung und zum Betrieb von Anstalten für unentgeltlichen Arbeitsnachweis in Karlsruhe, Freiburg, Mannheim, Pforzheim und Schopfheim durch die Gewährung von einmaligen namhaften Zuschüssen zur Bestreitung der Kosten der ersten Einrichtung (von 50—500 Mk.) gegeben und dass die Benutzung dieser Anstalten für schutzvereinliche Zwecke geregelt worden ist.

h. Dass ein Uebereinkommen zwischen einer Anzahl von schweizerischen Aufsichtsvereinen und den Angehörigen des Verbandes der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene wegen gegenseitiger Hilfeleistung an Strafantlassene, namentlich falls sie ihre Rückverbringung in die Heimat wünschen sollten, in Aussicht genommen und zu sehr erfolgreichem Vollzug gebracht werden konnte und

i. Dass endlich die Gründung des Verbandes der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene mit allen damit zusammenhängenden wohlthätigen Neuerungen mit Erfolg hat angeregt werden können.

Im Einklange damit hat in dem Zeitraum von 1883 bis zum Schlusse des Jahres 1896 die Gesamtzahl der Vereinsmitglieder von 6846 sich auf 7305, die Zahl der von den einzelnen Vereinen während eines Jahres erledigten Fürsorge-Gesuche von 196 auf 1131, die der jugendlichen Schützlinge von 29 auf 271 männliche und 63 weibliche, die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen von 8552 Mk. auf 8845 Mk., die Ausgaben zu Gunsten von Vereinsschützlingen von 4069 auf 5854 Mk. und das Vermögen der einzelnen Vereine von 8610 Mk. auf 57 661 sowie das der Zentralleitung von 15 028 Mk. auf 80 855 Mk. erhöht.

§ 20.

Die Vereins-Leitung.

Für die Leitung des Vereins ist ein Vorstand in Aussicht zu nehmen, dessen Mitglieder sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen. Staats- und Gemeinde-Beamte, Geistliche, Lehrer, Handel- und Gewerbetreibende, ja auch Angehörige der arbeitenden Klasse sind sehr willkommene Elemente, wenn sie das allgemeine Vertrauen geniessen und ausser den erforderlichen Kenntnissen und Erfahrungen auch die rechte Lust und Liebe zur Sache mitbringen und es im Einzelfalle nie an selbstthätiger Opferwilligkeit fehlen lassen.

Der internationale Kongress in Antwerpen vom Jahre 1890 hat den Wunsch ausgesprochen, dass bei der Zusammensetzung des Vorstandes der Schutzvereine für entlassene Gefangene alle Stände und Berufsarten berücksichtigt werden sollten und deshalb nicht allein die Fabrikherrn oder sonstigen Vorstände von industriellen Unternehmungen sondern auch Fabrikaufseher, Maschinenmeister u. s. w. sowie selbst gewöhnliche Arbeiter heranzuziehen seien.¹⁾

Nach den gleichen Grundsätzen hat die Zusammensetzung des Zentralorgans zu erfolgen.

Der Vereins-Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, welchem die Erledigung der laufenden Geschäfte obliegt und welcher den Verein nach aussen zu vertreten hat, ferner einen Rechner zur Kassenführung und einen Schriftführer, welchem die Besorgung der Schreibereien obliegt. Mit Ausnahme des letztgenannten Amtes sind alle übrigen Ehrenämter.

Eine Abweichung von diesem Grundsatz erscheint aber dann gerechtfertigt, wenn die verschiedenen mit der Vereins-Leitung zusammenhängenden Geschäfte einen solchen Umfang annehmen, dass zu deren regelmässiger Erledigung eine volle Arbeitskraft erforderlich ist und letztere nur unter der Bedingung einer Gehalts-Zusicherung zum Ausharren auf dem arbeitsreichen Posten bestimmt werden kann.

¹⁾ Siehe die Comptes rendus S. 20.

In England sind die meisten Vereins-Agenten bezahlt. Die Rheinisch-Westfälische Gesellschaft bringt die Gehälter der Gefängnisprediger, welche zugleich als Reiseprediger des Vereins aufgestellt sind, zum grösseren Teile aus eigenen Mitteln auf. Der Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene im Königreich Württemberg besitzt seit 1895 einen bezahlten Vereinsagenten, der sich für die nach Stuttgart kommenden Straftentlassen persönlich um Arbeit und Unterkommen zu bemühen und bezüglich ihrer ferneren Führung die Aufgabe eines Fürsorgers zu erfüllen und ausserdem die schriftlichen Arbeiten auf dem Vereinsbureau zu besorgen hat.

Entschliessungen, welche für die Vereins-Thätigkeit von grundsätzlicher Bedeutung werden können, sind der Generalversammlung vorzubehalten. Letztere ist zum Zweck der Berichterstattung über die Thätigkeits-Ergebnisse alljährlich abzuhalten. Falls solche nur schwach besucht zu sein pflegt, so ist die Veröffentlichung eines kurz zusammengedrängten Auszugs aus dem Jahresbericht nicht zu unterlassen.

Bei Vereinen mit zentraler Organisation wird seitens des Vorsitzenden des Zentral-Vorstandes ein Gesamtbericht gefertigt, in welchem die Thätigkeitsergebnisse von sämtlichen dem Verbands angehörenden Einzelvereinen sowie die während eines Jahres gemachten bemerkenswerten Erfahrungen niedergelegt werden.

§ 21.

Die Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Für Vereine, welche keinen konfessionellen Charakter haben, empfiehlt es sich, bei der Zulassung von Mitgliedern jede Unterscheidung hinsichtlich des Standes, der Religion sowie der politischen Parteistellung strengstens zu vermeiden. Es ist dies das wirksamste Mittel, um den ruhigen Fortgang der Vereins-Arbeit dauernd sicher zu stellen und das Vereinsleben vor den gefährlichen Einflüssen des politischen oder kirchlichen Parteiwesens thunlichst zu bewahren.

Der St. Petersburger Gefängnis-Kongress hat auf die Frage, durch welche Mittel eine möglichst weitgehende Aufklärung über das Wesen oder die Tragweite der Gefängnis-

reform sowie der Gefangenen-Schutzthätigkeit erzielt werden könnte, unter anderen auch den Wunsch zu erkennen gegeben, dass Angehörige aller Gesellschaftskreise den Gefängnis-Gesellschaften bzw. den Gefangenen-Schutzvereinen als Mitglieder beitreten sollten.¹⁾

Gelingt es, statt einer grösseren Zahl von Einzelmitgliedern die Gemeinden, welchen letztere angehören, zum Mitgliederbeitritt mit höheren Beitragssummen zu bestimmen, so ist dies nach den beispielsweise in Baden gemachten guten Erfahrungen für den sicheren Fortbestand von solchen Bezirks-Vereinen, welche auf die Teilnahme der ländlichen Bevölkerung angewiesen sind, von dem günstigsten Einflusse. Dem Vereinszwecke entsprechend muss jedem Mitgliede, abgesehen von den aus der Vereinsbildung sich ergebenden allgemeinen Befugnissen, das Recht eingeräumt werden, die Gewährung der Vereinshülfe für die von ihm vorgeschlagenen Schützlinge bei dem Vereinsvorstande in Anregung zu bringen. Es trifft dies dann in besonderem Masse zu, wenn die Vereins-Fürsorge für jugendliche Übelthäter eingeleitet oder den Familien-Angehörigen Inhaftierter eine Unterstützung zuteil werden soll.

Die Pflichten der Vereins-Mitglieder sind sehr weitgehende entsprechend der Thatsache, dass dem Vereinszwecke auf die verschiedenste Art gedient werden kann. Während der eine sich bereit erklärt, die mit dem Amt eines Vorstands-Mitgliedes verknüpften Verpflichtungen zu erfüllen oder dem Fürsorgeramte namentlich gegenüber von Jugendlichen sich zu unterziehen, kann ein anderer sich dadurch sehr nützlich erweisen, dass er für arbeitslose Straftlassene Beschäftigung vermittelt oder der schwierigen Aufgabe sich unterzieht, für die nachträgliche Erziehung und die berufliche Ausbildung von jugendlichen Schützlingen beiderlei Geschlechts Sorge zu tragen.

Andere wieder können der Vereinssache dadurch sehr wertvolle Dienste leisten, dass sie mittelst der Presse für die Interessen der letzteren eintreten und anregend und belehrend einzuwirken bestrebt sind.

¹⁾ Siehe Comptes rendus Band I S. 814.

§ 22.

Die Grösse der Mitglieder-Beiträge.

Die jährlich wiederkehrende Erhebung von Mitglieder-Beiträgen bildet bei der weitaus überwiegenden Zahl der Schutzvereine für entlassene Gefangene die allgemeine Regel. Da aus denselben, abgesehen von den, mehr von Zufälligkeiten abhängigen Schenkungen oder sonstigen freiwilligen Zuwendungen und den seitens des Staates zu bewilligenden Zuschüssen, die für die Vereins-Thätigkeit notwendigen Mittel geschöpft werden müssen, so ist deren regelmässige Anforderung und deren sicheres Eingehen sehr wünschenswert.

Es empfiehlt sich, die Beiträge nicht zu hoch zu bemessen oder aber hinsichtlich ihrer Grösse einen möglichst weiten Spielraum offen zu lassen, damit einerseits auch für den weniger bemittelten Mann, welcher für die Vereinssache ein warmes Interesse empfindet, die Bethätigung hieran ermöglicht, zugleich aber auch dem Wohlthätigkeitssinn namentlich seitens wohlhabender Mitglieder keinerlei Schranken auferlegt werden.

Die aus den Mitgliederbeiträgen sich ergebende Summe soll aber immer eine solche Höhe erreichen, dass auch auf die allmähliche Ansammlung eines Reserve-Fonds stets Bedacht genommen werden kann.

§ 23.

Die Vermögens-Verwaltung und Rechnungs-Ablage.

Das Bestreben eines gut geleiteten Gefangenen-Schutzvereins muss auf die allmähliche Ansammlung und sichere Anlage eines Vermögensstocks gerichtet sein. Ein solcher ist geeignet die Selbständigkeit des Vereins wesentlich zu erhöhen, da er auf diese Weise immer mehr in den Stand gesetzt wird, nicht nur grössere Anforderungen, wie sie erfahrungsgemäss anlässlich der Ermöglichung der Auswanderung, der Übernahme der Kosten eines Lehrverhältnisses oder eines Berufswechsels u. s. w. für jeden Verein früher oder später unvermeidlich sind, zu genügen, sondern auch abgesehen von der Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne so manche mit der Verbrechens-Propylaxe zusammenhängende Zwecke zu fördern.

So wendet alljährig weitaus die grössere Zahl der dem badischen Landesverbande angehörenden Schutzvereine den Erziehungsanstalten in Flehingen, Scheibenhart und Sickingen, sowie der Arbeiterkolonie ganz ansehnliche Beträge zu. Im Jahre 1896 haben dieselben die Gesamtsumme von 2719 Mk. erreicht.

Die alljährige Rechnungsablage behufs der Entlastung des Rechners durch den Vorstand oder die Generalversammlung ist eine selbstverständliche Sache, welche ausser der Forterhaltung geregelter Finanzverhältnisse noch den weiteren Vorteil bietet, allseitig ein Urteil darüber zu ermöglichen, ob bei der Verwendung der Vereins-Mittel zu Gunsten von Schützlingen die hierfür massgebenden grundlegenden Vorschriften richtig eingehalten worden sind.

§ 24.

Das Verhältnis der Schutzvereine für entlassene Gefangene zu den Staats- und Gemeindebehörden.

Die Anlässe, welche eine Regelung des Verhältnisses der Schutzvereine für entlassene Gefangene zu den staatlichen Behörden notwendig machen, sind sehr verschiedene. Wenn die Schutzthätigkeit schon während der Dauer des Strafvollzugs beginnen und in dem Besuche von Gefangenen sich äussern soll, so sind die Bedingungen für die Zulässigkeit der letzteren mit der den Strafanstalten vorgesetzten Dienstbehörde zu vereinbaren. Das gleiche ist bezüglich der Schutzthätigkeit zu beobachten, welche erst für den Zeitpunkt der Strafantlassung in Aussicht genommen ist. Ihre formelle Anbahnung sowie ihre gründliche sachliche Vorbereitung ist dann eine der betreffenden Anstaltsverwaltung zufallende Aufgabe.

Besteht die Uebung oder Anordnung, dass die Arbeitsguthaben (peculium) von Strafantlassenen den Schutzvereinen, welche letztere in ihre Fürsorge genommen haben, zur Verwaltung bzw. zur allmäligen Verwendung zu Gunsten der Strafantlassenen überwiesen werden sollen, oder dass Arbeitsguthaben, welche von Gefangenen, die im Gefängnis gestorben sind, herrühren, der schutzvereinlichen Kasse zuzuwenden seien, so bedarf dies ebenfalls einer formellen Regelung.

Ausserdem giebt es aber auch viele Vereine, welche auf Zuschüsse aus staatlichen Mitteln unbedingt angewiesen sind.

Die Gewährung derselben steht mit dem grossen Interesse im Einklang, welches der Staat an der Gestaltung des Schicksals der Gefangenen nach ihrer Entlassung zu nehmen hat.

Aus dem gleichen Grunde ergibt sich auch das Recht des Staates, auf die Vereinsleitung einen gewissen Einfluss auszuüben.

Immerhin aber soll die Zusicherung derartiger Zuschüsse, mögen sie allgemein oder nur zur Förderung von besonders bezeichneten Zwecken bewilligt werden, nicht an Bedingungen geknüpft werden, welche der Selbständigkeit der Vereine, als der wesentlichsten Grundlage für ihre lebensvolle Weiterentwicklung irgend welchen Eintrag zu thun im Stande sind.

Von ebenso grosser Bedeutung erscheint es aber auch, dass zwischen der schutzvereinlichen Thätigkeit und der obersten Staatsbehörde sich ein gegenseitiges Vertrauensverhältniss herausbildet, infolge dessen ein planmässiges Zusammenarbeiten unter genauester Grenzbeeinigung für die beiderseitigen Thätigkeitsgebiete ermöglicht wird.

Die Notwendigkeit einer Regelung des Verhältnisses zwischen den Schutzvereinen für entlassene Gefangene und den Gemeinde- bzw. anderen Behörden der Selbstverwaltung ergibt sich aus der beiderseitigen Interessen-Gemeinschaft gegenüber der Thatsache, dass gewerbsmässige Bettler und Landstreicher, unverbesserliche Dirnen sowie Gewohnheitsverbrecher, bezüglich welcher rechtzeitige Besserungsversuche keinen Erfolg gehabt haben oder gänzlich unterblieben sind, früher oder später der Armenbehörde zur Last fallen. Dagegen ist der Anspruch der letzteren auf eine vorherige Verständigung über die Art, auf welche die Unterstützung von Familien Inhaftierter statthaben soll, ein wohl berechtigter.

Aus dem gleichen Grunde dürften aber auch Gesuche von Schutzvereinen um Zuschüsse aus Gemeindemitteln sei es in periodisch wiederkehrender Weise sei es je nach der Lage des einzelnen Fürsorgefalls einer entsprechenden Berücksichtigung wert erscheinen.

§ 25.

Das Verhältniß zu den kirchlichen Gemeinschaften und ihren Dienern ¹⁾.

Der Kirche und ihren Dienern liegt die Aufgabe ob, die Menschheit nicht blos in religiöser, sondern auch in sozialer Beziehung auf eine höhere Stufe zu erheben. Die Ueberwindung des Klassenkampfes und die Versöhnung der hieraus sich ergebenden sozialen Gegensätze soll ebensosehr durch eine warme Pflege der kirchlichen Zusammengehörigkeit als durch eine rastlos thätige Uebung des gegenseitigen Liebeswerks, mit welchem die eifrige Förderung aller auf die Milderung bzw. Ausgleichung jeglichen sozialen Elends gerichteten Bestrebungen Hand in Hand gehen muss, bewirkt werden.

Ergiebt sich hieraus schon, welch mannigfache Berührungspunkte zwischen der Schutzthätigkeit für entlassene Gefangene und der geistlichen Arbeit in der Konfessions-Gemeinde bestehen und welche segensreiche Erfolge von ihrem harmonischen Zusammenarbeiten für die beiderseitigen Ziele, namentlich auf dem Gebiete der Verbrechens-Propylaxe erwartet werden dürfen, so giebt es aber auch innerhalb der Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne manche Gebiete, auf denen die Mitarbeit der Konfessions-Geistlichen eine wahrhaft grundlegende und deshalb unentbehrliche ist.

Diese sind es, welche während des Strafvollzugs das Herz der Gefangenen für das Gefühl der Reue und für die sittliche Umkehr erschliessen müssen und damit den mit der Sühne verbundenen Besserungszweck der Strafe zu verwirklichen haben, ihnen liegt an erster Stelle die Aufgabe ob, den Gefangenen den Weg anzuzeigen, durch dessen Betretung nach erfolgter Entlassung ihr ehrliches Fortkommen am meisten gesichert erscheint, sie sind es endlich, welche den in die Freiheit

¹⁾ Die Gefangenen und die Verbrecher unter dem Einflusse des Christentums von Pfarrer Krauss in Freiburg i. B., siehe Blätter für Gefängniskunde Band XXV S. 1 f., Heidelberg, Verlagshandlung von G. Weiss 1890; derselbe, die Gefängnisseelsorge, siehe Handbuch des Gefängniswesens von von Holtzendorff und von Jagemann, Band II S. 131 f.

Zurückgekehrten auf ihren Wunsch als wohlwollende Freunde, aber nötigenfalls auch als ernste Mahner immer dann zur Seite stehen werden, wenn die Versuchung ihre verlockende Stimme erheben und die Besserungsvorsätze ins Wanken geraten sollten.

Für jeden Schutzverein mit ausgedehnter Thätigkeit ist es deshalb gewissermassen ein Gebot der Selbsterhaltung, mit allen Religions-Gemeinschaften die freundlichsten Beziehungen zu unterhalten und deshalb von den Wechselscheinungen der kirchlich-politischen Tageskämpfe sich in keiner Weise beeinflussen zu lassen.

Dies ist um so leichter durchführbar, als auch die Kirche in den verschiedensten Kundgebungen die grösste Geneigtheit zeigt, den Wert der Gefangenen-Schutzthätigkeit für den einzelnen Besserungsbedürftigen sowie für das Gemeinwohl unzweideutig anzuerkennen. Dementsprechend ist sie auch allenthalben auf dem Gebiete der Jugenderziehung und der Fürsorge für sittlich gefallene Frauenspersonen ebenso selbständig als erfolgreich vorgegangen.

Es sei hier hingewiesen auf die zahlreichen schönen Unternehmungen, welche theils der in den Ländern protestantischen Glaubens weitverbreiteten Inneren Mission, theils in römisch-katholischen Kreisen der Kongregation des St. Vincens, des St. Leonard und des St. Joseph zu verdanken sind und für die Handhabung der Gefangenen-Schutzthätigkeit sich als sehr willkommene Stützen erweisen. Zu erwähnen sind auch die oft nicht unerheblichen Zuwendungen, welche kirchlicherseits den Schutzvereinen für entlassene Gefangene alljährlich überwiesen werden und theils aus Kirchenkollekten wie bei der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft und dem Nassauischen Gefängnis-Verein, theils aus kirchlichen Stiftungs-Mitteln herrühren, wie bei dem Bezirksverein München die Zuschüsse aus dem St. Johannisverein im Betrage von 1000 Mk. jährlich.

Im Jahre 1890 wurde im Kanton Aargau auf Grund einer zwischen der reformierten, der römisch-katholischen und christlich-katholischen Synode stattgehabten Vereinbarung eine Schutzaufsichts-Kommission gewählt, welche im Benehmen

mit den Kirchenpflegern die Gefangenen-Schutzthätigkeit zu besorgen hat ¹⁾).

Der im Jahre 1888 für den schweizerischen Kanton Freiburg gegründete Schutzaufsichtsverein hatte sich der lebhaftesten Unterstützung seitens der katholischen Geistlichkeit zu erfreuen.

Die allgemeine Synode der reformierten Evangelischen Kirche in Frankreich hat unter dem Hinweis auf den Beschluss des St. Petersburger Kongresses, wonach die Diener der verschiedenen Religionsgemeinschaften darauf hinwirken sollen, dass an einem bestimmten Sonntag des Jahres die Kirchenbesucher über ihre Pflichten bezüglich der den Gefangenen schuldigen Fürsorge belehrt werden sollen, ihre volle Sympathie für die Gefangenen-Fürsorge ausgesprochen und die Geistlichen, die Gläubigen und die kirchliche Presse aufgefordert, das wärmste Interesse an allen darauf Bezug habenden Fragen zu bethätigen.

Im Jahre 1888 hat der Sekretär der Gefängnis-Gesellschaft in New York Dr. W. F. Round den Vorschlag gemacht, dass in allen Kirchen jährlich ein Sonntag dem Gefängniswesen, den Verurteilten und der verwahrlosten und sittlich gefährdeten Jugend gewidmet werden sollte, damit die Gemeindemitglieder über die *res sacra miserorum* und ihre sich hieraus ergebenden Verpflichtungen belehrt werden könnten, aus freiem Antriebe und möglichst vorurteilslos den hier in Frage kommenden Hilfsbedürftigen unterstützend zur Seite zu stehen. In Übereinstimmung damit ist in der Hälfte der nordamerikanischen Unions-Staaten der Gefangenen-Sonntag (der erste Sonntag im Monat Oktober *prison sunday*) ²⁾ bereits eingeführt ³⁾.

Die nämliche Einrichtung wurde seitens der Geistlichkeit im Kanton Neuchâtel angenommen. Ebenso hat bezüglich der Stellung, welche die Katholische Kirche zu der Rettungs-

¹⁾ Siehe den zweiten öffentlichen Bericht über die Thätigkeit und das Ergebnis der Schutzaufsicht für entlassene Gefangene im Kanton Aargau für die Zeit von 1882—90 S. 2.

²⁾ Siehe die Zeitschrift „Volkswohl“ Jahrgang 1890 No. 16 S. 80; Bulletin de la Société générale des prisons 1891 S. 1174.

³⁾ Bulletin de la Société générale des prisons 1893 S. 1. 1116. Comptes rendus des Petersburger Kongresses Band I, S. 814.

arbeit gegenüber den katholischen Jugendlichen einnimmt, Mr. Thomas F. Ring in Boston in seinem dem 23. Kongress of Charities and Correction im Juni 1896 erstatteten Bericht auf die Frage, weshalb die Kirche sich grosse Opfer auferlege, ungeachtet die Unterstützung solcher armer, verwahrloster Kinder eine Pflicht des Staates sei, geantwortet:

Die Katholische Kirche ist eine Mutter, welche ihre Kinder nie im Stiche lässt, sie ist vor Gott für die Kleinen verantwortlich, welche in ihrem Schoosse geboren werden. Die Aufgabe der katholischen Wohlthätigkeits-Vereine ist nicht die des Proselytenmachens, sondern die des Schutzes der Schwachen. Wenn die Eltern ihre Pflicht nicht thun, dann muss die Kirche ihre Kleinen unter ihre Fittige nehmen und sie auf den von Gott gezeigten Wegen zum Himmel führen ¹⁾.

§ 26.

Das Verhältnis zu den Frauen-Vereinen.

Der Gedanke, die Fürsorge für weibliche Gefangene jugendlichen Alters ausschliesslich in die Hände von Frauen zu legen, welche mit der rechten Opferwilligkeit ausgerüstet sind, ist ein sehr naheliegender. Der beiderseitige Verkehr, welcher mit den Besuchen im Gefängnisse seinen Anfang zu nehmen und nach der Entlassung fortzudauern hätte, würde für das in Aussicht zu nehmende Besserungswerk zweifellos sehr förderlich sein. Die weiblichen Schützlinge würden vertrauensvoll die weitere Gestaltung ihres Schicksals in die Hände ihrer Fürsorgerinnen legen und letztere würden infolge der ihnen eigenen, tief ausgeprägten Unterscheidungsgabe und der Hilfsmittel, welche eine gute Vereinsorganisation zu geben im Stande ist, bald mit Sicherheit das erkennen, was Jenen frommt und von Nutzen ist.

Eine eingehendere Fürsorge als gegenüber den männlichen Straftentlassenen ist aber in der Regel deshalb geboten, weil die meisten weiblichen Schützlinge nach ihrem Wiedereintritt in die Freiheit auf die Uebernahme von Haus- oder land-

¹⁾ Bulletin de la Société générale des prisons 1897 S. 529.

wirtschaftlichen Dienststellen angewiesen sind und die Ermittlung von solchen teils wegen ungenügender Befähigung der Beteiligten, teils wegen ihres schlimmen Vorlebens sich als eine Unmöglichkeit erweist.

In Uebereinstimmung damit hat der internationale Gefängnis-Kongress von Stockholm sich dahin ausgesprochen, dass es angemessen erscheine, für die weiblichen Straftlassenen eine besondere Schutz-Fürsorge einzurichten und mit letzterer soviel als möglich Frauenspersonen zu betrauen¹⁾).

Von diesem Gesichtspunkte aus wären besondere Vereins-Gründungen der gedachten Art sehr angezeigt. Wie erfolgreich ihre Leistungen sein können, ergibt sich aus den Thätigkeitsberichten des Frauenvereins in Basel, welcher mit der Patronage-Kommission stets die engste Fühlung unterhält, des Schutzvereins in Stockholm, welchem zwei Frauen-Asyle zur Verfügung stehen, sowie der Oeuvres des dames protestantes de St. Lazare in Paris (vergl. zu § 10). Auch in den Niederlanden bestehen und zwar im Anschluss an die Nederlandsch Genootschap tot Zedelyke Verbetering der Gevangenen in allen grösseren Städten des Landes besondere Damen-Komités zur Fürsorge für weibliche Straftlassene.

Im Grossherzogtum Baden lag letztere Jahre hindurch in den Händen des badischen Frauenvereins. Auf Grund der Erfahrung aber, dass seitens des letzteren mit Rücksicht auf seine Organisation, welche nur auf die Gründung von Ortsvereinen, nicht aber auch auf die von Bezirksvereinen Bedacht nehme, eine Garantie für die Gewährung der Vereinshilfe in jedem einzelnen Bedürfnisfalle nicht übernommen werden könne, dass aber auch den Zweigvereinen nicht selten die Mittel zu einer eingreifenden Hilfe fehlten, ganz abgesehen endlich davon, dass sehr häufig das Vorleben der Schützlinge das Eintreten der Frauen zur Unmöglichkeit mache, wurde im Jahre 1889 der Antrag gestellt, dass in Zukunft die Fürsorge für die weiblichen Straftlassenen durch die Bezirksschutzvereine und zwar

¹⁾ Le Congrès international pénitentiaire de Stockholm. Comptes rendus Band 1, S. 540.

wenn möglich im Benehmen mit Vertreterinnen der Zweigvereine des Landes-Frauen-Vereins gehandhabt werden solle.

Diesem Antrage wurde stattgegeben und hat sich die denselben entsprechende Einrichtung bisher vollkommen bewährt¹⁾.

Hiernach dürfte sich überall da, wo selbständige Vereinsbildungen zum Zweck der Gefangenen-Fürsorge nicht möglich sind, entweder die Gründung von besonderen Frauen-Komités empfehlen, welche sich an einen grösseren Verein etwa in der Art anschliessen, wie dies bei dem Schutzverein für entlassene Gefangene im Bezirke Unterelsass, in Strassburg oder bei dem Verein in Danzig mit bestem Erfolge der Fall ist, und welchen dann auch die Aufgabe der Besuche bei weiblichen Gefangenen und die Fürsorge für die Familien von Inhaftierten überwiesen werden könnte, oder aber sind noch engere Beziehungen mit etwa vorhandenen Frauen-Vereinen in der in Baden beliebten Form anzubahnen.

Der letzterwähnte Anschluss wird immer dann sich als sehr belangreich erweisen, wenn etwa seitens des Frauen-Vereins Erziehungshäuser für sittlich verwahrloste Mädchen ins Leben gerufen werden sollten, auf deren Leitung einen mitbestimmenden Einfluss zu gewinnen, im Interesse einer planmässig arbeitenden Schutzthätigkeit immer wünschenswert sein wird.

§ 27.

Das Verhältnis zu Vereinen mit verwandten Bestrebungen.

So wahr es ist, dass die einzelnen Vereinsbildungen eine um so grössere Wirksamkeit zu entfalten im Stande sein und in um so ausgedehnteren Kreisen des wärmsten Interesses sich zu erfreuen haben werden, je weiter und erschöpfender die Grenzlinien für den Vereinszweck gezogen und je mehr gleichartige oder verwandte Arbeitsgebiete mit einander verschmolzen werden, ebenso zutreffend ist es, dass die Wirksamkeit so mancher Schutzvereine für entlassene Gefangene

¹⁾ Vergl. Bericht über die Thätigkeit der Bezirksschutzvereine und der Zentralleitung zum Schutz für entlassene Gefangene im Grossherzogtum Baden im Jahre 1889. S. 20 und 27.

dadurch eine wesentliche Stütze und Steigerung erfahren kann, dass dieselben mit Vereinen mit verwandten Bestrebungen Vereinbarungen treffen, welchen die Absicht zu Grunde liegt, einerseits das gegenseitige sich ergänzen und unterstützen ins Auge zu fassen, andererseits die Benützung von Anstalten und Einrichtungen, zu deren selbständiger Begründung und Leitung man die erforderlichen Mittel nicht besitzt, dauernd für sich zu ermöglichen.

Es ist dies überhaupt eine Frage, welche für die glückliche Weiterentwicklung aller Fürsorgebestrebungen im allgemeinen zweifellos von der grössten Bedeutung ist und welche bis jetzt ihren endgiltigen Abschluss noch nicht gefunden hat.

Erstmals stand sie anlässlich der am 5. September 1889 in Freiburg i. B. stattgehabten ersten Versammlung von Vertretern deutscher Schutzvereine für entlassene Gefangene und von Vereinen mit verwandten Bestrebungen auf Anregung der schutzvereinlichen Zentralleitung in Baden in folgender Fassung zur Erörterung:

Ist es empfehlenswert und durchführbar, der Zersplitterung des Vereinslebens gegenüber eine engere Verbindung unter den verschiedenen verwandten Bestrebungen der Verbrechens-Propylaxe: Schutzwesen, Zwangserziehung, Arbeiter-Kolonieen, Antibettelvereine, Naturalverpflegungs-Stationen, Herbergen zur Heimat, Volksküchen, Anstalten für Arbeitsnachweis, Verein gegen Trunksucht u. s. w. herzustellen, namentlich in kleineren Orten?

In den hierüber erstatteten Gutachten gelangte Pastor Gröber, damals Geschäftsführer bei der Rheinisch-Westphälischen Gefängnis-Gesellschaft in Düsseldorf, nachdem er die mit der Vereins-Ueberwucherung zusammenhängenden Schäden anstandslos zugegeben, die individualisierende Vereinsbildung aber als das für die Erreichung der von den einzelnen Vereinen angestrebten Ziele angemessenste und fördersamste Vorgehen bezeichnet hat, zu folgenden Leitsätzen:

1. während nirgends ein neuer Verein gegründet werden sollte, wo ein bereits bestehender Verein sich die neu

auf tretenden Bestrebungen nicht nur ohne Schaden, sondern vielleicht zu seinem eigenen Vorteil aneignen könnte, so sollten überall da, wo in einem Orte oder in einem Bezirke mehrere Vereine so nahe verwandter Art bestehen, dass sie sich ohne Schaden, ja zu ihrem eigenen Vorteil vereinigen könnten, dieselben eine solche Vereinigung zu vollziehen bestreht sein.

2. Insbesondere werden unsere der Verbrechens-Propylaxe dienenden Vereine wohl daran thun:

- a. persönliche Fühlung zwischen den gegenseitigen Vorständen dadurch zu erhalten, dass stets ein oder zwei Mitglieder eines Vorstandes zugleich auch noch dem Vorstande eines weiteren der verwandten Vereine angehören,
- b. gemeinsame Angelegenheiten zur Vermeidung von Kollisionen gemeinsam zu beraten, sei es in besonders anzuberaumenden kombinierten Vorstandssitzungen oder in regelmässig wiederkehrenden gemeinsamen Konferenzen,
- c. darauf bedacht zu sein, dass die von den einzelnen Vereinen geschaffenen gemeinnützigen Einrichtungen möglichst allgemein, oder doch zwischen Verein und Verein wechselseitig benutzt werden können, wobei jedoch berechtigte Sonderinteressen gewahrt bleiben müssen.

3. Die Schutzvereine für entlassene Gefangene werden vielleicht nicht überall dazu berufen sein, an die Spitze solcher Vereinigungen zu treten, doch mögen sie sich es überall angelegen sein lassen, solche Vereinigungen kräftig anzuregen.

Der Korreferent, Geheimer Regierungsrat von Massow, welcher den für die Beurteilung dieser Frage sehr beherzenswerten Satz in den Vordergrund stellte, dass es viel leichter sei, einen Verein zu gründen, als ihn lebensfähig zu erhalten, erklärte sich mit den obigen Leitsätzen einverstanden. Zugleich betonte er die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Vereinen mit verwandten Bestrebungen namentlich auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises.

In einem weiteren Gutachten gelangte Geheimer Finanzrat Fuchs zu dem Ergebnisse, dass die Zersplitterung des Vereinswesens der Regel nach ein Hemmnis für die erfolgreiche Weiterentwicklung der der Verbrechens-Propylaxe dienenden Vereine sei.

Zur Beseitigung dieses Hemmnisses seien engere Verbindungen unter diesen Vereinen anzubahnen, welchen die Absicht zu Grunde liege, die gegenseitige Vereinsarbeit dadurch zu einer besonders intensiven und wirksamen zu gestalten, dass auf Grund der Interessen-Gemeinschaft die jedem einzelnen Vereine zuzuweisenden Aufgaben genau festgestellt und die zur erfolgreichen Lösung der letzteren erforderlichen Mittel behufs gegenseitiger Ausnützung möglichst zugänglich gemacht würden. Derartige Verständigungen seien zunächst durch die Zentralvorstände der verschiedenen Vereinsverbände zu vermitteln, wobei auch die engste Fühlung mit den Organen von Staat, Gemeinde und Kirche nicht ausser Acht bleiben sollte.

Zu dieser Frage hatte Bezirkspräsident z. D. Freiherr von Reitzenstein (Freiburg) folgende Thesen aufgestellt:

- I. Es ist erforderlich, dass die nebeneinander hergehenden, der Verhütung der Verbrechen gewidmeten Vereinsbestrebungen örtlich mehr als bisher zusammengefasst und vereinheitlicht werden.

Es ist dies je nach Lage der örtlichen Verhältnisse bzw. der Natur der besonderen Vereinsaufgaben entweder durch Vereinigung verwandter Unternehmungen oder durch Sicherstellung eines dauernden Benehmens zwischen denselben zu erstreben.

- II. Die Vereinigung bestehender Vereins-Organisationen empfiehlt sich dann, wenn eine solche geeignet ist, intensivere Leistungen oder wirtschaftliche Vorteile sicherzustellen, ohne dass das erforderliche Maass individualisierender Bethätigung Abbruch erfahre.
- III. Bei der Sicherstellung eines Benehmens zwischen den untereinander bestehenden selbständigen Vereins-Organisationen sind folgende Zielpunkte im Auge zu behalten:
 - a. Klare Abgrenzung des Aufgabenkreises der einzelnen Vereinsbildungen gegeneinander.

- b. Thunliche Anpassung der Bethätigungen aneinander und Herstellung eines planmässigen Ineinander-greifens derselben.
- c. Schaffung gemeinsamer Veranstaltungen und Förderung der Benützung einer solchen für die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben.

IV. Zu den gemeinsamen Veranstaltungen im Sinne von These III c gehört insbesondere auch die Herstellung planmässiger örtlich und sachlich sich überall möglichst aneinander anschliessender Arbeits-Nachweise.

V. Besonderer Wert ist darauf zu legen, dass für solche Vereinsbestrebungen, für welche eine, grössere örtliche Gebiete umfassende Leitung, Provinzial- bzw. Zentral-leitung organisiert ist, die Sicherstellung eines Beneh-mens im Sinne der These III durch geeignete Verstän-digung der bezüglichen Provinzial- und Landes-Vereins-organe angebahnt werde.

Wegen Mangels an Zeit konnte über diese Thesen, mit welchen sich übrigens die Berichterstatter einverstanden erklärt haben, nicht in Verhandlung getreten werden ¹⁾.

Der St. Petersburger Gefängnis-Kongress sprach sich dahin aus, dass der innere Zusammenhang, welcher zwischen den mit dem Gefängnisdienst und der Handhabung der Polizei betrauten Verwaltungen einerseits und den öffentlichen oder privaten Organen, welche sich mit der Armenpflege und der Wohlthätigkeit zu befassen haben, andererseits, hinsichtlich ihrer Interessen und aller daran sich knüpfenden Fragen bestehe, ein allseitiges, den Bedürf-nissen des einzelnen Landes genau sich anpassendes Ein-verständnis erforderlich mache.

Um diesem Einverständnisse mehr Nachdruck zu geben, sei es wünschenswert, dass Vereine, oder Kongresse oder Konferenzen in's Leben treten, in welchen Vertreter der soeben erwähnten Behörden und Vereinigungen zu gemeinsamer Arbeit sich vereinigen würden.

¹⁾ Verhandlungen der ersten Versammlung von Vertretern deutscher Schutzvereine für entlassene Gefangene. Sonderausgabe Karlsruhe, Gutsch 1890, S. 60 u. 109 f.

Behufs Erleichterung der den Schutzvereinen für entlassene Gefangene hierbei zufallenden Aufgabe sei es wünschenswert, dass der Staat oder die Provinz oder die Gemeinde oder aber auch ein Privatverein ein Beschäftigungshaus errichte und in Betrieb nehme ¹⁾.

§ 28.

Fortsetzung.

Die hier erläuterte Frage hat seither verschiedenartige Anregungen erfahren und schliesslich dahin geführt, dass man versucht hat, sich auch darüber Rechenschaft zu geben, ob nicht das Bedürfnis der Zusammenfassung aller Fürsorge-Bestrebungen überhaupt und namentlich innerhalb des Deutschen Reiches anerkannt werden müsse, in welchem Falle eine Zentralstelle ins Leben zu rufen wäre, welcher folgende Aufgaben zufallen würden:

1. Die Auskunftserteilung an alle diejenigen (Einzelpersonen und Korporationen), welche solche auf Grund des geschäftlichen, statistischen und wissenschaftlichen Materials verlangen würden, welches fortgesetzt bei der Zentralstelle einläuft und dort zu sondern und planmässig zu verarbeiten wäre.

2. Die Herstellung eines Handbuches aller Fürsorge-Bestrebungen, welches der Öffentlichkeit in die Hand zu geben wäre und die Auskunftserteilung unter Ziffer 1 teilweise unnötig machen würde

3. Die Prüfung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Thätigkeitsgruppen auf dem Gebiete der Fürsorgebestrebungen unter besonderer Berücksichtigung der für ein etwaiges Zusammenarbeiten von einzelnen unter denselben beachtenswerten Momente. Hier würde nun für die einzelnen Zentralstellen die Grundlage geschaffen werden, von welcher aus sie den Wert gegenseitiger engerer Beziehungen und der Zugänglichmachung der beiderseits zur Verfügung stehenden Einrichtungen und Unternehmungen mit aller Sicherheit bemessen könnten.

¹⁾ Siehe die Comptes rendus des St. Petersburger Kongresses Band I, S. 810 und 811.

4. Im Anschluss an die unter Ziffer 3 erwähnte Thätigkeit auch diejenige Art wissenschaftlicher Arbeit in die Hand zu nehmen, welche geeignet ist in weiteren Kreisen zu Gunsten der einzelnen Fürsorge-Bestrebungen aufklärend und anregend zu wirken ¹⁾).

Auf Anregung der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in Berlin trat am 8. Dezember 1897 ebenda eine sehr zahlreich beschickte Versammlung zusammen, welche die Frage erörterte, auf welche Weise der gegenwärtigen Kräftezersplitterung auf dem Gebiete der Vereins-Wohlfahrtsbestrebungen praktisch vorgebeugt werden könne.

Das Ergebnis der Verhandlungen war, dass die oben genannte Zentralstelle mit der Aufgabe betraut wurde, die vorbereitenden Maasregeln für eine Zusammenfassung der gemeinsamen Vereins-Interessen zu treffen, mindestens jährlich eine Konferenz nach Art der erstmals stattgehabten einzuberufen und durch das Organ der Zentralstelle fortlaufend Ort, Zeit und Verhandlungsgegenstände der Versammlungen der verschiedenen gemeinnützigen Zentralvereine, welche ihr zu diesem Zweck entsprechende Mittheilungen zugehen lassen, zu veröffentlichen. Ein Comité wird derselben unterstützend zur Seite stehen ²⁾).

§ 29.

Fortsetzung.

Sieht man aber vorerst von einer Verallgemeinerung dieser Frage gänzlich ab und fasst man nur die desfallsigen Bedürfnisse der Gefangenen-Schutzthätigkeit in's Auge, so ist zweifellos zuzugeben, dass die verschiedenartigen Zwecke derselben durch engere Beziehungen mit Vereinen mit verwandten Bestrebungen eine wesentliche Förderung erfahren können. Die Fürsorge, welche den einzelnen Hilfsbedürftigen durch Darreichung von Verpflegung und Verköstigung gewährt werden kann, wird sich zu einer viel leichter ausführbaren gestalten, wenn die Benutzung von Volksküchen, Herbergen

¹⁾ Siehe Zentralstellen für Armenpflege und Wohlthätigkeit von D. E. Münsterberg, S. 1 u. f. u. 60 u. f., Jena, Verlag von Gustav Fischer 1897.

²⁾ Siehe Zeitschrift der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen. Berlin, IV. Jahrgang No. 24 u. 25.

zur Heimat und Asylen für Obdachlose möglich ist, die Schwierigkeiten der Arbeitsvermittlung werden sich erfolgreicher überwinden lassen, wenn eine gut funktionierende Anstalt für Arbeitsnachweis den entsprechenden Stützpunkt gewährt und der Schutz gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit wird sich als ein viel wirksamerer erweisen, wenn durch die Aufnahme in die Arbeiterkolonie oder in eine ähnliche Beschäftigungsstätte oder aber in ein Erziehungshaus für sittlich gefallene Frauenspersonen reiferen Alters vorläufige Beschäftigung insolange gesichert ist, bis die Überweisung in eine geordnete Berufsthätigkeit statthaben kann.

Von gleich grosser Bedeutung ist die Möglichkeit der Benützung von Anstalten zur Erziehung und Besserung von sittlich verwahrlosten bzw. strafentlassenen Jugendlichen beiderlei Geschlechts im Alter von noch nicht achtzehn Jahren, bezüglich der den letzteren zuzuwendenden Fürsorge, insofern nicht eine wohlorganisierte Schutzthätigkeit sich dazu entschliessen sollte, dieses für ihre erfolgreiche Wirksamkeit so belangreiche Arbeitsgebiet in ganz selbständigen Betrieb zu nehmen.

Ebenso kann die Vereinsthätigkeit, namentlich in grösseren Städten dadurch einen sicheren Schutz gegen missbräuchliche Ausnützung und sonstige Täuschungen erhalten, dass sie mit den sicherheits- und kriminalpolizeilichen Organen einen regen Verkehr unterhält.

Abmachungen der gedachten Art werden am schnellsten zustandekommen, wenn sie von den beiderseitigen Centralorganen festgestellt und dann den dem Verbande angehörigen Einzelvereinen zur Darnachachtung empfohlen werden.

Das gleiche gilt bezüglich aller grösseren Einzelvereine, welche zu einer ausgedehnten Gefangenen-Fürsorge veranlasst sind.

Es ist selbstverständlich, dass infolge des Vollzuges solcher Abmachungen Leistung und Gegenleistung sich vollständig ausgleichen müssen, sei es, dass die Vergütung jeweils unmittelbar nach der im einzelnen Falle gewährten Hilfe erfolgt, wie bei der Benützung von Volksküchen, Herbergen zur Heimat u. s. w., sei es, dass Zuschüsse zu den Verpflegungsbeiträgen geleistet werden, wie sie in Erziehungs-

Anstalten üblich sind, sei es, dass der Ausgleich durch die einmalige Hingabe einer grösseren Summe oder durch die Zusicherung von jährlich wiederkehrenden Beiträgen bewirkt werden will.

Gerade die letztere Art bietet für kleinere Vereine mit beschränkterem Wirkungskreise das beste Mittel, ihr Interesse an den Bestrebungen der Verbrechens-Propylaxe in nachhaltiger Weise zu bethätigen.

Die Frage aber, welche Grenze für ein solches Vorgehen etwa zu ziehen wäre, wird wohl zunächst am besten dahin beantwortet, dass der Regel nach, nur diejenigen Einrichtungen einer schutzvereinlichen Beachtung und Unterstützung wert erscheinen, deren ganz entschieden ausgesprochener Endzweck auf die Bekämpfung von sozialen Missständen oder Gebrechen gerichtet ist, welche mit dem Verbrechertum an sich und dessen Überhandnahme, in einem ursächlichen Zusammenhange stehen.

Dahin gehören die Einrichtungen zur Heilung der Trunksucht, zur Einschränkung der Unsittlichkeit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, des Wanderbettels und der Landstreicherei, unter besonderer Berücksichtigung der Anstalten für Arbeitsnachweis, der Arbeiterkolonien und sonstiger vorübergehender Beschäftigungsstätten, endlich die Einrichtungen zur Erziehung und Besserung der sittlich verwahrlosten Jugend.

Im übrigen giebt es hierfür keine allgemeine Regel, vielmehr werden die einzelnen Vereinsvorstände infolge ihres regen Verkehrs mit den Vereinsmitgliedern und unter dem Eindrucke der zu Tage tretenden örtlichen Bedürfnisse am schnellsten zu einem sicheren Urtheile darüber in der Lage sein, in wieweit sie ihre Verpflichtung zur thatkräftigen Förderung von prophylaktischen Bestrebungen zu erfüllen haben und in welchem Umfange dies mit Rücksicht auf ihre Mittel zulässig erscheint¹⁾.

¹⁾ Siehe v. Jagemanns Vortrag über die Vorbeugungsmittel gegen das Verbrechen einst und jetzt, Comptes rendus des St. Petersburger Gefängnis-Kongresses von 1890, Band I, S. 769 u. f.; ferner Jahresbericht der schutzvereinlichen Zentralleitung im Grossherzogtum Baden für das Jahr 1895, S. 1 u. f.

Zweiter Abschnitt.

Das Verhältniss der Schutzvereine für entlassene Gefangene zu einzelnen Bestrebungen der Verbrechens-Propylaxe.

§ 30.

A. Das Verhältniss zu den Einrichtungen zur Heilung der Trunksucht.

Der innere Zusammenhang zwischen Trunksucht und Verbrechen lässt sich statistisch sehr leicht nachweisen. Auch fehlt es an Erklärungsgründen hierfür nicht. Viele dem Trunke ergebene Menschen geraten in ungeordnete Verhältnisse und damit sehr leicht auf die Verbrechensbahn, bei anderen wieder hat die infolge übertriebenen Alkoholgenusses entstehende Nervenüberreizung eine grosse Geneigtheit zu Ausschreitungen der schlimmsten Art im Gefolge, wodurch nicht selten die Gesundheit und selbst das Leben der in ihrer Umgebung sich befindenden Personen ernstlich gefährdet wird. Wer daher diesem unheilvollen Übel zu steuern sucht, der darf mit Recht behaupten, dass er damit eine Quelle zum versiegen bringen wolle, welche dem Verbrechen immer wieder neue Opfer zuführt.

Dabei kann die Frage unerörtert bleiben, ob die zur Zeit bestehenden Gesetzesbestimmungen zur Bekämpfung dieses Übelstandes als zureichend erscheinen, oder ob nur von radikalen gesetzgeberischen Maassnahmen eine Wandlung zum Besseren zu erhoffen ist und zwar letzteres um so mehr, als es nicht an bemerkenswerten Erfolgen fehlt, welche ein solches Vorgehen in Dänemark, Norwegen, Schweden und der Schweiz herbeigeführt hat¹⁾, oder ob weniger ein-

¹⁾ Vergleiche die Comptes rendus des St. Petersburger Gefängnis-Kongresses von 1895, Band 1, S. 706.

greifende aber im stillen doch ganz günstig wirkende Mittel zu empfehlen sind, welche wie die Bestrebungen der Vereine gegen Trunksucht bezwecken, durch Vorträge und Veröffentlichungen anregend zu wirken und in Übereinstimmung damit teils auf die Unterhaltung von Kaffee-, Thee- und Wasserschenken Bedacht nehmen, teils die Gründung von Trinkerasylen für geboten halten, welche sich mit der planmässigen Heilung von Trinkern befassen.

Unter allen Umständen aber können freundliche, von gegenseitigem Entgegenkommen getragene Beziehungen zwischen diesen Einrichtungen und den Schutzvereinen für entlassene Gefangene für die gemeinsame Sache nur von sehr förderlichem Einflusse sein.

Auf Anregung der Rheinisch-Westphälischen Gefängnis-Gesellschaft wurde die Kuranstalt Silach bei Lintorf für Trunksüchtige gegründet, von welcher letztere im Bedürfnisfall Gebrauch macht.

Der internationale Gefängnis-Kongress, welcher im Jahre 1895 in Paris getagt hat, spricht sich über diese Frage in folgender Weise aus:

Der Kongress, unter dem Eindruck der steten Überhandnahme des Alkoholismus, dessen hauptsächliche Ursache in dem Genusse von nicht rektifizierten Alkoholen und von künstlich hergerichteten Getränken liegt und dessen Einfluss sich täglich mehr in der Zunahme der Kriminalität äussert, spricht den Wunsch aus, dass zur Bekämpfung dieser Geissel die öffentlichen Behörden mit den Organen der freien Vereinsthätigkeit eine Verständigung über die erforderlichen prophylaktischen und therapeutischen Maassregeln treffen sollen u. s. w.¹⁾

§ 31.

B. Das Verhältnis zu den Einrichtungen zur Einschränkung der Unsittlichkeit.

Es ist eine durch vieljährige Erfahrungen bestätigte Tatsache, dass die Unsittlichkeit, namentlich, wenn sie in ge-

¹⁾ Siehe V Congrès pénitentiaire international, Paris 1893. Comptes rendus des résolutions votées par le Congrès, S. 264 u. f.

werbsmässige Unzucht ausartet, so manche jugendliche Frauensperson rasch dem Verbrechen in die Arme führt.

Es ist dies eine Krankheit mit so verheerend wirkendem Ansteckungsstoffe, dass nicht allein die Zahl der Opfer, welche sie unaufhörlich fordert eine erschreckend grosse ist, sondern dass sie auch auf die sittlichen Anschauungen des Volkes überhaupt den verwirrendsten Einfluss auszuüben imstande ist. Diese letztere Erfahrung hat gerade in neuerer Zeit dadurch eine traurige Bestätigung erfahren, dass man in Arbeiterkreisen das Recht der freien Liebe verkündet und damit nicht nur den auf einem gesitteten und ehrbaren Familienleben ruhenden Segen in frevelhafter Weise missachtet, sondern auch die vornehmste Grundlage für die sittliche Kraft eines Volkes kurzer Hand über Bord geworfen hat.

Man wende nicht ein, dass fast alle ledigen Mädchen, welche in ärmlichen Verhältnissen lebten und kaum das zu ihrem Unterhalt notwendige zu verdienen imstande seien, nur durch die Not getrieben der Sittenlosigkeit zum Opfer fielen.

Die Möglichkeit eines solchen inneren Zusammenhanges zwischen äusserer Not und der Preisgebung des Körpers kann ja zugegeben werden. Es wäre aber ein grosses Unrecht, deshalb die verschiedenartigen Erscheinungen mit Stillschweigen übergehen zu wollen, welche die Überhandnahme dieser Art von Unsittlichkeit zu erklären imstande sind.

Man vergegenwärtige sich, in welchem hohem Maasse die weibliche Jugend trotz oft ärmlicher Erwerbsverhältnisse der Vergnügens- und Genusssucht schon verfallen ist, oder wie andere wieder durch die Freude an leichtem und raschem Gelderwerb sich blenden lassen, ja manche auch von dem thörichten Wahne erfüllt sind, durch das Opfer ihrer Ehrbarkeit sich die eheliche Versorgung leichter sichern zu können, und wie endlich bei vielen wieder trotz unbestreitbar vorhandener Erwerbsfähigkeit der Mangel an einer durch religiöse Erziehung gefestigten Gesittung die alleinige Ursache dafür ist, dass sie die Anfechtungen eines mächtig sich regenden Naturtriebs nicht siegreich zu überwinden vermögen, so wird man sich völlig klar darüber werden, in welcher Weise man Einfluss auf das weibliche Gemütsleben

zu gewinnen suchen muss, um veredelnd und bessernd auf dasselbe einzuwirken.

Auf der anderen Seite ist ebenso gewiss, dass das Besserungswerk gegenüber von Frauenspersonen mit schlimmer Vergangenheit, welche erst im reiferen Alter und nachdem sie den Kelch der Sünde bis zur Neige geleert haben, reuigen Sinnes die Schutzfürsorge für sich erbitten, mit zu den schwierigsten Aufgaben der Schutzthätigkeit gehört.

Die Schutzvereine für entlassene Gefangene haben deshalb den dringendsten Anlass, alle diejenigen Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern, welche auf die Einschränkung der Unsittlichkeit und auf die Bekämpfung der daraus sich ergebenden Missstände gerichtet sind

Dabei ist es von keinem entscheidenden Belang, ob diese Bestrebungen nur den Zweck verfolgen, durch eine gute Erziehung und umfassende berufliche Ausbildung junge Mädchen rechtzeitig vor der sie bedrohenden Gefahr der Unzucht zu bewahren oder ob sie gesetzliche Zwangsmassregeln gegen alle diejenigen herbeiführen wollen, welche die Unerfahrenheit jugendlicher Frauenspersonen dazu missbrauchen, sie zu unsittlichen Handlungen entweder für sich selbst auszunützen oder dies für dritte zu ermöglichen.

Nachdem diese Frage den internationalen Gefängnis-Kongress erstmals anlässlich seiner Tagung in Paris (*Questions relatives à l'enfance et aux mineurs*) beschäftigt hat, wurde eine Einigung über folgende Sätze erzielt:

- I. Die mittelst Gewalt oder betrügerischer Vorspiegelung bewirkte Verführung zur gewerbsmässigen Unzucht oder die Anwendung der nämlichen Mittel, um eine selbst volljährige Frauensperson zur Hingabe zur gewerbsmässigen Unzucht zu zwingen, müssen mit strengen Zwangsmassregeln, unter schärferer Bestrafung für den Wiederholungsfall getroffen werden.
- II. Es erscheint angezeigt, eine Konferenz von Vertretern der einzelnen Staatsregierungen anzuregen, um internationale Massregeln gegen den Mädchenhandel (*contre la traite blanche*) anzubahnen.
- III. Die besten Mittel, um der gewerbsmässigen Unzucht der minderjährigen Mädchen vorzubeugen bestehen darin:

- a. Das Alter, in welchem die Verführung als Sittenvergehen anzusehen ist, bis auf fünfzehn Jahre hinaufzusetzen,
 - b. die Zahl der Besserungs- und Erziehungsanstalten, der Asyle und ähnlicher Einrichtungen, welche für minderjährige arme Mädchen bestimmt sind, die sich gegen das Sittengesetz schon vergangen haben, zu vermehren.
- IV. Angesichts des nicht zu leugnenden Einflusses der religiösen Erziehung auf die allgemeinen sittlichen Anschauungen darf die wichtige Rolle, welche hierbei für sie stets vorbehalten werden muss, nicht ausseracht gelassen werden.
- V. Jede minderjährige Person des einen oder anderen Geschlechts im Alter unter 18 Jahren, welche im Zustand gewohnheitsmässiger Prostitution aufgegriffen wird, soll nach vorheriger Feststellung des Thatbestandes dem Gerichte vorgeführt werden, welches je nach den Umständen deren Rückverbringung zu ihren Eltern oder die Überweisung bis zum Volljährigkeitsalter in ein Besserungs- und Erziehungshaus oder die Unterbringung bei einer näher zu bezeichnenden Familie anordnet.
- VI. Der Kongress spricht den Wunsch aus, dass die Frage wegen Regelung der gewerbsmässigen Unzucht auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses gesetzt werden soll¹⁾.

Dieser Wunsch ist nach der bereits festgestellten Tagesordnung für den VI. internationalen Gefängnis-Kongress in Brüssel (1900) unerfüllt geblieben²⁾.

Mit dieser Interessen-Kundgebung steht es im Einklang, dass der Gefängnisverein in Frankfurt a. M. schon wiederholt der allgemeinen Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine Zuwendungen in jedesmaligem Betrage von 100 M.

¹⁾ Siehe V Congrès pénitentiaire international Paris 1895. Comptes rendus des Séances des quatre Sections (IV) S. 742 und des résolutions votées par le congrès S. 270.

²⁾ Siehe Procès verbaux des séances de la Commission pénitentiaire internationale Session de Bruxelles Septembre 1897 S. 39 u. f.

gemacht hat und dass ebenso die badische Zentralleitung schon seit längerer Zeit einen Jahresbeitrag von 40 M. ebendahin leistet.

§ 32.

C. Das Verhältnis zu den Einrichtungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, des Wanderbettels und der Landstreicherei.

a. Allgemeine Gesichtspunkte.

Die Arbeitslosigkeit sowie der Wanderbettel zählen mit zu den ergiebigsten Quellen des Verbrechertums. Es besteht zwischen ihnen insofern ein innerer ursächlicher Zusammenhang, als der Arbeitslose, der seinen Notzustand selbst verschuldet hat, sehr bald im Bettel und planlosen Umherziehen einen sehr willkommenen Ausweg erblickt, um in seinem müßiggängerischen Dasein möglichst lange verharren zu können und als die Gewohnheitsbettler und die professionellen Stromer nicht lange der Versuchung zu widerstehen imstande sind, auch durch verbrecherische Handlungen die Annehmlichkeit ihres dem Nichtsthun und dem sinnlichen Genusse gewidmeten Lebens noch zu erhöhen.

An Versuchen zur Bekämpfung dieser Übelstände, welche abgesehen von der damit für die Gesellschaft im allgemeinen verknüpften Belästigung auch für die Gesamtwohlfahrt als sehr schädlich sich erweisen, hat es bis jetzt nicht gefehlt, allein der Erfolg war trotz fortgesetzter ausgiebiger Anwendung aller gesetzlichen Zwangsmittel, wie die Verbringung in die polizeiliche Verwahrungsanstalt, die mit der probeweisen Entlassung von da gemachten Versuche u. s. w. und trotz sehr aner kennenswerter Anstrengungen seitens der freien Vereinsthätigkeit immer noch kein durchschlagender.

Die Arbeitslosigkeit, namentlich wenn sie unverschuldet ist, wird ja, sobald das wirtschaftliche Erwerbsleben von ernsteren Wandlungen heimgesucht wird, jeweils in einer mehr oder minder scharf sich fühlbar machenden Weise wiederkehren, so dass die Versuche, hier helfend einzugreifen, in solange wiederholt werden müssen, bis zur Heilung dieses Missstandes eine wirklich praktisch durchführbare Hilfe ermittelt sein wird. Als eine solche werden aber die bisherigen

Vorschläge hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung nicht wohl gelten können.

Dem Wanderbettel dagegen, welcher gerade überall da, wo man mit den aus dem früheren Zunftwesen herrührenden Anschauungen noch nicht vollständig gebrochen hat, entfernt nicht die strenge Verurteilung findet, wie er sie in seiner gegenwärtigen Entartung zweifellos verdient, wird dadurch am schnellsten ein Ende bereitet werden können, dass gerade in denjenigen Kreisen, aus welchen vornehmlich das Stromertum sich rekrutiert, andere Anschauungen als die bisherigen die herrschenden werden.

Man übersehe zunächst die gewaltigen Fortschritte nicht, welche dem modernen Verkehrsleben seit Jahrzehnten ein ganz besonders wohlthätiges Gepräge geben, man würdige ebenso die grossen Umwälzungen, welche der unentgeltliche Arbeitsnachweis für die augenblickliche Gestaltung des Arbeitsmarktes und für die Möglichkeit ihrer sofortigen Ausnützung durch die Arbeitnehmer im Gefolge gehabt hat und man wird sich bald darüber klar werden, dass für das früher so warm gepflegte Bedürfnis nach dem wandernden Handwerksburschen mit dem Stab in der Hand und dem Felleisen auf dem Rücken jetzt keinerlei berechtigte Grundlage mehr besteht und dass das derzeitige Wanderleben nur noch als ein wenig anmutendes Zerrbild einer in ihrem sachlichen Werte schon längst hinfällig gewordenen Berufseigenthümlichkeit sich darstellt.

Anch wird es mittelst der innerhalb der Arbeiterwelt so wohl organisierten berufsgenossenschaftlichen Disziplin einerseits und der rechtzeitigen Belehrung der heranwachsenden Arbeiter-Generationen andererseits leicht gelingen, die ganz entgegengesetzte Auffassung zur allgemeinen Geltung zu bringen, dass es ein ebenso gefährliches als unehrenhaftes und der allgemeinen Verachtung preiszugebendes Beginnen ist, trotz vollkommen vorhandener Erwerbsfähigkeit ohne Geld und ohne sichere Aussicht auf Arbeit, dabei aber lediglich mit der Absicht, bis auf weiteres sein Leben auf Kosten Dritter fristen zu wollen, den Wanderstab zu ergreifen und damit allen Gefahren eines abenteuerlichen Lebensdaseins sich preiszugeben.

Die glückliche Weiterentwicklung dieses Standesbewusstseins, für welche jeder strebsame, auf die Hochhaltung seiner Berufsehre ernstlich bedachte Arbeiter sehr gerne sich empfänglich zeigen und welches auch auf Seite der Arbeitgeber die weitestgehende Anerkennung finden wird, muss aber dahin führen, dass die besseren und einsichtsvolleren unter den Arbeitern in ihren eigenen Reihen strenge auf Zucht und Ehrbarkeit achten und dass sich allmählich eine starkabgegrenzte Scheidewand zwischen den pflichterfüllten, ehrenwerten Angehörigen der Arbeiterwelt und denjenigen sich aufrichtet, welche wie die Stromer und Gewohnheits-Müssiggänger zu ihren schlimmsten Gliedern gehören.

Dies wird sich als ein viel wirksameres Mittel für die Bekämpfung der obenberührten Missstände erweisen, als die strengsten polizeilichen Massregeln oder so manche aus der Privatinitiative hervorgegangenen, zwar sehr wohlgemeinten aber schliesslich immer noch unzureichenden Einrichtungen, wie die Vereine gegen Haus- und Strassenbettel, die Herbergen zur Heimat, die Natural-Verpflegungsstationen und dergleichen mehr.

Hieraus ergibt sich von selbst die Stellung, welche die Gefangenen-Schutzthätigkeit den hier in Frage stehenden Bestrebungen gegenüber einzunehmen hat. Sie muss ihre Aufgabe darin erblicken, die letzteren mit allen Kräften und in wohlwollendster Weise zu fördern, dieses wohlwollende Entgegenkommen aber muss in dem Maasse sich steigern, als die Hoffnung eine begründete ist, durch das, was man erstrebt, der Plage des Wanderbettels, wenn auch nur allmählich aber doch sicher ein Ende zu bereiten.

Der Gefängnis-Kongress in Rom (1885) hat die Frage, welches die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des Wanderbettels und der Landstreicherei seien, dahin beantwortet, dass die öffentliche Armenpflege in einer Weise zu organisieren sei, dass sie jedem Hilfsbedürftigen die nötigen Unterhaltungsmittel darreichen könne, allein immer nur unter der Voraussetzung, dass er hierfür eine mit seiner Körperkraft im Einklange stehende Arbeit leiste. Dagegen solle derjenige Hilfsbedürftige, welcher trotz der ihm durch die Armenbehörde gewordenen Unterstützung sich dem Wanderbettel im Umher-

ziehen hingabe und infolgedessen straffällig werde, in der Weise bestraft werden, dass er in einem Arbeitshause zwangsweise beschäftigt werde ¹⁾).

Der erste Gefangenenfürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) empfiehlt als Mittel zur Bekämpfung des Wanderbettels und der Landstreicherei solche Einrichtungen — und zwar nicht allein private sondern auch staatliche — welche einen vorbeugenden und zugleich hilfeleistenden Zweck haben, wie die Versicherungskassen gegen Krankheit und Invalidität der Arbeiter u. s. w.

Sobald ein Individuum auf Grund der einschlägigen Landesgesetze als ein rückfälliger Landstreicher zu erachten ist, soll es möglichst lange unter staatliche Aufsicht genommen und einem strengeren Korrektionssystem unterworfen werden, allerdings mit dem Recht für die Aufsichtsbehörde, die bedingte Entlassung jederzeit eintreten zu lassen.

Zur Einschränkung der Überhandnahme der Landstreicherei sollen Einrichtungen und gesetzgeberische Massnahmen getroffen werden, welche die Bekämpfung des Alkoholismus ermöglichen ²⁾).

§ 33.

b. Anstalten für Arbeitsnachweis.

Hier kommen nur solche Einrichtungen in Betracht, welche die Arbeitsvermittlung vollständig unentgeltlich besorgen und dieses Vorgehen für die Arbeitgeber sowohl als auch für die Arbeitnehmer dadurch zu einem besonders wohlthätigen gestalten, dass sie an einem belebteren Verkehrsmittelpunkt alle innerhalb eines grösseren Bezirkes frei werdenden Arbeitsgelegenheiten sammeln und wenn nötig auch öffentlich bekannt geben, zugleich aber auch solche so rasch als möglich für die Arbeitsuchenden zugänglich machen. Unter den angegebenen Voraussetzungen ist der grosse Wert

¹⁾ Siehe die Comptes rendus Band I S. 752.

²⁾ Siehe Congrès internat. d'Anvers S. 22 III Section Z. 1 und auch die Kongressbeschlüsse zu § 33.

solcher Einrichtungen für die Vereine zum Schutz für entlassene Gefangene ein sehr einleuchtender.

Durch die Benützung derartiger Anstalten werden sich die grossen Schwierigkeiten, welche für diese Vereine mit der rechtzeitigen Vermittelung von passender Beschäftigung für Strafantlassene sehr häufig verknüpft zu sein pflegen, wesentlich vermindern. Diese Vereine haben deshalb ein naheliegendes Interesse, über die Modalitäten, unter welchen sie diese Anstalten für Arbeitsnachweis benützen können, eine Vereinbarung zu treffen, und wo möglich auch das Recht, auf den Betrieb dieser Anstalten mitbestimmend einzuwirken, sich zu sichern, insofern sie nicht auf Grund örtlicher Eigentümlichkeiten es vorziehen sollten, die Gründung und den Betrieb derartiger Einrichtungen selbständig in die Hand zu nehmen.

Ausserdem aber können solche Anstalten, wenn sie einen ausgedehnteren Betrieb haben und wenn es ihnen gelingt, ein Zusammenarbeiten mit dem Antibettelveein, der Herberge zur Heimat und der Polizeibehörde des gleichen Ortes zu ermöglichen, viel dazu beitragen, dass hier so manchem arbeitslosen Wanderer mindestens die Fortsetzung seines Strolcherlebens dadurch erschwert wird, dass man ihm Arbeit nachweist und für den Fall der Nichtannahme derselben nicht nur jede von ihm erbetene Unterstützung abschlägt, sondern auch dafür sorgt, dass die polizeiliche Arbeitsauflage gegen ihn erlassen wird.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis ist eine Schöpfung der neuesten Zeit, die in Kopenhagen, allen grösseren Städten des Deutschen Reiches (nahezu 60) sowie der Schweiz, in Wien und Budapest raschen Anklang gefunden hat und demnächst auch in Prag, sowie in Norwegen (Christiania) und Schweden zur Einführung gelangen soll.

Der Wert der Arbeitsvermittlung für Strafantlassene wurde erstmals durch den Kongress der National Prison Association of the United States, welcher im Monat Oktober des Jahres 1891 in Pittsburg (Pennsylvania) getagt hat, unter dem Hinweis darauf anerkannt, dass „die durch Wohlthätigkeitsvereine zu Gunsten von bedürftigen Gefangenen in vorbeugender Weise vermittelte Arbeit

auf die Verminderung des Gefangenenstandes günstig eingewirkt hat“ ¹⁾).

Der Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene hat anlässlich seiner am 27. und 28. Mai 1896 stattgehabten Tagung in Eisenach folgende Beschlüsse gefasst:

1

Der organisierte unentgeltliche Arbeitsnachweis ist für die Gefangenenschutzfürsorge von wesentlichem Vorteil.

2.

Die Gründung unentgeltlicher Arbeitsnachweisanstalten ist an allen Orten, welche vermöge ihrer Bevölkerungszahl, ihrer Lage und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung hierzu geeignet erscheinen, durch die Schutzvereine anzuregen und in jeder Weise zu unterstützen.

3.

Eine Verbindung zwischen den Schutzvereinsvorständen und der Leitung der zunächst gelegenen unentgeltlichen Arbeitsnachweisanstalten ist anzustreben und zu unterhalten.

4.

Bei dem Verkehr zwischen Schutzverein und Arbeitsnachweisanstalt wird der Erfolg der Arbeitsvermittlung für entlassene Gefangene dadurch sichergestellt, dass

- a. über die Leistungsfähigkeit der Arbeitssuchenden nur ganz zuverlässige Angaben gemacht,
- b. dass insbesondere auf Verlangen jedem Arbeitgeber über das Vorleben der ihm zugewiesenen Arbeitskraft genaueste Kenntnis gegeben wird,
- c. der Termin für den Arbeitseintritt genauestens eingehalten,
- d. die Frage wegen Aufbringung des Reisegelds bis an den Arbeitsort rechtzeitig geregelt,
- e. dass fürsorglich jede sich gerade anbietende Arbeitsgelegenheit angenommen und als Übergang in die eigentliche Berufsarbeit benutzt wird und
- f. dass seitens des Schutzvereins für Unterbringung der Arbeiter bis zur Möglichkeit des Stellenantritts möglichst gesorgt wird.

¹⁾ siehe Bull. de la Société générale des prisons 1892, S. 208 f.

Der erste deutsche Schutzverein, welcher ein selbständiges Arbeitsnachweisbureau eingerichtet hat, ist der in Berlin. Demselben stehen bezahlte Kräfte vor.

Dasselbe erledigt alle Gesuche von bestraften Personen um Nachweisung von Arbeit, die Ermittlung von Arbeitgebern zu letzterem Zwecke, die Gesuche von Arbeitgebern um Zuweisung von Arbeitskräften, die Überführung der Beschäftigungslosen an die Arbeitsstelle, die Zuweisung von Schlafstellen an Obdachlose, die Verabreichung von Speisekarten behufs Gewährung der nötigen Verköstigung, die Beschaffung von Handwerkszeug, Kleidungsstücken und Schuhwerk und endlich den Verkehr mit Polizei und Staatsanwaltschaft hinsichtlich aller Derjenigen, welche ohne Grund die ihnen zugewiesene Arbeit zurückgewiesen haben oder wegen Trunks, Müssiggangs u. s. w. aus der Arbeit entlassen werden mussten.

Um diese von dem Arbeitsnachweisebureau zu leistende Thätigkeit zu einer besonders wirksamen zu machen, hat sich der Verein die Benützung der Asyle für Herberglose und weibliche Straftentlassene, sowie der Volksküchen und Arbeiterkolonien in Berlin durch entsprechende Vereinbarungen gesichert. Diese Einrichtung hat sich bisher sehr bewährt und von Jahr zu Jahr einen umfangreicheren Betrieb im Gefolge gehabt.

Ähnliche Unternehmungen bestehen als Vereinsschöpfungen in Breslau, Düsseldorf (Rheinisch-Westphälische Gefängnis-Gesellschaft), Essen, Görlitz, Neisse und Hannover, welche alle nur den Zwecken der Gefangenschutz-Fürsorge zu dienen bestimmt sind und zur Förderung dieses Zweckes ebenfalls Verbindungen mit den zunächst gelegenen Arbeiterkolonien oder sonstigen vorübergehenden Beschäftigungsstätten eingegangen haben.

In Baden hat die schutzvereinliche Zentraleitung die Anregung zur Gründung von ganz selbständig angelegten und zunächst unter der Leitung von Vereinsverbänden arbeitenden Anstalten für Arbeitsnachweis gegeben und zur Deckung der Kosten der ersten Einrichtung Zuschüsse von je 500 M. an die Anstalten in Karlsruhe, Freiburg und

Mannheim, und von je 50 M. an die in Pforzheim und Schopfheim bewilligt.

Ausserdem zahlt eine grössere Anzahl von Bezirksschutzvereinen, insofern sie nicht schon einem mit der Leitung des Anstaltsbetriebes betrauten Vereinsverbande als Mitglieder angehören, kleinere Jahresbeiträge an diejenige Anstalt, auf deren Benützung sie angewiesen sind.

Die bisher gesammelten Erfahrungen sprechen sich übereinstimmend sehr anerkennend über die Vorteile aus, welche die schutzvereinliche Thätigkeit aus dem Bestande dieser Anstalten hat ziehen können.

Der Provinzialverein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und Korrigenden in Posen gewährte erstmals im Jahre 1896 an den Zentral-Arbeitsnachweis daselbst einen Zuschuss von 50 M.¹⁾

Die Zentral-Direktion der dänischen Gefangenen-Schutzvereine endlich hat anlässlich ihrer am 1. April 1892 stattgehabten Reorganisation den Beschluss gefasst, in Kopenhagen ein Bureau zu gründen²⁾, dessen wesentlichste Aufgabe es sein solle, die einzelnen Schutzvereine des Landes in ihren Bemühungen um Arbeitsbeschaffung für Strafantlassene möglichst zu unterstützen.

§ 34.

c. Arbeiter-Kolonien und sonstige vorübergehende Beschäftigungsstätten.

Den oben genannten Einrichtungen ist das eigen, dass hier arbeitslose Personen, welche arbeitsfähig sind und für welche die gewünschte berufliche Arbeit sich nicht hat vermitteln lassen, vorübergehende Aufnahme und Verpflegung finden können und dass die Beschäftigung in denselben nur als Mittel zur raschen Rückkehr in die eigentliche Berufsarbeit dienen soll.

Die Mittel der Unterhaltung werden aus freiwilligen Bei-

¹⁾ Siehe den betr. Jahresbericht letzte Seite.

²⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des prisons 1892, S. 369 und 1895 S. 1331.

tragen und etwaigen Unterstützungen seitens des Staates und der Korporations-Verbände der Selbstverwaltung aufgebracht.

Der Aufenthalt in diesen Anstalten soll deshalb nur ein möglichst kurzer sein. Eine Ausnahme tritt nur denjenigen Hilfesuchenden gegenüber ein, welche infolge lange andauernden Stromertums körperlich und geistig so heruntergekommen sind, dass es längerer Zeit bedarf, bis die Versuche, ihre sittliche Kraft wieder zu beleben und zu befestigen, sowie ihr leibliches Wohlbefinden wieder zu einem leistungsfähigen zu gestalten, den gewünschten Erfolg haben können.

Der Wert dieser Anstalten steigert sich, je mehr sie erfolgreich bemüht sind, der sogenannten Kolonie-Bummelei dadurch entgegenzutreten, dass sie die missbräuchliche Ausnützung dieser Einrichtungen seitens gewohnheitsmässiger Müssiggänger unmöglich machen, sowie auch Vorkehrungen zu treffen, infolge deren die rascheste Überweisung der Kolonisten oder sonstiger Schützlinge in die eigentliche Berufsarbeit thunlichst sichergestellt wird.

Nicht minder von Belang ist es, dass denjenigen Kolonisten, welche dem landwirtschaftlichen Berufe sich zuwenden wollen, hier die Gelegenheit zur Ausbildung hierfür geboten werden kann.

Gegenüber der Thatsache, dass unter den die schutzvereinliche Hilfe nachsuchenden Straftentlassenen sich fortgesetzt ein gewisser Prozentsatz von solchen befindet, welche teils wegen ihrer schlimmen Vergangenheit, teils wegen der Eigentümlichkeit ihrer Berufsart im Zeitpunkt ihrer Entlassung aus dem Gefängnisse nicht sofort in Arbeit eingestellt werden können und welche ohne die Möglichkeit der Aufnahme in ein Arbeiter-Asyl einem sehr verhängnisvollen Dasein ausgesetzt bleiben müssten, sowie der weiteren Thatsache, dass unter denjenigen, welche während eines Jahres in der Arbeiterkolonie innerhalb des deutschen Reiches Aufnahme finden, stets eine grosse Zahl solcher festgestellt wird, welche schon bestraft worden sind (der Vorsitzende des Zentral-Vorstandes der deutschen Arbeiterkolonien Herr Geheimer Regierungsrat von Massow schätzte sie anlässlich der Tagung des Verbandes der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene

am 16. Mai 1894 in Braunschweig auf nahezu 7000), ist das Interesse, welches die Gefangenen-Schutzthätigkeit an diesen Einrichtungen zu nehmen hat, ein sehr naheliegendes.

Der internationale Gefängnis-Kongress in Rom (1885) hat sich erstmals mit der Frage beschäftigt, ob die Gründung von Asylen für entlassene Gefangene notwendig sei und bejahendenfalls, in welcher Weise diesem Bedürfnisse Rechnung getragen werden solle.

In der III. Sektion hatte derjenige Antrag die Mehrheit erlangt, welcher sich dahin ausgesprochen hat, dass Asyle für Straftlassene in jedem Lande nach Bedürfnis herzustellen seien, dass die Regierungen die Gründung solcher Anstalten begünstigen sollen, dass die Leitung derselben aber dem Eingreifen der Privatwohlthätigkeit unter entsprechender Unterstützung seitens des Staates und der zunächst beteiligten Vereine überlassen bleiben müsse und dass endlich diese Einrichtungen, weil einem vorübergehenden Bedürfnisse dienend, so zu organisieren seien, dass dadurch die Rückkehr der Straftlassenen in die Freiheit erleichtert werden könne. Diesem Antrage ist der Kongress nicht beigetreten.

Seitens der Minderheit wurde geltend gemacht, dass ein Bedürfnis nach Asylen nur bezüglich der jugendlichen Straftlassenen beiderlei Geschlechts anerkannt werden könne. Gegenüber einem bedürftigen Straftlassenen gäbe es noch eine viel wirksamere Hilfeleistung als die Aufnahme in ein Asyl, welche ausserdem oft den Charakter des fortgesetzten Strafvollzugs an sich trage und auch oft mit grossen Kosten verknüpft sei und in manchen Kreisen zu der Befürchtung Anlass gebe, dass den bestraften Arbeitern eine grössere Fürsorge zugewendet werde, als sie der Regel nach einem noch unbescholtenen aber lediglich auf die eigene Hilfe angewiesenen Kameraden zuteil werde.¹⁾

Zu ganz andern Ergebnissen sind der I. und II. Congrès international de patronage von Antwerpen (Oktober 1890 und Juli 1894) gelangt.

Nach der Ansicht des ersteren sind Zufluchtsstätten und Rettungshäuser, welche dazu bestimmt sind, mittellosen

¹⁾ Siehe Actes du Congrès pénitentiaire international de Rome. November 1885. Band 1 S. 608 f.

Strafentlassenen eine lediglich fürsorgliche Aufnahme zu gewähren oder sie in Ermangelung der Möglichkeit ihrer sonstigen Unterbringung in Arbeit zu beschäftigen, ein sehr notwendiges Auskunftsmittel für diejenigen Gefangenen-Schutzvereine, welche für eine grosse Zahl von Schützlingen zu sorgen haben.

Die Einteilung von derartigen Strafentlassenen in kleinere Gruppen empfiehlt sich überall, wo dies ohne zu grosse Kosten ausführbar ist. Als wesentliche Grundsätze für die Organisation solcher Anstalten kämen in Betracht der freie Ein- und Austritt, genaue Bestimmungen über die Dauer des Aufenthalts und etwaige Gründe für seine Ausdehnung, eine einfache Dienst- und Hausordnung, welche dem dem Anstaltsbetriebe zu Grunde liegenden sittlichen Zwecke angepasst sein muss, sowie die Bereitstellung der für die Beschäftigung der Schützlinge erforderlichen Arbeit.¹⁾

Der 1894er Kongress zu Antwerpen, hierauf bezugnehmend, betont, dass jede rationelle Gesetzgebung über den Wanderbettel und die Landstreicherei grundsätzlich drei Gruppen von Bettlern und Landstreichern unterscheiden müsse:

1. die Invaliden und Kranken, diese seien bis zur Wiedererlangung ihrer vollen Arbeitskraft zu verpflegen;
2. die Zufallsbettler und Landstreicher und
3. die gewerbsmässigen Bettler und Landstreicher.

Bezüglich dieser, insofern sie gesund seien, empfehlen sich als vorbeugende Schutzfürsorge-Mittel die Zuweisung von Arbeit, die Wiederaussöhnung mit ihren Familien oder solchen Persönlichkeiten, welche für ihren Lebensunterhalt sorgen können, die Beförderung in die Heimat und unter gewissen Voraussetzungen die Auswanderung und die Einstellung in den Militärdienst.

Dagegen müssten diejenigen arbeitsfähigen Bettler und Landstreicher, bezüglich welcher die obenerwähnte schutzvereinliche Fürsorge sich als erfolglos erwiesen habe, unter staatliche Aufsicht gestellt und in Korrektions-Anstalten verbracht werden, während der Schutzthätigkeit nur noch die Aufgabe zufalle, bei solchen Anstalten besondere Komités

¹⁾ Siehe Comptes rendus du Congrès international. Anvers 1890 S. 21 f.

aufzustellen, deren Mitglieder die Beteiligten aufsuchen, ihre sittliche Wiederaufrichtung vorbereiten, die für ihre Unterbringung nötigen Erkundigungen einziehen und insbesondere durch ihr persönliches Eingreifen etwaige gegen sie bestehende Vorurteile beseitigen, sowie für sie einen genügenden Lebenserwerb sicherstellen würden.¹⁾

Zu ähnlichen Beschlüssen ist der Gefängnis-Kongress in Paris (1895) anlässlich der Behandlung dieser Frage gelangt.²⁾

Die Verbandsversammlung der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene hat während ihrer am 27. Mai 1896 in Eisenach stattgehabten Tagung sich dahin ausgesprochen, dass sie die Bedeutung der Arbeiterkolonien und der verwandten Anstalten für die Fürsorge für entlassene männliche Gefangene anerkenne und dass sie die letzteren aus Mitteln der Schutzvereine und deren beiderseitiges Zusammenarbeiten in der Weise gefördert sehen wolle, dass die Schutzvereine nicht bloss die Entlassenen auf deren Wunsch den Kolonien zuweisen, sondern nach Möglichkeit selbst in's praktische Leben überführen und wenn nötig, das Patronat über dieselben behalten, wofür seitens der Kolonien möglichst zuverlässige Mitteilungen über die Arbeitsfähigkeit derselben wünschenswert seien.³⁾

In Vollzug dieses Beschlusses ist zwischen der Zentralleitung der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene und dem Ausschusse des Landesvereins für Arbeiter-Kolonien im Grossherzogtum Baden ein Übereinkommen abgeschlossen worden, welches das Verfahren anlässlich der Überweisung von Strafantlassenen durch die Schutzvereine in die Arbeiter-Kolonie oder anlässlich der Entlassung von solchen aus der gedachten Anstalt behufs Eintritts in Dienst- oder Arbeitsstellen, welche schutzvereinlicherseits für sie ermittelt worden sind, oder nur behufs Überweisung derselben unter die Vereinsfürsorge überhaupt, näher feststellt.⁴⁾

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des prisons 1894 S. 1055.

²⁾ Siehe les comptes rendus des résolutions votées par le Congrès de Paris. S. 264.

³⁾ Siehe den Jahresbericht der badischen Zentralleitung für 1896. S. 18.

⁴⁾ Das Übereinkommen hat folgenden Wortlaut:

A. Gesuche um Aufnahme in die Arbeiterkolonie.

1. Die Bezirksschutzvereine übersenden die Gesuche nebst Fragebogen,

§ 35.

Fortsetzung.

Innerhalb des deutschen Reiches hat das von Pastor Freiherr von Bodelschwing in Bielefeld durch die Gründung der ersten Arbeiter-Kolonie in Wilhelmsdorf gegebene Vorbild eine ebenso ausgedehnte als rasche Nachahmung gefunden.

welche entweder ihnen seitens der Strafanstaltsverwaltungen zugehen, oder welche sie selbständig vorzubringen den Anlass haben, unmittelbar an den Hausvater in der Arbeiterkolonie Ankenbuck.

2. Der Hausvater setzt umgehend den Bezirksschutzverein davon in Kenntnis, ob die Aufnahme statthaben kann oder nicht.

3. Nach Eintreffen der Aufnahmezusicherung erfolgt die Ueberführung möglichst rasch und ohne Unterbrechung.

4. Die hieraus erwachsenden Kosten trägt der überweisende Bezirksschutzverein.

5. Nach dem Eintreffen des überwiesenen Schützlings in der Kolonie setzt der Hausvater hievon den überweisenden Bezirksschutzverein in Kenntnis. Von diesem Zeitpunkte an tritt der Schützling in die Fürsorge der Kolonieverwaltung über.

B. Gesuche um Stellenvermittlung durch die Schutzvereine und um gleichzeitige Überweisung in deren Fürsorge.

1. Der Hausvater der Kolonie übersendet einen ausgefüllten Fragebogen entweder an den Bezirksschutzverein des Ortes, an welchem die Beschäftigung für den Kolonisten erbeten wird, oder an den Ausschuss der Zentralleitung des Landesverbands der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene in Karlsruhe, Herrenstrasse Nr. 1, wenn das betreffende Gesuch hinsichtlich des Beschäftigungsortes ganz allgemein lautet.

2. Es ist sehr wünschenswert, dass der ersuchte Bezirksschutzverein längstens binnen vierzehn Tagen dem Hausvater darüber Auskunft giebt, ob und unter welchen Voraussetzungen (Grösse des Lohnes, Dauer des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses) eine Dienst- oder Arbeitsstelle vermittelt worden ist und an welchem Tage der Eintritt in dieselbe statthaben kann.

Bei Gesuchen, welche an den Ausschuss der Zentralleitung gerichtet werden, ist eine vierwöchentliche Frist für die Rückantwort in Aussicht zu nehmen.

3. Der Hausvater benachrichtigt sofort den Bezirksschutzverein davon, an welchem Tage der an letzteren überwiesene Kolonist die Kolonie verlassen hat.

4. Der Bezirksschutzverein giebt sofort dem Hausvater von dem Eintreffen des Kolonisten in seiner Dienst- oder Arbeitsstelle, beziehungsweise von dessen Nichterscheinen Kenntnis.

Die Gesamtzahl dieser Schöpfungen, welche zum kleinen Teil ausschliesslich konfessionelle Zwecke verfolgen, beläuft sich auf zwanzig. Dieselben sind in dem Vorsatze einig, bei dem Anstaltsbetriebe jede Gepflogenheit zu vermeiden, durch welche der Landplage des Wanderbettels irgend welcher Vorschub geleistet werden könnte, um nicht mit der öffentlichen Meinung, welche die Weiterentwicklung dieser Neuerung mit wachsamem Auge verfolgt, in Widerstreit zu gelangen.

Die deutschen Arbeiter-Kolonieen sind unter einem Zentral-Vorstand mit dem Sitze in Berlin vereinigt.

Zwischen diesem und dem Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene bestehen freundliche, von der Absicht des gegenseitigen Zusammenarbeitens eingegebene Beziehungen. Ebenso haben sich die der einzelnen schutzvereinlichen Verbände und Vereinigungen zu den in ihrem Arbeitsgebiete gelegenen Arbeiter-Kolonieen gestaltet, nur sind sie unter den verschiedensten Formen zum Ausdruck gelangt.

Die badische Zentralleitung hat anlässlich der Gründung der Arbeiter-Kolonie Ankenbuck dieser ein unkündbares und unverzinsliches Darlehen von 10000 Mk. bewilligt gegen die Zusicherung, dass sie zwei Vertreter mit Sitz und Stimme in den Verwaltungs-Ausschuss entsenden dürfe.

Ausserdem leisten die einzelnen Bezirksschutzvereine an die gedachte Anstalt jährliche Zuschüsse im Gesamtbetrage von 1500 Mk. und im Einzelbetrage bis zu 100 Mk.

5. Bezüglich der den Kolonisten zu gewährenden Fürsorge sind die allgemeinen Bestimmungen hierüber mit dem massgebend, dass auf eine stete Befestigung ihrer Besserungsvorsätze und die allmähliche Vermehrung ihres Bestandes an Kleidern und Leibwäsche hinzuwirken ist.

C. Gesuche um Gewährung der schutzvereinlichen Fürsorge an solche Kolonisten, für welche schon vor ihrem Austritt aus der Kolonie geeignete Dienst- oder Arbeitsstellen durch den Hausvater vermittelt worden sind.

1. Der Hausvater der Arbeiterkolonie giebt von der Bitte des Kolonisten dem Bezirksschutzverein seines neuen Arbeitsortes Kenntnis unter Beifügung einer kurzen Mitteilung über die persönlichen Verhältnisse des Kolonisten und den Namen seines Dienst- oder Arbeitsherrn.

2. Der ersuchte Bezirksschutzverein giebt dem Hausvater umgehend Nachricht, ob er die erbetene Fürsorge eintreten lassen will oder nicht.

3. Im bejahenden Falle ist nach Massgabe der Bestimmungen unter B. Ziffer 3—5 zu verfahren.

Den bayerischen Arbeiter-Kolonieen Herzogenmühle und Simonshof wurden seitens des Kreisvereins zur Obsorge für entlassene Sträflinge in dem Kreise Oberbayern (München) und von dem zu gleichem Zwecke in München bestehenden Bezirksvereine einmalige Beiträge von je 5000 Mk., von dem Verein zur Besserung entlassener Sträflinge in Nürnberg ein solcher von zusammen 500 Mk. und von dem Verein zur Obsorge für entlassene Sträflinge in Fürth ein solcher von je 50 Mk. zugewendet.

An die Arbeiter-Kolonie Neu-Ullrichstein zahlen der Verein zur Unterstützung und Besserung der aus den Strafanstalten Entlassenen im Grossherzogtum Hessen und der Gefängnis-Verein in Frankfurt a. M. Jahresbeträge von je 100 Mk.

Der Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und Korrigenden in Neisse hat der Arbeiter-Kolonie Hohen-dorf wiederholt Beträge von 150—200 Mk. und der in Wunscha solche von 150—200 Mk. bewilligt.

Endlich erhält der Verein für Arbeiter-Kolonieen im Königreich Württemberg seitens des Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene ebenda schon seit Jahren alljährlich einen Zuschuss von 600 Mk., der bis zu 1000 Mk. erhöht werden darf. Ausserdem wurden demselben anlässlich der Gründung und baulichen Herstellung der Arbeiter-Kolonie in Grosserlach (neben der in Dornahof schon bestehenden) einmalige Zuwendungen von 15 000 Mk. und später wieder von 2000 Mk. bewilligt.

In einzelnen Kantonen der Schweiz hat das deutsche Vorgehen Nachahmung gefunden.

Der Schutzaufsichtsverein Bern hat die Anregung zur Gründung der Arbeiter-Kolonie „Tannenhof“ sowie zur Einrichtung derselben nach deutschem Muster gegeben.

Der in Appenzell hat sich an der Gründung der Arbeiter-Kolonie Herdern beteiligt, der zu Thurgau hat zu gleichem Zweck einen einmaligen Zuschuss von 3000 fcs. bewilligt und der in Zürich beabsichtigt, eine solche Anstalt nach dem in Tannenhof befolgten Muster in's Leben zu rufen.¹⁾

¹⁾ Siehe die Jahresberichte der betreffenden Vereine von Bern für 1888 von Appenzell für 1889—93 sowie Bulletin de la Société générale des prisons 1893 S. 87 und 1894 S. 256.

Auch in Frankreich fängt man an, den Arbeiter-Kolonien eine grössere Aufmerksamkeit zuzuwenden, seitdem der hochverdiente Mitarbeiter der allgemeinen Gefängnis-Gesellschaft in Paris M^s. Louis Rivière von den deutschen Einrichtungen persönlich Kenntnis genommen und über die dabei genommenen günstigen Eindrücke näheren Bericht erstattet hat.¹⁾

§ 36.

Fortsetzung.

Arbeitsstätten zur vorübergehenden Beschäftigung und Verpflegung von Arbeitslosen und namentlich von hilfsbedürftigen Straftlassenen sind in verschiedenen Ländern in verhältnismässig grosser Zahl vorhanden. Denselben ist im Gegensatz zu den Arbeiterkolonien das gemein, dass jeweils für die einzelnen Schützlinge nur ein ganz kurzzeitiger Aufenthalt in Aussicht genommen ist, dass die hier dargebotene Beschäftigung nur als Lückenbüsser sowie als Gegenleistung für die vorübergehende Beherbergung und Verköstigung gelten soll und dass deshalb die Anstaltsleitung auf die rascheste Überführung derselben in die Berufsarbeit bedacht sein muss.

Weitaus der grösste Teil derselben ist aus der Initiative der Gefangenen-Schutzvereine hervorgegangen oder steht mit denselben im engsten Verkehr. Von Interesse ist die ganz gleichmässige Wahrnehmung, dass überall da, wo man sie einmal in Betrieb gesetzt hat, man auf deren Fortbestand einen grossen Wert legt, was wohl als Beleg dafür gelten kann, dass man die Vorteile, welche aus dieser Einrichtung für die Gefangenen-Fürsorge, soweit derselben die schwierige Aufgabe der Arbeitsvermittlung obliegt, gezogen werden können, in vollem Masse hat würdigen lernen

Innerhalb des deutschen Reiches begegnet man solchen Einrichtungen in Dresden, Eger bei Herford (Westfalen), Gnesen bei Posen, Hamburg, München, Nürnberg und Wiesbaden. Die Anstalt in Görlitz hat dadurch eine grössere

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des Prisons 1896 S. 51 und 1089.

Bedeutung, dass sie zugleich als Natural-Verpflegungsstation dient und eine Arbeitsnachweisstelle mit ihr verbunden ist.

Der Verein zur Besserung der Strafgefangenen in Berlin hat ebenfalls zum Zwecke der aushilfsweisen Beschäftigung seit dem Jahre 1892 eine Schreibstube eingerichtet und sie mit seinem Arbeitsnachweissbureau vereinigt. Hier soll für bestrafte Kaufleute und sonstige Straftlassene, welche dem Rechnungs- oder Schreibereifach angehören, entsprechende Arbeit geboten werden.

Dieses sehr beachtenswerte Vorgehen, welches in Berlin sich immer mehr bewährt, hat seitens des Vereins zur Fürsorge für aus Strafanstalten Entlassene in Görlitz im Jahre 1895 Nachahmung gefunden.

Von derartigen in Frankreich bestehenden Einrichtungen sind zu erwähnen das von der Société de patronage des libérés in Bordeaux gegründete Asile Sillimann, in welchem im Jahre 1893 bis zu 746 Straftlassene vorübergehende Aufnahme gefunden haben, das unter der Leitung der Société générale pour le patronage des libérés stehende Asile Laube-spin in Paris, welches vornehmlich zum Schutze der mit der Wohlthat der libération conditionnelle (bedingungsweise Entlassung) bedachten Gefangenen errichtet worden ist; die Oeuvres de St. Léonard aux asiles de Couzon et du Sauget unter der Leitung des Abbé Villion, das Oeuvre israélite de travail et de placement in Paris, sowie les Oeuvres d'assistance par le travail ebenda, (du marché St. Germain, de Batignolles-Monceau und des VIII. u. XVII. Arrondissements) zu deren Gründung Jules Simon, der „grosse Franzose“, die Anregung gegeben hat und welche zugleich als erste Anfänge des unentgeltlichen Arbeitsnachweises in Frankreich gelten können.

Der Schutzaufsichts-Verein in Bern endlich verfügt ebenfalls über ein Arbeiterheim zur vorübergehenden Beschäftigung von Straftlassenen und Vagabunden.¹⁾

Der zweite Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1894) hat auf Antrag des M^s. Bogelot von Paris den Beschluss ein-

¹⁾ Siehe Verhandlungen des schweizerischen Vereins für Straf- und Gefängniswesen 1889 S. 99.

stimmig angenommen, dass im Falle der Nichtermöglichung der sofortigen Einweisung in Arbeit die vorübergehende Aufnahme in kleine Asyle als die beste Fürsorge-Massregel sich empfehle.¹⁾

§ 37.

d. Rettungshäuser und ähnliche Zufluchtsstätten für bestrafte Frauenspersonen reiferen Alters.

Die Unterbringung von weiblichen Straftlassenen, welche nicht mehr im jugendlichen Alter stehen, in häusliche oder landwirtschaftliche Dienststellen bietet stets die grössten Schwierigkeiten. Die Erfahrung lehrt, dass die Mehrzahl der weiblichen Gefangenen sich schon in mehr oder minder ausgedehnter Weise dem unsittlichen Leben hingegeben hat und dass bei manchen die Neigung sich an fremdem Eigentum zu vergreifen, ebenso rasch zur unverbesserlichen Gewohnheit ausartet, wie der Hang zu unzüchtigen Ausschreitungen und dem damit verbundenen Gelderwerb.

Die Versuche ihrer geeigneten Unterbringung scheitern daher teils an ihrem schlimmen Vorleben und der damit verknüpften Unmöglichkeit, ihren etwaigen Besserungsvorsätzen vertrauensvoll entgegenzukommen, teils aber auch daran, dass sie die zur richtigen Besorgung von Dienststellen nötige Befähigung sich noch gar nicht angeeignet haben, so dass für sie nur die zu bald verhängnisvoll werdende Beschäftigung als Fabrikarbeiterin übrig bliebe. Diese Schwierigkeiten darf man nicht unterschätzen, denn sie werden an ihrem Ernste auch dadurch nichts verlieren, dass es gelingen sollte, für die weiblichen Straftlassenen eine ganz besondere Schutzthätigkeit einzurichten und deren Ausübung weiblichen Händen anzuvertrauen.²⁾

Soll deshalb auf diesem Gebiete der Schutzfürsorge mit Erfolg gearbeitet werden, so ist vor allem eine Einrichtung nötig, welche es ermöglicht, derartige unglückliche Personen während eines längeren Zeitraumes strengstens zu beaufsichtigen, sie durch religiösen Zuspruch sittlich wieder auf-

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des prisons 1894. S. 1058.

²⁾ Siehe Compte rendus des séances des Stockholmer internationalen Gefängnis-Kongresses. S. 639.

zurichten und unter gleichzeitiger Gewöhnung an Ordnung und Arbeit während eines verhältnismässig kurzen Zeitraumes mit all den Fertigkeiten auszurüsten, welche seitens der Dienstherrschaften an brauchbare Dienstboten angefordert werden.

Derartige Anstalten werden aber nur dann auf betriedigende Erziehungsergebnisse zu rechnen haben, wenn sie an dem Grundsatz festhalten, dass nur solche Personen hier Aufnahme finden sollen, welche aus ganz freiem Willen und lediglich unter dem Eindruck aufrichtiger Reue über ihre schlimme Vergangenheit und des ernstlichen Vorsatzes der sittlichen Umkehr zu diesem Entschlusse gelangt sind. Ebenso muss von jedem Zwange hinsichtlich der Dauer des Aufenthaltes in der Anstalt abgesehen und das Recht zum Verlassen derselben nach etwaiger Einhaltung einer kurzen Kündigungsfrist unbedingt freigegeben werden.

Für den glücklichen Verlauf des hier sich vollziehenden Besserungswerkes ist aber nichts störender als der auf Seite der einzelnen Zöglinge sich kundgebende Mangel an dem festen Willen, hierbei selbstthätig mit aller Kraft mitzuarbeiten, mag derselbe sich darin äussern, dass der einzelne Schützling in ernster Weise gegen die Hausordnung und die Autorität der Hausmutter sich auflehnt oder dass er auf seine Mitzöglinge einen schlimmen Einfluss auszuüben sucht. Gerade der letztere Missstand muss aber immer dann hintangehalten werden, wenn ältere Frauenspersonen gleichzeitig mit solchen jüngeren Mädchen zusammen in der Anstalt sich befinden, welche etwa unter der Massregel der sogenannten Zwangserziehung stehen und bezüglich welcher die Entscheidung der Frage, ob und wie lange sie in der Anstalt bleiben wollen, keineswegs von ihrem freien Willen allein abhängt.

Es muss aber auch eine Vorkehrung in der Richtung getroffen werden, dass diejenigen Zöglinge, welche aus der Anstaltserziehung mit gutem Erfolge hervorgegangen sind, sofort bei zuverlässigen Familien untergebracht und während der Dauer einer gewissen Probezeit einer wohlwollenden, auf die Förderung des leiblichen und geistigen Wohls des Schützlings stets bedachten Aufsicht unterstellt werden.

Der Wert dieser Einrichtungen für die Gefangenen-Schutzthätigkeit, insbesondere soweit ihre Bestrebungen auf

die Bekämpfung dieser Gruppe des Verbrechertums gerichtet sind, muss unbedingt zugegeben werden, wenn auch die Urteile über die Art ihrer Organisation und ihres Betriebes (Konfessionalismus, strenge Abschliessung von der Aussenwelt, Kloster oder Familiensystem, länger andauernder Aufenthalt u. s. w.) noch nicht zu einem bestimmten Abschlusse gelangt sind.

Die Schutzvereine für entlassene Gefangene haben deshalb allen Anlass, derartige Erziehungshäuser entweder selbst in's Leben zu rufen und zu betreiben, oder sie in entsprechender Weise zu unterstützen, jedenfalls aber bei der Überweisung von gebesserten Zöglingen in geeignete Dienststellen ihre weitestgehende Mitwirkung zuzusichern.

Innerhalb des Deutschen Reiches bestehen Frauenheime, welche von Schutzvereinen für entlassene Gefangene gegründet und in Betrieb genommen worden sind, in Sickingen (Baden), München und Nürnberg (Bayern), Wiesbaden (Hessen-Nassau), Görlitz (Schlesien), Lippspringe (Rheinland-Westfalen), Danzig (Westpreussen), Dresden (Sachsen) und Köstritz (Thüringische Staaten).

Nähere Beziehungen werden unterhalten bezw. Beiträge geleistet von der badischen Zentralleitung mit dem Rettungshaus zum guten Hirten in Heitersheim, von dem Frankfurter Gefängnisverein mit dem Frauenheim Neu Isenburg (einmaliger Beitrag von 5000 Mk.), von dem Hannoverschen Provinzialverein mit dem Frauen-Asyl Aichtun und der Anstalt Himmelsthür bei Hildesheim, der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft mit dem von Pastor Heinersdorf auf paritätischer Grundlage sehr erfolgreich geleiteten Elberfeld-Barmener Zufluchtshause, dem Schleswig-Holsteinischen Provinzialverein mit dem Frauen-Asyl in der Blome'schen Wildnis, dem Schutzverein in Erfurt mit dem Frauenheim Köstritz (einmaliger Beitrag von 1000 Mk.) und dem Württembergischen Zentral-Ausschuss mit der Rettungsanstalt für gefallene Mädchen evangelischer Konfession in Leonberg und der in Neresheim für katholische Schützlinge.

In Frankreich begegnet man der neuesten Schöpfung de l'œuvre protestante des prisons de St. Lazare et au dépôt, welche nach Eröffnung des Zellengefängnisses in Nanterre

in's Leben getreten ist und behufs Unterbringung ihrer weiblichen Schützlinge in den Städten Belfort, Bordeaux, Lyon und Marseille sowie in Liverpool eigene Agenten unterhält und welcher im Jahre 1892 das Asyl Boulevard Vaugirard beigelegt wurde, welches im Jahre 1894/95 127 Frauen mit 4060 Verpflegungstagen aufgenommen hat und in acht Departements Sektionen unterhält ¹⁾).

Ebenfalls Asyle für weibliche Straftentlassene besitzen das *œuvre israélite de travail et de placement* in Paris und die *Société de patronage pour les libérées* in Bordeaux, sowie der Schutzverein in Stockholm.

Zu dieser Frage hat die Verbandsversammlung der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene anlässlich ihrer am 27. Mai 1896 in Eisenach stattgehabten Tagung folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Zufluchtsstätten haben für die weiblichen Straftentlassenen, welche im Zeitpunkt ihrer Entlassung hilfsbedürftig und arbeitslos sind, die höchste Bedeutung und bilden in den meisten Fällen das einzige Rettungsmittel.
2. Da die meisten Aufgenommenen der religiösen und sittlichen Festigung und der erwerblichen Erziehung bedürfen, ist ein längerer Aufenthalt in den Zufluchtsstätten und ähnlichen Anstalten dringend zu wünschen.
3. Um dies zu erreichen, muss der Aufenthalt der erwachsenen Pfleglinge ein völlig freiwilliger sein, und es ist die Gewährung einer Arbeitsprämie an die länger verweilenden Pfleglinge anzuraten.
4. In jedem Industriebezirk und in der Nähe der grossen Städte ist eine Zufluchtsstätte ein nötiges Zeitbedürfnis.
5. Die Schutzvereine für entlassene Gefangene erachten es als ihre Aufgabe, derartige Anstalten, einerlei ob sie ausschliesslich konfessionell geleitet sind oder nicht, zu unterstützen.
6. Eine Vermischung von straftentlassenen Frauenspersonen mit früheren Dirnen in der gleichen Anstalt kann auf Grund der Erfahrung nicht als unzulässig erklärt werden ²⁾).

¹⁾ Siehe Bulletin de la société générale des prisons 1891, S. 115 7, 1893, S. 981 und 1896, S. 72,

²⁾ Siehe das gedruckte Protokoll S. 12.

§ 38.

D. Das Verhältniß zu Bestrebungen zur Bekämpfung der Überhandnahme der sittlichen Verwahrlosung der Jugend ¹⁾.**a. Umfang und Bedeutung der Verwahrlosung.**

Unter den Mitteln zur Bekämpfung der Überhandnahme der sittlichen Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend steht deren Erziehung oben an.

Je grösser im Laufe der Jahre die Zahl derer sein wird, welche infolge einer sorgfältigen Erziehung vor sittlichen Verfehlungen und Ausartungen bewahrt bleiben können, desto sicherer ist die Hoffnung auf ein stetiges Fortschreiten der Gesittung eines Volkes begründet.

Mit Recht erblickt man deshalb in der Grundlage, welche in dieser Beziehung in der Familie gelegt wird und auf welcher die Schule und die Kirche wohlthätig ergänzend weiterzubauen haben, das mächtigste Rüstzeug, um in der heranwachsenden Jugend den Sinn für das Böse rechtzeitig zu unterdrücken und sie gegen all die Versuchungen stark zu machen, welche unter den verschiedensten Formen an den Einzelnen je nach der Gestaltung seiner Lebenslage herantreten können.

¹⁾ Litteratur Dr. K. Appellius, die Behandlung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster Kinder, Berlin, Guttentag, Verlagsbuchhandlung 1892; Dr. Aschrott, die Behandlung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend und Vorschläge zur Reform, Berlin 1892, Verlag von Otto Liebmann, Buchhandlung für Rechts- und Staatswissenschaft, Lützowstrasse 27; derselbe Strafen und Gefängniswesen in England während der letzten zehn Jahre. J. Guttentag Verlagshandlung 1896; Dr. Föhring, die Gesetzgebung des Deutschen Reichs und der deutschen Einzelstaaten betr. die Zwangserziehung der verbrecherischen und verwahrlosten Jugendlichen, Hamburg Aktien-Gesellschaft, Richter 1890; Dr. Zucker, die Sorge für die verbrecherische und verwahrloste Jugend in Österreich; Dr. Lang, die Zwangserziehung in England, Verlag Ferdinand Enke Stuttgart; Bericht der Rheinisch-Westphälischen Gefängnisgesellschaft in Düsseldorf für 1892/93; die Behandlung der jugendlichen Verwahrlosten und Bestraften. Mitteilung der internationalen kriminalistischen Vereinigung 1894, Band IV, S. 344; Dr. Felisch, die Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Verlag Dunker und Humblot 1897; J. Vorster, Landrat in Merseburg, Vortrag über die Organisation der staatlich überwachten Zwangserziehung, Halle a. S., in Kommission bei Adolf Kargel 1894.

Allein oft erweisen sich die Zuchtmittel der Familie und der Schule gegenüber der schon stark zu Tage getretenen sittlichen Verwahrlosung als unwirksam und ist man dann auf Anstalten angewiesen, welche gerade diesem besonderen Erziehungszwecke gewidmet und für die Volkerziehung von dem grössten Werte sind, einerlei ob sie sich nur mit solchen jugendlichen Personen befassen, welche noch im schulpflichtigen Alter stehen oder ob sie ihre Fürsorge auch auf solche ausdehnen, welche diese Altersgrenze schon überschritten haben.

Allein trotz all diesen Bemühungen wird es nie an solchen fehlen, welchen gegenüber alle Besserungsversuche erfolglos bleiben und welche unfehlbar dem Verbrechertum zum Opfer fallen.

So betrübend dies ist, so darf man sich doch nicht verhehlen, dass, so lange es Menschen giebt und eine Rechtsordnung, innerhalb welcher diese nebeneinander zu leben gezwungen sind, immer wieder aufs neue solche auftauchen werden, welche gegen diese Rechtsordnung sich verfehlen und deshalb zur Strafe gezogen werden müssen und dass diese Regel insbesondere auch bei jugendlichen Personen zutrifft.

Diese Erscheinung hat deshalb, so lange sie nur vereinzelt auftritt, nichts befremdendes, dagegen nimmt sie einen sehr ernsten Charakter an, sobald man der unbestreitbaren aussergewöhnlichen Thatsache gegenüber steht, dass, wie in jüngster Zeit schon während zweier Jahrzehnte hindurch festgestellt worden ist, das jugendliche Verbrechen in einer mit der Bevölkerungszunahme überhaupt nicht mehr im richtigen Verhältnisse stehenden Weise überhand genommen hat.

Es ist dies eine Erscheinung, welcher man nahezu bei allen gebildeten Völkern der alten und neuen Welt begegnet.

So hat beispielsweise bis, zum Jahre 1894 wie die durch die Reichs-Kriminalstatistik gebotenen Zahlen darthun, die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilten Personen im Alter von 12 bis 18 Jahren bis auf 45 554 sich gesteigert, so dass die letzteren 10,2 % aller Bestraften betragen haben.

Erst im Jahre 1895 ist ein Herabsinken auf 44 384 bzw. 9,8 ‰ zu verzeichnen.

In dem vereinigten grossbritannischen Königreich hat trotz der Abnahme des Verbrechertums an sich die Zahl der jugendlichen Verbrecher bis jetzt stets zugenommen, namentlich die Zahl derer, welche im Alter von 14 bis 21 Jahre stehen. So waren im Jahre 1884 — 4286 junge Leute in den Reformatories Schools und 16 860 in den Industrial Schools gegen 5587 bzw. 24 683 des Jahres 1894 ¹⁾.

Die Ursachen dieser ausserordentlichen Erscheinung sind so mannigfache, dass hier auf dieselben nicht näher eingegangen werden kann, vielmehr genügt die Prüfung der Frage, ob und inwieweit dieselben mit den grossartigen Fortschritten, welche die Entwicklung des kulturellen Lebens der einzelnen Völker während der zweiten Hälfte des jetzt zu Ende gehenden Jahrhunderts zu verzeichnen hatte, in einem ursächlichen Zusammenhange stehen und bejahendenfalls ob die, eine Zunahme des jugendlichen Verbrechertums bedingenden Missstände in der ersten Zeit ihrer Entstehung unbemerkt geblieben und erst dann festgestellt worden sind, nachdem sie schon längere Zeit hindurch ihr geheimes Zerstörungswerk zur Ausführung gebracht hatten.

Wenn die Annahme richtig ist, dass der einzelne Mensch in seinem sittlichen Wollen und Können von der Zeit, in welcher er zu leben bestimmt ist sowie von den Eigentümlichkeiten, welche der letzteren ein besonderes Gepräge verleihen, beeinflusst wird, so muss unter den Errungenschaften des erwähnten Zeitabschnittes die als eine der vornehmsten bezeichnet werden, infolge deren das Recht des Einzelnen auf die Einräumung des weitesten Masses von Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Entwicklung seines geistigen und wirtschaftlichen Schaffens zur vollen Anerkennung gelangt und eine Beschränkung der individuellen Freiheit nur noch soweit aufrecht erhalten worden ist, als dies die Achtung vor dem Rechte Anderer und die Rücksicht auf die allgemeine Wohlfahrt unbedingt geboten erscheinen liessen.

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des Prisons. 1897 S. 192.

Solch grundlegende Wandlungen in den Anschauungen hinsichtlich der Existenzberechtigung der einzelnen Glieder der Gesellschaft aber mussten bald ihren reichen Segen über alle Gebiete der menschlichen Arbeit ausgiessen.

Das wissenschaftliche Leben im Bewusstsein seiner Unabhängigkeit entwickelte eine ausserordentliche Regsamkeit. Das Durchschnittsmass der allgemeinen Volksbildung erfuhr eine wohlthätige Steigerung, der niemals rastende Forschungstrieb trug die Leuchte der Aufklärung überall dahin, wo bisher geistige Trägheit und Gleichgiltigkeit jedem vernünftigen Fortschritt hindernd im Wege standen, unter den segensreichen Einwirkungen von ebenso überraschenden als das gesamte produktive Leben mächtig fördernden Erfindungen nahmen Handel und Verkehr in ihren verschiedenen Verzweigungen einen staunenswerten Aufschwung, die Zahl der volkreichen Verkehrsmittelpunkte, welchen die Landbevölkerung mit der Aussicht auf weniger mühevollen und doch lohnenden Erwerb und auf feinere bis dahin noch ganz ungewohnte Lebensgenüsse in grossen Massen zuströmte, erfuhr eine fortgesetzte Vermehrung, die Möglichkeit, grosse Vermögen in einer einzigen Hand zu vereinigen, wurde immer zahlreicher, die Pflege der Kunst und sonstiger feiner geariteter Bedürfnisse wurde immer ausgedehnter, auf weltlichem und geistlichem Gebiete endlich traten Gruppen und Vereinigungen zusammen, welche die Interessen ihres Standes und ihrer Berufsarbeit mit aller Wärme zu verteidigen bestrebt und in dem oft mit rücksichtsloser Schärfe vorgetragenen Verlangen einig waren, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine mitbestimmende Stellung für sich zu erringen.

Inmitten dieser grossartigen Bewegung blieb es für so manche von denen, welche derselben mit dem Gefühle der grössten Genugthuung gefolgt sind, verborgen, dass dem goldenen Weizen, der hier ausgestreut wurde, zahlreicher Unkrautsamen beigemengt war, welcher langsam aber sicher seine schädigenden Früchte trug und schliesslich durch seine Überwucherung erschrecken musste.

An die Stelle der früheren Einfachheit und Zufriedenheit trat sehr häufig eine krankhaft gesteigerte Erwerb- und Genussucht, Neid und Missgunst gewannen die Oberhand und

gaben nicht selten den Anlass zu den gehässigsten Schmähungen und Verfolgungen Andersdenkender, die Neigung, sich frühzeitig nach allen Seiten hin jeder autoritativen Beeinflussung oder Bevormundung zu entziehen und sich möglichst rasch, ja selbst auf Kosten der unerlässlichen beruflichen Ausbildung selbständig zu machen, wurde die überwiegende und kam in leichtfertigen Eheschliessungen zum Ausdruck, so dass das häusliche Elend und die damit so oft zusammenhängende Verwahrlosung der Kindererziehung nicht lange auf sich warten liessen; mit einem Worte die edlere Auffassung bezüglich der dem Menschen obliegenden Lebensaufgaben musste vor dem Ungestüm zurückweichen, mit welchem die gemeineren Triebe in der Menschennatur die alleinige Herrschaft für sich beansprucht und den Ansturm gegen die bisherige sittliche Weltordnung versucht haben, wonach der geschicktere und fleissige Arbeiter immermehr gelten wird, als der träge und unbrauchbare, wonach der kenntnisreichere und erfahrenere eine andere Stellung einzunehmen berufen ist, als der unwissende und unreife und wonach dem ehrlichen zuverlässigen und gesitteten Menschen stets ein viel besseres Fortkommen in Aussicht steht, als demjenigen, dessen Verhalten ein gegenteiliges ist.

Dass solche Verirrungen auf diejenigen Angehörigen der heranwachsenden Jugend einen verwirrenden und unter Umständen einen äusserst verderblichen Einfluss ausüben können, deren Willenskraft überhaupt eine schwache ist oder bei welchen schon nach beendigter Schulpflicht bzw. nach ihrem Eintritt in's Berufsleben die sittliche Verwahrlosung einen hohen Grad erreicht hatte, ist ebenso zweifellos, als es berechtigt erscheint, gerade diese Ausartungen in den sittlichen Anschauungen mit dafür verantwortlich zu machen, dass die unerlaubten Eingriffe in fremdes Eigentum, die Vergehungen gegen das Sittlichkeitsgesetz, die rohen Ausschreitungen gegen Leben und Gesundheit der Mitmenschen sowie auch die Versuche des Widerstandes gegen die öffentliche Gewalt, soweit jugendliche Übelthäter hierbei in Betracht kommen, in aussergewöhnlicher Zunahme begriffen sind.

Je tiefer der Einblick ist, welchen man in diese Übelstände zu gewinnen sucht, um so deutlicher wird man die

damit verknüpfte Gefahr erkennen, um so rascher wird man die Überzeugung von der Notwendigkeit gewinnen, dass der Staat und die freie Vereinsthätigkeit sich gegenseitig in die Hände arbeiten müssen, um der hier drohenden Gefährdung der allgemeinen Wohlfahrt mit Sicherheit Herr werden zu können ¹⁾).

§ 39.

Fortsetzung.

Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des jugendlichen Verbrechertums lässt sich in die Worte Erziehung und Besserung zusammenfassen.

Die Erziehung kann in einer Familie oder in einer Anstalt statthaben.

Sie kann von der öffentlichen Armenbehörde angeordnet und durch ihre Beauftragten überwacht werden, sie kann aber auch der Leitung von Wohlthätigkeitsvereinen unter steter Wahrung des staatlichen Aufsichtsrechts anvertraut bleiben.

Der hohe Wert eines derartigen Erziehungs- und Besserungswerkes gegenüber den noch nicht bestraften Jugendlichen, insbesondere, wenn dasselbe rechtzeitig eingeleitet und bis zu Ende durchgeführt wird, ist allgemein anerkannt.

Dagegen begegnet man bei der Prüfung der Frage, ob und welche Sühne gegen junge Übelthäter, welche erstmals sich gegen die Rechtsordnung verfehlt haben und straffällig geworden sind, angemessen erscheine und in welcher Ausdehnung hierbei die Rücksichten auf ihre Besserung ausschlaggebend sein sollen, grundsätzlich ganz verschiedenen Anschauungen.

Immerhin ist in neuerer Zeit hinsichtlich gewisser grundlegender Fragen eine Einigung in denjenigen Kreisen erzielt worden, welche auf Grund der wissenschaftlichen Klarstellung aller hierbei in Betracht kommenden Ziele, sowie der auf diesem Arbeitsgebiet gemachten praktischen Erfahrungen zu einem massgebenden Urteil berechtigt erscheinen.

¹⁾ Siehe Dr. Bernhard Riggensbach Pfarrer und Dozent in Basel, die Wurzeln der Vergehen und Verbrechen im Familien- und Volksleben. Basel C. Detloff's Buchhandlung 1890.

Hiernach soll der Schwerpunkt des strafgerichtlichen Vorgehens gegen jugendliche Übelthäter nicht in der Strafe liegen, sondern vielmehr in dem Versuche ihrer im Wege der Erziehung zu erzielenden Besserung.

Ebenso sollen unter Festhalten an den soeben erwähnten grundlegenden Gedanken die auf's engste damit zusammenhängenden kriminalpolitischen Fragen hinsichtlich der Festsetzung der Altersgrenze für die Strafmündigkeit, hinsichtlich der dem Strafrichter einzuräumenden fakultativen Entscheidungsbefugnisse und der dem Strafurteil beizufügenden Vorbehalte sowie hinsichtlich der Zwangsmittel geregelt werden, welche für die rechtzeitige Durchführung des kraft richterl. Spruches vorzunehmenden Erziehungs- und Besserungswerkes unentbehrlich sind und deshalb im Gesetze selbst festgelegt werden müssen.

§ 40.

b. Festsetzung der Altersgrenze für die Strafmündigkeit.

Die Altersgrenze für die Strafmündigkeit hat in den einzelnen Gesetzgebungen eine verschiedenartige Behandlung erfahren, so dass ein Spielraum zwischen dem vollendeten zwölften bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre offengelassen ist.¹⁾

Zur Entscheidung dieser Frage, welche ebenso sehr eine technische als vorwiegend eine kulturelle ist, sind auf der einen Seite der Lehrer, der Seelsorger, der Arzt, der Staatsanwalt und der Richter berufen wie andererseits das Urteil all derer nicht ausser acht gelassen werden darf, welche die Gestaltung des praktischen Lebens, insbesondere soweit Jugendliche beiderlei Geschlechts zu irgendwelcher Thätigkeit hierbei berufen sind, mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Ebenso ist gewiss, dass überall da, wo die Volksschulbildung sich auf einer verhältnismässig hohen Stufe bewegt oder wo eine weitverbreitete Wohlhabenheit herrscht und die

¹⁾ Siehe § 55 des deutschen Reichsstrafgesetzbuches verglichen mit Art. 34 II des Einführungsgesetzes zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch, ferner vergleiche §§ 72 und folgende des Führers.

Wertschätzung des eigenen Besitzes nahezu das Gemeingut aller Angehörigen eines Volkes geworden ist, die Einsicht der Strafbarkeit eines unerlaubten Eingriffes in fremdes Eigentum schon in sehr frühem Alter unterstellt werden darf, während auf der nämlichen Altersstufe ein Verständnis für die feineren Unterscheidungen, auf welchen die Begriffsbestimmung der Hehlerei, des Betrugs und ähnlicher Verfehlungen beruhen, wohl kaum vorausgesetzt werden kann. Ähnlich wird es sich mit den Jugendlichen beiderlei Geschlechts verhalten, welche während sie mit dem Hüten des auf der Weide befindlichen Viehs betraut sind, entweder untereinander oder in anderer Weise geschlechtlicher Verirrungen sich schuldig machen können, weil sie oft Tage lang lediglich sich selbst überlassen sind, oder jeglicher Beaufsichtigung entbehren.

Für diejenigen, welche für ein Hinaufrücken der Altersgrenze bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre eintreten, ist die Erwägung von durchschlagendem Belang, dass ein verbrecherisches Kind, so lange es aus der Schule noch nicht entlassen sei, nicht in das Gefängnis gehöre, vielmehr um es vor dem unheilvollen Einfluss der Gefängnisluft auf seine Gemütsentwicklung zu bewahren, der Familie, der Schule oder dem Besserungshause überwiesen und dass in den strafrechtlichen Bestimmungen eine dementsprechende Fürsorge vorgesehen werden müsse.

Übrigens werden die Bedenken, welche gegen zu weitgehende Zugeständnisse in dieser Beziehung erhoben werden können, sich wesentlich vermindern, sobald feststeht, dass infolge eines guten Zwangserziehungsgesetzes und des Vorhandenseins aller zu dessen wirksamen Vollzuge erforderlichen Einrichtungen die Einleitung der vom Strafgesetz in Aussicht genommenen Besserungsmassregeln als gesichert gelten kann.

§ 41.

c. Die Festsetzung der Befugnisse des Strafrichters bei der Wahl der Strafe oder der Besserungsmittel.

Alle Strafgesetzgebungen anerkennen den Grundsatz, dass bei der strafrechtlichen Verfolgung von Gesetzesüber-

tretern, welche ein bestimmtes Lebensjahr (das 16., 17. oder 18.) noch nicht zurückgelegt haben, der Strafmilderungsgrund der Jugend berücksichtigt werden müsse und hiernach die Bestimmungen über die in jedem einzelnen Falle in Betracht kommende Strafart sowie über das Mass der Strafe festzusetzen seien.

In manchen Gesetzgebungen wie zum Beispiel in dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch oder dem französischen Code pénal begegnet man der Bestimmung, dass von einer bestimmten Altersstufe an jeweils vor der Bestrafung eines jugendlichen Übelthäters immer die Frage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen sei, ob derselbe bei der Begehung der strafbaren Handlung die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Reife besessen habe. Führen diese Erhebungen zu einem verneinenden Ergebnisse, so ist der Jugendliche freizusprechen, in dem Urteil aber zu bestimmen, ob der Angeschuldigte seiner Familie überwiesen oder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt verbracht werden soll, in welcher letzterer er so lange zu verbleiben habe, als die der Anstalt vorgesetzte Verwaltungsbehörde solches für notwendig erachtet, jedoch nicht über das vollendete zwanzigste Lebensjahr.

Diese Bestimmung, deren wohlmeinende Absicht zu Gunsten der jugendlichen Übelthäter klar zu Tage liegt, erreicht nicht immer ihren Zweck. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Richter sich in der Beurteilung der Sache immer dann mehr oder minder zum Voraus beeinflusst fühlen wird, wenn die vorerwähnten Vorerhebungen, welche oft in eine ebenso lästige als in ihrem Endergebnisse nicht immer ganz zuverlässige Formalität ausarten, mit dem Eindrücke, welchen der Richter im unmittelbaren Verkehr mit dem Angeschuldigten während der öffentlichen Gerichtsverhandlung gewinnt, nicht übereinstimmen.

In einem solchen Falle steht er stets vor der offenbar zu eng gezogenen Alternative, entweder unter gleichzeitiger Entscheidung der Erziehungsfrage freisprechen oder aber verurteilen und die Besserung des Straffälligen trotz der zweifellos bei ihm vorliegenden Erziehungsbedürftigkeit und Fähigkeit lediglich dem Zufalle überlassen zu müssen.

Oft sind aber auch die im Gesetze vorausgesetzten Erziehungs- und Besserungsanstalten überhaupt gar nicht vorhanden oder sie tragen vorwiegend den Charakter von Gefängnissen an sich, so dass schon aus diesem Grunde der davon erwartete Besserungserfolg sehr in Frage gestellt erscheint.

Die Reformen auf diesem Gebiete sollten deshalb darin bestehen, dass an Stelle der vorbezeichneten Bestimmungen solche treten würden, welche dem Strafrichter die Befugnis erteilen, gegen Personen, welche bei Begehung der strafbaren Handlung das vierzehnte aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, wegen derselben auf Strafe oder auf staatlich überwachte Erziehung oder auf Strafe und Erziehung oder auf Überweisung an die Familie zu erkennen.

Als Grundlage für das Straferkenntnis müsste die Überzeugung dienen, welche der Richter während der mündlichen Verhandlung gewonnen hat.

Auch diese Reform verliert alle ihre bedenklichen Seiten, sobald ein Zwangserziehungsgesetz und alle für dessen Vollzug erforderlichen Einrichtungen in Wirksamkeit getreten sind.

In Frankreich ist die Altersgrenze für die Berücksichtigung der Jugend als Strafmilderungsgrund das zurückgelegte sechzehnte Lebensjahr. Jugendliche unter dieser Altersgrenze, welche ohne „discernement“ gehandelt haben, sind freizusprechen. Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie im deutschen Reichsstrafgesetzbuch ¹⁾.

§ 42.

d. Die bedingte Verurteilung.

Die bedingte Verurteilung ist diejenige strafrechtliche Reform, infolge welcher den Gerichten die Befugnis verliehen wird, den erstmals wegen Verbrechens oder Vergehens Verurteilten einen Strafaufschub von längerer Dauer mit der Wirkung zu bewilligen, dass die Strafe nur dann zum Vollzuge kommen solle, falls er sich während der Probezeit eines neuen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht habe.

¹⁾ Siehe § 40.

In diesem Falle muss sogar die Sühne für das erstmalige Vergehen gleichzeitig mit der für die nachgefolgte Übelthat eintreten.

Dieser Reform liegt vornehmlich der Gedanke zu Grunde, dass die erstmalige Verfehlung in der Regel sich als ein Akt persönlicher Schwäche oder als die Folge des Verführtsseins von jungen, kaum dem Kindesalter entrückten Leuten darstelle.

Dem straffälligen Übelthäter soll aber auch Zeit und Gelegenheit zu seiner Besserung geboten werden und zu diesem Zweck namentlich der Vollzug einer oft nur ganz kurzzeitigen Freiheitsstrafe unterbleiben und damit die Gefahr seines näheren Bekanntwerdens mit dem Verbrechertum während seines Aufenthalts im Gefängnis hintangehalten werden.

Dagegen soll im Fall fortgesetzten guten Verhaltens das ergangene Strafurteil als nicht erfolgt angesehen und dies in irgend einer Form kundbar gemacht werden.

Die der fraglichen Reform zu Grunde liegende Absicht, das Besserungsprinzip bei der Handhabung der Strafjustiz zur vollen Geltung zu bringen, wird sich aber nur unter der Voraussetzung der Vorsorge dafür erreichen lassen, dass dem bedingt Verurteilten die Möglichkeit gegeben wird, sich während der ihm gesetzten Bewährungsfrist auch bewähren zu können. Dies wird ihm aber sehr schwer fallen, wenn er mit demselben ehrenrührigen Makel behaftet in der Gesellschaft sich bewegen muss, wie er dem unbedingt Verurteilten nicht etwa bloss infolge der erstandenen Strafe, sondern hauptsächlich auch infolge des gegen ihn ergangenen Strafurteils anklebt.

Hier muss wirksame Abhilfe geschaffen, die Gesellschaft muss dafür gewonnen werden, dass sie dem bedingt Verurteilten ihre Achtung nicht vorzeitig entzieht, vielmehr zur Mitarbeit an dessen Ehrenwiederherstellung sich bereit erklärt. Diese Hilfe wird aber immer dann um so unentbehrlicher sein, wenn die erste Verfehlung jugendlichen Personen zur Last fiel, deren Erziehung eine verwahrloste gewesen, oder welche unter dem Einflusse äusserer Notzustände oder schlimmen Beispiels zu einem Eingriff in die Rechtsordnung sich haben verleiten lassen.

Diesen gegenüber kann die richtige Hilfe nur darin bestehen, dass sie der ihre sittlichen Anschauungen vergiftenden Umgebung entzogen und dass die Mängel in ihrer Erziehung gründlich beseitigt werden.

Hier eröffnet sich für die Gefangenen-Fürsorge ein ebenso weites als fruchtbares Arbeitsfeld.

Mit Recht hat deshalb der belgische Justiz-Minister bei der Vorlage des Gesetzentwurfs an die Ständekammer, aus welchem unterm 31. Mai 1888 das Gesetz établissant la libération conditionnelle et les condamnations conditionnelles dans le système pénal hervorgegangen ist, um seine Ziele klar zu kennzeichnen, denselben das Gesetz für die Entwicklung des Schutzfürsorgewesens genannt und damit die Notwendigkeit von gleichzeitigen Reformen auch auf dem letztgenannten Gebiete ausdrücklich betont.

§ 43.

Fortsetzung.

Die in Frage stehende Reform ist unter den verschiedensten Formen in die Erscheinung getreten.

Im Staate Massachusetts wurde erstmals das sogenannte Probationssystem eingeführt, bei erstmaligen leichteren Vergehen und Übertretungen (Trunksucht, Prostitution) ist ein Aufschub der Verurteilung auf eine gewisse Zeit zulässig, während welcher der Beschuldigte einer genauen Aufsicht hinsichtlich seiner Lebensführung unterworfen wird. Nach gut bestandener Probe wird der Prüfling für straffrei erklärt. Dieses System ist seit dem Jahre 1888 in England zur Einführung gelangt.

Das obenerwähnte belgische Gesetz ordnet bei der erstmaligen Erkennung einer Strafe von höchstens sechs Monaten einen Strafaufschub, dessen Dauer in jedem einzelnen Falle gerichtlich festgesetzt wird und nach gutem Verlauf der Probezeit die Straffreiheit an.

Das französische Gesetz Loi sur l'atténuation et l'aggravation des peines vom 26. März 1891, auch Loi Béranger genannt, unterscheidet sich von dem belgischen Gesetz in folgenden Punkten:

Die bedingte Verurteilung ist bei jeder erstmaligen Verurteilung zulässig, ebenso nicht bloss bei Freiheits- sondern auch bei Geldstrafen, ausserbetracht bleiben bei der bedingten Verurteilung Geldvorstrafen und die Probezeit beträgt für alle Fälle fünf Jahre.

Dagegen haben beide Gesetze das zur Folge, dass nach gut verlaufener Probezeit die Verurteilung als nicht geschehen angesehen wird. Auf die Kosten des Verfahrens und den Schadenersatz sowie auf die Nebenstrafen und die Unfähigkeit zu Ämtern, Wahlen u. s. w. hat dies keinen Einfluss.

In Frankreich wird das ergangene Straferkenntnis zum Strafregister (*casier judiciaire*) eingetragen, jedoch mit dem ausdrücklichen Vermerk, dass Strafaufschub verwilligt worden ist.

Die im Jahre 1889 in Brüssel stattgehabte allgemeine Versammlung der internationalen kriminalistischen Vereinigung hat sich über diese Frage dahin ausgesprochen, dass den Gesetzgebern aller Länder die Annahme des Prinzips der bedingten Verurteilung empfohlen, zugleich aber auch auf die Notwendigkeit hingewiesen werden müsse, das Anwendungsgebiet der Massregel nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmen und dabei auf das Gefühl und den Kulturzustand jedes Volkes Rücksicht zu nehmen.

Der deutsche Juristentag hat anlässlich seiner am 12. September 1891 in Köln stattgehabten Tagung den Beschluss gefasst, dass die bedingte Verurteilung sich gegen Angeklagte empfehle, welche noch nicht wegen Verbrechens, Vergehens oder Übertretung zu Freiheitsstrafen verurteilt worden seien, sodann für solche strafbare Handlungen, bezüglich deren auf Haft aber nicht länger als dreimonatliche Freiheitsstrafe erkannt werde, auch sei sie von dem in den Urteilsgründen zu rechtfertigenden Ermessen des erkennenden Richters abhängig zu machen.

Das amerikanisch-englische sowie das belgisch-französische System haben das mit einander gemein, dass die mit der Vollstreckung kurzzeitiger Freiheitsstrafen verbundenen Übelstände beseitigt und gleichzeitig der Übelthäter durch den ihm während der Probezeit auferlegten psychologischen Zwang zur Selbstbeherrschung bzw. Besserung erzogen wird.

Nach Mitteilungen des Landrichters Dr. Aschrott¹⁾ fängt man übrigens in England an, die Vorteile des belgisch-französischen Systems nach und nach anzuerkennen und es als einen Missstand zu empfinden, dass im Gegensatz zu der Raschheit, mit welcher dort die bedingte Verurteilung der strafbaren That sofort auf dem Fusse folgt, in England oft Jahre vergehen können, bis infolge des nicht befriedigenden Verhaltens des Prüflings das Strafverfahren gegen diesen aufgenommen werden muss und durch Erlassung bzw. den Vollzug des Strafurteils seinen Abschluss findet.

Im Einklang mit diesen veränderten Anschauungen ist man neuerdings in England bemüht, den Gefangenen-Schutzvereinen und ihrer Organisation wieder eine grössere Beachtung zuzuwenden.

Die in Belgien mit der bedingten Verurteilung und der bedingten Haftentlassung gemachten Erfahrungen sind sehr günstige. Nach einem von dem Justizminister der Kammer vorgelegten Berichte über die Ergebnisse des inbetracht kommenden belgischen Gesetzes in der Zeit von 1888 bis 1895 ist die Anwendung des Gesetzes bereits eine gleichmässige. Die Polizeigerichte bewilligen die Bedingtheit bei über 25% der Verurteilungen, die Zuchtpolizeigerichte bei 30% derselben, aber unter Verlängerung der Besserungsfrist.

Die Zahl der Rückfälle seit dem Bestehen des Gesetzes hat sich für die Vergehungen auf 6,8%, für die Übertretungen auf 1,5% belaufen.

Die Zahl der Rückfälle erreicht nicht 4½% aller bedingten Verurteilungen, während die Statistik über 50% für den gesamten Rückfall ergibt und mehr als 70% der Gefangenen schon eine Bestrafung erlitten haben.

Hierbei ist zu bemerken, dass die Vereinsfürsorge für jugendliche Bestrafte in Belgien sich seit etwa zehn Jahren auf einer sehr hohen Entwicklungsstufe befindet.

¹⁾ Siehe dessen Schrift Strafen- und Gefängniswesen in England während der letzten zehn Jahre. Verlagsbuchhandlung J. Guttentag in Berlin 1896.

§ 44.

e. Der bedingte Strafaufschub.

Der bedingte Strafaufschub ist diejenige strafrechtliche Reform, infolge welcher Personen, welche zu Freiheitsstrafen, die ein gewisses Mass nicht übersteigen, verurteilt worden sind und noch keine Freiheitsstrafen erstanden haben, auch zur Zeit der Strafthat nicht in Untersuchungshaft sich befinden, für den Fall guten Verhaltens Strafaufschub, eventuell bis zum Ablauf der Verjährungszeit gewährt werden kann. Diese Vergünstigung fällt weg, sobald der Bestrafte durch schlechtes Verhalten als derselben nicht mehr würdig sich erweist, während nach länger andauerndem guten Verhalten die Begnadigung beantragt und ausgesprochen werden kann.

Diese Reform, welche eine lediglich deutsche Einrichtung ist, kann als erstes Zugeständnis gegenüber den verschiedenartigen Kundgebungen der öffentlichen Meinung angesehen werden, womit, wie dies auch seitens des deutschen Reichstages mit nahezu einstimmigem Beschlusse während der 1896er Sitzungsperiode geschehen ist, die gesetzliche Einführung der bedingten Verurteilung als ein bald zu befriedigendes Bedürfnis bezeichnet worden ist.

Von der letzteren unterscheidet er sich aber, sowie er bis jetzt in Preussen, Sachsen, Hessen und Baden auf dem Wege staatsministerieller Entschliessung zur Einführung gelangt ist, in zwei ganz wesentlichen Punkten.

Die Entscheidung über die Zulässigkeit des bedingten Strafaufschubs ist nicht den Gerichten zugewiesen, wie es sein könnte und müsste, falls eine gesetzlich geregelte Einrichtung in Frage stände, vielmehr hängt dies von dem Ermessen der obersten Justizverwaltungsbehörde ab.

Hierdurch wird statt eines Rechtes, wie es bei der bedingten Verurteilung vorliegt, nur eine Vergünstigung geschaffen, deren Nichtgewährung im einzelnen Falle geeignet ist, das Vertrauen in weiteren Kreisen auf eine möglichst gleichheitliche Anwendung der Massregel zu erschüttern.

Weit wichtiger dagegen ist es, dass trotz des erteilten Strafaufschubs und der auf Grund guter Führung nachgefolgten Begnadigung das einmal erlassene Strafurteil dem davon

betroffenen Übelthäter gegenüber in seiner strafrechtlichen und sozialpolitischen Bedeutung stets aufrecht erhalten bleibt. Es muss deshalb auch zum Strafregister eingetragen werden und wird ein die Sachlage klarstellender, nachträglicher Zusatz nicht erfolgen.

Damit verliert die Neuerung, namentlich wenn sie überhaupt nur Jugendlichen gegenüber platzzugreifen hat, zum grossen Teile ihren Besserungszweck, sobald der ursprünglich bestrafte und später begnadigte Übelthäter weiss, dass der Makel einer in jugendlicher Unüberlegtheit oder aus sonstigen entschuldbaren Beweggründen begangenen Verfehlung ihm zeitlebens anklebt und in allen denjenigen Momenten, in welchen die Beschaffenheit seines Vorlebens für die günstige Gestaltung seines Fortkommens von entscheidendem Einfluss sein kann, letzterer hindernd entgegenstehen wird.

Von den Verteidigern dieser Neuerung wird geltend gemacht, dass sie als Versuch dienen solle, um praktische Erfahrungen über den Wert oder Unwert der bedingten Verurteilung zu sammeln und auf Grund derselben hinsichtlich der Einführung der letzteren zu einer endgiltigen Entschliessung gelangen zu können.

Allein dieser Versuch und die aus demselben etwa zu ziehenden zahlenmässigen Nachweise werden nur dann von durchschlagendem Werte sein, wenn Vorsorge dafür getroffen wird, diese versuchsweise Massregel zu einer vollkommen lebensfähigen zu gestalten und namentlich den hilfsbedürftigen Bestraften, insbesondere wenn sie in jugendlichem Alter stehen, diejenige Fürsorge zuteil werden zu lassen, ohne welche sie ihre Besserungsversuche mitten in den Bedrängnissen des wirtschaftlichen Erwerbslebens nicht durchführen können.

Dies wird überall da, wo ein Zwangserziehungsgesetz mit weitgehenden Befugnissen in Wirksamkeit ist und eine wohlorganisierte Gefangenen-Schutzthätigkeit zur Verfügung steht, keine Schwierigkeiten bereiten.

Ein solches Vorgehen würde aber noch den weiteren Vorteil in sich schliessen, dass die dabei sich ergebenden Zahlen für die Beurteilung des Wertes oder Unwertes der

neuen Einrichtung eine viel wertvollere Grundlage bieten würden, als es ohne diese Voraussetzung der Fall sein kann.

Dagegen wird von anderer Seite nicht mit Unrecht geltend gemacht, dass es gegenüber den dem allgemeinen Rechtsbewusstsein schuldigen Rücksichten nicht zulässig sei, hinsichtlich derartiger kriminalpolitischer Fragen Experimente zu machen, dass vielmehr die letzteren im Zusammenwirken mit den massgebenden gesetzgeberischen Faktoren zur gesetzlichen Lösung zu bringen seien.¹⁾

§ 45.

f. Strafurteile mit unbestimmter Strafdauer.

(Einrichtung von Elmira in New-York.)

Das Strafsystem der Einrichtung von Elmira in New-York wurde von einer Privatgesellschaft auf Grund einer Veröffentlichung des Dr. Round in der Zeitschrift „Forum“ in's Leben gerufen. In derselben wurde der Nachweis geliefert, dass fortgesetzt eine ganze Armee von existenzlosen, zu jedem Verbrechen geneigten Persönlichkeiten sich in der Stadt New-York herumtreibe und die öffentliche Sicherheit gefährde.

Diese Einrichtung bezweckt deshalb, mittelst Strafurteilen mit unbestimmter Strafdauer, zu deren Erlassung das Gericht die gesetzliche Ermächtigung erhalten hat, auf die Besserung des Bestraften dadurch hinzuwirken, dass der Strafvollzug in einer der Privatgesellschaft gehörenden „Reformatory“ (Besserungsanstalt) nach einem vorher festgesetzten Plane erfolge.

Sobald daher die Unverbesserlichkeit eines Delinquenten feststehe, werde derselbe verurteilt, in dem Reformatory solange zu bleiben, bis nach der erfolgreichen Anwendung einer genau bestimmten Erziehungsmethode der Aufsichtsrat die Rückkehr des Sträflings in das bürgerliche Leben für zulässig erkläre. Die sonst übliche vorherige Bestimmung der Dauer

¹⁾ Siehe Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft für 1895/96 S. 88 f. Vortrag des I. Staatsanwalts Ehrenberg in Elberfeld über den Strafaufschub im Vergleich zur bedingten Verurteilung; Mitteilungen der internationalen-kriminalistischen Vereinigung 1896 Band V S. 529 (Anlage 24) VI. S. 56 und 202.

der Einsperrung bleibt vollständig ausser Betracht. Die Einsperrung soll übrigens immer mindestens ein Jahr hindurch dauern, unter keinen Umständen aber das höchste Strafmass für das Vergehen übersteigen, dessen sich der zu Bessernde schuldig gemacht hat. Die Entlassung aus der Anstalt erfolgt in bedingter Weise. Voraussetzung hierfür ist gutes Verhalten sowohl gegenüber der Aufsichtsbehörde, als auch in der Schule, bei der Arbeit und bei der Erprobung haushälterischen Sinnes. Hierüber werden die Noten 1—3 erteilt. Die Note No. 2 muss erreicht sein, um bedingt entlassen werden zu können.

Für den Aufenthalt der Entlassenen in der Freiheit werden ebenfalls bestimmte Regeln aufgestellt, deren Nichtbeachtung die sofortige Zurückverbringung in die Reformatory zur Folge hat.

Allmonatlich muss er ein Zeugnis des Vorstehers seines Aufenthaltsorts über sein Betragen, über seine Beschäftigung, seinen Arbeitsverdienst und über seine Ausgaben einschicken. Laute die Nachrichten befriedigend, so kann schon nach Ablauf von sechs Monaten die endgiltige Entlassung ausgesprochen werden.

Der Wert dieser Neuerung besteht zweifellos darin, dass sie dem Anspruche der Gesellschaft, vor unverbesserlichen, die öffentliche Sicherheit gefährdenden Persönlichkeiten längere Zeit geschützt zu werden und dieselben einem planmässigen Besserungswerke unterzogen zu sehen, im weitesten Umfange gerecht wird. Ebenso kann zugegeben werden, dass diese Art der Freiheitsentziehung für die Zukunft des zu Bessernden und die Möglichkeit einer neuen Existenz-Begründung für denselben grössere Vorteile zu bieten im Stande ist, als dies zur Zeit für die Insassen der Korrektions-Anstalten erwartet werden darf. Dies trifft namentlich auch bezüglich der jugendlichen Übelthäter zu, deren verbrecherischer Sinn schon eine gewisse Hartnäckigkeit und Unbeugsamkeit zu erkennen giebt, obwohl auch bezüglich dieser der Regel nach die Mittel, welche ein gutes Zwangserziehungsgesetz an die Hand giebt, ausreichen werden.

Dagegen dürfte der Erfolg der neuen Einrichtung und das Vertrauen, welches ihr seitens der öffentlichen Meinung entgegengebracht wird, vor allem davon abhängen, dass das

beabsichtigte Besserungswerk in die Hände von Leuten gelegt werden kann, welche für dessen strenge aber gerechte und vollständig gleichheitliche Durchführung die sicherste Gewähr geben. Gerade in dieser Beziehung scheinen schon Missstände zu Tage getreten zu sein, welchen es zuzuschreiben ist, dass sich schon vielfach Stimmen gegen die fernere Beibehaltung der Einrichtung erhoben haben¹⁾.

Der zweite internationale Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1894) hat sich ebenfalls mit der Frage der *Sentences indéterminées* beschäftigt, ohne zu einem bestimmten Beschlusse zu kommen. Die beiden Berichterstatter, die Professoren Prins (Brüssel) und Gautier (Genf) standen der Sache wohlwollend aber reserviert gegenüber.²⁾

§ 46.

g. Die öffentliche Zwangserziehung.³⁾

Die öffentliche Zwangserziehung, auch staatlich überwachte Erziehung genannt, gegenüber von sittlich verwahrlosten jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts ist diejenige Massregel, infolge welcher auf Grund gesetzlicher Anordnungen das den Eltern oder sonstigen Fürsorgern der letzteren zustehende Erziehungsrecht diesen zeitweise entzogen und der zuständigen Staatsbehörde zur alleinigen Ausübung übertragen wird.

Die unmittelbare Folge dieser Massregel ist, dass während der ganzen Dauer der staatlich angeordneten Erziehung das väterliche Erziehungsrecht ruht und zwar mit der Wirkung, dass jeder Versuch des Vaters oder seiner Stellvertreter, sich in den Gang des Erziehungswerkes einzumischen, unzulässig ist, ja sogar, wenn er sich als besonders unheilvoll erweisen würde, mit Strafe bedroht werden muss.

Auf der andern Seite stehen denjenigen, welchen die zuständige Staatsbehörde, wie dies die Regel ist, die Erziehungsfürsorge anvertraut (Lehr- und Dienstherrn, Anstalts-

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des prisons 1894. S. 123f.

²⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons 1894. S. 1022 u. 1050.

³⁾ Das Wort „Zwangserziehung“ findet sich in Artikel 135 des Einf.-Gesetzes zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch und wird deshalb auch hier angenommen.

verwaltungen) die väterlichen Erziehungsrechte im vollsten Umfange zu und gilt dies namentlich auch von der Befugnis, Zwangszöglinge, welche sich als besonders schlimm geartet erweisen, körperlich zu züchtigen.

Der Gedanke, die staatliche Fürsorge für jugendliche Verwahrloste und Bestrafte beiderlei Geschlechts zum Gegenstand einer ganz selbständigen Gesetzgebung zu machen, ist ein ganz moderner und gelangte erst in der zweiten Hälfte des gegenwärtig zu Ende gehenden Jahrhunderts zur allgemeinen praktischen Verwirklichung.

Den unmittelbaren Anlass hiezu hat die schon oben erwähnte, mit überraschender Sicherheit zu Tage getretene Überhandnahme des jugendlichen Verbrechertums sowie die Überzeugung gegeben, dass es zunächst die Pflicht des Staates sei, Mittel und Wege zu schaffen, um dem weiteren Umsichgreifen dieses Übelstandes ein Ziel zu setzen und zugleich den hilfsbedürftig gewordenen jugendlichen Verwahrlosten den Schutz zuteil werden zu lassen, wie ihn auch die unter der gesetzlich geregelten Vormundschaft stehenden Minderjährigen genießen.

Nur muss dieser Schutz je nach der Sachlage oft ein viel stärkerer sein und darf der dafür erforderlich werdende Kostenaufwand keinen Grund zu deren Nichtgewährung abgeben.

Innerhalb des deutschen Reiches war ein solches gesetzgeberisches Vorgehen dadurch einerseits erleichtert, andererseits zu einem dringlichen geworden, dass die Bestimmungen der §§ 55 und 56 R.-Str.G.-B. das Recht des Staates, unter gewissen Voraussetzungen Kinder ihren Eltern zu entziehen und an Stelle der letzteren die Sorge für deren Erziehung und Beaufsichtigung selbst in die Hand zu nehmen, ausdrücklich anerkannt haben. Diese Bestimmungen erwiesen sich jedoch sehr bald für den gedachten Zweck aus den verschiedensten Gründen insbesondere auch hinsichtlich der Regelung der oft sehr belangreichen Kostenfrage als ungenügend, so dass die Gesetzgebung der Einzelstaaten ergänzend hat eingreifen müssen.



§ 47.

Thatsächliche Voraussetzungen für die Zulässigkeit der öffentlichen Zwangserziehung.**a. Sittliche Verwahrlosung.**

Die erste Voraussetzung für die Anwendbarkeit der in Frage stehenden Zwangsmassregel wird immer die sein, dass das derselben zu unterstellende Kind sich in einem solchen Zustande von sittlicher Verwahrlosung befindet, dass ein staatliches Einschreiten geboten erscheint.

Die Erklärungsgründe für die letztere sind sehr verschiedenartige. Bald liegen dieselben in der schuldbaren Verabsäumung der Erziehungspflichten seitens der Eltern oder ihrer Stellvertreter, welche sich dadurch bemerkbar machen kann, dass die Letzteren auf Kosten des sittlichen Wohles der ihrer Erziehungsgewalt unterstehenden Kinder und jugendlichen Personen, diese Gewalt missbrauchen oder sich einer groben Vernachlässigung der Erziehung derselben schuldig machen, so dass ein staatliches Einschreiten geboten erscheint, um eine fernere Gefährdung des sittlichen Wohls der Verwahrlosten hintanzustellen.

Oft steht aber auch die Verwahrlosung eines Kindes mit dessen Verhalten selbst im innigsten Zusammenhange, namentlich wenn dessen sittliche Entartung schon einen solchen Grad erreicht hat, dass dessen Eltern oder Fürsorger trotz besserem Wollen ausserstande sind, ihre Erziehungsgewalt zur erfolgreichen Anwendung zu bringen und dass sich aber auch die Zuchtmittel der Schule als unzureichend erweisen, um das mit aller Sicherheit vorauszusehende völlige sittliche Verderben des Verwahrlosten zu verhüten, so dass gerade aus diesem Grunde öffentliche Zwangserziehungsmittel ebenso notwendig als gerechtfertigt erscheinen.

Die Art und Weise aber, auf welche die jugendliche Verwahrlosung sich äussern kann, ist eine so mannigfaltige, dass für den Gesetzgeber, falls er für alle vorkommenden Fälle die erforderliche Abhilfe in sichere Aussicht stellen wollte, es ein Ding der Unmöglichkeit wäre, hier zu spezialisieren, vielmehr wird er das gesteckte Ziel um so sicherer

erreichen, je mehr er darauf Bedacht nimmt, die thatsächlichen Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der Zwangsmassregel in ein möglichst allgemeines Gewand einzukleiden.

Ebenso würde aber auch ein Zwangserziehungsgesetz dadurch eine zweckwidrige einseitige Gestaltung erfahren, dass etwa nur die wirkliche Verfehlung eines Jugendlichen gegen das Strafgesetz als Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Zwangsmassregel bezeichnet würde (siehe das Preussische Gesetz vom 13. März 1878 betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder).

Man würde damit, insofern nicht auch für diese Zwecke eine besondere gesetzliche Fürsorge getroffen wäre, die grosse Gruppe derjenigen von der Anwendung der gesetzlichen Besserungsmassregel ausschliessen, welche, wenn sie auch noch nicht mit dem Strafgesetze in direkten Widerspruch sich gesetzt haben und deshalb zur Verantwortung gezogen worden sind, dies nur ihrer Verschlagenheit oder dem reinen Zufalle zu verdanken haben und bei welchen die sittliche Verkommenheit aber schon einen solchen Grad erreicht haben kann, dass dieselben als Gegenstand des Schreckens für ihre nächsten Familienangehörigen gelten und für ihre sonstige Umgebung eine unerträgliche Last werden, während erfahrungsgemäss sie dem an ihnen vorzunehmenden Erziehungs- und Besserungswerke viel grössere Schwierigkeiten entgegensetzen als so mancher erstmals dem Strafgesetz verfallene jugendliche Übelthäter.

Zudem hat aber auch die Einwendung ihre volle Berechtigung, dass in einer strafbaren Handlung an sich nicht schon ein genügender Beweis für das Vorhandensein einer tiefergehenden sittlichen Verwahrlosung erblickt werden dürfe, vielmehr müsse die Frage, ob sich für eine solche Annahme vollständig genügende Anhaltspunkte ergäben, in jedem Einzelfalle nach dessen besonderen Eigentümlichkeiten genauestens geprüft werden und zwar um so mehr, als die Verfehlung, welche ein strafendes Einschreiten notwendig gemacht habe, ebensosehr in einem Verbrechen oder Vergehen als auch in einer Übertretung bestehen könne.

Auch darf wohl nicht ausseracht gelassen werden, dass das Gesetz, insofern es das Vorliegen einer Straftat zur

alleinigen Voraussetzung für die Einleitung der Zwangserziehung machen würde, ganz gegen seine Absicht leichtfertige Eltern, welche sich der Sorge für die Erziehung ihrer Kinder entledigen möchten, gewissermassen dazu anreizen würde, ihre Kinder zu strafbaren Handlungen zu verleiten.

So unerlässlich es aber auch sein mag, dem Wortlaute des Gesetzes diejenige Fassung zu geben, welche für den Staat es ermöglicht, der bei der Durchführung der staatlich überwachten Erziehung ihm obliegenden Aufgabe in weitestem Masse gerecht zu werden, ebensowenig darf es übersehen werden, dass das Gesetz einen schwerwiegenden Eingriff in das väterliche Erziehungsrecht und in die Familienverhältnisse des Kindes selbst ermöglichen will und dass die Rücksicht hierauf ebenso sehr eine möglichst klare Feststellung der thatsächlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit dieser Ausnahmemassregel als eine genügende Gewähr gegen jede missbräuchliche Gesetzesanwendung oder gegen Beamtenwillkür zur ernstesten Pflicht macht.

Diesem Gebote ist in der Mehrzahl der Zwangserziehungsgesetze der neueren Zeit gebührende Rechnung getragen worden. Insbesondere ist den betreffenden Gesetzgebungen in den deutschen Einzelstaaten das gemein, dass sie die Voraussetzungen für die Zulässigkeit des staatlichen Einschreitens um so weiter ausgeht haben, je später diese Anordnungen erlassen worden sind und auf die auf diesem Thätigkeitsgebiete anderwärts gemachten Erfahrungen haben gestützt werden können.

§ 48.

b. Die Altersgrenze für die Zulässigkeit der öffentlichen Zwangserziehung.

Bei der erstmaligen Festsetzung der Altersgrenze für die Zulässigkeit der staatlich überwachten Erziehung war der Gesetzgeber insofern in einer gewissen Verlegenheit, als massgebende Erfahrungen darüber, bis zu welchem Lebensalter eine erfolgreiche erzieherische Einwirkung auf jugendliche Gemüter unterstellt werden könne, noch nicht zur Verfügung gestanden haben.

Als Minimalgrenze musste das vollendete sechste Lebensjahr als das allein richtige erscheinen, weil mit dieser Altersstufe in der Regel die Pflicht zum Schulbesuch ihren Anfang nimmt und erst von da an an ein planmässiges Erziehen gegenüber einer in den ersten Anfängen wahrnehmbaren sittlichen Verwahrlosung gedacht werden kann.

Diese Grenze gesetzlich festzulegen, empfiehlt sich aber deshalb nicht, weil Ausnahmen von dieser Regel denkbar sind. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Kinder, welche unter der Minimalaltersgrenze sich befinden, infolge des Verschuldens ihrer Eltern einer körperlichen Verwahrlosung und den damit verknüpften sittlichen Schäden dauernd ausgesetzt sind und eine Abhilfe nur von der raschen Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel erwartet werden kann.

Als Altersgrenze nach oben hat man meistens das vollendete sechzehnte Lebensjahr zu Grunde gelegt. Hierbei ist man allgemein von der Annahme ausgegangen, dass über diese Altersgrenze hinaus ein Erziehungserfolg nicht mehr erwartet werden dürfe.

Diese Annahme hat sich seither als vollständig unrichtig erwiesen.

Die Art, auf welche die sittliche Entwicklung jugendlicher Personen vor sich geht, ist eine ausserordentlich verschiedene.

Während bei einem Teil derselben die sittliche Verwahrlosung schon im zartesten Alter zu Tage tritt und durch die der Familien- oder Anstaltserziehung zur Verfügung stehenden Zuchtmittel rasch bewältigt werden kann, stellt sich bei vielen anderen oft erst nach zurückgelegtem vierzehnten Lebensjahre in ihrem sittlichen Verhalten und zwar aus Ursachen ganz äusserlicher Natur, wie schlechter Umgang, schlimme Erfahrungen im Berufsleben oder Gefahren der Verführung eine ganz unerwartete Wandlung zum Schlimmen ein, so dass die Einleitung des so notwendigen Besserungswerkes nicht durch eine zu kurze Bemessung der Altersgrenze nach oben unmöglich gemacht werden sollte.

In Übereinstimmung damit steht die Thatsache, welche beispielsweise in der badischen Erziehungsanstalt Flehingen während einer längeren Reihe von Jahren ganz gleichmässig

gemacht werden konnte, dass nahezu zwei Drittel sämtlicher Zöglinge sich im Alter vom zurückgelegten fünfzehnten bis siebenzehnten Lebensjahre befunden haben, während das weitere Drittel sich auf die Altersklassen von vierzehn und von achtzehn bis zwanzig Jahren verteilte.

Hinsichtlich des günstigen Erfolges des Erziehungswerkes war aber keinerlei Unterschied bemerkbar, welcher die Festsetzung der Altersgrenze auf das sechzehnte Lebensjahr und die Annahme hätte rechtfertigen können, dass nach Überschreitung dieser Altersgrenze die Zahl der gebesserten Zöglinge immer nur eine verhältnismässig geringe bleiben werde.

Dabei blieb aber auch nicht ausserbetracht, dass gerade unter den älteren Zöglingen die schlimmeren Erziehungskandidaten stets die überwiegende Mehrheit gebildet haben.

Damit stimmen auch die Erfahrungen überein, welche die badischen Schutzvereine mit der Erziehungsfürsorge gemacht haben, welche sie jugendlichen Schützlingen im Alter von sechzehn und mehr Jahren, die nicht unter der Massregel der Zwangserziehung standen, mit günstigem Erfolge haben zuteil werden lassen.

Somit sprechen ganz gewichtige Gründe dafür, die Altersgrenze für die Zulässigkeit der staatlich überwachten Erziehung statt auf das vollendete sechzehnte auf das zurückgelegte achtzehnte Lebensjahr festzusetzen. Damit würde ausserdem, soweit gesetzgeberische Akte in den deutschen Einzelstaaten hierbei inbetracht kämen, der grosse Vorteil erreicht, dass man sich mit der Altersbestimmung des § 56 R.-Str.-Gb. in Übereinstimmung setzen würde.

Ebenso ist keinerlei zwingender Grund dafür ersichtlich, die Altersgrenze für die Fortdauer der Massregel der staatlich überwachten Erziehung als Regel auf das vollendete achtzehnte Lebensjahr festzusetzen und nur in aussergewöhnlichen Fällen eine Ausdehnung der Zwangsmassregel bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre zuzulassen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Zwangserziehung so lange fortzudauern hat, bis der vom Gesetz beabsichtigte Besserungserfolg erreicht ist. Zu einem nochmaligen gerichtlichen Prüfung und Verbescheidung der Frage, ob die Ausdehnung

dieser Massregel über das vollendete achtzehnte Lebensjahr des Beteiligten hinaus notwendig erscheine, liegt deshalb keinerlei genügender sachlicher Anlass vor.

Namentlich ist dies auch durch das Interesse der Zwangszöglinge selbst keineswegs geboten; denn Diejenigen unter ihnen, welche nach ihrer Überführung in ein Lehr- oder Dienstverhältnis sich gut verhalten, haben die Fortdauer der Massregel der Zwangserziehung noch nie als eine Last empfunden, vielmehr trifft dies nur bei den weniger zuverlässigen Schützlingen zu, bei welchen gerade aus diesem Grunde schon die möglichst lange Ausnützung der Zwangsmassregel geboten erscheint. Zudem ist der Begriff „aussergewöhnlich“ ein sehr allgemein gefasster und gegenüber der Thatsache, dass jeder Zwangserziehungsfall schon an und für sich genug des aussergewöhnlichen in sich schliesst, ein so schwer bestimmbarer, dass auch hierin schon ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für eine der Sache förderliche Rechtsprechung zu erblicken ist.

Der mit einer solchen Gesetzesvorschrift verbundene Missstand nimmt aber eine ernstere Gestalt an, sobald die rechtzeitige Antragstellung in dieser Beziehung versäumt wird und die beteiligten Zwangszöglinge, welche hierin eine ausserordentliche Gesetzeskenntnis darthun, mit dem zurückgelegten achtzehnten Lebensjahr aus ihrem Dienst- oder Lehrverhältnis entlaufen und damit den ganzen bisherigen Erfolg der Zwangserziehung zunichte machen.

§ 49.

Gerichtliches Verfahren.

a. Zuständigkeits-Bestimmung.

Die Entscheidung über die Frage, ob die Voraussetzungen für die Stellung eines Kindes unter die Massregel der staatlich überwachten Erziehung vorhanden und deshalb letztere erforderlich sei, steht dem Gerichte zu, welches sehr häufig namentlich in kleineren Bezirken die Zuständigkeiten des bürgerlichen, strafrechtlichen und vormundschaftlichen Gerichts in sich vereinigt.

Da die elterliche Erziehungsgewalt, um deren Entziehung bei der gerichtlichen Entscheidung es sich immer in erster

Reihe handeln wird, der Sphäre des Privatrechts angehört, so erschien es bestehenden Rechtsgrundsätzen als ganz entsprechend, diesen Eingriff in das Erziehungsrecht der Eltern bzw. in die Familienverhältnisse des Kindes ohne richterlichen Spruch nicht zuzulassen.

Für die Unparteilichkeit und Zuverlässigkeit des letzteren giebt ebensosehr die den Richtern zustehende Unabhängigkeit eine genügende Gewähr als das den Eltern bzw. sonstigen Fürsorgern des verwahrlosten Kindes in weitestem Masse einzuräumende Beschwerderecht.

Der Vorschlag die Entscheidungsbefugnis einem Gerichte zu übertragen, welches aus einem gelehrten Richter und zwei Vertretern aus bürgerlichen Kreisen zusammengesetzt wäre (Schöffengericht), verdient deshalb alle Beachtung, weil die Berücksichtigung des hier stets in Frage stehenden öffentlichen Interesses um so eher als sichergestellt gelten könnte, je reichere Erfahrungen den urteilenden Richtern zur Verfügung ständen, je tiefer der Einblick wäre, den sie schon in das Volksleben und die daraus sich ergebenden Bedürfnisse gethan haben.

Die im § 41 schon erwähnten, durch den Strafrichter freigesprochenen, aber in ein Besserungshaus verwiesenen jugendlichen Übelthäter sind, sobald die letztere Anordnung zum Vollzuge gelangt, da, wo ein Zwangserziehungsgesetz besteht, dieser Zwangsmassregel zu unterstellen. Hierzu bedarf es aber nicht etwa eines nochmaligen gerichtlichen Bescheides, vielmehr genügt es an dem von dem Strafrichter erlassenen.

Dagegen empfiehlt es sich hierwegen eine besondere Anordnung in das Zwangserziehungsgesetz selbst aufzunehmen. Auch sollte ebenda die Frage, ob in solchen Fällen nach beendigter Anstaltserziehung und nachdem solche ihren vorübergehenden Zweck erreicht hat, zur vollständigen Durchführung des Besserungswerkes auch noch andere Besserungsmittel, wie die berufliche Ausbildung innerhalb einer Familie zur Anwendung gebracht werden, sowie die weitere, wem die Kosten dieser Massregel zur Last fallen sollen, des näheren geregelt werden.

§ 50.

b. Recht zur Antragstellung.

Es empfiehlt sich, den Kreis der Behörden, oder sonstigen Beteiligten, welchen das Recht, die Einleitung des Zwangserziehungsverfahrens zu beantragen, eingeräumt werden soll, nicht zu eng zu ziehen. Es ist dies notwendig, um dem Übelstande vorzubeugen, dass ein solcher Antrag entweder überhaupt nicht oder doch viel zu spät gestellt wird.

Die Erfahrung lehrt, dass derartige Unterlassungssünden bald in einer zu weitgehenden Rücksichtnahme auf die Einwendungen schwacher Eltern, bald in der engherzigen Auffassung der Gemeinden, welchen infolge des Vollzuges der Zwangserziehung oft grössere Opfer zugemutet werden müssen, bald aber auch in der Unerfahrenheit und einer dementsprechenden zu harmlosen Auffassung seitens derer ihren Grund haben, welche zur Prüfung der die sittliche Verwahrlosung darthuenden Vorgänge amtlich berufen sind.

Hiernach erscheint es vollständig zweckentsprechend, dass das Gericht befugt sein soll, von Amtswegen das erforderliche Verfahren einzuleiten, falls Thatsachen zu seiner Kenntnis kommen, welche ihm die Anordnung der Zwangserziehung geboten erscheinen lassen.

Die Gelegenheit hierzu bietet sich anlässlich seiner Thätigkeit als Obervormundschaftsbehörde sowie der als unterste Instanz in Strafsachen.

Ebenso muss der Bezirksverwaltungsbehörde, deren Zuständigkeit zur Wahrung des hier stets in Frage stehenden öffentlichen Interesses zweifellos feststeht, das Recht zur Antragstellung unbedingt zustehen.

Deren Aufgabe wird dadurch wesentlich erleichtert werden, dass die Staatsanwaltschafts-, Polizei-, Gemeinde- und Schulbehörden angewiesen werden, alle die Stellung eines Zwangserziehungsantrages rechtfertigenden Vorgänge zur Kenntnis der Verwaltungsbehörde zu bringen. Daneben muss es aber auch Vereinen und Privatpersonen, welche die Verwahrlosung einer jugendlichen Person festgestellt haben und genügende Beweise hierfür erbringen können, unbenommen bleiben, Anzeige zu erstatten.

Bei Anträgen, welche die Eltern oder sonstige alimentationspflichtige Verwandte stellen, gebietet die Vorsicht eine eingehende Vorprüfung nach der Richtung, ob dieselben nicht aus eigennützigen Beweggründen hervorgegangen oder als Versuch aufzufassen sind, der Sorge für die häusliche Erziehung ihrer Kinder loszuwerden.

§ 51.

c. Gerichtliche Vorerhebungen.

Dem erkennenden Gerichte muss ein ebenso vollständiges als zuverlässiges Auskunftsmaterial über das Vorleben des Jugendlichen, der der Massregel der Zwangserziehung unterstellt werden soll, zur Verfügung stehen.

Diese Erhebungen bilden nicht nur die Grundlage für den zu erlassenden richterlichen Spruch und die demselben beizugebenden Entscheidungsgründe, sondern sie dienen auch, sobald die Zwangsmassregel für erforderlich erklärt ist, allen denjenigen, welche mit dem Vollzug der staatlich überwachten Erziehung betraut werden, als eine sehr kostbare Erkenntnisquelle, um einen klaren und raschen Einblick in das Vorleben des Zwangszöglings zu gewinnen und darnach das Besserungswerk in jedem einzelnen Falle einzurichten.

Dem zuständigen Gerichte muss deshalb die Pflicht auferlegt werden, vor seiner Entscheidung die Eltern, und wenn diese nicht mehr am Leben sind, nach Befinden die nächsten Verwandten, den Vormund, den Gegenvormund, und die zur Mitwirkung in Vormundschaftsfragen berufenen Personen, ausserdem die Ortsbehörde der Heimat oder des gegenwärtigen Wohnsitzes der Eltern sowie den zuständigen Ortsgeistlichen und sofern der Verwahrloste noch schulpflichtig ist, auch die Schulbehörde zu hören.

Ebenso ist dasselbe zu verpflichten, am Schlusse der Vorerhebungen der Verwaltungsbehörde Gelegenheit zu geben, hiervon Einsicht zu nehmen und etwaige weitererforderliche Anträge zu stellen.

§ 52.

d. Gerichtliche Entscheidung.

Der Zweck des Zwangserziehungs-Gesetzes bringt es mit sich, dass bei dessen Anwendung verschiedene gleich wichtige Interessen in Widerstreit geraten, bezüglich deren der Richter das entscheidende Wort zu sprechen hat.

Auf der einen Seite ist es das Interesse des Kindes, welches teils infolge eigenen Verschuldens, teils infolge gewissenloser Pflichtverletzung seitens seiner Eltern im Zustande gefahrdrohender sittlicher Verwahrlosung sich befindet. Diesem Zustande kann nur durch eine mittelst staatlichen Zwanges durchzuführende nachträgliche Erziehung und berufliche Ausbildung des hilfsbedürftigen Kindes ein Ende gemacht werden. Dies gebietet ebensosehr die hilflose Lage des jugendlichen Schützlings als das lebendige Interesse, welches die Gesellschaft an einem thatkräftigen Vollzuge des Zwangserziehungs-Gesetzes zu nehmen gezwungen ist.

Auf der anderen Seite steht das Interesse der Eltern oder sonstigen Fürsorger, deren Recht, in die Erziehung ihrer Kinder oder Pflegebefohlenen entscheidend einzugreifen, diesen vorübergehend entzogen und auf die staatliche Behörde übertragen werden muss.

Gegenüber diesen sich widerstreitenden Interessen muss man vom Standpunkte der praktischen Erfahrung diejenige Rechtsprechung als dem Gesetzeszweck und damit als dem materiellen Recht mehr entsprechend bezeichnen, welche im Zweifelfalle nur das Interesse des Verwahrlosten, seine Hilflosigkeit und Unselbständigkeit, sein Bedürfnis nach sofortigem und nachhaltigem Schutz, sowie nach einer seine Erziehung und berufliche Ausbildung anstrebenden Fürsorge in entscheidenden Betracht zieht.

Ein von solchen Anschauungen eingegebener Spruch wird auch immer mit der öffentlichen Meinung im Einklange stehen, welche von der richtigen Gesetzesanwendung zugleich den wirksamen Schutz der Gesellschaft gegen die Gefahren erwartet, welche für diese aus der Überhandnahme des jugendlichen Verbrechertums sich ergeben können.

Rein formale Entscheidungen, welche insbesondere es als ihre Aufgabe erkennen, mit einer gewissen Ängstlichkeit darüber zu wachen, dass Eingriffe in das elterliche Erziehungsrecht nur bei dem Vorhandensein ganz dringlicher Gründe statthaben sollen, sind der Sache nicht förderlich und um so weniger angezeigt, als diejenigen Eltern, welche durch gewissenlose Verletzung ihrer Erziehungspflicht die sittliche Verwahrlosung ihrer Kinder veranlasst haben, es jederzeit in ihrer Gewalt haben, durch ein gegenteiliges Verhalten etwaigen Zwangsmassregeln rechtzeitig zu begegnen und als in allen den Fällen, in welchen die sittliche Verkommenheit des Verwahrlosten lediglich durch diesen selbst verschuldet worden ist, der Regel nach von seiten der Eltern keinerlei Einsprache gegen die Einleitung des Zwangserziehungsverfahrens zu erwarten steht.

Die gleichen Erwägungen müssen aber auch dann den Ausschlag geben, wenn die Frage zur Entscheidung steht, ob auf Antrag der Eltern oder sonstigen Fürsorger des Zwangszöglings dieser vor dem Eintritt des für die Dauer der staatlich überwachten Erziehung gesetzlich festgesetzten Termins aus dieser entlassen oder ob, falls eine solche Unterscheidung durch das Gesetz zugelassen ist, die in Frage stehende Zwangsmassregel in aussergewöhnlichen Fällen über die vom Gesetz als Regel anerkannte Altersgrenze hinaus ausgedehnt werden solle.

Auch in diesen beiden Fällen kann für die gewöhnliche Entscheidung nur der Gesichtspunkt ausschlaggebend sein, dass staatlicherseits auf das durch das Gesetz gebotene Zwangsmittel nur dann verzichtet werden könne, falls genügender Beweis dafür vorliegt, dass das Erziehungs- und Besserungswerk schon zu dem vom Gesetz beabsichtigten Abschlusse gelangt ist und dass sich dies in der schon länger andauernden Besserung des Schützlings oder dadurch zu erkennen giebt, dass er die Befähigung, selbständig und ohne fremde Unterstützung sein Brod zu verdienen, bereits erlangt hat und davon den richtigen Gebrauch zu machen beabsichtigt.

Da es Fälle giebt, in welchen die augenblickliche Entfernung jugendlicher Personen aus einer höchst verderblichen

Umgebung geboten ist, falls nicht der Erfolg der in Aussicht genommenen Zwangserziehung schon zum voraus vereitelt werden soll, so ist es von grosser Bedeutung, dass dem Gericht durch das Gesetz die Befugnis erteilt wird, in den Fällen, in welchen ein sofortiges Einschreiten dringend geboten erscheint, schon vor der Beendigung der Vorerhebungen die fürsorgliche Unterbringung für erforderlich zu erklären.

Jeder gerichtliche Beschluss muss der Bezirksverwaltungsbehörde sowie den Eltern oder sonstigen Vormündern in der hierfür vorgeschriebenen Form bekannt gegeben werden.

Die Erwägung, dass der Zeitabschnitt, während dessen das an jugendlichen Verwahrlosten vorzunehmende Erziehungs- und Besserungswerk zum Vollzuge gebracht werden muss, oft ein verhältnismässig sehr kurz bemessener ist, gebietet, dass alle hierauf bezug habenden gerichtlichen Vorgänge möglichst rasch erledigt werden.

§ 53.

e. Recht der Beschwerde.

Das Recht der Beschwerde gegen gerichtliche Verfügungen ist der Bezirksverwaltungsbehörde sowie den Eltern oder sonstigen Fürsorgern einzuräumen.

Bezüglich der Eltern ist eine Beschränkung des Beschwerderechts für den Fall geboten, dass die gerichtliche Entscheidung den Antrag auf Stellung unter die Massregel der staatlich überwachten Erziehung zurückweist. Damit soll einem etwaigen Bestreben der Eltern, die Erziehung ihres Kindes abzuschieben, vorgebeugt werden.

Die Beschwerde kommt im geordneten Instanzenzuge zur Erledigung und hat aufschiebende Wirkung, den Fall ausgenommen, in welchem die fürsorgliche Unterbringung für erforderlich erklärt worden ist.

§ 54.

Vollzugs-Behörde.

Sobald das gerichtliche Verfahren zu einem vollzugsreifen Spruch über die Zulässigkeit der staatlich überwachten Erziehung geführt hat, ist damit die Thätigkeit des Gerichts

beendet und es beginnt die Aufgabe der Verwaltungsbehörde, welche den richterlichen Bescheid zu vollziehen und über die Art, auf welche dies geschehen soll, allein zu befinden hat.

Der Vollzug soll möglichst rasch vor sich gehen. Es ist deshalb der Sache keineswegs förderlich, wenn mit der Durchführung desselben noch andere Behörden betraut werden, als die zunächst dazu berufenen. Derartige Anordnungen haben erfahrungsgemäss bureaukratische Verschleppungen und höchst unfruchtbare Zuständigkeitsstreite im Gefolge, welche besser vermieden werden.

Eine den Vollzug berührende, sehr wichtige Frage ist die, ob im einzelnen Falle die Familien- oder die Anstalts-Erziehung einzutreten habe.

Die glückliche Lösung derselben wird aber zweifellos immer davon bedingt sein, dass der jugendliche Verwahrloste in seiner bisherigen körperlichen und geistigen Entwicklung der genauesten Prüfung unterzogen wird.

Dabei darf aber nicht ausseracht gelassen werden, dass vom Standpunkt der Erfahrung und aus rein sachlichen Gründen die Familienerziehung immer den Vorzug verdient.

Während ihres Verlaufes bewegt sich der Zwangszögling in Verhältnissen, welche für seine körperliche, gemütliche und geistige Entwicklung zweifellos die normalsten sind. Auch ist hier für dessen nachhaltige Beaufsichtigung und für die erzieherische Einwirkung auf denselben der weiteste Spielraum eröffnet.

Die Anstaltserziehung dagegen kann immer nur als ein vorübergehender, aber oft ganz unentbehrlicher Notbehelf aufgefasst werden, dessen Zweck stets in der Vorbereitung für die Familienerziehung bzw. für die berufliche Ausbildung besteht.

Hinsichtlich der bei beiden Erziehungsarten zu lösenden Aufgaben ist zwischen zwei Abschnitten im Leben eines Zwangszöglings zu unterscheiden, welche aus der Erfahrungsthatfache sich ergeben, dass mit dem beendigten vierzehnten Lebensjahre bei Knaben und Mädchen nicht nur in ihrer körperlichen Entwicklung, sondern auch in ihrem

sittlichen Auffassungsvermögen ganz bedeutende Veränderungen vor sich gehen.

Während des Zeitraumes bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahre bzw. bis zur beendigten Schulzeit liegt der Schwerpunkt der Zwangserziehung zweifellos in dem Religions- und Schulunterricht, welcher in der Zucht und Ordnung in der Pflegefamilie die erforderliche Unterstützung finden muss und dessen Wert durch die gleichzeitige Möglichkeit der Vorbereitung des Zwangszöglings für seinen späteren Lebensberuf wesentlich gesteigert werden kann.

Für Verwahrloste dieser Altersklasse und insbesondere für Mädchen ist die Anstaltserziehung nur in Ausnahmefällen zulässig.

Tritt dagegen der Anlass zum staatlichen Eingreifen erst kurz vor oder nach dem zurückgelegten vierzehnten Lebensjahre ein, so muss das Endziel jeder Art von Erziehung stets auf die Vorbereitung des Zwangszöglings für seine künftige Berufsstellung gerichtet sein.

Auch während dieser Periode kann die Familienerziehung sich als die einzig richtige Erziehungsmassregel erweisen, jedoch mit der Beschränkung, dass, sobald bei Angehörigen dieser Altersklasse eine Störung ihres sittlichen Pflichtbewusstseins dadurch sich zu erkennen giebt, dass sie dem Hange zum Müssiggang und zum herumziehenden Leben oder gewissen verbrecherischen Neigungen nicht mehr zu widerstehen vermögen, und dass insbesondere bei Mädchen dieses Alters, sofern sie unsittlichen Versuchungen nicht schon zum Opfer gefallen sind, die Gefahr davor immer mehr eine dringliche wird, die sofortige Überführung in die Anstaltserziehung niemals unterlassen werden sollte.

Denn jeder Verzug in dieser Beziehung bringt das Übel zur raschesten Überwucherung und erschwert das Besserungswerk in kaum wieder gut zu machender Weise.

Der Vollzug der Anstaltserziehung muss aber so eingerichtet sein, dass sie zunächst einen Stillstand in der sittlichen Verwahrlosung hervorzubringen im Stande ist, um sodann der eigentlichen Erziehungsaufgabe näher treten zu können.

Hiernach sind es ebenso verschiedenartige als verantwortungsvolle Aufgaben, welche der Vollzugsbehörde obliegen und deren glückliche Lösung nur davon zu erhoffen ist, dass alle dabei inbetracht kommenden Vorgänge sich mit der grössten Raschheit vollziehen, dass Einrichtungen getroffen werden, welche die Benützung aller zur Unterbringung von Zwangszöglingen in der Familienerziehung sich darbietenden Gelegenheiten wesentlich erleichtern und dass die Überweisungen von Zwangszöglingen in Dienst- und Lehrverhältnisse nach gleichheitlichen Grundsätzen statthaben und zu diesem Zwecke für ein grösseres Thätigkeitsgebiet (Provinz, kleines Einzelland) ein Zentralorgan geschaffen wird, welches im Verein mit den demselben unterstehenden Mitarbeitern die gesamte Arbeitslast zu bewältigen hat.

Die der staatlichen Verwaltungsbehörde zur Verfügung stehenden Organe werden zu gedachten Zwecken nicht ausreichen, es empfiehlt sich deshalb, sich die Mitarbeit der Selbstverwaltung in ihrer verschiedenartigen Gestaltung oder die der freien Vereinsthätigkeit zu sichern.

Es wird dies überall da nicht schwer fallen, wo die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die Pflege so mancher wichtiger öffentlicher Interessen den Vertretungen der Selbstverwaltung zu überlassen, schon seit längerer Zeit in das Volksbewusstsein eingedrungen ist und gerade dieser Fortschritt mit zu den wertvollsten politischen Errungenschaften gerechnet wird.

Die in einzelnen Zwangserziehungsgesetzen der Vollzugsbehörde eingeräumte Befugnis, in zweifelhaften Fällen, d. h. immer dann, wenn eine Wahrscheinlichkeit für die Zweckmässigkeit der Entlassung aus der Zwangserziehung vorliegt, die zu deren Vollzug getroffenen Massregeln vorläufig einzustellen oder zu beschränken, diese Anordnung aber wieder zurückzunehmen, wenn Thatsachen vorliegen, welche den Wiedereintritt der Verwahrlosung ergeben oder besorgen lassen, ist theoretisch sehr schön erdacht, aber von geringem praktischem Werte.

Zu einer Zurückgabe von Zwangszöglingen an ihre Eltern, bevor sie die Probezeit bei ihrem Lehr- oder Dienstherrn erfolgreich zurückgelegt haben, liegt nicht nur keinerlei

dringender Anlass vor, sondern es kann auch ein solches Vorgehen nur als eine sehr unliebsame Unterbrechung des Erziehungs- und Besserungswerkes selbst gelten, welches wenn immer möglich unter den gleichen Voraussetzungen, unter welchen es begonnen hat, bis zu Ende durchgeführt werden sollte.

Übrigens hat für diejenigen Zwangszöglinge, welche sich fortgesetzt gut verhalten, die staatlich überwachte Erziehung überhaupt keinerlei belangreiche Belästigungen im Gefolge und kann man deshalb wohl behaupten, dass ein Bedürfnis nach probeweiser Zurücknahme dieser Massregel vor dem günstigen Verlauf der Lehr- oder Dienstzeit von denselben nie in so lebhafter Weise empfunden wird, um einen Versuch zu rechtfertigen, welcher, um jeder irrigen Auffassung rechtzeitig vorzubeugen, besser bis zur endgiltigen Zurücknahme der Zwangsmassregel verschoben werden sollte.

§ 55.

Die Familienerziehung.

Als Familienerziehung ist nicht nur diejenige Fürsorge für einen verwahrlosten Jugendlichen aufzufassen, welche dessen häusliche Erziehung bezweckt, sondern auch diejenige, welche sich die Aufgabe seiner beruflichen Ausbildung in einem Lehr- oder Dienstverhältnis stellt.

Für den Erfolg der Familienerziehung ist es vom grössten Werte, dass bei der Auswahl der hierfür in Aussicht zu nehmenden Familien mit der grössten Sorgfalt verfahren wird.

Es muss eine genügende Gewähr dafür bestehen, dass die Familie im Stande ist, bei einfacher Haltung des Zöglings für dessen körperliche Verpflegung genügend zu sorgen, eine gedeihliche erziehliche Einwirkung fortgesetzt auszuüben und jeden nachteiligen Einfluss, insbesondere seitens der bisher zur Erziehung verpflichteten Personen hintanzuhalten.

Es ist die Aufgabe der Vollzugsverordnung, hierüber in's Einzelne gehende Bestimmungen zu erlassen, durch welche die Erreichung der in dieser Beziehung, durch das Gesetz gesteckten Ziele, insbesondere aber auch die sittlich-religiöse

Wiederaufrichtung des Verwahrlosten thunlichst sichergestellt wird.

Gegenüber den Zwangszöglingen beiderlei Geschlechts, welche noch im schulpflichtigen Alter stehen, wird die Familien-erziehung der Regel nach sich als ein hinreichendes Zwangsmittel erweisen. Auch wird dieselbe sehr häufig von dem gewünschten Erfolge begleitet sein.

Die Erfahrung lehrt sogar, dass nicht selten zwischen Pflegeeltern, welche kinderlos sind und den ihnen anvertrauten Kindern recht herzliche dauernde Beziehungen sich herausbilden, welche beiden Teilen zur Freude und zum Segen gereichen.

Dagegen beginnen die Schwierigkeiten, sobald es sich um die Unterbringung von Zwangszöglingen handelt, welche, obwohl noch schulpflichtig, schon in hohem Grade verwahrlost sind, oder aber die letzterwähnte Altersgrenze schon überschritten haben.

Es lässt sich nun nicht leugnen, dass die Neigung, bestraften oder sonst stark verwahrlosten Jugendlichen Aufnahme in seinem Haushalt zu gewähren, bei vielen keine grosse ist.

Es tritt dies namentlich während der ersten Stadien des Vollzugs eines Zwangserziehungsgesetzes ganz überzeugend zu Tage.

Die Schwierigkeit liegt aber weniger in der Unmöglichkeit, überhaupt taugliche Familien zu finden, sobald man die Nachfrage nach solchen sich ernstlich angelegen sein lässt, als in der Erfahrungsthat, welche auch in anderen Lebensverhältnissen sich wahrnehmbar gemacht hat, dass nicht jeder Lehr- oder Dienstherr diejenigen Eigenschaften in sich vereinigt, welche nicht nur das Gesetz und die Vollzugsverordnung als unerlässlich bezeichnen, sondern auch mit Rücksicht darauf geboten erscheinen, dass an das Taktgefühl, die Gewissenhaftigkeit, Geduld und Ausdauer derjenigen, in deren Hände das Erziehungswerk gelegt wird, ganz andere Anforderungen gestellt werden müssen, als anlässlich der Erziehung von normal entwickelten Kindern.

Zudem bleiben denjenigen, welche zur Mitarbeit auf diesem Thätigkeitsgebiete bereit sind, oft grosse Enttäuschungen und entmutigende Misserfolge nicht erspart.

So bestechend nun auch der Gedanke sein mag, in dem opferwilligen Sinn der zunächst inbetracht kommenden Kreise zur Lösung dieser Aufgabe eine genügende Unterstützung finden zu können, so wenig ausreichend wird er sich bei seiner praktischen Durchführung erweisen.

Es erübrigt deshalb nur, die, für die Bedürfnisse der Familienerziehung jeweils erforderliche Zahl von geeigneten Lehr- und Dienstherrn dadurch sicherzustellen, dass durch ein Zentralorgan alle desfallsigen Anerbieten der letzteren gesammelt und dann hiernach in jedem einzelnen Falle die Überweisungen vorgenommen und hierbei zugleich etwa sich widerstreitende Interessen thunlichst ausgeglichen werden.

So sollen bei Lehr- und Dienstverhältnissen die für beide Teile hieraus sich ergebenden Rechte und Pflichten in schriftlichen Verträgen genau festgestellt und namentlich die Lehr- und Dienstherrn bei der Festsetzung des Lehrgeldes oder ähnlicher Vorteile soviel als möglich für die ihnen zufallende Mühe und Verantwortlichkeit, zugleich aber auch für die Gefahren entschädigt werden, welche nicht selten darin liegen, dass ein Zwangszögling, sobald er als Dieb oder hinsichtlich anderer Verfehlungen rückfällig wird, seinen Lehr- oder Dienstherrn nicht nur an seinem Vermögen empfindlich schädigen, sondern unter Umständen auch die Ehre seines Hauses schwer verunglimpfen kann.

Wird auf diese Weise vorgegangen, so werden geeignete Anerbieten aus landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreisen in immer grösser werdender Zahl eingereicht werden, insbesondere aus solchen Orten, in welchen mit Zwangszöglingen schon gute Erziehungserfolge erzielt worden sind.

Sehr förderlich für diese Zwecke erweist sich auch die Übung, bei der Zuweisung von Zwangszöglingen hauptsächlich diejenigen Lehr- und Dienstherrn besonders zu berücksichtigen, bei welchen schon Lehrlinge und Dienstboten, welche der staatlich überwachten Erziehung unterstellt waren, nicht nur ihre Lehr- und Probezeit gut zurückgelegt haben, sondern sogar über dieselbe hinaus freiwillig bei denselben als Hilfsarbeiter verblieben sind.

Im solchen Fällen sogar zwei Zwangszöglinge gleichzeitig bei demselben Meister oder Dienstherrn unterzubringen,

ist ein Vorgehen, welches auf Grund günstiger Erfahrungen nur empfohlen werden kann.

§ 56.

Der amtliche Fürsorger.

Zur Sicherung des gedeihlichen Erfolges der Familien-erziehung findet sich in manchen Gesetzen die sehr beachtenswerte Bestimmung, dass für jeden in einer Familie untergebrachten Zögling im Zusammenwirken mit den örtlichen Vormundschaftsbeamten (Waisenrichtern) ein amtlich zu ernennender Fürsorger bestellt werden soll.

Nach der Absicht des Gesetzes soll dieser Fürsorger den Zwangszögling beaufsichtigen, d. h. für sein leibliches und geistiges Wohl sorgen und zu diesem Zweck ihm ratend, ermahnend, aufmunternd, wenn nötig ernst verweisend, zur Seite stehen, zugleich aber auch den Vollzug des Erziehungs- und Besserungswerkes gegenüber dem Familienoberhaupt bzw. dem Lehr- oder Dienstherrn überwachen.

Die gedeihliche Lösung der Fürsorgeaufgabe erfordert eine ebenso hingebungsvolle als umsichtige Thätigkeit.

Von grösstem Wert ist es, dass der Zwangszögling sofort mit dem Fürsorger bekannt wird und schnell Vertrauen zu ihm fasst.

Die Fähigkeit des letzteren, auf Grund eigener Erfahrungen sich in die Lebenslage seines Schützlings, insbesondere in seine berechtigten Bedürfnisse und Wünsche hineinzudenken und demgemäss seinen Zuspruch einzurichten, ist ein kaum hoch genug anzuschlagender Vorzug.

Bei der Auswahl für dieses Ehrenamt kann in jedem einzelnen Falle immer wieder eine andere Persönlichkeit in Aussicht genommen werden. Dagegen hat sich auch die entgegengesetzte Praxis bewährt, wonach alle derartigen, innerhalb des nämlichen Bezirkes nötig werdenden Aufträge immer der gleichen Persönlichkeit übertragen werden.

§ 57.

Die Anstaltserziehung.¹⁾

Sobald die Anstaltserziehung nötig wird, muss sie so rasch als möglich herbeigeführt werden, ja es ist sogar eine Vorsorge dafür erforderlich, dass solche Verwahrloste beiderlei Geschlechtes, deren ferneres Verweilen in der Gesellschaft zur unerträglichen Last würde, sofortige Aufnahme finden können.

Für die Zwecke der Anstaltserziehung muss deshalb die entsprechende Zahl von geeigneten Anstalten zur Verfügung stehen. Die Sorge hierfür liegt in erster Reihe dem Staate ob.

Staatliche Anstalten sollen aber, um irrigen oder für das künftige Fortkommen der Zwangszöglinge nachteiligen Auffassungen rechtzeitig vorzubeugen, weder mit einer Strafanstalt verbunden werden, noch auch so eingerichtet sein, dass sie eher an ein Gefängnis, als an eine Erziehungs- und Besserungsanstalt erinnern.

In Ermangelung von staatlichen Anstalten ist auf die Heranziehung von solchen Privatanstalten Bedacht zu nehmen, welche für den gedachten Zweck sich eignen und auch bereit sind, sich einer gewissen staatlichen Überwachung zu unterziehen.

Dass Zwangszöglinge im schulpflichtigen Alter mit solchen, welche diese Altersgrenze überschritten haben, in der nämlichen Anstalt gemeinschaftlich erzogen werden, erscheint unzulässig, da in einem solchen Falle für die jungen Zöglinge die Gefahr der Ansteckung durch die älteren nicht ausgeschlossen ist.

Dagegen ist dieselbe Befürchtung bezüglich des Zusammenseins von bestraften Zöglingen mit solchen, welche noch nicht vorbestraft sind, nicht in gleichem Masse begründet.

Immerhin ist es wünschenswert, dass, wenn männliche Zöglinge im Alter von vierzehn bis zwanzig Jahren in der

¹⁾ Siehe Blätter für Gefängniskunde Band XXI S. 162 und 175 Gutachten über die Frage, wie Zwangserziehungsanstalten für Jugendliche nach § 56 R.-Str.-G. organisiert sein sollen; Band XXII ebenda Verhandlungen der Versammlung des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten in Frankfurt a. M. vom 16. September 1886 über die nämliche Frage S. 46 u. f.

nämlichen Anstalt vereinigt sind, die vierzehn- und fünfzehnjährigen wenigstens in den Schlafsälen und im Unterrichte von den älteren abgesondert werden.

Die Anstaltserziehung wird, soweit ihr jugendliche Verwahrloste beiderlei Geschlechts im noch schulpflichtigen Alter überwiesen sind, der Regel nach einen ruhigen und geregelten Verlauf nehmen, die wenigen Fälle abgerechnet, in welchen Zöglinge wegen schlechten Verhaltens noch in Anstalten verbracht werden müssen, welche nur solche aufnehmen, die der Schulpflicht schon entlassen sind.

Ob die betreffenden Anstalten rein konfessionell sind oder nicht, ist an und für sich von keiner Erheblichkeit.

Dagegen fällt der Anstaltserziehung, soweit ihr jugendliche Personen beiderlei Geschlechts im Alter von vierzehn und mehr Jahren unterstellt werden, eine sehr belangreiche Aufgabe zu.

Auch hier kann zunächst nicht laut genug betont werden, dass die Unterstellung eines verwahrlosten Jugendlichen unter die Anstaltserziehung nicht zu lange hinausgeschoben und insbesondere damit nicht so lange gewartet werden sollte, bis die sittliche Verkommenheit schon einen solchen Grad erreicht hat, dass eine andere Unterbringungsart überhaupt nicht mehr möglich ist, ganz abgesehen davon, dass in solchen Fällen der Anstaltserziehung, wenn sie auch noch so streng und gleichmässig durchgeführt wird, sich nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen.

Der Vollzug der Anstaltserziehung aber ist stets nach dem Gesichtspunkt einzurichten, dass sie eben nur einem vorübergehenden Zwecke zu dienen bestimmt ist. Sie soll in erster Reihe einen Stillstand in der sittlichen Verwahrlosung der Zöglinge dadurch hervorbringen, dass sie unter dem Drucke einer unerbittlich strengen Disziplin dazu gezwungen werden, ihre Gedanken und ihr Thun einem fremden Willen fortgesetzt unterzuordnen.

Hieran reiht sich dann deren Vorbereitung zur Überführung in geeignete Lehr- oder Dienststellen.

Mit dem Aufhören der Anstaltserziehung kann deshalb die Zwangserziehung selbst nie als abgeschlossen gelten. Die Entlassung aus der Anstalt ist immer nur eine bedingte; er-

weist sich die Probe als fehlgeschlagen, so ist die Zurückberufung in die Anstalt unausbleiblich.

§ 58.

Fortsetzung.

Die hier zu lösende Aufgabe ist eine ebenso schwierige als verantwortungsvolle. Hierzu bedarf es:

a. Vor allem einer Persönlichkeit, welche den verschiedenartigen Anforderungen, welche an den Leiter einer derartigen Erziehungsanstalt zu stellen sind, vollständig zu entsprechen im Stande ist.

Die Anschauung, dass hierzu hauptsächlich pädagogische Vorbildung unerlässlich sei, ist nicht vollkommen zutreffend. Von ebenso grosser Bedeutung ist es, für dieses Amt einen Mann zu gewinnen, der einen zuverlässigen Charakter und nebenher auch ein gewisses Mass von Kenntnissen und Bildung besitzt, dem ein stattliches, Respekt gebietendes Äussere unterstützend zur Seite steht, der nach seinem Vorleben daran gewöhnt ist, auf Zucht und Ordnung und Erfüllung der religiösen Pflichten bei den ihm anvertrauten Leuten in der peinlichsten Weise zu achten, seine Anordnungen mit unerbittlicher Strenge, aber auch mit zielbewusster Gerechtigkeit und demjenigen gemütvollen Entgegenkommen durchzuführen, welches jugendliche Herzen am raschesten zu gewinnen im Stande ist.

Nur auf diese Weise wird es sich ermöglichen lassen, die den militärischen Dienst so vorteilhaft auszeichnenden Eigentümlichkeiten der Pünktlichkeit und Raschheit den Zöglingen einigermaßen beizubringen.

Ebenso muss der Anstaltsleiter das volle Verständnis dafür haben, dass alle auf die Anstaltsleitung bezug habenden Vorschriften stets mit peinlichster Gewissenhaftigkeit beachtet werden müssen. Dies gilt namentlich auch bezüglich des mit der Erziehungsanstalt verbundenen wirtschaftlichen Betriebs, in welchem allerdings eine allseitig bewanderte, tüchtige und gemütvolle Hausfrau ebenfalls sich als eine ebenso unentbehrliche als wertvolle Kraft erweisen wird.

b. Eine Dienst- und Hausordnung, welche die Zeitdauer der Arbeit, der Ruhe und Erholung, die Art der Verköstigung

und Kleidung genau regelt, die zulässigen Strafmittel aufführt und für den regelrechten Verlauf des Erziehungs- und Besserungswerkes nähere Vorschriften giebt.

Als Strafmittel ist auch die körperliche Züchtigung in Aussicht zu nehmen, jedoch nur für die schwersten Verfehlungen und mit der Beschränkung, dass nur der Vorstand der Anstalt, dieselbe im einzelnen Falle anordnen kann und dafür verantwortlich bleibt, dass sie nicht in körperliche Miss-handlung ausartet.

c. Alle diejenigen Einrichtungen und Vorkehrungen, welche es ermöglichen, die Zöglinge an schwere, die volle Körperkraft erfordernde Arbeit zu gewöhnen und ausserdem sie für ihren künftigen Beruf, soweit der Anstaltsbetrieb dies gestattet, vorzubereiten (Bäckerei, Korbflechterei, Landwirtschaft und Gartenbau, Schneiderei, Schreinerei und Schuhmacherei).

Hinsichtlich der Art, auf welche die Zöglinge zu beschäftigen sind, muss stets auf den erzieherischen Zweck der Arbeit der grösste Wert gelegt werden, während die erwerbliche Seite derselben nur in zweiter Reihe berücksichtigt werden darf.

d. Die Sorge dafür, dass namentlich in nicht konfessionellen Anstalten der Religionsunterricht sowie der sonn- und feiertägige Kirchenbesuch regelmässig statt hat.

Allwöchentlich sind mehrere Stunden zur Befestigung der Elementarschulkenntnisse der Zöglinge und zu ihrer Belehrung über die Landesverhältnisse im allgemeinen, zugleich aber auch über die aus ihrer künftigen Berufsstellung sich ergebenden Rechte und Pflichten und insbesondere über ihr zukünftiges Verhältnis zum amtlichen Fürsorger zu verwenden.

e. Die Festsetzung der Zahl der Zöglinge, welche überhaupt, dringende Fälle ausgenommen, nie überschritten werden soll.

Eine der schwierigsten Aufgaben für die Anstaltsleitung besteht darin, jedem einzelnen Zögling nach seinen besonderen Eigentümlichkeiten, wie sie sich aus seinem Vorleben und seiner bisherigen körperlichen und geistigen Entwicklung ergeben, zu behandeln. Hierzu ist aber die ganze Kraft und Leistungsfähigkeit des Vorstandes erforderlich, wenn die Höchstzahl der Zöglinge bei Anstalten für männliche Jugend-

liche auf 100 und bei solchen für weibliche auf 60 festgesetzt wird.

Dass bei der Leitung von Erziehungsanstalten, in welchen weibliche Zwangszöglinge Aufnahme finden, die sittlich-religiöse Wiederaufrichtung der letzteren, sowie die Einwirkung auf ihr Gemüt eine ganz besondere Beachtung finden müssen, ergibt sich aus den der Frauennatur innewohnenden Eigentümlichkeiten.

Bei der Beschäftigung derselben muss deren Ausbildung in allen weiblichen Arbeiten sowie die Befähigung für alle hauswirtschaftlichen Verrichtungen als das der Regel nach noch weiter zu erstrebende Ziel gelten.

Dagegen muss die körperliche Züchtigung unbedingt ausgeschlossen bleiben, wenn es auch an genügenden Anlässen für deren Anwendung nicht fehlen sollte. (Vergleiche § 46.)

§ 59.

Grundzüge einer Dienstvorschrift für den Vorstand einer Erziehungs-Anstalt für männliche Zwangszöglinge im Alter von 14—20 Jahren.

Für die Beantwortung der Frage, nach welchen Gesichtspunkten, ganz abgesehen von den in jeder Dienst- und Hausordnung wiederkehrenden Bestimmungen die Anstaltserziehung namentlich gegenüber von männlichen Zwangszöglingen im Alter von vierzehn und mehr Jahren durchgeführt werden solle, können nur solche Erfahrungen als ausschlaggebende in Betracht kommen, welche während eines längeren Zeitraumes haben gesammelt werden können. Die Anschauung, dass eine eiserne Strenge allein den erhofften Bildungserfolg verbürge, kann sich ebenso sehr als die unrichtige erweisen, wie die gegenteilige, welche die Besserung nur von dem steten Verharren in Güte und Milde erwartet.

Die Charakterschiedlichkeiten, denen man hier begegnet, sind zu mannigfaltige, als dass ein zu schablonenhaftes Vorgehen nicht ernstlich widerraten werden sollte.

Derartige Erfahrungen sind aber überhaupt noch nicht sehr zahlreich, auch sind sie nicht immer in der Weise leicht

zugänglich wie es das sachliche Interesse wünschenswert erscheinen lässt.

Es sollen deshalb die nachstehenden, auf Grund von zehnjährigen Erfahrungen zusammengestellten Grundzüge allen denjenigen, welche im Begriff stehen, eine derartige Anstalt ins Leben zu rufen, als Führer durch dieses mühevollen Arbeitsgebiet dienen, zugleich aber auch einen tieferen Einblick in den regelmässigen Verlauf des Anstaltslebens und die damit verknüpften verhängnisvollen Irrtümer und bitteren Enttäuschungen bieten, welchen man infolge unzureichender Erfahrung ausgesetzt sein kann.

Zudem ist es aber auch für jeden Vorstand einer solchen Erziehungsanstalt von dem grössten Werte, sofort bei dem Eintritt in sein Amt den Umfang der ihm zustehenden Rechte und der ihm obliegenden Pflichten genaustens zu kennen, wie auch umgekehrt die Behörde oder das Vereinsorgan, deren Aufsicht die betreffende Anstalt unterstellt ist, gerade in dem Vorhandensein einer bis ins kleinste gehenden Instruktion die sicherste Gewähr dafür erblicken darf, dass die Anstaltserziehung in den von ihr vorgezeichneten Bahnen zum Vollzug gebracht wird.

1. Bei der Durchführung der Anstaltserziehung muss deren Zweck, die sittliche Entartung der einzelnen Zöglinge durch allmähliche Gewöhnung an Arbeit, Ordnung und Gehorsam zu beseitigen, fortgesetzt im Auge behalten und darnach der Gang des ganzen Besserungswerkes in all seinen Einzelercheinungen eingerichtet werden.

Dementsprechend muss jeder Zögling unmittelbar nach seinem Eintritt in die Anstalt eine eingehende Belehrung über den Zweck der über ihn verhängten Massregel der Zwangserziehung erhalten. Die Anstalt solle ihm Vater und Mutter ersetzen und übernehme deshalb die Pflicht seiner nachträglichen Erziehung.

Aus demselben Grunde räume aber auch das Gesetz dem Vorstande der Anstalt das elterliche Erziehungsrecht in vollstem Umfange ein und ermächtige ihn, im Ungehorsamfalle mit ernstesten Strafen, ja sogar mit körperlicher Züchtigung vorzugehen.

Die Dauer der Anstaltserziehung hänge lediglich von ihrem guten Verhalten ab, desgleichen die Entscheidung der Frage, wie lange die Massregel der Zwangserziehung aufrecht erhalten bleiben müsse.

2. Vor allem ist in Güte auf die Zöglinge einzuwirken. Ein freundliches Wort im rechten Augenblick vermag oft am schnellsten ihr Herz zu gewinnen und sie in dem Vertrauen darauf zu bestärken, dass alle Erziehungsmassregeln nur ihr Bestes im Auge haben.

Rohe oder beschimpfende Ausdrücke sind strengstens zu vermeiden, desgleichen Misshandlungen jeder Art.

Werden aber Strafen notwendig, dann ist mit allem Ernste nach den Vorschriften der Dienst- und Hausordnung vorzugehen. (Verweis, Kost- und Freiheitsentziehung körperliche Züchtigung.) Die Strafen sollen dazu dienen, den schlimmgearteten Eigenwillen des Zöglings zu brechen und gleichzeitig den Vorsatz der Besserung in ihm wachzurufen.

Die Strafbefugnis steht nur dem Vorstande der Anstalt zu. Die Strafen sind in ein Strafbuch einzutragen, insbesondere die der körperlichen Züchtigung.

Letztere soll im Zustande der ersten Erregung weder angeordnet, noch zum Vollzug gebracht werden.

Bei Zöglingen über sechszehn Jahren darf sie nur bei ganz schweren Verfehlungen zur Anwendung kommen.

3. Für die richtige Behandlung der Zöglinge ist es unerlässlich, dass jeder einzelne auf seine Eigentümlichkeiten (Körperbeschaffenheit, geistige Anlagen, besonders schlimme Neigungen, Temperament und Erziehungsfehler) geprüft und dass je nach dem Befunde die Massregeln zu dessen Besserung eingerichtet werden.

Der träge, schwerfällig denkende, misstrauische und argwöhnische, sowie in der Erziehung gänzlich verwahrloste Zögling erfordert eine ganz andere Behandlung als lebhafte und heiter angelegte, in körperlicher und geistiger Arbeit gewandte und für gütlichen Zuspruch leicht zugängliche Naturen.

Die Besserungsversuche gegenüber einem Gewohnheitsdieb müssen sich auf ganz andere Mittel stützen, als sie gegenüber einem Übertreter des Sittengesetzes oder gegen einen

solchen Zögling geboten erscheinen, dessen sittliche Verwahrlosung bisher in massloser Unbotmässigkeit und in roher Gewaltthätigkeit gegen seine Umgebung zum Ausdruck gekommen ist.

Für die glückliche Lösung dieser Aufgabe ist es notwendig, dass die Zahl der Zöglinge nie einen Umfang annimmt, welche es für den Vorstand unmöglich machen würde, jeden derselben bei der Arbeit, dem Unterricht, sowie während der Erholungsstunden im Verkehr mit seinen Mitzöglingen genauestens zu beobachten.

Derselbe muss aber auch von dem Inhalt der Einlieferungspapiere sowie der Gründe genauestens Einsicht nehmen, auf welche die Zulässigkeit der Zwangserziehung aussprechende gerichtliche Entscheidung sich stützt.

Ebenso wenig darf er es an fortgesetzt sich wiederholenden Versuchen fehlen lassen, das Ehrgefühl der Zöglinge zu wecken und das Bewusstsein von der Notwendigkeit der Selbstachtung ihnen beizubringen.

Schlimm geartete Zöglinge sollen möglichst wenig untereinander verkehren können. Sie sind einzeln mit solchen Zöglingen in häufigere Berührung zu bringen, deren Besserungsvorsätze trotz ebenfalls schlimmem Vorleben schon als zuverlässig gelten können.

Der Anstaltsleiter muss sich mit dem Dialekt der Zöglinge und den Besonderheiten, wie sie den verschiedenen Landesangehörigen eigentümlich sind, recht vertraut machen.

Jeder Scherz oder jede höhnische Behandlung aus diesem Grunde ist strengstens zu vermeiden, weil dadurch berechtigter Ärger und schwer zu bekämpfendes Misstrauen hervorgerufen würde.

4. Die Zöglinge haben jede Arbeit, zu welcher sie herangezogen werden, pünktlich und ordnungsmässig zu besorgen. Eine Belehrung über den Zweck der Arbeit und deren richtigste Vornahme hat vorherzugehen, so namentlich im Garten- und Feldbau, in der Obstbaum- und Viehzucht und den gewerblichen Betrieben der Anstalt.

Die Gehilfen in der Anstalt sind so zu unterrichten, dass sie diese Aufgaben an der Stelle des Vorstandes besorgen können.

5. In allen Teilen der Anstalt soll die peinlichste Reinlichkeit und Ordnung herrschen.

Dieser Grundsatz muss bei allen Anstaltsbetrieben zum sofort in die Augen fallenden Ausdruck gelangen.

Auch wird man bei jeder Art von Arbeit das höchste Mass von Vollkommenheit zu erreichen bestrebt sein, damit Auge und Ohr der Zöglinge nicht nur an die Wohlthaten eines reinlichen und geordneten Haushalts, sondern auch an den Ernst der Arbeit und die davon zu erwartenden aufmunternden Erfolge rechtzeitig gewöhnt werden. Laute Gespräche, Zänkereien, sowie sonstige Ungehörigkeiten dürfen bei der Arbeit weder inner- noch ausserhalb der Anstalt geduldet werden.

Dagegen sollen die Zöglinge in den Freistunden und bei den Sonntagnachmittagsspielen sich möglichst frei und ungebunden bewegen dürfen. Nur sind Ausbrüche der Rohheit oder eines zu Gewaltthätigkeiten neigenden Sinnes, wie sie der männlichen Jugend oft eigen sind, strengstens hintanzuhalten.

6. Der Verhütung von Entweichung von Zöglingen aus der Anstalt ist eine ganz besondere Sorgfalt zuzuwenden.

Diese Aufgabe bleibt insolange eine schwierige, als das Anwesen der Anstalt nicht mit einer Mauer umgeben ist und auch sonst nichts in der Anstalt an ein Gefängnis erinnern soll.

Das Festhalten an dem Grundsatz Trau Schau Wem schützt auch hier am sichersten vor Enttäuschungen.

Die grösste Vorsicht ist aber auch deshalb geboten, weil der Freiheitsdrang bei der Mehrzahl der Zöglinge ein sehr lebhafter ist und diese, um denselben zu befriedigen, vor den verwegenen und wagehalsigsten Streichen nicht zurückschrecken.

Nebenher sollen Belehrungen der Zöglinge statthaben über die verhängnisvollen Folgen von Entweichungen, wie vorübergehender Notstand, der die Entweichenden zum Bettel, zu Eingriffen in fremdes Eigentum und damit oft zur Rückfälligkeit führt, die Notwendigkeit ihrer zwangsweisen Zurückverbringung in die Anstaltserziehung und der längeren

Fortdauer derselben, die schlimmen Nachwirkungen der Vorstrafen auf das Fortkommen der zum Heeresdienst eingezogenen, sowie auch auf die Gestaltung ihrer Lebenslage selbst in späteren Jahren noch.

In vorbeugender Weise sind Ausreisser mit Kleidungsstücken zu versehen, welche sie als solche sofort kenntlich machen und die sie so lange zu tragen haben, bis zuverlässige Besserung zu erwarten steht.

Ausserdem müssen sie zur Strafe gezogen werden, welche in körperlicher Züchtigung bestehen kann, sobald sie sich bei der Entweichung eines gewaltsamen Vorgehens oder eines schweren Vertrauensmissbrauchs schuldig gemacht haben.

Als ganz schlimme und für die Anstaltsdisziplin besonders gefährliche Elemente sind diejenigen Zöglinge aufzufassen und dementsprechend zu behandeln, welchen es nach stattgehabter Entweichung gelungen ist, längere Zeit hindurch ein dem Bettel und der Arbeitsscheu ergebenes Leben zu führen und dadurch der sittlichen Verwilderung anheimgefallen sind.

7. Die Sorge für die Gesundheit der Zöglinge liegt in erster Reihe in den Händen des Anstaltsarztes, welchem bei den regelmässigen Wochenbesuchen die Neueingetretenen sowie etwaige Erkrankte vorzustellen sind.

Bei schweren Erkrankungen oder drohender Ansteckungsgefahr ist die sofortige Herbeirufung des Anstaltsarztes geboten.

Simulanten gegenüber empfiehlt sich unter Vorbehalt der ärztlichen Gutheissung die teilweise Kostentziehung.

Bei leichten Verletzungen ist die der Anstalt beigegebene Krankenschwester heranzuziehen. Solche Anlässe sollen dazu benutzt werden, diejenigen Zöglinge, welche es wünschen, über die vorläufige Behandlung von Schnitt- und Quetschwunden, sowie über die Anlegung eines Notverbandes eingehend zu belehren.

8. Mit der Sorge für die religiöse Wiederaufrichtung der Zöglinge sind die betreffenden Konfessions-Geistlichen betraut. Letzteren sind die neueintretenden Zöglinge vorzustellen. Sie können von den Vorakten derselben Einsicht nehmen.

Die durch die Dienst- und Hausordnung vorgeschriebenen Gebete sind pünktlich und in andachtsvoller Weise vorzunehmen.

An Sonn- und Feiertagen werden die Zöglinge in den Vor- und Nachmittags-Gottesdienst geführt.

Der Religionsunterricht findet nach Anordnung der Geistlichen statt, aber wo möglich nur zu Anfang oder Ende der geregelten Arbeitszeit.

Der Leiter der Anstalt wird sich fortgesetzt davon überzeugen, dass das Verhalten der Zöglinge während des Gottesdienstes und des Religionsunterrichts — Letzteres nur nach vorherigem Benehmen mit dem Geistlichen — ein würdiges bzw. ehrerbietiges ist. Etwaige Ungehörigkeiten der Zöglinge bei solchen Anlässen müssen strengstens bestraft werden.

Die Art der Befriedigung der religiösen Bedürfnisse von israelitischen Zöglingen ist mit dem Gemeindevorstand zu vereinbaren.

9. Der Fortbildungsunterricht wird durch einen staatlich angestellten Lehrer erteilt. Er soll bei den jüngeren Zöglingen zur Befestigung ihrer beim Elementar-Unterricht erlangten Kenntnisse dienen, die älteren aber über die vaterländische Geschichte, über die Landesgeographie, über die allgemeinen staatlichen Einrichtungen, insbesondere über den Zweck der Zwangserziehung, sowie über ihre Rechte und Pflichten nach der Entlassung aus der Anstaltserziehung und ihrem Eintritt in Lehr- oder Dienstverhältnisse belehren und sie namentlich auch mit den Fertigkeiten ausrüsten, welche es ihnen möglich machen, im Bedarfsfalle etwaige Anliegen brieflich der Anstaltsleitung mitzuteilen, bzw. sie um Rat und Auskunft zu bitten.

10. Der Hausmutter fällt eine ebenso verantwortungsvolle als dankbare Aufgabe zu. Ihr Bestreben muss stets darauf gerichtet sein, den Zöglingen die Überzeugung beizubringen, dass deren leibliches Wohlergehen ihr eine ernste Sorge ist. Sie wird für die Reinlichkeit der Betten, für saubere Wäsche und die stets gute und kräftige Kost mit derselben Gewissenhaftigkeit besorgt sein, wie wenn sie ihren Schützlingen gegenüber Mutterstelle zu vertreten hätte.

An Weihnachten und an sonstigen für das Familienleben bedeutungsvollen Festtagen wird sich reiche Gelegenheit dazu bieten, bei den Zöglingen das Gefühl der Anhänglichkeit und Dankbarkeit gegenüber der Hausmutter wachzurufen.

11. Sobald ein Zögling zur Entlassung reif ist, hat der Vorstand eine Entschliessung des der Anstalt vorstehenden Ortsausschusses hierüber herbeizuführen und wegen dessen Überweisung in ein Lehr- oder Dienstverhältnis weitere Vorlage zu machen.

Unmittelbar nach der Entlassung eines Zöglings müssen über dessen Vorleben und Verhalten in der Anstalt seinem Dienst- oder Lehrherrn so ausführliche und gewissenhafte Mitteilungen gemacht werden, dass derselbe imstande ist, hiernach seine Erziehungsmassregeln einzurichten.

12. Im Besonderen erscheinen noch folgende Zeitabschnitte der Beachtung wert.

a. Bei der Einkleidung des Zöglings sind ihm Geld, Messer und ähnliche Gegenstände abzunehmen. Nach Streichzündhölzern ist zur Verhütung von Brandstiftung die eifrigste Nachforschung zu halten.

b. Im ersten Monat wird sich bei weicher angelegten Naturen leicht Heimweh einstellen. Diesen gegenüber ist gemüthlicher Zuspruch doppelt am Platze.

c. Im zweiten Monat ist die Arbeit schon so reichlich zuzumessen, dass hierbei die ganze Körperkraft des Zöglings in Anspruch genommen wird.

Ist derselbe am Abend so müde, dass er sich nur nach dem Bett sehnt und für andere Gedanken nichts mehr übrig hat, so ist damit schon ein wesentlicher Teil der Erziehungsaufgabe gelöst.

d. Im dritten Monat sind die Zöglinge, deren Betragen befriedigt, je nach der Berufswahl in die betreffenden Anstaltsbetriebe einzureihen unter gleichzeitiger Belehrung über die Unzulässigkeit eines späteren Wechsels hierin, insofern dies nicht durch körperliche Zustände veranlasst werden sollte.

e. Im vierten und fünften Monat ist eine ganz besonders gewissenhafte Beaufsichtigung notwendig. Viele Zöglinge erweisen sich während der ersten Monate in-

folge des Reizes der Neuheit hinsichtlich ihrer Umgebung, ihrer Beschäftigung und der ihnen sehr oft zusagenden geordneten Ernährungsweise meistens gefügig. Sind sie aber einmal an das tägliche Einerlei des Anstaltslebens gewöhnt, so regt sich sehr leicht in ihnen wieder der Hang zur freien ungebundenen Lebensweise und damit die Lust zu Ungehorsam und Entweichungen

Hier sind ernste Ermahnungen und gebotenen Falles Strafen am Platz.

Ein planmässiges und taktvolles Auftreten des Anstaltsvorstandes während dieser Periode der Anstaltserziehung gehört mit zu dessen schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben.

f. Im sechsten bis achten Monat zeigt sich bei der Mehrzahl der Zöglinge infolge der geregelten Arbeit und der guten Ernährungsweise eine ausserordentliche Kräftezunahme, mit welcher die gesteigerten Ansprüche an ihre Arbeitskraft stets gleichen Schritt halten müssen.

g. Vom neunten Monat an sind die anscheinend gebesserten Zöglinge für ihren Übertritt in ein Lehr- oder Dienstverhältnis dadurch eingehend vorzubereiten, dass sie über den Zweck der Zwangserziehung und die Möglichkeit ihrer Fortdauer wiederholt belehrt, auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden, welche ihnen gegen ihre Lehrmeister und Dienstherrn hinsichtlich des Gehorsams gegen deren Anordnungen und der gewissenhaftesten Wahrung ihres Geschäftsinteresses obliegen, dass sie vor böslichem Verlassen ihrer Berufsstellung und den daraus für sie sich ergebenden Nachteilen gewarnt, und insbesondere darauf hingewiesen werden, dass sie in der Anstalt, aus der sie scheiden, stets den Ort erkennen sollten, an welchem sich ihnen eine sichere Zufluchtsstätte darböte, falls Mut- oder Ratlosigkeit sich ihrer bemächtigen oder im späteren Leben die Arbeitslosigkeit mit ihren ernststen Gefahren über sie hereinzubrechen drohe.

Es darf namentlich nicht unterlassen werden, ihrem Gedächtnisse die ernststen Gefahren des zweck- und arbeitslosen Umherziehens einzuprägen unter dem Hinweis auf den Wahlspruch: „Auf der Reise sei Gott dein Führer und die

Arbeit dein Ziel“, welcher sich im Innern des Reisekoffers befinde, der jedem Zögling bei der Entlassung aus der Anstalt durch diese als Entgelt für dort geleistete Arbeit ausgefolgt werde.

Nach ihrer Einreihung in die Armee oder in die Kaiserliche Marine sollten sie mit unerschütterlicher Treue ihre Pflichten gegen Seine Majestät den deutschen Kaiser sowie später auch die gegen Seine Königliche Hoheit den Grossherzog als ihren Landesherrn erfüllen.

Während ihrer Militärzeit hätten sie im Falle guten Verhaltens kleine Unterstützungen aus der Anstaltskasse zu gewärtigen und seien ihre diesfallsigen Gesuche bei dem Vorstand der Anstalt einzureichen.

13. Alle diese Vorschriften sind auch für die Behandlung von solchen Zöglingen massgebend, welche infolge schlechten Verhaltens zum zweiten Mal oder gar noch öfter in die Anstalt verbracht werden. Nur sind sie in der Arbeit strenger zu behandeln. Auch muss ihr etwaiger schlimmer Einfluss auf jüngere, noch weniger verdorbene Mitzöglinge hintangehalten werden.

14. Der Vorstand der Anstalt muss sein Verhalten gegenüber den Aufsehern, welche seine Untergebenen sind, in denen er aber zugleich die für ihn unentbehrlichen Mitarbeiter erblicken soll, nach dem Grundsatz regeln, dass bei aller Rücksichtnahme auf die Erhaltung gegenseitiger freundlicher Beziehungen im Interesse der Anstaltsdisziplin und des damit zusammenhängenden Besserungswerkes die Autorität des Anstaltsvorstandes mit peinlichster Gewissenhaftigkeit hochgehalten werden muss.

Dasselbe gilt auch für das Verhalten des Vorstandes und der Aufseher den Zöglingen gegenüber.

§ 60.

Die Dauer der Anstaltserziehung.

Die natürlichste Antwort auf die Frage, wie lange die Anstaltserziehung andauern solle, wäre die, dass sie solange fortbestehen müsse, bis sie ihren Zweck erreicht habe. Hierzu ist aber nach den bisherigen Erfahrungen mindestens ein

Jahr erforderlich. Eine Abkürzung dieses Zeitraums erscheint nur bei vorgerückterem Lebensalter des Zöglings und gleichzeitigem gutem Verhalten zulässig. Zu der Annahme eines Jahres als Aufenthaltsminimum drängt der Entwicklungsgang der Anstaltserziehung

Während der ersten drei Monate ist das Verhalten der meisten Zöglinge unter dem ziemlich mächtigen Eindruck der neuen Verhältnisse in Lebensweise und Umgang ein befriedigendes, insofern nicht das Heimweh sich nachteilig geltend macht. Erst vom vierten Monat an kehren die alten schlimmen Eigenschaften wieder und ist namentlich der Drang nach dem früheren freien und ungebundenen Leben ein ebenso gefährlicher wie die Lust, gegen die Anstaltsdisziplin sich aufzulehnen, was sodann in Entweichungsversuchen zum Ausdruck kommt.

Diese Übergangsperiode dauert bei manchen sehr lange ohne entscheidenden guten Ausgang an, oft über ein ganzes Jahr hinaus, und bietet dann die grössten Erziehungsschwierigkeiten.

Als ein günstiger und zugleich als ein normaler Verlauf kann es gelten, wenn bei fortdauernd gutem Verhalten während des zehnten oder elften Monats die Verhandlungen zur Überführung eines Zöglings in seine künftige Berufstellung eingeleitet werden können.

Auf den regelrechten Verlauf der Anstaltserziehung wirkt es störend ein, wenn Zöglinge derselben zum Zwecke der Verbüssung von Strafen, welche schon früher gegen sie erkannt worden sind, vorübergehend entzogen werden müssen. Es wäre zu wünschen, dass der Strafvollzug schon vor dem Beginn der Anstaltserziehung statthaben oder durch Begnadigung eine Abhilfe geschaffen werden könnte.

Ebenso nachteilig äussern sich vorzeitige Entlassungen von Zöglingen, namentlich wenn solche in dem Verhalten derselben nicht die genügende Rechtfertigung finden. Solche Vorkommnisse wirken auf die Gemütsstimmung der zurückbleibenden Zöglinge sehr ungünstig ein und tragen dazu bei, das Vertrauen in eine unparteiische Anstaltsleitung zu erschüttern und die Lust zu Entweichungen wachzurufen.

§ 61.

Die Berufswahl.

Einer der wichtigsten Abschnitte im Verlaufe der Zwangserziehung ist derjenige, in welchem der Zwangszögling, nach beendigter Anstaltserziehung oder schon früher sich darüber zu entscheiden hat, welchem Lebensberufe er sich widmen will.

Mit Rücksicht auf das jugendliche Alter und die noch mangelhaft entwickelte Einsicht der Beteiligten ist hier eine gewissenhafte Belehrung sehr notwendig.

Vollständig freie Wahl soll als allgemeine Regel anerkannt werden. Ausnahmen hiervon erscheinen nur mit Rücksicht auf die körperliche oder geistige Entwicklung des Zwangszöglings oder auf die Unmöglichkeit geboten, ihn in absehbarer Zeit in die von ihm gewünschte Berufstellung zu bringen.

Bei der einmal getroffenen Berufswahl soll es aber stets sein Bewenden behalten. Änderungen hierin, falls sie nicht in ganz besonderen Vorkommnissen ihre Rechtfertigung gefunden haben, müssen auf die Willensfestigkeit des Zwangszöglings den ungünstigsten Einfluss ausüben. Auch spielt die Kostenfrage hierbei immer eine sehr beachtenswerte Rolle.

§ 62.

Erfolge der öffentlichen Zwangserziehung.

Im allgemeinen kann es als eine untrügliche Regel bezeichnet werden, dass von der Massregel der staatlich überwachten Erziehung gute Erfolge um so sicherer erwartet werden dürfen, je früher diese Massregel zur Anwendung gebracht wird und je konsequenter deren Vollzug statthat.

Zwangszöglinge im Alter bis zu achtzehn Jahren bieten viel geringere Erziehungsschwierigkeiten, als diejenigen, welche diese Altersgrenze schon überschritten haben.

Ebenso ist es zu beklagen, wenn bei anscheinend gebesserten Schützlingen plötzlich Rückschläge eintreten und es dann versäumt wird, dieselben entweder mittelst polizei-

lichen Zwanges in die Lehr- oder Dienstverhältnisse zurückzubringen, falls sie aus denselben entlaufen sein sollten oder aber bei gröberen Verfehlungen das ganze Erziehungswerk nochmals aufzunehmen und je nach Bedürfnis sofort mit der Anstaltserziehung wieder zu beginnen.

Die Erfahrung lehrt, dass es oft erst nach jahrelangem Bemühen gelingt, den hartnäckigen Widerstand, welchen ein Zwangszögling den Versuchen seiner Besserung entgegensetzt, zu brechen und ihn von der Notwendigkeit der letzteren zu überzeugen.

Von einem günstigen Erfolge des ganzen Erziehungswerkes kann aber nur dann die Rede sein, wenn solches dadurch zu einem bestimmten Abschlusse gelangt ist, dass das gute Verhalten des Zwangszöglings fortgesetzt Hand in Hand geht mit dessen allmählich zu erlangender Befähigung zum selbständigen Lebenserwerb.

Dieses Ziel wird, wenigstens soweit männliche Schützlinge hierbei in Betracht kommen, im landwirtschaftlichen Berufe häufiger erreicht als im gewerblichen.

Ob dann die anscheinend Gebesserten, deren Zahl auf durchschnittlich fünfzig Prozent jeder einzelnen Altersklasse bestimmt werden kann, nach Zurücknahme der Zwangsmassregel bzw. nach deren Ausserkrafttreten sich auch fernerhin gut verhalten, entzieht sich einer zuverlässigen Kontrolle.

Als eine mit dem Vollzug des Zwangserziehungsgesetzes aufs engste zusammenhängende, vorübergehende Erscheinung kann es gelten, dass die Zahl der in den Gefängnissen für Jugendliche beiderlei Geschlechts untergebrachten Gefangenen eine ansehnliche Verminderung und die der Insassen der Erziehungsanstalten eine dementsprechende Steigerung erfahren hat. Dieses Verhältnis ist das einzig richtige, denn die jugendlichen Übelthäter befinden sich da, wohin sie feststehenden Grundsätzen gemäss allein gehören und wo die Hoffnung auf deren baldige Besserung eine wohlberechtigte ist.

Durch zwei Vorkommnisse kann der günstige Erfolg der Zwangserziehung in bedauernswerter Weise gestört werden. Das eine sind die Entweichungen der Zwangszöglinge, sei es dass sie während der Anstaltserziehung statthaben oder erst

nach dem Eintritt in ein Lehr- oder Dienstverhältnis erfolgen. Die erstgenannten namentlich kehren häufig wieder, da der Freiheitsdrang bei derartigen jungen Leuten ein sehr starker ist und eine zu weitgehende Einschränkung der Anstaltszöglinge hinsichtlich der Freiheit ihrer Bewegungen mit dem Vorleben von manchen unter denselben und dem Erziehungszweck kaum vereinbarlich ist.

Diese Entweichungen haben in der Regel das Missliche im Gefolge, dass die Entwichenen sehr bald durch ihren mittel- und hilflosen Zustand zum Bettel oder gar zum Eingriff in fremdes Eigentum sich verleiten lassen und infolge davon dem Strafrichter anheimfallen.

Zur Hintanhaltung eines so thörichten Beginnens empfehlen sich rechtzeitige Belehrungen über dessen unheilvolle Folgen, sowie Vorkehrungen, welche die rascheste Wiederhabhaftwerdung der Entwichenen ermöglichen.

Das andere Vorkommnis äussert sich in den Versuchen seitens der Eltern oder sonstiger Unbefugter, Zwangszöglinge, welche zufolge staatlicher Anordnung in einer Familie oder in einer Anstalt untergebracht sind, aus diesem Verhältnisse zu entfernen oder zum Verlassen der Familie oder Anstalt zu verleiten.

Ein solches Vorgehen erfolgt oft aus den eigennützigsten Beweggründen und muss mit Strafe bedroht werden.

In vorbeugender Weise ist Fürsorge dafür zu treffen, dass der Verkehr der Zwangszöglinge mit ihren Angehörigen strenge beaufsichtigt und insbesondere die Kenntnissnahme von dem Inhalt der an erstere gelangenden Briefe durch die Lehr- und Dienstherrn sichergestellt wird.

§ 63.

Das Verhältniss der staatlichen Vollzugsbehörde zu der freien Vereinsthätigkeit und den Organen der Selbstverwaltung.

Es ist einleuchtend, dass überall da, wo, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in England das gesamte Fürsorgewesen für die verwahrloste Jugend nicht in der Hand von staatlichen Behörden sich befindet, sondern

zufolge gesetzlicher Anordnung der freien Vereinsthätigkeit anvertraut ist, das Verfahren im Einzelfalle einen ebenso raschen als der Sache förderlichen Verlauf nimmt. Gerade diejenigen, welche die Stellung eines Kindes unter gewisse erziehliche Zwangsmassregeln beantragt haben und denen die Leitung der diesem Zwecke dienenden Anstalten obliegt, werden gern die ernsteste Fürsorge dafür tragen, dass auf dem Boden, welchen die Anstaltserziehung wohl vorbereitet hat, auch nach dem Beginn der Familienerziehung erfolgreich weiter gearbeitet wird.

Ganz anders gestaltet sich die Sache da, wo der Vollzug der staatlich überwachten Erziehung staatlichen Behörden übertragen ist und die für diesen Zweck erforderlichen Anstalten entweder ebenfalls von letzteren geleitet oder doch beaufsichtigt werden und das Zusammenarbeiten mit freiwilligen Kräften nur für die an die Anstaltserziehung sich anschliessende Thätigkeit in ihren so mannigfaltigen Gestaltungen in Aussicht genommen ist.

Als freiwillige Kräfte können in Betracht kommen auf der einen Seite alle diejenigen Vereine, welche die Erziehung der Jugend unter Einschluss der sittlich verwahrlosten zu ihrer Aufgabe machen, auf der anderen Seite die Organe der Selbstverwaltung, welchen ohnedies schon dieser Teil der allgemeinen Wohlfahrtspflege obliegt.

Die erste Voraussetzung für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der gedachten Art bildet das gegenseitige Vertrauen, welches staatlicherseits in der Bereitwilligkeit sich kundgiebt, einen grösseren Teil seiner Befugnisse zur möglichst selbständigen Ausübung auf die freiwilligen Mitarbeiter zu übertragen, hinsichtlich des anderen Beteiligten aber in der Zusicherung sich erkennen lässt, alle ihm zur Verfügung stehenden persönlichen Kräfte, sowie seine Organisation und seine materiellen Mittel dauernd in den Dienst des bei der staatlich überwachten Erziehung befangenen öffentlichen Interesses zu stellen.

Auf dieser Grundlage ist in Preussen die Sorge für die der Familienerziehung zu unterstellenden Zwangszöglinge unter Einschluss derjenigen, welche wegen guten Verhaltens aus der Anstaltserziehung zu entlassen und in Dienst- oder

Lehrverhältnisse zu überweisen sind, den Provinzial-Ausschüssen übertragen.

Unter dem nämlichen Gesichtspunkte ist in Baden ein Übereinkommen zwischen den Ministerien des Innern und der Justiz einerseits und der Zentralleitung des Landesverbandes der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene andererseits zustande gekommen, welches hinsichtlich der den jugendlichen Verwahrlosten und Bestraften beiderlei Geschlechts zuzuwendenden Fürsorge bestimmte Grundzüge aufstellt, in welchen die für beide Teile hieraus erwachsenden Aufgaben und Befugnisse genau verzeichnet sind.

§ 64.

Fortsetzung.

Diese Grundzüge lauten wie folgt:

Zweck der Fürsorge.

§ 1.

Der Zweck der Schutzfürsorge muss stets darauf gerichtet sein:

a. jugendliche Verwahrloste und Bestrafte beiderlei Geschlechts durch rechtzeitiges Eingreifen und fortgesetzte Beaufsichtigung dauernder Besserung zuzuführen;

b. den mit dem Vollzuge des Gesetzes vom 4. Mai 1886 über die staatliche Fürsorge für die Erziehung verwahrloster jugendlicher Personen betrauten Behörden fördernd und unterstützend zur Seite zu stehen.

Fürsorge im Allgemeinen.

§ 2.

Die Bezirksschutzvereine haben darauf Bedacht zu nehmen,

a. dass die Anträge auf die Stellung von jugendlichen Verwahrlosten und Bestraften unter die Massregel der Zwangserziehung möglichst frühzeitig gestellt und auf alle hiezu sich eignenden Persönlichkeiten ausgedehnt;

b. dass die etwa notwendig werdende Verbringung in eine Erziehungsanstalt angeregt und wenn nötig durch Zuschüsse aus der Vereinskasse bzw. aus Mitteln der Zentralleitung ermöglicht;

c. dass innerhalb der Vereinsbezirke alle Familien, welche zur Aufnahme von Schützlingen der gedachten Art als Lehrlinge oder häusliche oder landwirtschaftliche Dienstboten bereit sind und soweit geboten auch den in den §§ 14 und 15 der landesherrlichen Verordnung vom 27. November 1886 zu dem obenerwähnten Gesetze gestellten Anforderungen vollkommen entsprechen, ermittelt und dem Ausschuss der Zentralleitung angezeigt und auf Verlangen auch den Grossh. Bezirksämtern namhaft gemacht werden.

Stellung unter Vereinsfürsorge im Einzelfalle.

§ 3.

Die Zuwendung der eigentlichen Vereinsfürsorge an jugendliche Verwahrloste und Bestrafte beiderlei Geschlechts ist stets von der Voraussetzung abhängig, dass die zur Vertretung der Letzteren berufenen Persönlichkeiten oder Behörden dies ausdrücklich beantragen oder dass, falls dieselben unter der Massregel der Zwangserziehung stehen, bezirksamtliche Zustimmung vorliegt.

Die einzelnen Arten von Schützlingen.

§ 4.

Der Vereinsfürsorge sind demnach beim Zutreffen der Voraussetzungen des § 3 alle jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts zu unterstellen, welche zur Entlassung kommen:

a. aus den Landesgefängnissen oder sonstigen Strafanstalten des Landes;

b. aus den Erziehungsanstalten in Flehingen, Scheibenhart und Sickingen;

c. aus einer der Anstalten des Vereins zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder oder aus einer der übrigen in den verschiedensten Teilen des Landes gelegenen Privaterziehungsanstalten, welche staatlicherseits als zur Durchführung der Zwangserziehung für geeignet befunden worden sind;

d. ferner alle diejenigen, welche, ohne dass die Voraussetzungen unter a.—c. vorliegen, in einer Familie als Lehrlinge oder Dienstboten zur Zwangserziehung untergebracht sind;

e. endlich diejenigen, welche nach Verbüßung einer Strafe in einem nicht badischen Gefängnisse in die Heimat zurückkehren.

Vorbereitende Massregeln.

§ 5.

In jedem Falle der Entlassung eines unter Schutzfürsorge zu stellenden Zöglings werden die Verwalter der betreffenden Erziehungsanstalten den in der Anlage A. enthaltenen Erkundigungsbogen mindestens vier Wochen vor der Entlassung des Beteiligten dem Ausschusse der Zentralleitung übersenden, welcher die Auswahl hinsichtlich der geeigneten Lehr- oder Dienstherrn treffen und hiernach im Benehmen mit den zuständigen Bezirksschutzvereinen das Weitere besorgen wird.

§ 6.

In gleicher Weise wird bezüglich zu entlassender Sträflinge in allen denjenigen Fällen verfahren, in welchen eine urtheilsmässige Strafzeit von 2 Monaten oder mehr zu verbüssen ist.

§ 7.

In den Fällen dagegen, in welchen urtheilsmässige Strafen von weniger als zwei Monaten vorliegen, soll die Vereinsfürsorge in unmittelbarem Verkehre zwischen den Direktionen und Vorständen der Strafanstalten und Gefängnisse mit den zuständigen Bezirksschutzvereinen sichergestellt werden.

Handhabung der Fürsorge.

§ 8.

Die Bezirksschutzvereine haben darauf Bedacht zu nehmen:

a. dass die Überführung der Schützlinge in die Lehr- und Dienstverhältnisse möglichst rasch vermittelt, soweit erforderlich die Lehr- und Dienstverträge abgeschlossen und dem zuständigen Bezirksamt unter gleichzeitiger Bezeichnung der zur Übernahme des amtlichen Fürsorgeramts geeigneten Persönlichkeiten zur Genehmigung unterbreitet werden;

b. dass die zuständigen Orts- bzw. Kirchspielsgeistlichen zur seelsorgerischen Mitarbeit bei der Vereinsfürsorge jeweils sofort eingeladen;

c. dass in Entweichungsfällen die Anträge auf Zurückverbringung in das Lehr- oder Dienstverhältnis mittelst polizeilichen Zwangs ungesäumt gestellt und dass von dem Lehr- oder Dienstherrn beabsichtigte Vertragsauflösungen nicht eher

zum Vollzuge gebracht werden, bevor das zuständige Bezirksamt seine Genehmigung hiezu erteilt hat;

d. dass in den unter c. genannten Fällen die Ursache der Entweichung — soweit erforderlich behördlich — festgestellt und wenn die Lehr- oder Dienstherrschaft ein Verschulden trifft, für entsprechende Abhilfe gesorgt wird;

e. dass im übrigen im engsten Einvernehmen mit dem amtlichen Fürsorger die Weiterentwicklung jedes Schützlings sorgfältig überwacht und namentlich auch dafür rechtzeitige Sorge getragen wird, dass im Falle länger andauernden Wohlverhaltens dem Letzteren ein langsam anwachsendes Taschengeld aus schutzvereinlichen Mitteln bewilligt und dass derselbe allmählich mit den ausreichenden Leibwäsche- und Bekleidungsgegenständen ausgerüstet wird, dass endlich

f. jeder einzelne Fürsorgefall in das satzungsgemässe Tätigkeitsverzeichnis eingetragen wird und solches gleichzeitig mit dem dem Ausschuss der Zentralleitung zu unterbreitenden Jahresberichte zur Vorlage gelangt.

Diese Grundzüge, welche im Jahre 1891 erstmals zur Anwendung gekommen sind, haben sich seither vollkommen bewährt und ist es namentlich dem harmonischen Zusammenarbeiten aller hiernach bei dem Vollzug der Zwangserziehung in Betracht kommenden Faktoren zu verdanken, dass letzterer selbst oft einen ebenso raschen als erfolgreichen Verlauf genommen hat.

Infolge dieser Vereinbarung dient die schutzvereinliche Zentralleitung als Sammelstelle für alle Anerbieten von Lehr- oder Dienststellen, in welche Zwangszöglinge eingewiesen werden sollen; ebenda werden diese Gesuche auf ihre Zulässigkeit geprüft.

Die auf diese Weise gesammelten Anerbieten stehen auch allen denjenigen Behörden zur Verfügung, welche ausserdem mit dem Vollzuge der Zwangserziehung sich zu befassen haben.

Für alle Zöglinge, welche aus den ihrer Leitung unterstehenden Erziehungsanstalten (Flehsingen und Sickingen) zur Entlassung gelangen, werden geeignete Dienst- oder Lehrstellen ausgesucht und die Vertragsbedingungen, unter welchen die Ueberweisung zu geschehen hat, näher festgestellt.

Der weitere Vollzug liegt dem zuständigen Bezirksschutzverein ob, der insbesondere auch für die erforderliche amtliche Genehmigung seiner Erziehungsmassregeln zu sorgen hat.

§ 65.

Die Kosten der öffentlichen Zwangs-Erziehung.

Die Kostenfrage hat ihre theoretische Bedeutung verloren, seitdem in der neueren Gesetzgebung der Grundsatz zur allgemeinen Geltung gelangt ist, dass die Kosten, welche der Vollzug der Zwangserziehung veranlasst, zum grösseren Teile von der Staatskasse getragen werden sollen und zum kleineren Teile von dem Orts- oder Landarmenverband, welcher zur Unterstützung des Zwangszöglings verpflichtet ist.

Diese Verteilungsart entspricht einerseits dem hohen Masse, in welchem der Staat als Vertreter des öffentlichen Interesses an den nicht zu unterschätzenden Vorteilen einer sicher arbeitenden, staatlich überwachten Erziehung mitbeteiligt ist, andererseits der Thatsache, dass den Armenverbänden, namentlich denjenigen in volkreichen Städten mit dem Vollzuge der Zwangserziehung ein gutes Stück Armenlast abgenommen wird, welche auf die Gesamtheit der Steuerzahler überzuwälzen, ebenso ungerecht als unbillig wäre.

Damit soll aber keineswegs gesagt sein, dass der aus diesem Anlasse von den Armenverbänden zu tragende Kostenaufwand den Charakter einer Armenunterstützung an sich trage.

Eine solche Unterstellung würde mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklange stehen. Denn sehr häufig muss dieser Aufwand gemacht werden, ungeachtet die ersten Voraussetzungen für eine Armenunterstützung, nämlich die Unfähigkeit zum selbständigen Lebenserwerb keineswegs zutrifft.

Als Regel gilt übrigens, dass die Kosten der Zwangserziehung aus dem Vermögen des Zwangszöglings zu entnehmen bzw. durch dessen Eltern oder sonstige alimentationspflichtige Verwandte aufzubringen sind — welche Möglichkeit übrigens zu den grössten Seltenheiten gehört — und dass nur fürsorglich die Kostentragung dem Staate und dem unterstützungspflichtigen Verbannde zugemutet werden solle.

Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten sowie über den Umfang der Verpflichtung sind von dem Verwaltungsgerichte zu entscheiden, während alle sonstigen auf den Vollzug der Zwangserziehung bezug habenden amtlichen Anordnungen nur im Wege der an die vorgesetzte Verwaltungsbehörde zu richtenden Beschwerde angefochten werden können.

§ 66.

**Gutachten von internationalen Gefängnis-Kongressen
und ähnlichen Vereinigungen.**

a. Der Kongress zu Stockholm hat sich dahin ausgesprochen:

1. Dass man sich hinsichtlich der Fürsorge, welche man jugendlichen Uebelthätern, die wegen Nichtvorhandenseins der zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung erforderlichen Einsicht mit Strafe verschont geblieben seien oder solchen Kindern zuteil werden lasse, welche dem Bettel oder dem herumziehenden Leben ergeben oder sonst sittlich verwahrlost seien, vor allem von dem Grundsatz leiten lassen müsse, ihnen eine solche Erziehung zu geben, welche sie befähige, später einen ehrbaren Lebenserwerb für sich zu begründen und in der Gesellschaft nur als nützliche Glieder sich zu erweisen. Dabei sei alles zu vermeiden, was gegenüber ihrem Vorleben als Strafe oder Züchtigung aufgefasst werden könnte.

2 Dass die beste Erziehung die in einer Familie sei, welche volle Gewähr für deren gute Durchführung gebe und zur Übernahme aller damit zusammenhängenden Obliegenheiten bereit sei. In Ermangelung einer solchen Möglichkeit empfehle sich die Unterbringung in einer Staats- oder Privat-Erziehungs-Anstalt.

3. Dass derartigen Anstalten die Religion, die Arbeit und Hand in Hand damit die Erteilung des Volksschulunterrichts als Grundlage dienen müsse.

4. Dass die Frage, ob für solche Anstalten die Bildung von kleineren, nach Art der Familie zusammengesetzten Gruppen oder aber zahlreichere Vereinigungen von Kindern

den Vorzug verdienen, lediglich nach den näheren Umständen entschieden werden müsse. Jedenfalls solle die Zahl der der nämlichen Anstalt zu überweisenden Kinder stets eine so begrenzte sein, dass für den Vorstand die Möglichkeit der eingehenden Beschäftigung mit jedem einzelnen Zögling gewahrt bleibe.

5. Dass eine Ausscheidung der Zöglinge nach dem religiösen Bekenntnisse sowie nach dem Geschlecht und der Altersklasse, das letztere soweit sie über zehn Jahre alt seien, statthaben solle. Sei in der letzterwähnten Beziehung die Unterbringung in verschiedenen Anstalten nicht möglich, so sollen sie wenigstens in der Anstalt, in welcher sie Aufnahme finden, getrennt von einander gehalten werden.

6. Die Anstaltserziehung soll stets mit den äussern Verhältnissen im Einklange bleiben, in welchen die Angehörigen der arbeitenden Klassen zu leben bestimmt sind, also Unterricht, wie in der gewöhnlichen Volksschule, die grösste Einfachheit in Kost, Kleidung und Schlafstätte und vor allem Arbeit.

7. Dass die Arbeit so organisiert werden soll, dass sowohl die aus landwirtschaftlichen Familien kommenden als auch die aus städtischen Verhältnissen überwiesenen Zöglinge Gelegenheit finden, für ihren künftigen Lebensberuf sich auszubilden. Nötigenfalls ist zu diesem Zweck auf die Gründung von besonderen Anstalten bedacht zu nehmen.

8. Bei Mädchen ist die Anstaltserziehung so einzurichten, dass sie vor allem die Befähigung zur Besorgung aller mit einem Haushalt verbundenen Geschäfte sich aneignen können.

9. Die Unterbringung von sittlich verkommenen Kindern in Familien oder Erziehungs-Anstalten soll soviel als möglich unter Vermeidung gerichtlichen Einschreitens auf Grund von gesetzlichen Anordnungen statthaben, welche es verhindern, dass ein Zögling vor beendigter Erziehung oder gegen den Willen der Direktion der Anstalt aus dieser weggenommen wird.

Der Kongress zollt seinen Beifall den von gewissen Gesetzgebungen in dieser Richtung gemachten Anstrengungen, an die Stelle des gerichtlichen Vorgehens das einer zu diesem

Zwecke besonders geschaffenen Vormundschaftsbehörde treten zu lassen.

10. Die Dauer der in Frage stehenden Anstaltserziehung kann bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr des Zöglings ausgedehnt werden.

11. Die Aufgabe des mit der Leitung der Anstalt be-
trauten Organes ist es, dafür zu sorgen, dass der Zögling
bei seinem Austritt aus derselben in einer braven Familie
als landwirtschaftlicher Dienstknecht, oder sonstiger Dienst-
bote, oder als gewerblicher oder Fabrik-Lehrling, oder in
einer weiblichen Dienststelle oder sonstwie untergebracht wird.

12. Die staatliche Aufsicht über alle Anstalten der ge-
dachten Art bleibt vorbehalten.

§ 67.

Fortsetzung.

b. Der Kongress zu Rom (1885) hat sich in dem Be-
schlusse geeinigt:

1. Dass das Gericht zur Anordnnng zuständig sein solle,
wonach ein wegen Nichtbesitzes der zur Erkenntnis der
Strafbarkeit seiner Handlung erforderlichen Einsicht mit
Strafe verschont gebliebener jugendlicher Gesetzesüber-
treter in eine Erziehungs- oder Besserungs-Anstalt verbracht
werden soll. Ebenso hat das Gericht die Dauer der in Frage
stehenden Anstaltserziehung zu bestimmen, wie ihm auch
das Recht zusteht, die Entlassung auszusprechen, sobald die
die Aufnahme rechtfertigenden Umstände in Wegfall ge-
kommen sein werden.

Die Anstaltserziehung kann auch durch die fürsorgliche
Entlassung des Zöglings abgekürzt werden, und bleibt der
letztere auch fernerhin unter der Aufsicht der Anstaltsver-
waltung.

2. Das Gericht ist ferner zur Anordnung zuständig, dass
die gegen einen Übelthäter ausgesprochene Freiheitsstrafe
entweder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt zum
Vollzug zu bringen sei. Diese Art von Strafvollzug solle
aber nur in einer staatlichen Anstalt statthaben.

3. Unter strengster Rücksichtnahme auf all das, was die Gesetzgebung der einzelnen Länder über die väterliche Gewalt und das damit zusammenhängende Züchtigungsrecht anordnet, spricht der Kongress den Wunsch aus, dass der Gesetzgeber bei der Aufzählung der dem Vater seinen Kindern gegenüber zustehenden Rechte von dem Grundgedanken sich leiten lassen möge, dass für den ehrbaren Familienvater, der von jeder, gegenüber seinen Kindern etwa feindseligen Beeinflussung sich freigehalten habe, die unbeschränkte Autorität möglichst unversehrt gewahrt bleiben müsse.

Das väterliche Züchtigungsrecht soll immer einen privaten, familiären und geheimen Charakter an sich tragen. Frühere kriminelle Vorgänge sollen hierbei ebenso ausser Betracht bleiben, wie dasselbe auch keinerlei strafrechtliche Folgen nach sich ziehen kann.

§ 68.

Fortsetzung.

c. Die Wünsche des St. Petersburger Kongresses (1890) lauten dahin:

1. Dass die Fürsorge für sittlich verwahrloste Kinder und das Vorgehen zum Schutze und zur Erziehung ärmlicher Kinder hinsichtlich der verschiedenen Art ihrer Anwendung sich verallgemeinern sollen.

2. Dass auf Grund der gemachten Erfahrungen das System der Familienerziehung mit dem der Anstaltserziehung in Einklang gebracht werden sollte, da ein jedes derselben an und für sich betrachtet seine Vorteile und Nachteile biete.

3. Dass bei der Errichtung von solchen Erziehungshäusern dem System der Bildung von kleinen, familienartigen Gruppen gegenüber der sogenannten regimentsweisen Erziehung der Vorzug zu geben sei.

4. Dass die Familienerziehung in folgenden Fällen Platz greifen soll:

a. Bei der Fürsorge für die jüngsten Schützlinge, insbesondere für Mädchen, welche noch nicht sittlich gefallen und von gesunder Körperbeschaffenheit sind.

b. bei der für sittlich verwahrloste und bestrafte Kinder, insofern sie auf Grund guten Verhaltens aus der Anstalts-erziehung entlassen werden können.

c. bei der für Kinder, welche aus einer Korrek-tions-anstalt entlassen werden und noch der Schutzaufsicht unter-stellt bleiben.

5. Dass bezüglich der Familienerziehung im Wege der Privatinitiative Erziehungs- oder Schutzaufsichts-Vereine ge-gründet oder aber staatlicherseits Komités geschaffen werden sollten, deren Aufgabe es wäre

a. die für diese Art von Erziehung geeigneten Familien gewissenhaft auszuwählen.

b. die Leitung und Überwachung dieser Familien hin-sichtlich der ihnen obliegenden Erziehungsaufgaben zu über-nehmen, sowie die Regelung der letzteren nach bewährten Grundsätzen sicherzustellen.

6. Dass freundliche Beziehungen zwischen den Direk-tionen der einzelnen Erziehungsanstalten und den zur Leitung der Familienerziehung berufenen Bezirksorganen angebahnt werden sollten, damit die Überweisung der Schützlinge aus der einen in die andere Erziehungsart je nach dem Bedürf-nisse des Einzelfalls zum Vollzug gebracht werden könne

§ 69.

Fortsetzung.

d. Der erste Schutzfürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) hat folgende Beschlüsse gefasst:

1. Im Prinzip ist die Unterbringung in Familien, ins-besondere auf dem Lande, wenn die Lebenslage des Kindes es zulässt, die beste Erziehungsart gegenüber von Kindern, welche auf der Strasse gefunden worden oder sittlich ver-wahrlost oder verwaist sind.

2. Unter sittlich verwahrlosten Kindern versteht man diejenigen, welche infolge der Verschuldung ihrer Eltern, mag dieselbe in körperlicher oder geistiger Unzureichendheit, in ihrer Nachlässigkeit oder in ihrem sittenlosen Verhalten ihren Grund haben, sich selbst überlassen sind und jeder Erziehung entbehren müssen.

3. Die Unterbringung der sittlich verwahrlosten Kinder soll in der Regel nicht statthaben, bevor über das Vorleben und den Charakter derselben, sowie die persönlichen Verhältnisse und sittlichen Anschauungen ihrer Eltern genaue Erhebungen gemacht worden sind. Unter Umständen soll sogar das einzelne Kind selbst einer länger andauernden Beobachtung und eingehenden Prüfung unterzogen werden.

4. Bezüglich der sittlich verwahrlosten Kinder kommen nach ihrem Alter und sonstigen persönlichen Verhältnissen folgende Erziehungsarten in Betracht:

a. die Unterbringung in Familien namentlich auf dem Lande;

b. die Anstaltserziehung, unter Umständen unter Ausschluss der Sorge für wohnliche Unterbringung;

c. die Einzelunterbringung;

d. die Unterbringung in Gruppen.

Die Familienerziehung ist grundsätzlich das beste Erziehungsmittel.

5. Die vom Gesetze in Aussicht genommenen Erhebungen über den Besitz der bei Begehung einer strafbaren Handlung zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderlichen Einsicht gegenüber von jugendlichen Übelthätern kann nicht als Grundlage für deren Klassifizierung dienen, vielmehr muss letztere dem Ermessen der Verwaltungsbehörden überlassen bleiben.

6. Die Entziehung der elterlichen Gewalt soll gegen diejenigen Eltern oder Ascendenten ausgesprochen werden, welche wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich verurteilt worden sind, durch welches das sittliche Wohl ihrer Kinder oder deren Sicherheit oder deren Gesundheit gefährdet erscheint.

Je nach der Natur und Schwere der Vergehung wird die Wirkung der Entziehung der elterlichen Gewalt entweder sofort eintreten oder eine fakultative sein.

In gleicher Weise kann gegen diejenigen Eltern oder Ascendenten vorgegangen werden, welche durch ihr offenkundiges Übelverhalten oder ihre Gewohnheitstrinkerei oder durch die schlechte Behandlung, welche sie ihren Kindern zuteil werden lassen, oder durch sonstige missbräuchliche Ausbeutung der elterlichen Gewalt ihren Kindern gegenüber

deren sittliches Wohl oder deren Sicherheit oder Gesundheit gefährdet erscheinen lassen.

7. Die Kinder von Eltern, welchen die Rechte der elterlichen Gewalt entzogen worden sind, sollen einer staatlich überwachten Aufsicht und Erziehung unterstellt werden, insofern das Gericht nicht anders entscheidet.

8. Es ist wünschenswert, dass die Entziehung der elterlichen Gewalt niemals in absolut endgiltiger und unwiderruflicher Weise ausgesprochen wird, vielmehr soll eine Gewähr dafür bestehen, dass diese Massregel durch gerichtlichen Spruch wieder ausser Kraft gesetzt werden und der beteiligte Vater wieder in den Besitz der Rechte gelangen kann, auf deren Ausübung er angewiesen ist, um seinen Kindern gegenüber die Erziehungspflicht so ausüben zu können, wie Natur und Gesetz sie ihm auferlegen.

9. Die Einsperrung eines Kindes zufolge väterlicherseits gestellten Antrages ist abzuschaffen.

10. Die Unterbringung eines Kindes in einer Anstalt, soll, falls sie seitens seines Vaters beantragt wird, nur durch das Gericht angeordnet werden können, welches auch allein dieselbe wieder aufheben kann.

Die der Anstaltserziehung unterstellten Kinder sollen staatlich beaufsichtigt werden, insofern das Gericht nichts anderes bestimmt.

§ 70.

Fortsetzung.

e. Die Beschlüsse des zweiten Schutzfürsorge-Kongresses in Antwerpen (1894) lauten wie folgt:

1. Der Kongress ist bei voller Würdigung der inner- und ausserhalb Belgiens gemachten Erfahrungen der Ansicht, dass im allgemeinen die praktische Anwendung der von dem ersten Antwerpener Schutzfürsorge-Kongress hinsichtlich des Kinderschutzes angenommenen Grundsätze den davon gehegten Erwartungen entsprochen hat.

2. Ohne den Beschlüssen, welche der gleiche Kongress hinsichtlich der Entziehung der elterlichen Gewalt gefasst hat, irgendwie vorgreifen zu wollen, erkennt der Kongress

in dem gemeinsamen Vorgehen der staatlichen Behörden und der Gefangenen-Schutzvereine das wirksamste Mittel, um diejenigen sittlich verwahrlosten Kinder kennen zu lernen, welche der Schutzthätigkeit zu unterstellen sind.

3. Bis zum Alter der Strafmündigkeit soll — besonders schlimm geartete und eine tiefergehende Verworfenheit darlegende Fälle ausgenommen — gegen Kinder nie eine Strafe ausgesprochen werden. Diesen gegenüber soll nur auf Erziehung erkannt werden.

Falls die wünschenswerte sittliche Erziehung seitens der Eltern nicht zu erwarten steht, so ist solche einer fremden Familie oder der staatlichen Behörde anzuvertrauen.

4. Bei der strafrechtlichen Verfolgung von jugendlichen Übelthätern ist weniger auf die Strafe Gewicht zu legen, als auf deren Erziehung und Besserung.

Dem Ausspruch von Strafen gegen Jugendliche, welche sich nicht etwa einer polizeilichen Übertretung sondern eines schweren Vergehens schuldig gemacht haben, soll immer eine vorbereitende, tiefergehende Prüfung ihres Seelenzustandes, welche durch besonderes Verfahren geregelt wird, vorhergehen.

Die zu diesem Zweck von dem Ministerium zu erlassende und von dem Untersuchungsrichter zu vollziehende Instruktion soll auch bestimmen, dass für den strafbaren Jugendlichen ein Verteidiger, nötigenfalls von amtswegen aufzustellen ist und dass ein schutzvereinlicher Vertreter zur Mitwirkung zugelassen wird.

Die Anklage-Kammer oder falls eine solche nicht besteht, der Untersuchungsrichter verweist den jugendlichen Übelthäter, wenn er strafwürdig erscheint, vor das zuständige Strafgericht, andernfalls erfolgt durch die nämlichen Organe ein Beschluss darüber, ob der Jugendliche unter der Aufsicht seiner Eltern oder Vormünder zu belassen sei oder nicht.

Bejahendenfalls steht den letztgenannten Organen das Recht zu, an die jugendlichen Übelthäter und deren Eltern die erforderlichen Ermahnungen zu erlassen, den Ersatz des durch die Gesetzesübertretung verursachten Schadens anzuordnen und den Ersatz der Gerichtskosten zu verlangen.

Verneinendenfalls erfolgt eine Entschliessung über die Notwendigkeit der Familien- oder Anstalts-Erziehung sowie über die Schadensersatz- und Interessen-Frage. Das Verfahren vor der Anklagekammer und dem Untersuchungsrichter ist kontradiktorisch, aber nicht öffentlich, das vor dem erkennenden Gerichte ist beides zugleich. Die Unterstellung des Jugendlichen unter die Verfügungsgewalt der staatlichen Verwaltungsbehörde kann auch bedingungsweise erfolgen.

Ist die Entziehung der elterlichen Gewalt ausgesprochen, so soll ein möglichst rascher Vollzug eintreten. Fürsorglich sind die Gefangenen-Schutzvereine um Übernahme der Beaufsichtigung zu ersuchen.

Endlich sind Schutzkomités in's Leben zu rufen, mit der Aufgabe, durch ein Einvernehmen zwischen den Gerichtsbehörden und den Gefangenen-Schutzvereinen in wirksamer Weise die Erziehung und Besserung der jugendlichen Übeltäter sicherzustellen.

5. Die Jugendlichen, welche unter Vorbehalt endgültiger Massnahmen ihrer Freiheit beraubt werden müssen, sollen im Wege der Schutzfürsorge irgendwo anders als im Gefängnisse Aufnahme finden.

§ 71.

Die Beschlüsse der dritten Landesversammlung der internationalen, kriminalistischen Vereinigung (Ländergruppe: Deutsches Reich), welche am 7. und 8. April 1893 in Berlin getagt hat.

f. Diesen Beschlüssen lag ein Bericht zu Grunde, welchen Herr Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Krohne, vortragender Rat im Ministerium des Innern in Berlin, sowie eine aus den Herren Geheimer Hofrat Dr. von Liszt in Halle und Staatsanwalt Dr. Appelius in Elberfeld zusammengesetzte Kommission vorher festgestellt und der letztgenannte Herr erstattet hat.¹⁾

¹⁾ Siehe dessen Schrift „Die Behandlung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster Kinder“ Bericht etc. Berlin, J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung 1892.

Die gefassten Beschlüsse lauten, wie folgt:

I.

1. Es empfiehlt sich, das Alter der Strafmündigkeit bis auf das vierzehnte Lebensjahr hinaufzurücken;
2. wer bei Begehung einer strafbaren Handlung das vierzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann daher wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden;
3. es kann jedoch in diesem Falle staatlich überwachte Erziehung eintreten.

II.

1. Gegen Personen, welche bei Begehung der strafbaren Handlung das vierzehnte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, kann wegen derselben auf Strafe oder auf staatlich überwachte Erziehung oder auf Strafe und Erziehung oder auf Überweisung an die Familie erkannt werden.
2. Die Bestimmung der §§ 56 und 57 des Reichs-Strafgesetzbuchs, wonach die strafgerichtliche Verantwortlichkeit eines Jugendlichen davon abhängig ist, dass er bei Begehung der That die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat, ist zu bestätigen.

III.

1. Auch ohne das Vorliegen einer strafbaren Handlung sind sittlich verwahrloste jugendliche Personen der staatlich überwachten Erziehung zu überweisen;
2. die Anordnung dieser Erziehung kann bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre der jugendlichen Personen stattfinden;
3. die staatlich überwachte Erziehung kann bis zur Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres der solcher Erziehung unterstellten Personen ausgedehnt werden.

IV.

Die staatlich überwachte, bzw. die Zwangserziehung verbrecherischer und verwahrloster Kinder sowie die Bestrafung verbrecherischer jugendlicher Personen muss durch ein besonderes Reichsgesetz einheitlich geregelt werden.

*

*

*

In diesen Beschlüssen sind zum ersten Male in einer die ganze Materie vollständig erschöpfenden Weise alle die gesetzlichen Reformen zusammengestellt, von deren Herbeiführung ein wirksamer Schutz gegenüber den aus der Überhandnahme der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend sich ergebenden Gefahren und eine sichere Gewähr für die rechtzeitige Einleitung aller einen Erfolg versprechenden Besserungsversuche erwartet werden darf.

Diese Beschlüsse hat der Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene anlässlich seiner Tagung in Braunschweig am 16. Mai 1894 zu den seinigen gemacht und dabei betont, dass er es als eine der wichtigsten schutzvereinlichen Aufgaben erachte, alle Bestrebungen zu fördern, welche auf die Bekämpfung der Überhandnahme des jugendlichen Verbrechertums gerichtet seien.

§ 72.

Fortsetzung.

g. Die 22. nationale Konferenz der Charities and Correction, welche im Jahre 1895 in New-Haven (Connecticut) zusammengetreten ist, hat anlässlich der Erörterung der Frage über die beste Methode hinsichtlich der Erziehung der in Erziehungshäusern untergebrachten Kinder sich dahin ausgesprochen, dass den Handarbeiten und zwar ohne Rücksicht auf einen bestimmten Beruf eine grosse Bedeutung beigelegt werden müsse.

Die Angewöhnung an militärische Formen und entsprechenden Gehorsam sei im Interesse der Erziehung zur Ordnung sowie zur Hebung der Körperkraft von grossem Werte.

Ungeachtet jeder einzelne Staat ein selbständiges Gesetzgebungsrecht habe, so herrsche in der Mehrzahl der betreffenden Gesetze darüber Übereinstimmung, dass in allen den Fällen, in welchen ein Erwachsener in's Gefängnis oder in ein Korrektionshaus verbracht werden müsse, der jugendliche Rechtsübertreter einem Erziehungshaus übergeben werden solle und zwar wo möglich für die ganze Dauer der Minderjährigkeit.¹⁾

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons 1895. S. 1202.

§ 73.

Gegenwärtiger Stand der Jugendlichen-Fürsorge.

a. Belgien.

Auf Grund der Bestimmungen des Code pénal belge, welcher ebenso wie der französische Code pénal zwischen der enfance coupable und der enfance abandonnée unterscheidet, können jugendliche Delinquenten wegen mangelnden Unterscheidungsvermögens von dem Strafrichter freigesprochen, gleichzeitig aber in eine école pénitentiaire et de réforme verwiesen werden.

Als solche bestehen seit 1846 die Staatsanstalten in St. Hubert für Knaben und in Namur für Knaben und Mädchen.

Diese Anstalten stehen unter der Aufsicht des Justizministers als Chef der Gefängnis-Verwaltung.

Auf Grund des Gesetzes vom 5. April 1848 concernant les dépôts de mendicité et les écoles de réforme wurden die staatlichen écoles agricoles de réforme in Ruysselede (700 Köpfe) und Wyngen (100 Köpfe) für Knaben und zu Bernem (300 Köpfe) für Mädchen in's Leben gerufen, in welchen jugendliche Bettler, Landstreicher und Dirnen Aufnahme finden sollten.

Das Zustandekommen dieser beiden Arten von Anstalten zum Zwecke der Erziehung und Besserung der verbrecherischen und verwahrlosten Jugend wesentlich gefördert zu haben, ist ein Verdienst des Menschenfreundes Eduard Ducpétiaux (1804—1868).

Das Gesetz vom 6. März 1866 in gleichem Betreff ordnet an, dass Jugendliche, welche dem Bettel und der Landstreicherei ergeben sind, entweder zufolge gerichtlichen Spruchs oder Ermächtigung durch die Verwaltungsbehörde zur Verfügung der Regierung zu stellen (sont mis à la disposition du gouvernement) und in die écoles agricoles, welche der administration de bienfaisance (Wohlthätigkeits-Verwaltung) unterstehen, zu verbringen seien.

Seit Erlassung der Königlichen Verordnung vom 7. Juli 1891 tragen die écoles de réforme und die écoles agricoles den gemeinsamen Namen écoles de bienfaisance de l'Etat und unterstehen der administration de bienfaisance.

Das Aufnahmealter ist bei Knaben auf 14 Jahre festgesetzt, bei Mädchen auf 13.

Der Aufenthalt kann je nach der Aufführung 3—4 Jahre dauern.

Nach beendigter Anstaltserziehung sind die gebesserten Zöglinge, deren Entlassung immer nur eine widerrufliche ist, in Dienst- und Lehrstellen zu verbringen und zu diesem Zwecke der Fürsorge der Schutzvereine zu überweisen, welchen es obliegt, für die weitere erfolgreiche Durchführung des Besserungswerkes besorgt zu sein.

Eine Vereinbarung zwischen dem Justizminister, dem Minister des Innern und dem Präsidenten der schutzvereinlichen Fédération sucht eine Gewähr dafür zu schaffen, dass die Schutzvereine hinsichtlich der Auswahl von geeigneten Lehr- und Dienstherren, hinsichtlich der Verständigung der Letzteren über das Vorleben ihrer Schützlinge, sowie hinsichtlich der mit dem Fürsorgeramt verbundenen Pflichten ihre volle Schuldigkeit thun.

Es wurde deshalb auch der für die belgischen Schutzvereine bestimmte Staatszuschuss von jährlich 20 000 auf 30 000 Fcs. erhöht, damit die Jugendlichen-Fürsorge eine grössere Ausdehnung erlangen könne.

Ebenfalls auf einer Anordnung des Ministers le Jeune beruht es, dass behufs Regelung des gemeinschaftlichen Vorgehens der Gerichte, der Anwälte und der Vereine zum Schutze der verbrecherischen Jugend durch jedes parquet im Falle der Verurtheilung eines sechzehn Jahre alten Übelthäters ein eingehender Bericht über dessen persönliche Verhältnisse und die Art der ihm zur Last fallenden Gesetzesübertretung an den Vorstand der Anwaltskammer und den zuständigen Schutzverein erstattet werden soll.

Gegenüber diesem erfolgreichen Vorgehen auf dem Gebiete der Jugendlichen-Fürsorge, welches mit zu den grössten Verdiensten des auf dem Gebiete der schutzvereinlichen Reformarbeit in Belgien so überaus thätigen Ministers le Jeune gehört, ist es aufrichtig zu bedauern, dass der Versuch, ein Gesetz über die Entziehung der elterlichen Gewalt (*sur la déchéance de la puissance paternelle*) zu ermöglichen, bis jetzt erfolglos geblieben ist.

Darauf abzielende Gesetzentwürfe wurden in dem Jahre 1889 und 1893 von der Kammer abgelehnt.¹⁾

§ 74.

b. Dänemark.

Das Dänische Strafgesetz setzt die Altersgrenze für die Strafmündigkeit auf das vollendete zehnte Lebensjahr fest. Die zur Erziehung und Besserung der verwahrlosten und bestraften Jugend erforderlichen Massregeln können nur im Verwaltungswege getroffen werden. Zu diesem Zwecke bestehen zwei Erziehungsanstalten, die in Flakkebjerg bei Stagelse, (gegründet 1836 und zur Aufnahme von 60 Knaben bestimmt) und die in Landerupgaard bei Kolding (gegründet 1867 für 100 Knaben.) Beide sind Privatunternehmen, welche der Leitung eines besonderen Aufsichtsrats unterstellt sind und jährliche staatliche Unterstützungen von 1600 bzw.: 2400 Kr. beziehen.

Hier finden Knaben im Alter von 8—14 Jahren auf die Dauer von zwei bis drei Jahren Aufnahme.

Fast alle Zöglinge sind schon wegen Bettels, Landstreicherei und Diebstahls straffällig gewesen. Während der Dauer des Besserungswerkes ist das väterliche Erziehungsrecht auf die Anstaltsleitung übertragen. Letztere sorgt für die Unterbringung der gebesserten Zöglinge.²⁾

Im Jahre 1897 ist der Entwurf zu einem Zwangserziehungsgesetze, welcher dem Badischen Gesetze ziemlich gleichkommt, ausgearbeitet worden.³⁾

§ 75.

c. Deutsches Reich.

Im Deutschen Reich bestehen zur Zeit noch keine gesetzlichen Anordnungen, durch welche die öffentliche Zwangs-

¹⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1892 S. 215, 1893 S. 88, 363 u. 501, 1894 S. 587; 1895 S. 541.

²⁾ Siehe le Rapport sur les maisons d'éducation correctionnelle de Flakkebjerg et de Landerupgaard en Danemark présenté au IV Congrès pénit. intern. de St. Pétersbourg 1890 par la Direction supérieure Copenhague Imprimerie Schulz 1890.

³⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1897 S. 602.

erziehung als eine Einrichtung anerkannt wird, welche zutreffenden Falls gegenüber allen Reichsangehörigen gleichmässig zur Anwendung zu kommen hat.

Auch das mit dem Jahre 1900 in Kraft tretende deutsche bürgerliche Gesetzbuch wird die in dieser Beziehung auf dasselbe gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen.

Es ist dies ein Missstand, welcher nicht nur vom nationalen Standpunkt zu beklagen ist, sondern auch deshalb mit Recht bemängelt wird, weil die wichtigsten öffentlichen Interessen die einheitliche Regelung der der gesamten verwahrlosten und verbrecherischen Jugend innerhalb des Deutschen Reiches zuzuwendenden Fürsorge sowie der hieraus für die einzelnen Staatsregierungen sich ergebenden Pflichten gebieterisch fordern.

Nach den bis jetzt bestehenden strafgesetzlichen Bestimmungen (§ 55 und 56 R. Str. Gb.) können jugendliche Übelthäter, welche die Strafmündigkeit (vollendetes 12. Lebensjahr) noch nicht erlangt haben, nach Massgabe der landesgesetzlichen Vorschriften durch die Vormundschaftsbehörde, nachdem solche die strafbare Handlung festgestellt hat, in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt verwiesen werden.

In gleicher Weise können, jedoch nur auf Grund eines strafgerichtlichen Ausspruches, diejenigen jugendlichen Gesetzesübertreter behandelt werden, welche zu einer Zeit, als sie das 12 aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatten, eine strafbare Handlung begangen haben, hierwegen aber deshalb freigesprochen worden sind, weil sie bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besaßen.

Neben diesen strafrechtlichen Bestimmungen und mit zur Ermöglichung ihres Vollzuges bestehen besondere Zwangserziehungsgesetze in Preussen (seit 1878), Oldenburg (1880), Sachsen-Weimar (1881), Mecklenburg-Schwerin (1881), Lübeck (1884), Baden (1886) mit einer den Vollzug der Zwangserziehung sichernden Strafbestimmung (§ 71b Bad. Polizeistrafgesetzbuch seit 1894), Hamburg und Hessen (1887), Braunschweig und Elsass-Lothringen (1890).

In Bayern soll ein solches in Vorbereitung begriffen sein.

All diesen Gesetzen, mit Ausnahme des preussischen, welches nur die Fürsorge für jugendliche bestrafte und freigesprochene Übelthäter zum Gegenstand hat, ist das gemein, dass sie die öffentliche Zwangserziehung gegenüber allen Arten von jugendlichen Verwahrlosten in Aussicht nehmen und den Gerichten hinsichtlich der Zulässigkeitserklärung der gedachten Massregel zum Teil sehr weitgehende Befugnisse einräumen und die während der ganzen Dauer des Besserungswerkes in Anwendung zu bringenden Zwangsmittel unter Einschluss der Kostenfrage genauestens regeln.

Ausserdem finden sich in den bürgerlichen Gesetzbüchern der einzelnen Länder Bestimmungen, welche die Vormundschaftsbehörde ermächtigen, gegen Eltern und Vormünder, welche ihre Erziehungspflichten gewissenlos vernachlässigen, in einer das Interesse des verwahrlosten Kindes sichernden Weise einzuschreiten.

Zur Durchführung der Bestimmungen des § 56 R. Str. Gb. sowie der Landes-Zwangserziehungsgesetze bestehen besondere staatliche Besserungsanstalten in Preussen (teils Staats- teils Provinzial- oder Kommunal-Anstalten), in Braunschweig, Elsass-Lothringen, Hamburg, Oldenburg und Sachsen-Weimar.

Die badischen Erziehungsanstalten in Flehingen und Sickingen (weibliche) stehen unter Leitung des schutzvereinslichen Zentralausschusses. Die erstgenannten sowie die Erziehungsanstalt Scheibhardt für weibliche Zwangszöglinge erhalten ansehnliche Staatsunterstützungen.

Die Zahl der Privat-Rettungshäuser im Deutschen Reiche ist eine sehr grosse.

Auf die Benützung derselben sind diejenigen staatlichen Behörden angewiesen, welchen zur Förderung ihrer Erziehungsaufgaben keine Staatsanstalten zur Verfügung stehen.

Nach einer Privatstatistik von 1897, welche, insoweit hierbei die ausschliesslich protestantischen und paritätischen Anstalten (die staatlichen u. s. w. miteinbegriffen) in Betracht kommen, wohl die vollständigste und zuverlässigste sein dürfte, bestehen 343 Anstalten, welche sich mit der Erziehung und Besserung von verwahrlosten Kindern befassen, mit einer Belegungsfähigkeit von 16195 Köpfen. Zwangszöglinge waren 4286 vorhanden.

Hierzu kommen noch die ausschliesslich katholischen Anstalten, deren Zahl und Leistungsfähigkeit ebenfalls keine geringe ist.

Die Zahl der Anstalten, welche nur Zöglinge im Alter bis zu 14 Jahren aufnehmen, überwiegt weitaus.

In Baden allein sind es 22 teils konfessionelle teils paritätische Anstalten, welchen die Regierung die Ermächtigung zur Aufnahme von Zwangszöglingen unter vierzehn Jahren erteilt hat.

Der Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene im Königreich Württemberg dagegen beschränkt sich darauf, Jahresbeiträge von je 100 Mk. an die Rettungsanstalt für gefallene Mädchen evangelischer Konfession in Leonberg, an die Rettungsanstalt zum guten Hirten für katholische Mädchen in Neresheim, an die Rettungsanstalt für verbrecherische Knaben evangelischer Konfession auf dem Schönbühl und an die Rettungsanstalt St. Konradihaus für katholische Knaben in Schilkklingen zu bezahlen.

Auch verpflichtet sich der genannte Verein dazu für die Verbringung von bestraften Jugendlichen beiderlei Geschlechts in die für sie passenden Rettungsanstalten besorgt zu sein.

Der Frankfurter Gefängnis-Verein hat in Dillingen ein Rettungshaus für konfirmierte Knaben gegründet.

Diese Privatanstalten stehen nicht in gegenseitigen Beziehungen, vielmehr stützen sie sich entweder auf die evangelische Innere Mission oder auf die katholischen Religions-Kongregationen, deren Schöpfung sie sind oder auch auf die Schutzvereine für entlassene Gefangene.

Die Mehrzahl der letzteren erkennt die Fürsorge für jugendliche Straftentlassene als eine satzungsmässige Aufgabe an.

Ein planmässiges Vorgehen findet nur bei den Vereinen des badischen Landesverbandes sowie neuerdings auch bei

¹⁾ Siehe Statistik der evangelischen Rettungshäuser Deutschlands zusammengestellt und herausgegeben von dem Zentralausschuss für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche mit einem Vorwort von P. Kirstein zu Templin; Berlin 1897, Kommissionsverlag von Martin Warneck Verlagsbuchhandlung; ferner der Vortrag von J. Wichern über die Einrichtung von Anstalten für sittlich gefährdete konfirmierte Knaben 1893. Verlag der Agentur des Rauhen Hauses bei Hamburg.

denen der Gefängnis-Gesellschaft für Preussisch Sachsen, Dessau und Bernburg, sowie bei der Gefängnis-Gesellschaft in Frankfurt a. M. und bei dem Schutzvereine für den Bezirk Unterelsass in Strassburg statt.

Das Inkrafttreten des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches wird folgende Änderungen im Gefolge haben:

Dasselbe giebt in § 1666, falls das geistige oder leibliche Wohl eines Kindes dadurch gefährdet wird, dass der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes missbraucht das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht, dem Vormundschaftsgericht die Ermächtigung die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Massregeln zu treffen. Letzteres kann insbesondere anordnen, dass das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht wird.

Nach § 1838 kann das Vormundschaftsgericht anordnen, dass der Mündel zum Zweck der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder einer Besserungsanstalt untergebracht wird.

Steht dem Vater oder der Mutter die Sorge für die Person des Mündels zu, so ist eine solche Anordnung nur unter den Voraussetzungen des § 1666 zulässig.

Durch Art. 34 II des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch wird bestimmt, dass an die Stelle des § 55 des Reichsstrafgesetzbuches folgende Vorschriften treten: Wer bei Begehung der Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden. Gegen denselben können jedoch nach Massgabe der landesgesetzlichen Vorschriften die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Massregeln getroffen werden. Die Unterbringung in einer Familie, Erziehungsanstalt oder Besserungsanstalt kann nur erfolgen, nachdem durch Beschluss des Vormundschaftsgerichts die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist.

Nach Art. 135 desselben Einführungsgesetzes endlich bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Zwangserziehung Minderjähriger unberührt. Die Zwangserziehung ist jedoch unbeschadet der Vorschriften der § 55 und 56 des

Reichs-Strafgesetzbuches nur zulässig, wenn sie von dem Vormundschaftsgericht angeordnet wird. Die Anordnung kann ausser den Fällen der §§ 1666 und 1838 des bürgerlichen Gesetzbuches nur erfolgen, wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig ist.

Die Landesgesetze können die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige, dessen Zwangserziehung angeordnet ist, in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen sei, einer Verwaltungsbehörde übertragen, wenn die Unterbringung auf öffentliche Kosten zu erfolgen hat.

Hiernach ist die Zwangserziehung zulässig im Falle des § 1666 bürgerlichen Gesetzbuches (Verschulden des Vaters an der sittlichen Verwahrlosung des Kindes), in dem singulären Fall des § 1838 ebenda, im Falle der §§ 55 und 56 R. St. Gb. (strafbare That der Jugendlichen) sowie in dem Falle wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen, sittlichen Verderbens des Verwahrlosten notwendig ist, hier aber nur auf Grund von landesgesetzlichen Vorschriften; auf solche ist auch in den §§ 55 und 56 R. Str. Gb. Bezug genommen. Die Erlassung derartiger Vorschriften, in sofern sie nicht schon in Wirksamkeit sind, wird sich als unerlässliches Bedürfnis erweisen gegenüber der Thatsache, dass zwischen den soeben erwähnten gesetzlichen Bestimmungen kein klar zu Tag tretender innerer Zusammenhang besteht und dass schon aus diesem Grunde deren Anwendung erschwert wird, dass aber auch weitaus der grössere Teil der Zwangszöglinge vermögenslos ist und keine unterstützungspflichtigen Verwandten besitzt, so dass die Frage, wer die Kosten des vom Gesetz vorgesehenen Erziehungs- und Besserungswerkes zu tragen habe, der genauesten gesetzlichen Regelung bedarf, wenn nicht gerade hieran die erfolgreiche Einleitung des letzteren scheitern soll.

§ 76.

d. England.

Hinsichtlich der Fürsorge für die verwahrloste und verbrecherische Jugend ist schon seit Jahrzehnten der Grund-

satz massgebend, dass an die Stelle der Einsperrung die sittliche und religiöse Wiederaufrichtung, an die Stelle des Gefängnisses die Schule zu treten habe.

Der planmässigen Durchführung dieses Grundsatzes, welcher mit den ursprünglichen Anschauungen John Howard's, wie sie bei der Gründung des ersten, für die Erziehung von sittlich verwahrlosten und straffälligen Jugendlichen bestimmten Asyls in Redhill bei London im Jahre 1788 zur Anwendung gekommen sind, vollständig im Einklange steht, glaubt man es verdanken zu müssen, dass die Zahl der erwachsenen Verurteilten (über 16 Jahre) von 163 343 des Jahres 1861, nachdem sie sich bis zum Jahre 1882 auf 175 366 gesteigert, von da an aber bis zum Jahre 1894 auf 152 880 vermindert hat. Dagegen hat die Zahl der verurteilten jugendlichen Gesetzesübertreter (bis zu 16 Jahren) von 8801 des Jahres 1861 und 5700 des Jahres 1882 sich bis zum Jahre 1894 bis auf 2252 verringert.

Zum Zweck der zwangsweisen Jugenderziehung bestehen verschiedene von Privaten oder Gemeinden gegründete Anstalten, welchen, sobald sie staatlicherseits die erforderliche Ermächtigung erhalten haben, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen Zöglinge, aber immer nur bis zum sechszehnten Lebensjahre zugewiesen werden können.

a. Die Reformatory Schools. Diese sind bestimmt für jugendliche Übelthäter im Alter von 12—16 Jahren, welche zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 14 Tagen verurteilt worden sind, bezüglich welcher aber entweder das Gericht die Verbringung in eine Besserungsanstalt für notwendig erachtet, oder aber zu gleichem Zwecke Begnadigung durch die Königin eintritt. (Das Strafmass, wie es die Gesetze von 1854 und 1857 festgestellt haben, wurde durch ein Gesetz von 1869 auf zehn Tage herabgesetzt und durch ein Gesetz von 1893 ganz beseitigt). Das Vorhandensein dieser Art von Schule hat das Fortbestehen einer besonderen Strafanstalt für jugendliche Bestrafte unnötig gemacht.

Der Aufenthalt dauert der Regel nach 3 Jahre, aber nicht über das 16. Lebensjahr hinaus. Nach 18 monatlichem gutem Verhalten kann die probeweise Entlassung verfügt werden.

Am 31. Dezember 1895 waren 50 solche Schulen mit 4816 Zöglingen vorhanden. Die grösste unter denselben ist die von Redhill mit 300 Zöglingen, welche in mehreren selbständigen Abteilungen untergebracht sind.

b. Die Industrial-Schools für sittlich verwahrloste, aber noch nicht bestrafte Kinder im Alter von 7—16 Jahren. Die Einweisung erfolgt durch den Friedensrichter. Diese Massregel ist schon bei drohender starker Verwahrlosung zulässig.

Am 31. Dezember 1896 waren 142 solche Schulen mit 17373 Zöglingen vorhanden. Die grösste ist die von Feltham mit 700 Kindern, welche aber in sieben ganz getrennten Unterabteilungen verteilt sind.

c. Die truant Schools zufolge Gesetz von 1870 für die jugendlichen Schulschwänzer bestimmt, welche dem Bettel und der Landstreicherei schon verfallen sind und in den Schulen zu b. ein zu störendes Element bilden würden. Es giebt 15 solche Schulen, in welchen ausschliesslich Knaben bis zu sechszehn Jahren Aufnahme finden. Es herrscht hier ein sehr strenges Reglement. Fortgesetzte Arbeit, die schweigsam verrichtet werden muss und nur kurze Erholungspausen.

Im Jahre 1895 waren hier 1221 Kinder untergebracht. Die Erfolge sind keine bemerkenswerten und giebt es viele, die zum zweitenmal der Anstalt übergeben werden müssen.

d. Die Schulschiffe (homeless boys Ships), ebenfalls staatlich genehmigte Privatunternehmungen, welche sich die Aufgabe stellen, ihre Zöglinge als Seeleute auszubilden, welche entweder für die Königliche Marine oder für Handelsschiffe bestimmt sind. Drei derselben sind nach Art der Schulen zu a und acht nach denen zu b eingerichtet; Aufnahmealter 12 bzw. 11 Jahre. Das Marine-Kommando weist Zöglinge, welche aus den Schulen zu a überwiesen werden wollen, grundsätzlich zurück.

Diejenigen Zöglinge, welche sich schlecht halten, werden in die Schulen zu a. oder b. verbracht.

Die Erfolge sind nicht sehr günstige. Seit der Gründung bis zum 31. Dezember 1894 haben nur 8731 Zöglinge sich für den Seedienst engagieren lassen (etwa 56%), während die übrigen wieder an Land gingen, ungeachtet sie keinen

ihren Lebensunterhalt sichernden Beruf erlernt hatten und deshalb häufig grossem Elend sich preisgegeben sahen.

Auch diesen Anstalten werden Staatszuschüsse von sechs Schilling für die Woche und den Kopf gewährt.

Die Aufenthaltsdauer in den Schulen b. und c. kann auf 2—5 Jahre festgesetzt werden.

e. Die industriellen Schulen, in welchen nur Externe Aufnahme finden, gemäss Gesetz von 1876. Sie sind für die grossen Städte bestimmt und sollen zur Erleichterung der armen Eltern dienen, welchen die Sorge für den Unterricht und die Ernährung und Reinlichkeit ihrer Kinder schon im jugendlichsten Alter abgenommen werden soll. Im Jahre 1895 waren 23 solche Schulen mit 2345 Knaben und 878 Mädchen vorhanden. Die Ergebnisse sind günstige.

Zu Gunsten der Zöglinge, welche aus den Industrial-Schools als gebessert entlassen werden und weder bei ihren Eltern noch auch bei ihrem zukünftigen Dienstherrn Aufnahme finden, sondern als Lehrlinge oder Arbeiter eingestellt werden, wurden Home for homeless children (Asyle zur Beherbergung) gegründet, in welchen Schützlinge der bezeichneten Art und zwar beiderlei Geschlechts Wohnung, Kost und sonstige Unterstützung durch Rat und That erhalten, bis ihr Lohn dies nicht mehr erforderlich macht.

Die Mittel hierzu liefert, ebenso wie für die Schulen die Privatvereinsthätigkeit. Die Zuschüsse des Staates beziffern sich auf etwa 30% des wirklichen Aufwands. Sämtliche Anstalten, welche solche Zuwendungen erhalten, stehen unter Staatsaufsicht und ändert hieran der Umstand nichts, dass diese verschiedenen Schulen konfessionell streng von einander geschieden sind.

In den gleichen Händen ruht die Sorge für die Unterbringung der gebesserten Zöglinge in geeignete Dienst- oder Lehrstellen.

Für diesen Zeitabschnitt des Besserungswerkes giebt es nach zurückgelegtem sechzehnten Lebensjahre keine gesetzlichen Zwangsmittel mehr.

Der Ermittlung von geeigneten Stellen auf dem Lande wird der Vorzug gegeben (boardinghouse). Überhaupt macht sich neuerdings eine Strömung dahin geltend, dass auch schon

in früheren Altersstadien die Unterbringung von besserungsfähigeren Kindern in tüchtigen, zuverlässigen Familien auf dem Lande in's Auge zu fassen sei und deshalb die Anstalts-erziehung, welche ohnedies sehr kostspielig sei, nur in ganz ernstesten Fällen in Betracht gezogen werden sollte.

Die Erfahrungen, welche man mit der Verbringung von jugendlichen Schützlingen in die Kolonien namentlich nach Kanada gemacht hat, sind keine günstigen. Die Beaufsichtigung der Pflegeeltern ist erschwert und deshalb die Ausbeutung der Pflegekinder durch letztere nicht zu verhindern. Auch haben die Kolonien selbst gegen den ferneren Import von derartigem Ansteckungsstoff Protest erhoben.¹⁾

§ 77.

e. Frankreich.

Als gesetzliche Bestimmungen, welche die Zwangserziehung ermöglichen sollen, können die des Art. 66 des Code pénal gelten, sowie die des Gesetzes vom 5. August 1850 sur l'éducation et le patronage des jeunes détenus.

Erstere ordnen an, dass jugendliche Übelthäter, welche hinsichtlich der Strafbarkeit ihrer Handlung das erforderliche Discernement nicht besitzen, freigesprochen werden können, gleichzeitig aber entweder ihren Eltern oder einem Maison de correction zu überweisen seien.

Letztere bezwecken die Durchführung des Grundsatzes, dass Strafen, welche gegen jugendliche Personen erkannt worden sind, nicht anders als entweder in den Colonies pénitentaires oder in den Colonies correctionnelles zur Vollstreckung gebracht werden sollen.

In die Colonies pénitentaires seien auch die nach § 66 des Code pénal freigesprochenen Jugendlichen zu überweisen. Dabei wurde ähnlich wie in England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorausgesetzt, dass die Sorge für die Gründung der erforderlichen Erziehungsanstalten lediglich

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1889. S. 534, 1894 S. 1245; Louis Riocère, l'éducation correctionnelle en Angleterre. (Extrait de la Revue pénitentiaire Avril 1897).

Privatpersonen und der freien Vereinsthätigkeit überlassen werden könne und für den Staat nur ein fürsorgliches Eintreten notwendig sei.

Das Gesetz vom 24. Juli 1889 sur la protection des enfants maltraités ou moralement abandonnés, an dessen Zustandekommen die um den Jugendschutz so hoch verdienten Mrs. Théophile Roussel und Félix Voisin einen grossen Anteil haben, räumt den Gerichten die Befugnis ein, falls die sittliche Verwahrlosung von Kindern darin ihren Grund hat, dass entweder deren Eltern ihre Erziehungspflichten gewissenlos vernachlässigen oder ein lasterhaftes Leben führen oder dass sie überhaupt sich nicht mit denselben beschäftigen können, die Elternrechte solchen Eltern zu entziehen und auf die Organe der assistance publique (Armenbehörde) zu übertragen, welche diese Schützlinge bis zum achtzehnten Lebensjahre in eigens von ihr gegründete Asyle unterbringt oder auf Grund von Vereinbarungen sie an Erziehungsanstalten abgibt, welche gerade zu diesem Zweck von Wohltätigkeitsvereinen gegründet worden sind.

Damit soll namentlich der häufigeren Verbringung von noch nicht zur Strafe gezogenen Jugendlichen (siehe auch die Loi Bérenger über die condamnation conditionnelle) vorgebeugt werden. (siehe §§ 42 ff. des Führers.)

Hinsichtlich der Kosten der gerichtlich angeordneten Erziehung wurde der Grundsatz angenommen, dass dieselben der Familie des Kindes zur Last fallen und nur im Falle ihrer Mittellosigkeit von der Armenbehörde getragen werden sollen. Übrigens ist es ebenfalls die Aufgabe des Gerichts, gleichzeitig mit der Entziehung der elterlichen Gewalt die Quote festzusetzen, welche die Eltern für die Erziehungskosten aufzubringen haben ¹⁾).

Bezüglich der übrigen Erziehungsaufgaben beschränkte sich der Staat darauf, entweder eigene Anstalten in's Leben zu rufen und zu unterhalten — zur Zeit bestehen acht solche, darunter die Colonie agricole des Douaires mit

¹⁾ Siehe Mr. Brueyre, membre du conseil de l'assistance publique De la Loi du 24 Juillet 1889 et de son application Paris, librairie Marchal et Billard 27 Place Dauphine.

600 Zöglingen im Alter von 12 bis 20 Jahren und einem landwirtschaftlichen Gelände von 800 ha — oder aber Privat-erziehungsanstalten, welche sich seiner Aufsicht unterstellen, mit nicht unerheblichen Zuschüssen zu unterstützen. Unter diesen verdienen die schon im Jahre 1839 durch Mr. de Metz nach dem Muster des Wichern'schen Rauhen Hauses in Hamburg gegründete Colonie agricole de Mettray und die von Ste. Foy (für Protestanten) erwähnt zu werden.

Eine von der Stadt Paris gegründete und geleitete Besserungsanstalt befindet sich in Montesson.

Während hiernach der Schwerpunkt der gesetzlichen Fürsorge für die verwahrloste und verbrecherische Jugend in der Bereithaltung und Durchführung der Anstaltserziehung liegt, ist die Fortsetzung des damit eng zusammenhängenden, innerhalb einer Familie sich vollziehenden Besserungswerkes der Hauptsache nach den Händen der freien Vereinsthätigkeit anvertraut und findet dadurch eine sehr warme Pflege, dass sie die Überführung der gebesserten Anstaltszöglinge in das Berufsleben vermittelt und sodann sie in Aufsicht nimmt.

Das Vereinsleben in dieser Beziehung ist in Paris und einigen grösseren französischen Städten sehr glücklich entwickelt.

Die bedeutendste Vereinigung ist die Union française pour le sauvetage de l'Enfance in Paris, gegründet 1888 durch die Damen de Barreau et Kergomard unter dem Vor- sitze von Jules Simon mit der Aufgabe, Kinder gegen ihre unwürdigen Eltern in Schutz zu nehmen und dem Vollzuge des Gesetzes vom 14. Juli 1889 sur la protection des enfants maltraités ou moralement abandonnés dadurch Vorschub zu leisten, dass sie dem schlimmen Einfluss derselben entzogen und bei braven Familien auf dem Lande in der Landwirtschaft oder im gewerblichen Leben untergebracht werden. Nur ausnahmsweise soll Anstaltserziehung eintreten.

Ähnliche Vereine oder Veranstaltungen bestehen in Lyon, Marseille, Toulon, Bordeaux, Montpellier und Nîmes, welche Verbindungen mit dem Pariser Verein behufs gegenseitiger Unterstützung bei der Unterbringung von jugendlichen Schützlingen unterhalten.

Die anfänglichen Ausgaben im Betrage von 4832 Fcs. haben sich vom Jahre 1888 bis 1893 auf 118943 Fcs. 5⁰/₀ gesteigert ¹⁾).

Ähnliche Bestrebungen verfolgt le Patronage de l'Enfance et de l'Adolescence in Paris.

Unter einer grössern Zahl von katholischen, protestantischen und israelitischen, sowie auch von konfessionslosen (laïques) Vereinen sind hervorzuheben:

1. la Société de patronage des jeunes détenus et des jeunes libérés du département de la Seine in Paris. Dieselbe lässt sich von dem Grundsatz leiten, dass jugendliche Gesetzesübertreter bis zum 20. Jahre zwar vor das Korrektionsgericht gestellt, fürsorglich aber mit Strafe verschont und einer strengen Erziehungsgewalt unterstellt werden sollten. Aus der Anstalts-erziehung erfolgt die Entlassung schon nach sechsmonatlichem gutem Verhalten.

Diese Gesellschaft ist sehr selbständig und verzichtet auf jeden Staatsbeitrag. 73 ⁰/₀ der Schützlinge werden in ein geordnetes Leben zurückgeführt.

2. La Société de protection des Engagés volontaires (des armées de terre et de mer) 1878 gegründet von dem um das Schutzwesen in Frankreich hochverdienten Mr. Félix Voisin in Paris. Der verbrecherischen und verwahrlosten Jugend soll die Gelegenheit zur Wiedergutmachung ihrer Verfehlungen dadurch geboten werden, dass die Schützlinge im Falle guten Verhaltens in die Armee als Freiwillige eingewiesen werden und hier dem Dienste des Vaterlandes sich widmen können. Im Jahre 1893 hat die Zahl solcher Schützlinge 1651 betragen, darunter 477 bestrafte Jugendliche und 357 verwahrloste. Das Verhalten der letztern hat weniger befriedigt als das der ersten.

Im Jahre 1889 erhielt der Verein anlässlich der Exposition Universelle den grossen Preis (grand prix.)

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1891. S. 136, 973 und 1117.

3. Die Colonie pénitentiaire de Belle Isle, welche sich die Aufgabe setzt, ihre Zöglinge zu jungen Seeleuten auszubilden.¹⁾

Eine besondere Aufgabe des Jugendschutzes verfolgt das im Jahre 1891 gegründete Comité de défense des enfants traduits en justice in Paris. Dasselbe hat die Anregung zu allen Reformen gegeben, welche im Interesse der strafbaren Jugend innerhalb des Geschäftskreises du tribunal du département de la Seine sich vollzogen haben. Das Gesetz vom 20. Mai 1863, welches anordnet, dass jeder auf frischer That ertappte Übelthäter, unmittelbar vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden könne, erwies sich gegenüber den jugendlichen Gesetzesübertretern als eine Härte, weil diese der Regel nach auf frischer That ertappt werden und ihre sofortige Stellung vor Gericht zur Folge hat, dass letzteres in Ermangelung von genügenden Vorerhebungen über das Vorleben des Beschuldigten vor die Alternative gestellt, entweder die Verweisung in eine maison de correction auszusprechen — was oft zu hart erscheine — oder die Anordnung der Zurückverbringung in das Elternhaus zu erlassen — was andererseits als eine nicht genügende Massnahme sich erweise —, das discernement annähme und demgemäss eine Freiheitsstrafe mit all ihren unheilvollen Folgen hinsichtlich des casier judiciaire (Strafregister) des Beteiligten für sein späteres Fortkommen ausspreche.

Um diesem schweren Missstande, in welchem oft der alleinige Erklärungsgrund für die rasch eintretende Rückfälligkeit liege, zu begegnen, hat das Comité de défense des enfants traduits en justice im Benehmen mit dem Gerichtspräsidenten in Paris eine Vereinbarung über ein neues im Interesse der Jugendlichen von sechzehn Jahren einzuhalten- des Verfahren getroffen.

Ist der Richter der Ansicht, dass eine Zurückverbringung in's Elternhaus nicht zulässig erscheine, so werden Vorerhebungen gemacht und erfolgt die Aufstellung eines Anwalts.

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1888 S. 104, 108 u. 335; 1889 S. 124; 1892 S. 863, 1003 u. 1015; 1893 S. 383, 474, 980 und 1894 S. 684 u. 1087.

Auf Grund der ersteren sind dreierlei Entschliessungen möglich, entweder erfolgt doch die Zurückgabe an die Eltern oder aber die Verweisung an das seitens der assistance publique (Armenbehörde) gegründete Asyl zur mehrwöchentlichen Beobachtung. Letztere berichtet dem Richter über das Verhalten des Jugendlichen und über sonstige Erkundigungen, worauf je nach der Besserungsmöglichkeit eine Freisprechung mit nachfolgender Erziehung im Elternhause oder in einer Anstalt bezw. die Verurteilung zu Strafe und die etwaige Verbringung in eine maison de correction eintreten soll.

Dieses Verfahren wird den ausserhalb Paris befindlichen Gerichten mit dem zur Nachahmung empfohlen, dass damit den Härten des Gesetzes vom 20. Mai 1863 vorgebeugt und mancher auf Irrwege geratene Jugendliche wieder der strengen Pflichterfüllung zugeführt werden könne.¹⁾

Übrigens dürfte auch in diesen Fällen die Loi Bérenger sur la condamnation conditionnelle in entscheidenden Betracht kommen.

Alle die obenerwähnten Vereinigungen haben das Bewusstsein ihrer Interessen-Gemeinschaft und ihr Bestreben, in nähere, die gemeinsame Arbeit gegenseitig fördernde Beziehungen zu einander zu treten, damit unzweideutig zu erkennen gegeben, dass sie der über ganz Frankreich sich ausdehnenden Union des de Sociétés de patronage, welche im April 1894 ins Leben getreten ist und die Gefangenenschutz-Thätigkeit in regen Fluss bringen will, als Mitglieder sich angeschlossen haben.²⁾

§ 78.

f. Holland.

Das holländische Strafgesetzbuch vom 3. März 1881 unterscheidet zwischen der absoluten Strafmündigkeit (Altersgrenze 10 Jahre) und der relativen (16 Jahre). Erfolgt hier nach Freisprechung aber unter gleichzeitiger Erforderlich-

¹⁾ Bull. de l'Union des Soc. d. patr. de France 1897 S. 1697.

²⁾ Siehe Bulletin de l'Union des Sociétés de patronage de France N: 1. Juin 1895 S. 11 u. f. Paris 14 place Dauphine.

erklärung der Zwangserziehung, so wird letztere in Staatsanstalten durchgeführt und zwar für die Knaben in Alkmar und für die Mädchen in Montfoort.

Nebenher bestehen verschiedene protestantische Privatanstalten, welche aber bestrafte Jugendliche nicht aufnehmen. Dahin gehört das von Suringar nach dem Vorbilde von Mettray im Jahre 1857 gegründete Nederlandsche Mettray in Gorssel bei Züpfen.

Am 16. März 1893 wurde auf Anregung des Professors von Hamel ein Verein „pro juventute“ in Amsterdam gegründet, welcher sich die Fürsorge für die verbrecherische Jugend zur Aufgabe stellt und dessen Satzungen durch königliches Dekret genehmigt worden sind.

Er besteht aus drei Sektionen, deren erste wissenschaftliche Besprechungen abhält, die zweite schliesst dreissig Anwälte in sich, welche mit der Vertretung der einzelnen jugendlichen Übelthäter vor Gericht betraut werden und die dritte sorgt für deren Unterbringung in geeignete Familien bezw. für deren berufliche Ausbildung.

Der Verein hat am 1. Oktober 1896 mit seiner Thätigkeit begonnen und sofort 60 jugendliche Verbrecher in seine Fürsorge genommen.¹⁾

§ 79.

g. Italien.

Zum Zweck der öffentlichen Erziehung bestehen in Italien die case di correzione, durchweg Staatsanstalten, in welchen auf Grund des Art. 88 des Codice penale freigesprochene, aber in ein Arbeitshaus verwiesene jugendliche Übelthäter verbracht werden. Solche Anstalten finden sich in Bologna, Florenz, Pisa, Rom (Tivoli) und Turin.

Neben diesen bestehen die case di riforma e'd'educazione, welche für die Jugendlichen bestimmt sind, welche entweder als unbotmässige Kinder gemäss Art. 222 des Codice civile oder auf Grund des Art. 27 des Gesetzes von 1865 über die Sicurezza pubblica als jugendliche Bettler und Landstreicher in staatlich überwachte Verwahrung zu nehmen sind.

¹⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1897 S. 132.

Diese letzteren Anstalten stehen unter der Leitung von Privatvereinen und unterliegen, falls sie sich zur Aufnahme von allen Kindern, welche staatlicherseits ihnen zugeführt werden, verpflichten, einer strengen staatlichen Beaufsichtigung, auch erhalten sie Zuschüsse zu den Verpflegungskosten.

Solche Erziehungsanstalten bestehen in Venedig (das Institut Manin für Mädchen und für Knaben), in Padua (das Institut Camerini Rossi), in Treviso (das Institut Turazza), ferner zwei in Brescia. Eine Anstalt in Pisa ist ausschliesslich für die der *correzione paterna* unterworfenen Kinder bestimmt. Hier wurde erstmals mit Erfolg der Versuch gemacht, bei der Durchführung des Erziehungswerkes auf die Anwendung von Strafen möglichst zu verzichten.

Vereine zur Fürsorge für jugendliche Bestrafte sowie auch für solche, welche aus den *case di correzione* entlassen werden, bestehen in Bologna und Lucca.

In neuerer Zeit wird auf die Unterbringung von jugendlichen Verwahrlosten in Familien auf den Lande grösserer Wert gelegt.

In Genua lässt Professor Nicolo Garacanta seit 1886 auf einem alten Schiff *la Redenzione* alljährlich eine Anzahl von jugendlichen Bestraften von nicht über 16 Jahren zum geringeren Teil als Schiffsjungen für die Handelsmarine, zum grösseren Teil zur Aufnahme in die Torpedoboots-Schule in Spezzia theoretisch und praktisch ausbilden.

Kommandant des Schiffes ist ein früherer Zögling, der hier ausgebildet worden ist und später die Rettungsmedaille erhalten hat

Bis zum Jahre 1894 sind 178 Jungen in den beiden Abteilungen mit Erfolg ausgebildet worden. Dieses Unternehmen ist durch ansehnliche Geldzuschüsse aus den Städten Genua, Santo Pietro di Arena und Mailand gefördert worden. In letzterer Stadt hat sich ein besonderes Komitee gebildet, welches für die Verpflegungskosten von zwölf strafentlassenen Zöglingen aufkommt. — Die Kosten für den Ankauf eines neuen Schiffes werden durch Wohlthäter in Genua aufgebracht. Anlässlich einer italienisch-amerika-

nischen Ausstellung wurde dem Unternehmer eine goldene Medaille zuerkannt¹⁾).

§ 80.

h. Österreich-Ungarn.

A. Österreich. Nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches von 1852 ist ein Kind nach zurückgelegtem vierzehnten Lebensjahr in strafrechtlicher Beziehung vollständig verantwortlich und findet nur bei Strafen wegen Vergehens eine Milderung statt, dagegen wird die Frage wegen des Unterscheidungsvermögens nie gestellt.

Seit 1889 ist bezüglich des Strafvollzuges die wohlthätige Neuerung eingetreten, dass in den Strafanstalten in Prag und Marburg je eine besondere Abteilung eingerichtet wurde, in welcher jugendliche Verbrecher, welche noch keine Strafe verbüsst haben, und zu einer Strafe von weniger als einem Jahr verurteilt sind, gemeinsam eingesperrt werden; hier wird ihrer sittlichen Besserung sowie ihrer Vorbereitung für einen Beruf (Landwirtschaft mitinbegriffen) die grösste Sorgfalt zugewendet. Die Erfolge sind sehr günstige, denn man zählt 80% Gebesserte und etwa 4% Rückfällige.

Auf Grund des Gesetzes vom 24. Mai 1885 über die Errichtung von Zwangs- und Besserungsanstalten können Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren, welche wegen Bettels und Landstreicherei schon bestraft worden sind und bezüglich welcher die gesetzlichen Voraussetzungen zur Verweisung in eine Zwangsarbeitsanstalt zutreffen, in eine zum Zweck der Erziehung und Besserung zu gründende Anstalt verbracht und hier bis zum vollendeten 20. Lebensjahr zurückbehalten werden. Die Aufnahme kann auch von den Eltern oder Vormündern solcher Jugendlichen verlangt werden, welche entweder wegen Bettels und Landstreicherei bestraft worden oder aber gemäss § 237 des Str. G. B. wegen Übertretung zur Strafe zu ziehen sind.

Die Zahl derartiger Anstalten beläuft sich auf acht. Diese sowohl wie auch die Korrekptionsanstalten für jugend-

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1891 S. 1170; 1893 S. 1148; 1894 S. 113. (Schulschiff); 1895 S. 1308; 1896 S. 996.

liche Bestrafte sind gegenüber dem thatsächlichen Bedürfnisse nicht ausreichend und setzen den Richter in die Verlegenheit, eine Straftat auszusprechen, von welcher er im Voraus weiss, dass sie nicht zum Vollzug gebracht werden kann.

An Privatanstalten, welche zu gedachtem Zwecke unter staatlicher Förderung durch die freie Vereinsthätigkeit ins Leben gerufen worden wären, fehlt es ebenfalls.¹⁾

Die Strafanstalt für jugendliche Bestrafte in Marburg (Steiermark) wird nach dem Grundsatz geleitet, die Sträflinge für den militärischen Dienst zu erziehen und zwar geistig durch die Hebung des Ehrbegriffs und der vaterländischen Gesinnung und körperlich durch Gewöhnung an militärische Haltung und Exerzitien.

Die Schutzvereine für entlassene Gefangene in Marburg und Prag sind bemüht, die aus den betreffenden Strafanstalten entlassenen Jugendlichen in Arbeit zu bringen, bezw. während ihrer Militärdienstzeit zu unterstützen.²⁾

B. Ungarn: Nach Art. 27 des ungarischen Straf-Gesetzbuchs sind alle der Staatskasse zufließenden Strafgeelder zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Straftentlassenen und zur Errichtung von Besserungsanstalten für jugendliche Bestrafte zu verwenden.

Diese Bestimmung ist heute noch in teilweiser Geltung. Die betreffende Kasse verfügt über 1½ Millionen Gulden Kapital.

§ 81.

i. Russland.

Das russische Strafgesetz will jugendliche Gesetzesübertreter, welche das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dem Elternhaus bezw. der Aufsicht durch Verwandte überwiesen sehen. In gleicher Weise sollen die be-

¹⁾ Siehe die Abhandlung des Professors D. Aloys Zucker in Prag über das Gesetz vom 24. Mai 1885 die Errichtung von Zwangs- und Besserungsanstalten und Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1894 S. 1246 f.

²⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1896 S. 1050 und den Prager Jahresbericht für die Jahre 1884/92.

handelt werden, welche zwischen dem zehnten und vierzehnten Lebensjahre stehen, aber bei der Begehung eines Verbrechens ohne Einsicht gehandelt haben.

Dagegen sollen die, welche zwischen dem vierzehnten und noch nicht vollendeten siebzehnten Jahre stehen und eine strafbare Handlung ohne vollkommene Einsicht begangen haben, entweder in eine Besserungsanstalt verbracht oder, falls eine solche nicht besteht, milder bestraft und beim Strafvollzuge von den erwachsenen Gefangenen abgesondert werden.

Da in Russland Staatsanstalten zur Besserung der bestraften Jugend nicht bestehen, so ist die Gesellschaft in vollständiger Übereinstimmung mit den Wünschen der Regierung seit mehr als einem Vierteljahrhundert bemüht, der Fürsorge für die verurteilten Jugendlichen ihr volles Interesse zuzuwenden.

Ein Ukas des Senats vom 28. Dezember 1866 verfügt, dass die Erziehungs- und Besserungsanstalten für verurteilte Minderjährige von Gemeinden, religiösen Gesellschaften, Wohltätigkeitsvereinen, ja selbst von Privaten gegründet werden können.

Den Vereinen, welche solche Anstalten verwalten, ist ein grosses Mass von Freiheit eingeräumt, weil man davon eine günstige Weiterentwicklung der ganzen Einrichtung erwartet. Sie stehen in gegenseitiger Beziehung und halten mit Genehmigung der Regierung Kongresse ab, wie solche 1881 in Moskau, 1884 in Kiew, 1890 und 1895 wieder in Moskau unter dem Protektorat des Grossfürsten Sergius stattgehabt haben.

Seit Beginn des Jahres 1891 stehen alle Besserungsanstalten für Jugendliche unter dem Protektorat des Kaisers. Es sind deren 22, darunter:

Die Anstalt von Studjenez bei Warschau (gegründet 1871) für gerichtlich bestrafte Jugendliche im Alter von 10—16 Jahren. 200 Zöglinge können Aufnahme finden; 1880 trat hinzu eine Besserungsanstalt für Bettler, Landstreicher und sittlich Verwahrloste von gleichem Alter und 1891 die Schwesteranstalt für weibliche Verwahrloste oder bestrafte Jugendliche in Puszcza (Zahl der Zöglinge 50).

Das Asyl Rukawitschnikoff in Moskau, nach dem Namen des hochverdienten Gründers genannt, steht unter städtischer Aufsicht. Es ist für die Aufnahme von 110 jugendlichen Bestraften bestimmt. Dieselbe erfolgt nur auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung.

Die Erziehungsanstalt in Saratow, eine Schöpfung des früheren Chefs der Gefängnisverwaltung und jetzigen Senators und Geheimerats Galkine Wrasky, dessen Name mit den grossartigen Reformen auf dem Gebiete des russischen Gefängniswesens in der ehrendsten Weise verknüpft ist.

Das Asyl Bolchewo für bestrafte oder verwahrloste Mädchen bei Moskau bis zur Zahl von 60.

Die landwirtschaftliche Erziehungsanstalt bei St. Petersburg für 120 bestrafte Knaben im Alter von 10 und mehr Jahren, welche hier einer 3—5 Jahre andauernden Erziehung unterworfen werden. Die Anstalt verfügt über 465 ha Land.

Die landwirtschaftliche Erziehungsanstalt in Thusby bei Helsingfors in Finnland für 70 Knaben (Bettler und Landstreicher) im Alter von 7—15 Jahren und mit Aufenthaltsdauer bis zum achtzehnten bzw. bis zwanzigsten Lebensjahr.

Eine ähnliche Anstalt für Mädchen ist in der Gemeinde Wichti, 8 km von Helsingfors entfernt, ebenfalls in Aussicht genommen.

Das Asyl für jugendlich Bestrafte und Verwahrloste in Odessa. Dasselbe wird von einem Schutzverein geleitet, der auch für die Unterbringung der Gebesserten in Arbeit Sorge trägt.

Die städtische Behörde und die Erben des Doktors Marowsky haben der Anstalt ansehnliche Zuwendungen gemacht.

Hieran reihen sich die Anstalten von Saidi Petersburg, Kiew, Sharkow, Nischni-Nowgorod, Kasan, Riga, Smolensk, Pusjeza (Mädchen).¹⁾

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1890 S. 693; 1891 S. 241, 250; 1892 S. 94; 1894 S. 548, 564; 1895 S. 1387; 1896 S. 773.

§ 82.

k. Schweden Norwegen.

Das schwedische Strafgesetz bestimmt als Altersgrenze für die Strafmündigkeit das vollendete vierzehnte Lebensjahr. Nach der Überschreitung derselben wird bei jugendlichen Übelthätern im Alter von 14—18 Jahren das strafrechtliche Unterscheidungsvermögen als vorhanden angenommen und tritt selbst eine Strafmilderung nur bei der Todes- und Zuchthausstrafe ein.

Die Deliquenten unter 14 Jahren kann das Gericht entweder einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt oder der häuslichen Zucht, sei es im Elternhause oder sei es seitens derer, welche die Eltern zu vertreten haben, überweisen.

Diesem Zwecke dient, soweit die männlichen Jugendlichen in Frage stehen, die im Jahre 1876 gegründete Ackerbruks Colonie Hall bei Södertelje, in welcher 175 Zöglinge Aufnahme finden können.

Die Beschäftigung ist vorwiegend eine landwirtschaftliche.

Es ist dies eine Privatanstalt, welche anlässlich einer Nationalsubskription zur Erinnerung an die vor 50 Jahren stattgehabte Ankunft der Königin Josephine in Schweden gegründet worden ist.

Die Anregung hierzu gegeben zu haben, ist ein Verdienst des verstorbenen Generaldirektors des schwedischen Gefängniswesens G. Fr. Almquist.

Die Regierung leistet alljährlich aus dem unter ihrer Verwaltung stehenden Gefängnis-Ersparnis-Fonds an diese Anstalt erhebliche Zuschüsse. Im Jahre 1893 haben sich dieselben auf 31835 Kr. (etwa 35600 M. oder 44569 fr.) belaufen.

Eine Besserungsanstalt, welche zur Aufnahme von jugendlichen weiblichen Bestraften bestimmt ist, besteht nicht, vielmehr sind nur Erziehungshäuser für die verwahrloste weibliche Jugend vorhanden.

In Norwegen ist die Altersgrenze der Strafmündigkeit auf das zehnte Lebensjahr festgesetzt. Bis zum fünfzehnten Jahre tritt eine Prüfung des Unterscheidungsvermögens ein.

und kann das Gericht an die Stelle der Einsperrung oder der körperlichen Züchtigung die Überweisung in eine Besserungsanstalt aussprechen und zwar bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr.

Nach einem Gesetz vom 1. Juli 1887 kann ein Jugendlicher, der mit dem Strafgesetz sich in Widerspruch gesetzt hat, sogar ohne gerichtliches Dazwischentreten in eine Besserungsanstalt verbracht werden.

Zu diesem Zweck bestehen keine staatlichen Einrichtungen, dagegen drei Privatanstalten, Tofte's Gave auf der Insel Helgeøen im See von Mjoesen, nach dem Stifter, einem reichen Kaufmann in Christiana, Namens Andreas Tofte genannt, seit 1847 im Betrieb und zur Aufnahme von 120 Knaben im Alter von 12—15 Jahren bestimmt, Ulfnesøens bei Bergen seit 1882 und Lindøens bei Stavanger seit 1888, beide durch Wohlthätigkeitsbeiträge geschaffen und durch Zuschüsse derjenigen Gemeinden unterhalten, welche auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über die öffentliche Armenpflege ebenfalls Zöglinge diesen Anstalten übergeben können und deren Zahl sich etwa auf 50 Prozent aller hier Untergebrachten beläuft.

Die Anstalt in Tofte's Gave genießt Staatsunterstützung. Für jugendliche weibliche Bestrafte bestehen keine Besserungsanstalten.

Im Jahre 1892 wurde erstmals ein Entwurf zu einem die öffentliche Zwangserziehung anordnenden Gesetze ausgearbeitet.¹⁾

§ 83.

1. Schweiz.

Der vom Professor Stooss in Bern ausgearbeitete Entwurf eines Eidgenössischen für sämtliche Kantone der Schweiz gleichmässig geltenden Strafgesetzbuchs würde den grossen Vorteil bieten, dass die Bestimmungen über die Altersgrenze

¹⁾ Siehe B. d. l. s. g. des Prisons in Paris 1892 S. 661 und 1241. Sigfrid Wieselgren directeur général de l'Administration pénitentiaire de Suède. Le développement et les progrès du Service pénitentiaire Suédois etc. Stockholm 1895, Imprimerie royale S. 82.

für die Strafmündigkeit, welche bis jetzt in den einzelnen Kantonsgesetzen die verschiedenartigste Behandlung erfahren hat, (das zehnte, zwölfte und vierzehnte Lebensjahr) einheitlich geregelt und namentlich auch die damit aufs engste zusammenhängenden Besserungsanstalten, deren Nichtvorhandensein schon vielfach als ein grosser Mangel empfunden worden ist, ins Leben gerufen bzw. bisher schon vorhandene Anstalten für diesen Zweck besonders hergerichtet werden.

Eigentliche Zwangserziehungsgesetze bestehen in der Schweiz nicht. Dagegen wird durch eine seitens des Kantonalrats in Zürich genehmigte Verordnung vom 21. Oktober 1889 die Frage wegen der Verweisung von minderjährigen Kindern in Besserungsanstalten und die weitere, welche Privatanstalten hierfür insolange in Betracht zu ziehen seien, bis eine genügende Anzahl von Staatsanstalten vorhanden sei, geregelt.

Dass in einem Lande, in welchem Johann Heinrich Pestalozzi, der grosse Volkserzieher und der Vater der Waisen und der Verlassenen, seine segensreiche Thätigkeit entfaltet hat, es an vortrefflich eingerichteten und geleiteten Erziehungshäusern für die verwahrloste Jugend beiderlei Geschlechts nie gefehlt hat, ist ebenso erklärlich, wie die Thatsache, dass so manche dieser Anstalten auch für Besserungszwecke gegenüber der straffälligen Jugend dienstbar gemacht worden ist.

Unter den bedeutendsten dieser Anstalten sind die in Bächteln bei Bern seit 1840, die in Sonnenberg bei Luzern seit 1859. Letztere für katholische Knaben; beides Schöpfungen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft. Ferner die Staatsanstalten des Kantons Bern in Laudorf, Aarwange und Erlach für Knaben und Könitz für Mädchen des Kantons Zürich in Ringewil für Knaben u. s. w., sowie die für protestantische Knaben der französischen Kantone gemeinschaftliche Anstalt in Serix bei Oron.¹⁾ Ferner die für die Kantone Aargau, Genf und Neuchâtel gemeinschaftliche Erziehungsanstalt in Aarburg, welche nach Einführung des

¹⁾ B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1892 S. 219; 1896 S. 96 und 294.

Schweizerischen Strafgesetzbuchs als Besserungsanstalt in Aussicht genommen ist.¹⁾

In dem Kanton Bern hat der Grosse Rat mit Dekret vom 9. November 1891 die Errichtung einer Zwangserziehungsanstalt für jugendliche Verbrecher in Trachselwald angeordnet.

Hier können untergebracht werden:

1. Die jungen Leute von 16 bis 20 Jahren, deren Einsperrung im Verwaltungswege auf das Verlangen der Eltern, der Vormundschaftsbehörden oder der Gerichte verfügt wird;
2. die gerichtlich zu Gefangenschaft verurteilten jungen Leute von weniger als 16 Jahren, wenn die Strafe welche sie zu verbüssen haben, über ihr 16. Altersjahr hinausreicht;
3. die gerichtlich zu Gefangenschaft verurteilten jungen Leute von 16 bis 20 Jahren, wofern nicht die Umstände ihre Unterbringung in eine andere Strafanstalt erfordern.

Der Regierungsrat wird ausserdem ermächtigt, solche Kinder aus Rettungsanstalten in die Enthaltungsanstalt Trachselwald zu versetzen, deren Aufführung die Anwendung besonderer disziplinarischer Massnahmen notwendig macht.

Die Vorbereitung der Zöglinge für den landwirtschaftlichen Beruf findet hier besondere Berücksichtigung.

Nach einem weiteren Dekret vom 16. Mai 1893 sind in der aargauischen Zwangserziehungsanstalt Aarburg unterzubringen:

- a. jugendliche, gerichtlich verurteilte Verbrecher unter 18 Jahren, behufs Absitzung ihrer Strafe und Erziehung zu einem gebesserten Lebenswandel. Wo es nach den Verhältnissen des einzelnen Falles nötig erscheint, kann durch den Regierungsrat die Altersgrenze bis auf 20 Jahre vorgerückt werden.
- b. jugendliche Taugenichtse bis zum Alter von 18 Jahren, welche zwar noch nicht gerichtlich mit Freiheitsentzug bestraft sind, deren Unterbringung in die Anstalt zur Erzielung einer bessern Erziehung aber dringend notwendig ist. Nötigenfalls kann die Altersgrenze auf 20 Jahre vorgerückt werden.

¹⁾ Vergl. den Jahresbericht de la Société de patronage à Neuchâtel für 1892.

Diese beiden Anstalten, deren Kosten teils durch die beteiligten Gemeinden und Eltern, teils durch die Kantonkasse aufgebracht werden, stehen mit den Vorschlägen im Einklang, welcher Professor Stooss in seinem Entwurf eines Schweizerischen Strafgesetzbuchs niedergelegt hat.¹⁾

§ 84.

m. Australien-Queensland.

Australien hatte schon ein Jahr früher als das Mutterland zufolge Act vom 31. August 1865 die Reformatory und die Industrial Schools zu Gunsten der Jugendlichen von 15 Jahren.

Ein Act vom 2. Oktober 1879 regelte das Verfahren in den Asylen für Waisen und Verwahrloste durch eigene oder fremde Schuld. Diese Einrichtungen leiden ebenso wie die im Mutterland und in Nordamerika an dem Fehler, dass sie nicht genau genug zwischen Waisenkindern oder Verwahrlosten und den verbrecherischen Jugendlichen unterscheiden, obwohl die Einrichtungen dies zu ermöglichen scheinen.

Auch in Australien gewinnt das Prinzip der Boarding house, wonach unter der Zwangserziehung stehende Kinder bei Familien auf dem Lande oder bei kleinen Industriellen untergebracht werden, des guten Erfolges wegen immer mehr Boden.

In Shaftesbury in New-South-Wales ist ein Reformatory School für Mädchen, von dem aber nicht immer Gebrauch gemacht wird; für Knaben besteht keines. Die Gerichtsbehörden verweisen vielmehr jugendliche Verbrecher auf das für verwahrloste Knaben bestimmte Schulschiff „Vernon“. Die Vermischung dieser beiden Elemente soll sich nicht als förderlich erwiesen haben.

Ebenda wird auch gerade so wie in Victoria, New-Seeland und South-Australia von dem System des Boarding house häufiger Gebrauch gemacht.²⁾

¹⁾ Siehe Bericht und Antrag vorgelegt der kantonalen Gefängnis-kommission von der Subkommission für Gefängnis-Disziplin. Bern, Bundesdruckerei Karl Stämpfli Cie. 1894.

²⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Pris. 1892 S. 177 und 380.

§ 85.

n. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurden auf die Anregung der in New-York im Jahre 1825 ins Leben getretenen Society for the Reformation of juvenile Delinquents, sowie der im Jahre 1870 gegründeten National-Prisons Association und der ebenfalls im Jahre 1873 aus der Privatinitiative hervorgegangenen National-Conferenz of Charities and Correction zur Erziehung und Besserung der verwahrlosten Jugend fast in allen Staaten der Union Reformatories und Industrial Schools gegründet, welche sehr Erspriessliches leisten, insbesondere haben sich die letzteren zum Teil zu technischen Spezialschulen herausgebildet.¹⁾

Die gesetzlichen Bestimmungen, auf welche diese Anstalten und deren Betrieb sich stützen, sind in jedem einzelnen Staate der Union auf Grund des diesen zustehenden selbständigen Gesetzgebungsrechtes erlassen worden. Die Gesamtzahl dieser Gesetze beträgt zur Zeit 18.

Für die Aufnahme in diese Anstalten und für deren Betrieb sind die nämlichen Grundsätze massgebend wie in England.

Anlässlich der zwanzigsten Konferenz of Charities and Correction in Chicago wurde eine Reihe von Monographien, welche auf den Kinderschutz bezug haben, ausgearbeitet. Hiernach bestehen folgende Vereine und Anstalten in New-York: The Childrens Aid-Society, 1853 gegründet. Seit dem 40 jährigem Bestande dieser Anstalt sind weitere 21 Industrieschulen gegründet worden, in welchen 20000 Kinder mit einem Aufwand von sieben Millionen Dollar unterrichtet und erzogen worden sind. Nebenher bestehen sechs reformatories schools; in Lyman in Massachusetts je eine Anstalt für Knaben und Mädchen, in Chicago zwei industrial schools für Mädchen und mehrere für Knaben, in Meridan in Connecticut ein ref. school nach dem System Mettray und in Middelston ein indust. school für Mädchen, im Staat Ohio sechzig Anstalten zur Rettung der verwahrlosten Jugend, im Staat

¹⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons 1894 S. 1222.

Pennsylvanien 109 theils Staat-, theils Privatanstalten. In Michigan hat man zu gleichem Zweck eine staatliche Zentralstelle geschaffen, welche über die Aufnahme von jugendlichen Schützlingen in Besserungsanstalten zu entscheiden und deren Überweisung in Familien zu vermitteln hat.

Hierzu kommt die New-York catholic protectory (1862 gegründet), welche als die vortrefflichste Einrichtung zur Erziehung und Besserung verwahrloster Kinder beiderlei Geschlechts gilt. Sie besitzt eine eigene Schuhfabrik, Druckerei und Strumpfstrickerei im Grossen. Im Jahre 1892 befanden sich hier 3204 Zöglinge mit einem Kostenaufwand von 119,27 Dollar pro Kopf.

Nach diesem Vorbilde sind weitere rein katholische Anstalten entstanden in Eddington (Pennsylvanien), in Baltimore und in Philadelphia und zur Ausbildung in dem landwirtschaftlichen Beruf in Wilmington (Delaware) und in Féchanville (Illinois).¹⁾

Hierher gehört auch das Asyl Glen Mills in Philadelphia, in welchem Knaben im Alter von 7—16 Jahren Aufnahme finden, welche noch nicht verurteilt, aber unter staatliche Aufsicht gestellt sind. Aufenthaltsdauer zwei Jahre als Regel.²⁾

Eine grosse Zahl von Anstalten geniesst Staatsunterstützung, welche sich auf zwei Millionen Dollar belaufen soll und zur Deckung von 85 Prozent der Ausgaben hinreicht.

Die statistischen Mittheilungen über den Gang des Jugend-erziehungswerkes, namentlich nach der Scheidung zwischen reformatories und industrial schools sind ungenügend.³⁾

§ 86.

o. Sonstige Staaten.

In Egypten, in welchem Lande die Zunahme der Kriminalität eine ausserordentliche ist und bei der Bestrafung von jugendlichen Übelthätern, deren Besserung gänzlich ausser Betracht bleibt — ein im vierzehnten Lebensjahre stehender

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons 1894 S. 658, 872.

²⁾ Bull. d. l. S. g. des Prisons 1897 S. 553.

³⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons 1892 S. 990.

Jugendlicher ist seit seinem zehnten Lebensjahre schon siebenmal wegen Diebstahls bestraft worden — hat man die Notwendigkeit der Errichtung einer Besserungsanstalt für derartige Gesetzesübertreter bereits erkannt und ist ein Vorschlag hierzu in der Ausarbeitung begriffen.

In Montenegro werden sittlich verwahrloste Kinder von Amtswegen bei Familien auf dem Lande untergebracht, welchen hierfür ein Verpflegungsgeld von 12—16 M. monatlich bezahlt wird.

In Luxemburg besteht eine Besserungsanstalt in Dikrich, in welche solche Jugendliche beiderlei Geschlechts verbracht werden, welche wegen nicht genügenden Unterscheidungsvermögens von dem Gericht freigesprochen und unter staatliche Aufsicht gestellt worden sind. (*mis à la disposition du Gouvernement.*) Die letztere Massnahme kann bis zum 21. Lebensjahre andauern.

Die Anstalt wird von barmherzigen Schwestern geleitet.

Nach erfolgter Besserung werden nach Anhörung des Staatsanwalts die Knaben hauptsächlich auf dem Lande zur Erlernung eines Handwerks oder zur Ausübung des landwirtschaftlichen Berufes untergebracht. Die Kosten werden aus der Staatskasse bestritten.¹⁾

In Spanien befinden sich Reformschulen in Madrid und Barcelona.

Die erstgenannte wurde von Don Francisco Lastres in Verbindung mit einer Anzahl Madrider Journalisten, welche zu einem Verein zusammentraten, im Jahre 1875 gegründet. Sie trägt den Namen Santa Rita. Hier finden verwahrloste und bestrafte Kinder Aufnahme.

Die Anstalt in Barcelona wurde infolge eines Legats von M. Triàbio Duran im Jahre 1888 erbaut und dient zur Aufnahme von armen Kindern, welche vor sittlicher Verwahrlosung geschützt werden sollen,

Im Jahre 1889 wurde den spanischen Cortes ein Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach alle Kinder unter 15 Jahren, welche

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1894 S. 718 956 u. 1124 f. 1895 S. 575.

beim Betteln betroffen werden, in asilos de educacion verbracht werden sollen.¹⁾

Der IV. katholische Kongress, welcher im Jahre 1895 in Tarragon abgehalten worden ist, hat die Frage der Organisation der Fürsorge für jugendliche Strafentlassene und der Mittel zu ihrer Durchführung auf die Tagesordnung seiner dritten Sektion gesetzt.

Die Notwendigkeit derselben wurde von dem Vorsitzenden des Schutzvereins für jugendliche Strafgefangene in Barcelona, dem Advokaten Ramon Albo y Marti, in einem eingehenden Berichte dargethan.²⁾

§ 87.

Schluss-Betrachtung.

Die vorstehend erwähnten Kongress-Kundgebungen lassen in ihrer Gesamtheit den wohlthätigen inneren Zusammenhang erkennen, welcher zwischen diesen und den Errungenschaften besteht, die während der letzten zwei Jahrzehnte in unmittelbarer Aufeinanderfolge auf dem Gebiete der Jugentlichen-Fürsorge allenthalben zu verzeichnen gewesen sind.

Als im Jahre 1878 der Kongress zu Stockholm erstmals mit der damit zusammenhängenden Frage sich beschäftigte, war man zweifellos darüber einig, dass die planmässige Erziehung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend als vornehmliches Ziel in's Auge zu fassen sei, dagegen war das Urteil über die zu diesem Zwecke einzuschlagenden Wege sowie darüber, welche der einschlägigen Aufgaben dem Staate und welche der Selbstverwaltung oder der freien Vereinsthätigkeit zugewiesen werden müssten, noch ein ebenso schüchternes als unsicheres.

Immerhin hat es aber an dieser grundlegenden Kundgebung genügt, um das Interesse hieran in die weitesten Kreise hineinzutragen und um einen internationalen Wettstreit zu entfachen, dessen Folge es war, dass von da an die Frage des Jugendschutzes auf der Tagesordnung aller nachfolgen-

¹⁾ Siehe B. d. l. S. g. d. Prisons in Paris 1889 S. 268 und 416.

²⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1896 S. 945.

den internationalen Gefängnis-Kongresse immer wiedergekehrt ist und zur Erkenntnis von der Notwendigkeit von gesetzlichen Reformen geführt hat, durch welche nicht nur bei der strafgerichtlichen Verfolgung jugendlicher Übelthäter der ernstliche Versuch ihrer Besserung zur Regel gemacht, sondern auch die öffentliche Zwangserziehung gegenüber der verwahrlosten und straffälligen Jugend als eine staatliche Einrichtung anerkannt worden ist, welche mit allen durch ihren Zweck gebotenen Zwangsmitteln ausgerüstet werden muss.

Diese so wünschenswerten Reformen sind schon vielfach in's Leben gerufen worden, soweit dies aber noch nicht geschehen ist, muss der Ruf nach denselben immer auf's neue wiederholt und mit der Wärme vorgebracht werden, wie es der Ernst der Sache gebietet und insbesondere die Thatsache erfordert, dass viele Unglückliche, welche nicht als die alleinigen Urheber ihrer sittlichen Verkommenheit gelten können, immer noch vergeblich auf die auch ihnen schuldige Hilfe warten müssen.

Mit ebenso grosser Entschiedenheit hat sich aber auch die Überzeugung von der Notwendigkeit davon befestigt, dass die staatlichen Organe einerseits und die freiwilligen Kräfte andererseits auf diesem Arbeitsgebiete zu möglichst harmonischem Zusammenarbeiten sich vereinigen müssen, falls sie den verschiedenen hier zu Tage tretenden Bedürfnissen ebenso rasch als erfolgreich Rechnung tragen wollen.

Der Einblick aber in den derzeitigen Stand der jugendlichen-Fürsorge in den einzelnen Staaten lässt keinen Zweifel darüber zu, dass in Staaten, in welchen, wie in England die Selbstverwaltung dem gesamten Volke als eine liebgewordene Einrichtung gilt und wo man auf Grund von einer gewissen historischen Überlieferung und dementsprechender Erziehung der Jugend nicht mehr gewohnt ist, bei der Bekämpfung öffentlicher Gebrechen sofort die erforderliche Hilfe immer nur vom Staate zu erwarten, sondern hierfür auch die Kraft und Leistungsfähigkeit in Aussicht nimmt, welche die korporative Vereinigung bereitzustellen im Stande ist, die nach solchen Grundsätzen eingeleitete Pflege des Jugendschutzes von ausserordentlich günstigem Erfolge begleitet gewesen ist.

Die Thatsache, dass das jugendliche Verbrechen in England, welches früher ebenfalls sehr beängstigende Zahlen aufzuweisen hatte, schon seit einer Reihe von Jahren eine sehr ansehnliche Verminderung erfahren hat, darf allen denen, welche hierbei mit thätig gewesen sind, zur grössten Genugthuung gereichen und ihnen zum Ansporn dienen, auf dieser Bahn auch fernerhin zu verharren.

Wenn es nun auch richtig ist, dass nicht jede Errungenschaft eines Volkes zur Verpflanzung auf einem ausländischen Boden sich eignet, namentlich wenn hierfür die Voraussetzungen fehlen, unter welchen sie ursprünglich gediehen ist, so schliesst dies doch nicht aus, dass die Versuche der Nachahmung wenigstens innerhalb der Grenzen des Möglichen gemacht werden.

Man säume deshalb nicht, nach dem bewährten Vorbilde, Vereine zum Zweck der Jugenderziehung und Besserung zu gründen oder letztere als eine Aufgabe der korporativen Verbände der Selbstverwaltung oder fürsorglich auch der Gefangenen-Schutzvereine zu erklären und bemühe sich, diesen Schöpfungen eine Einrichtung zu geben, wie sie erforderlich ist, um nicht nur die staatlichen Behörden in der Erfüllung der hierin ihnen zufallenden Aufgaben zu unterstützen, sondern auch, um sich zu einem solchen Zusammenarbeiten selbst auf eine längere Dauer bereit erklären zu können.

Staatlicherseits versäume man aber nicht, ein solches Entgegenkommen gebührend zu würdigen und auf eine Vereinbarung hinzuarbeiten, welche in dem wechselseitigen Vertrauen der Beteiligten und in dem Eifer, mit welchem man bestrebt ist, die gegenseitigen Rechte und Befugnisse auf das gewissenhafteste zu beachten, ihre stärkste Stütze findet.

Dritter Abschnitt.

Die Handhabung der Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne.¹⁾

§ 88.

Arten der Gefangenen-Fürsorge.

In den Kreis der schutzvereinlichen Thätigkeit fällt vor allem die Fürsorge für Straftlassene beiderlei Geschlechts, welche nicht mehr im jugendlichen Alter stehen.

Die Ausdehnung dieser Fürsorge auch auf jugendliche Übelthäter, welche das achtzehnte Jahr noch nicht überschritten haben, hat für die betreffenden Vereine eine wesentliche Steigerung der ihnen obliegenden Aufgabe zur Folge. Ausserdem kann aber auch die Hilfeleistung, welche sich in Besuchen von Strafgefangenen äussert sowie die zu Gunsten von freigelassenen Untersuchungs-Gefangenen oder auch die von Familien, welche unter der gefänglichen Einziehung ihres Ernährers Not leiden, als eine weitere schutzvereinliche Aufgabe aufgefasst und behandelt werden.

Es ist einleuchtend, dass je nach dem Zweck, welchem die einzelnen Arten der Gefangenen-Fürsorge zu dienen bestimmt sind, die für deren Handhabung massgebenden Grundsätze sich regeln. Dies erklärt auch die hierin zu Tage tretenden grossen Unterschiede.

¹⁾ Siehe Blätter für Gefängniskunde Band XVII S. 172 des Schutzwesens für entlassene Gefangene von Pfarrer Krauss, Anstaltsgeistlicher in Freiburg i. B.

§ 89.

A. Die Fürsorge für erwachsene Straftlassene.**a. Allgemeine Grundsätze.**

Die wichtigste Aufgabe der Gefangenen-Fürsorge ist ihrem Zwecke entsprechend vor allem die, das selbständige Bestreben der Straftlassenen nach einer geordneten Lebensstellung durch Rat und Beihilfe zu fördern.

Die schutzvereinliche Hilfe soll deshalb nur solchen über achtzehn Jahre alten Strafgefangenen beiderlei Geschlechts gewährt werden, welche ohne dieselbe im Zeitpunkt der Entlassung nicht imstande sind, aus eigener Kraft einen ehrlichen, ihren täglichen Unterhalt sichernden Lebens-Erwerb für sich zu begründen.

Auch sollen dieselben dieser Hilfe würdig sein.

Wenn auch die Erfahrung lehrt, dass nur solche Personen, welche bei ihrem Wiedereintritt in die Freiheit sich in einem unzweifelhaften Notstande befinden, die schutzvereinliche Hilfe für sich zu erbitten pflegen und dass deshalb alle diejenigen Straftlassenen ausser Betracht bleiben werden, welche in den eigenen Hausstand oder in den Kreis ihrer Familie zurückkehren oder ihren früheren Lebensberuf sofort wieder aufnehmen können, so erscheint doch eine gewissenhafte Prüfung der Bedürftigkeitsfrage sehr geboten.

Die Gefangenen-Schutzvereine sind diese Rücksichtnahme zunächst der öffentlichen Meinung schuldig, wenn sie mit deren Wünschen stets im Einklange bleiben und nicht dem Vorwurf sich aussetzen wollen, dass das Loos eines unterstützten Vereinsschützlings oft sich viel günstiger gestalte, als sich dies unter sonst gleichen Voraussetzungen für den nicht bestraften Arbeiter je erwarten lasse.

Dieser Vorwurf ist übrigens der Regel nach ein ganz unberechtigter.

Man darf vor allem nicht übersehen, wie sehr der Makel des Verbrechertums dem davon Betroffenen sein ganzes Leben hindurch anklebt und wie oft für ihn, selbst bei verhältnismässig geringer Verfehlung hierdurch sein Fortkommen erschwert und die Konkurrenz mit nicht bestraften

Berufsgenossen unmöglich gemacht wird und wie oft auch bei etwaiger ganz besonders günstiger Entwicklung der Lebenslage eines Schützlings lediglich ausserordentliche Zufälligkeiten hierbei mitentscheidend sein können, wie die hervorragende Befähigung des Letzteren für eine gewisse Berufsthätigkeit, die Raschheit, mit welcher er sich das Vertrauen seines Brodherrn zu erringen gewusst hat u. s. w.

Die genaue Prüfung der Hilfsbedürftigkeit ist aber auch deshalb notwendig, weil man nur auf diese Weise einer etwaigen missbräuchlichen Ausnutzung der Vereins-Fürsorge seitens Unberechtigter rechtzeitig vorbeugen kann.

Bezüglich der Würdigkeit der Gesuchsteller ist ganz das gleiche Vorgehen angezeigt, nur dürften sich hierbei, um nicht abschreckend zu wirken, eher zu milde als zu strenge Grundsätze empfehlen.

Der internationale Gefängnis-Kongress hat anlässlich seiner Tagung in Stockholm es als eine selbstverständliche Sache bezeichnet, dass die Schutzfürsorge nur solchen Straftentlassenen zuteil werden solle, welche während der Dauer des Strafvollzugs Beweise der Besserung zu erkennen gegeben haben, was entweder durch die Gefängnis-Verwaltung oder durch schutzvereinliche Vertreter anlässlich ihrer Besuche bei den betreffenden Gefangenen festgestellt werden müsse.

Das Vorhandensein der Würdigkeit wird aber auch nur unter der weiteren Voraussetzung unterstellt werden können, dass der Straftentlassene nach der Wiedererlangung seiner Freiheit bei den im Gefängnis gefassten Besserungsvorsätzen beharrt und dies durch ernste Mitarbeit bei dem Versuche seiner wirtschaftlichen Wiederaufrichtung zu erkennen giebt.

Ist die Bedürftigkeit und Würdigkeit ausser Zweifel gestellt, so soll der Regel nach die schutzvereinliche Hilfe niemals über das durch die augenblickliche Notlage des einzelnen Schützlings gebotene Mass ausgedehnt werden. Es ist aber sehr zu empfehlen, immer so reichliche Hilfe zu leisten, dass der beabsichtigte Zweck der Fürsorge sicher erreicht wird. Wer in dieser Beziehung engherzig kargt, darf sich über Misserfolge nicht beklagen.

Bei jeder Art von Fürsorge muss aber volle Gewissheit darüber bestehen, dass der Schützling bereit ist, zur Schaffung der von ihm in Aussicht genommenen Lebenslage fortgesetzt seine ganze Kraft miteinzusetzen und nur dann, wenn sich der Ausführung seines Vorhabens unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten, auf weitere schutzvereinliche Unterstützung zu rechnen

Ebenso muss er immer dessen eingedenk bleiben, dass für die letztere, bei allem Bestreben, aufrichtend und ermunternd zu wirken, der ihr eigentümliche immer nur ergänzende Charakter stets strengstens gewahrt bleiben muss.

Wird deshalb ein Schützling in seinen Besserungsvor-sätzen wankend und giebt er dies durch Mangel an gutem Willen, Gleichgültigkeit in der Arbeit oder durch das Vorbringen von masslosen Ansprüchen zu erkennen, so sind alle weiteren Berücksichtigungen schon deshalb sofort einzustellen, weil es hierfür an jeder zweckentsprechenden Voraussetzung fehlen würde.

Mit Rücksicht auf diese an jeden Schutzbefohlenen zu stellenden Anforderungen ist es aber unerlässlich, nur gesunde und vollständig arbeitsfähige Persönlichkeiten für die Vereins-Fürsorge in Aussicht zu nehmen. Gebrechliche und beschränkt leistungsfähige Straftlassene müssen, wenn sie ohne fremde Hilfe ihr Dasein nicht fristen können und die Privat-Wohlthätigkeit sich nicht ihrer annehmen will, der gesetzlich geregelten Armenpflege überwiesen werden, wie denn überhaupt eine möglichst genaue Grenzbereinigung hinsichtlich der den beiderseitigen Arbeitsgebieten zuzuweisenden Aufgaben und ein dementsprechendes konsequentes Handeln in jedem Einzelfalle nicht warm genug empfohlen werden kann.

Wenn es hiernach gewisse Grundsätze giebt, welche bei der Entscheidung darüber, ob einem Gesuche um Bewilligung der Vereinshilfe stattzugeben sei, nicht ausser Acht gelassen werden dürfen, so müssen bezüglich der weiteren Behandlung desselben alle hierfür in Betracht kommenden Besonderheiten wie das Alter des Bittstellers, sein Vorleben, seine Kenntnisse und persönliche Leistungsfähigkeit der sorgfältigsten

Prüfung unterzogen und hiernach die Vereins-Fürsorge eingeleitet werden.

Für dieses individualisierende Vorgehen ist es von der grössten Wichtigkeit, dass überall da, wo die schutzvereinliche Thätigkeit eines Landes, einer Provinz u. s. w. auf zentraler Organisation beruht, der Schwerpunkt für die letztere sich bei den Einzelvereinen und nicht bei dem Zentral-Organ befindet.

Dasselbe ist aber um so mehr zu empfehlen, als nur auf diese Weise es sich wird ermöglichen lassen, in jedem einzelnen Falle sofort die der Notlage des Schützlings vollkommen entsprechende Hilfeleistung herauszufinden, zugleich aber auch bei demselben das volle Vertrauen darauf zu begründen und zu befestigen, dass die Vereinsleitung es wohl mit ihm meint und auf die möglichst günstige Gestaltung seiner Lebenslage eifrigst bedacht ist.

Ist sodann die Hilfsbedürftigkeit und Würdigkeit des Gesuchstellers festgestellt, so soll die Vereinshilfe immer nur unter einer solchen Form bewilligt werden, welche deren missbräuchliche Ausnützung unmöglich macht und namentlich eine mittelbare Begünstigung der Wanderbettelei thunlichst ausschliesst.

§ 90.

b. In welchem Zeitpunkt
und auf welche Weise soll die Gefangenenfürsorge
eingeleitet werden?

Die Gefangenen-Fürsorge muss vor beendetem Strafvollzug vorbereitet werden.

Zunächst muss der hilfesuchende Strafgefangene über das Bestehen der schutzvereinlichen Organisation und die Vorteile, die er davon für seine künftige Lebensstellung zu erwarten hat, genügend aufgeklärt werden.

Abgesehen von der Belehrung, zu deren Erteilung in dieser Beziehung die verschiedenen Strafanstalts-Beamten, insbesondere die Geistlichen verpflichtet sind, haben sich gedruckte Plakate, welche in jeder Gefangenenzelle und in jedem Arbeitsaal angebracht sind, gut bewährt.

Bei dieser Einrichtung ist auch auf Ausländer, welche nur ihrer heimischen Sprache mächtig sind, gebührende Rücksicht zu nehmen. Es dürfte keine zu weitgehende Forderung sein, dass gegenüber den ausländischen Gefangenen der Inhalt dieser Plakate ihnen, wenn immer möglich in ihrer Landessprache zugänglich gemacht wird. Für diesen Zweck sollen auch die Gefangenen-Besuche von schutzvereinlichen Vertretern nutzbar gemacht werden.

Der erste internationale Gefangenen-Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) hat die Forderung aufgestellt, dass das Fürsorgewerk schon während des Strafvollzugs vorbereitet werden soll. Zu diesem Zwecke sollen unter staatlicher Genehmigung Gefangenen-Besuche von Schutzvereinsmitgliedern stattfinden, wobei übrigens den Anforderungen der Hausordnung alle Rücksicht getragen werden müsse.¹⁾

Die sicherste Grundlage übrigens für eine erfolgreiche Schutzfürsorge bilden die Angaben des Fragebogens über alle bei dem Wiedereintritt des Strafgefangenen in die Freiheit belangreichen Verhältnisse und die Gewissenhaftigkeit, mit welcher die letzteren klargestellt werden.

Diese Fragebogen, für welche ein bestimmtes Formular in Gebrauch zu nehmen ist, müssen unter der Verantwortlichkeit der Strafanstalts-Direktion ausgefüllt und mindestens vier Wochen vor der Strafentlassung dem Bezirksschutzverein der Heimat oder des zukünftigen Beschäftigungsortes des Strafentlassenen behufs der Arbeitsvermittlung oder der Erfüllung sonstiger Wünsche mitgeteilt werden.

Es ist dies derjenige Abschnitt in dem helfenden Vorgehen der Schutzvereine, in welchem man sich von den grossen Vorteilen der zentralen Organisation mit einem über alle Gerichtssitze eines Landes oder einer Provinz sich ausdehnenden Vereins-Netze am raschesten überzeugen kann.

Handelt es sich um die Erfüllung von Wünschen, zu deren selbständigen Gewährung der ersuchte Verein nicht im Stande ist, so kann letzterer behufs Erlangung einer Beihilfe sich an das Zentral-Organ wenden, insofern nicht gleich an-

¹⁾ Siehe die Comptes rendus dieses Kongresses S. 21.

fänglich seitens der Strafanstalts-Verwaltung dieser Weg eingeschlagen werden will.

Diese Vereinsfürsorge ist allen hierzu sich eignenden Gefangenen ohne Rücksicht darauf zuzuwenden, aus welcher Strafanstalt sie entlassen werden. Es sind deshalb auch die männlichen und weiblichen Insassen derjenigen Anstalten zu berücksichtigen, in welchen Gewohnheitsbettler und lüderliche Dirnen auf Anordnung der höhern Polizeibehörde für einen länger andauernden Zeitraum verwahrt werden. Diesen gegenüber wird die Vereinsfürsorge zunächst darin bestehen müssen, dass sie mit ihrer Einwilligung vor der Einweisung in Dienst- oder Arbeitssellen für den von ihnen gewählten Lebensberuf erwerbsfähig gemacht werden. Das zeitweise Verweilen in einer Arbeiterkolonie oder in einer weiblichen Erziehungsanstalt kann sich für gedachten Zweck als sehr förderlich erweisen. (vergl. §§ 34 bis 37).

Auf die Zusicherung der erbetenen Schutzfürsorge seitens des ersuchten Vereins soll die Überweisung dahin unmittelbar erfolgen, ohne dass ein Zwischenaufenthalt nötig wird. Mit dieser Beschränkung ist die Benützung des Gefangenen-Wagens angezeigt.

Die Sorge für die anständige Bekleidung des Strafantlassenen liegt der Gefängnis-Verwaltung ob. Desgleichen hat sie dem Geistlichen des zukünftigen Aufenthaltsortes von der Überweisung des Schützlings Kenntnis zu geben, während sie selbst von dem Eintreffen des letzteren an Ort und Stelle durch den fürsorgeleistenden Verein benachrichtigt werden sollte.

Raschheit im gegenseitigen Verkehre ist sehr wünschenswert.

Ausnahmsweise kann die schutzvereinliche Hilfe auf Anrufen auch in einem späteren Zeitpunkte als dem unmittelbar dem Strafvollzuge nachfolgenden gewährt werden.

Es ist ja denkbar, dass ein Strafantlassener aus falschem Ehrgefühl oder infolge unrichtiger Beurteilung seiner künftigen Lebenslage, oder infolge ungenügender Belehrung über die von der schutzvereinlichen Hilfe zu erwartenden Vorteile die rechtzeitige Anrufung der letztern versäumt hat, so dass eine nachträgliche Gewährung derselben mit den Vereinsatzungen vereinbarlich wäre.

Immerhin erscheint aber in solchen Fällen die grösste Vorsicht geboten, um nicht dem Versuche einer missbräuchlichen Ausbeutung der Einrichtung zum Opfer zu fallen.

§ 91.

c. Die Vermittelung von Arbeit.

Der Ausspruch, worüber die Mitglieder des ersten internationalen Schutzfürsorge-Kongresses in Antwerpen (1890) sich geeinigt haben und nach welchem die Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinn vor allem in der Vermittlung von Arbeit und wenn möglich in der planmässigen Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit bestehen soll, steht im Einklang nicht nur mit dem Charakter der modernen verbrechensvorbeugenden Mittel, deren Bestrebungen hauptsächlich auf die Erziehung zur Arbeit und der davon abhängigen Erwerbsbefähigung gerichtet sind, sondern auch mit dem Ergebnisse der während vieler Jahre gemachten praktischen Erfahrungen, wonach die Vermittlung der von Straftlassenen erbetenen Arbeit mit zu den schwierigsten und verantwortungsvollsten schutzvereinlichen Aufgaben gehört, deren glückliche Lösung aber zugleich den Erfolg dieser Art von Fürsorge am meisten sichert.

Das grösste Hindernis liegt zweifellos in der schwer besiegbaren Abneigung der Arbeiter selbst, einen bestraften Menschen in ihrer Mitte aufzunehmen und zu dulden. Hierzu bestimmt sie einerseits die Sorge für die Hochhaltung ihrer Berufsehre, andererseits der Argwohn, dass es die Höherstehenden, die Gebildeten und Wohlhabenden seien, welche ihnen einen solchen Umgang zumuten wollten.

Dieses Hindernis findet dadurch eine weitere Verstärkung, dass die Arbeitgeber sehr leicht geneigt sind, der vorerwähnten Kundgebung seitens ihrer Arbeiter volle Rechnung zu tragen, lediglich aus Furcht davor, dass bei gegenteiligem Verhalten sie ihrer besseren Arbeiter verlustig werden könnten.

Der Verein Mülhausen i. E. erwähnt in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1894 unter dem Hinweis darauf, dass das Verhalten der Arbeiter gegen Straftlassene oft

ein hartes, zuweilen sogar ein grausames sei, die mit der Arbeitsvermittlung zusammenhängenden Schwierigkeiten. Über das Obwalten ähnlicher Missstände wurde anlässlich der Erstattung des Berichts der Thätigkeitsergebnisse der Niederländischen Gefängnis-Gesellschaft für 1893 geklagt.¹⁾

Der Versuch gegenüber solch engherzigen Anschauungen Wandel zu schaffen sollte nicht unterlassen werden. Er wird auch von dem gewünschten Ertolge begleitet sein, wenn man sich an die befähigteren und einsichtsvolleren Elemente unter den Arbeitern wendet, wenn man ihr Mitgefühl und das Bewusstsein ihrer Solidarität anruft, wenn man sie unter Belehrung über die gemeinnützigen Ziele der Gefangenen-Fürsorge zur eigenen Mitarbeit heranzieht, wenn man endlich sie darauf hinweist, dass nach statistischen Aufzeichnungen von allen Straftlassenen, welche die schutzvereinliche Hilfe für sich in Anspruch nehmen, es alljährlich volle achtzig Prozent sind, welche den arbeitenden Klassen angehören.

Die Schwierigkeiten der Arbeitsvermittlung haben sich allerdings überall da wesentlich verringert, wo Anstalten für unentgeltlichen Arbeitsnachweis in voller Thätigkeit sich befinden und die Schutzvereine über die Art der Benützung derselben sich mit der Anstaltsleitung verständigt haben (vergl. § 33).

Wo solche Anstalten noch nicht bestehen, werden Einrichtungen sich als nützlich erweisen, welche die periodische Bekanntgebung von allen in einem Lande oder einer Provinz sich anbietenden grösseren Beschäftigungs-Gelegenheiten sicherstellen.

In der Regel soll der Wunsch eines Schützlings, in einer bestimmten Berufsart Beschäftigung zu finden, thunlichst berücksichtigt werden.

Die Berufsfreudigkeit ist ja wohl das wirksamste Mittel zum Ausharren in der Arbeit selbst.

Erweist sich aber ein solcher Wunsch vorübergehend als unerfüllbar, so empfiehlt sich das Inserieren in der Lokalpresse, gleichzeitig aber auch die Annahme jeder augenblick-

¹⁾ Siehe Bull. de la Société générale des prisons 1893 S. 373 f.

lich sich anbietenden Arbeit. Für einen strebsamen Arbeiter wird es niemals schwer sein, selbst aus niedriger Stellung heraus seine Fähigkeiten und seinen ernsten Vorsatz, etwas tüchtiges zu leisten, zur raschesten Geltung zu bringen.

Von der grössten Wichtigkeit für den günstigen Erfolg der Arbeitsvermittlung ist es, dass die in der Strafanstalt auszufüllenden Fragebogen über die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten des Straftentlassenen die zuverlässigsten Angaben enthalten. Dieser Erkundigungsbogen bildet ja die einzige Grundlage für das schutzvereinliche Vorgehen sowie für den Entschluss des Arbeitgebers, den Vereinsschützling bei sich aufzunehmen.

Erweisen sich diese Angaben nach erfolgter Einstellung als unrichtig, so sind Unzuverlässigkeiten unvermeidlich, für den Arbeitgeber insofern, als er in seiner Erwartung, eine brauchbare Arbeitskraft zu erhalten, sich getäuscht sieht, für den Schützling insofern, als er wegen ungenügender Leistung entlassen wird und sich plötzlich auf die Strasse gesetzt sieht, für das schutzvereinliche Interesse endlich insofern, als durch solche Vorkommnisse das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Vereinsthätigkeit in empfindlicher Weise erschüttert werden kann.

Ebenso ist es für die sachgemässe Weiterentwicklung der Einrichtung der schutzvereinlichen Arbeitsvermittlung und für die Erhaltung des Vertrauens, welches die Arbeitgeber ihr entgegenbringen, sehr notwendig, dass die Vereinsschützlinge in die für sie vermittelten Stellen ganz pünktlich eintreten, da Verspätungen hierin oder ein gänzlichliches Ausbleiben für den Arbeitgeber die grössten Verlegenheiten im Gefolge haben können.

§ 92.

d. Die Beherbergung und Verköstigung.

Die Sorge für die Beherbergung und Verköstigung von Schützlingen tritt sehr häufig namentlich an solche Vereine heran, welche eine ausgedehnte Thätigkeit haben.

Die Gewährung dieser Hilfe wird überall da die geringsten Schwierigkeiten bereiten, wo die Benutzung von

Herbergen zur Heimat oder von Volksküchen möglich ist, so dass auf Vorzeigen von vorher zu vereinbarenden schriftlichen Anweisungen die entsprechende Gegenleistung erfolgen kann.

Die Hingabe von Geld zu gedachtem Zweck an die Schützlinge ist zu widerraten, wie man auch niemals ausser acht lassen darf, dass selbst im Verkehr mit schriftlichen Anweisungen (bons) eigennützige Hintergehungen durch Verkauf der letzteren an Unberechtigte niemals ganz hintangehalten werden können.

Der Gefangenen-Schutzverein in Berlin hat sich schon seit Jahren die Benutzung der dortigen Volksküchen gesichert und dabei ganz befriedigende Erfahrungen gemacht.

Die Vereine in Freiburg i. B. und in Strassburg i. E. benützen häufig die Herbergen zur Heimat behufs zeitweiser Unterbringung ihrer Schützlinge.

§ 93.

e. Die Verabreichung von Geld insbesondere auch an durchreisende Wanderer.

Der erste internationale Gefangenen Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) hat den Grundsatz aufgestellt, dass die Unterstützung in Geld nur ausnahmsweise zulässig sei, dass man hierbei immer einen bestimmten schutzvereinlichen Zweck im Auge haben müsse und dieselbe am häufigsten nur unter der Form des Darlehens stattfinden solle.¹⁾

Diejenigen Vereine, welche diesen Grundsatz strengstens befolgen, werden vor grossen Enttäuschungen und bitteren Erfahrungen bewahrt bleiben.

Die Hingabe von kleinen Geldgaben zur Beseitigung von vorübergehender aber nicht sehr drückender Not ist unter allen Umständen als mit den Zielen der schutzvereinlichen Thätigkeit im Widerspruch stehend verwerflich.

Es ist das eine Bequemlichkeit seitens des unterstützenden Vereins, welcher damit seine Schuldigkeit gethan zu haben meint, es ist ein solches Vorgehen aber auch sehr dazu geeignet, das Ehrgefühl des Strafentlassenen abzustumpfen und ihn an den Bettel zu gewöhnen.

¹⁾ Siehe les comptes rendus S. 21 Zif. 9.

Im Falle des Bedürfnisses nach Unterstützung in Geld zu anderen Zwecken, wie die Beschaffung von Leibwäsche und Kleidern, von Handwerkszeug und Arbeitsmaterial oder zur Bestreitung des Mietzinses, zur Auslösung von verpfändeten Gegenständen u. s. w., wähle man jeweils eine solche Form für die Hingabe desselben, dass solches zu keinem andern als dem beabsichtigten Zwecke Verwendung finden kann.

Wird bei Gewährung der schutzvereinlichen Hilfe ausdrücklich bedungen, dass dieselbe nur als eine vorschüssliche aufzufassen und der Unterstützte zum Rückersatz ihres Geldwertes innerhalb einer bestimmten Frist verpflichtet sei, so ist als Regel an dem Vollzug dieses Übereinkommens festzuhalten und eine Ausnahme nur dann zuzulassen, wenn durch die rücksichtslose Beitreibung der Forderung die wirtschaftliche Existenz des Ersatzpflichtigen gefährdet würde.

Der Gefangenen-Schutzverein in Berlin hat mit dem soeben erwähnten Grundsatz sehr gute Erfahrungen gemacht. So wurden im Laufe des Jahres 1894 aus rückbezahlten Vorschüssen für Eisenbahnfahrkarten und ähnliche Leistungen zu Gunsten von Vereinsschützlingen im ganzen 12 226 Mk. 4 Pf. vereinnahmt.

Die Verabreichung von Geld an Durchreisende ist ebenfalls verwerflich. Zudem kann dies nie die Aufgabe der Schutzvereine für entlassene Gefangene sein, die letzteren müssten denn, wie dies in kleineren Städten vorzukommen pflegt, mit den Vereinen gegen Haus- und Strassenbettel zu gemeinsamer Arbeit in Verbindung treten, in welchem Falle Vorkehrungen nötig sind, durch welche die Gefahr, etwa dem Wanderbettel Vorschub zu leisten, gründlich hintangehalten wird.

Welche Ausschreitungen gerade auf diesem Gebiete der schutzvereinlichen Thätigkeit zu Tage treten können, ergiebt sich aus folgenden Auslassungen des Zentralausschusses des Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene im Königreich Württemberg im Rechenschaftsbericht für die Jahre 1895 und 1896:

„Entlassene Gefangene, welche die Hilfe des Zentral-Ausschusses im Laufe der letzten zwei Jahre angerufen haben, sind es 350 gewesen, wobei diejenigen, welche auf unserem Vereinsbureau vorstellig geworden sind, und

von denen manche wenigstens augenblickliche, vorübergehende Hilfe durch Verpflegung in der Herberge zur Heimat oder durch Gewährung einer Eisenbahn-Fahrkarte zur Reise in ihre Heimat, oder an eine auswärtige Arbeitsstätte, oder durch Anschaffung nötiger Kleidungsstücke erhalten haben, mitgerechnet sind.

Die Zahl der letzteren Fälle ist zwar nicht gross, aber ihre Behandlung ist desto schwieriger, insofern uns noch keine Personalakten vorliegen und das, was die Leute vorbringen, erst auf anderem Wege geprüft werden muss; oft aber führt diese Prüfung zu keinem Ziel und deshalb kommt es trotz aller Vorsicht, die angewandt wird, immer wieder vor, dass einer die ihm gewährte Hilfe missbraucht, sei es, das er den Versuch macht, in der Herberge zur Heimat statt der Naturalverpflegung den Geldwert derselben sich auszahlen zu lassen, oder seine Anweisung auf Herbergsverpflegung an einen Dritten zu verhandeln, oder aus dem Eisenbahnwagen, in den er sicher geleitet war, im letzten Augenblick nach einer andern Seite zu entspringen, um sich den Fahrpreis gegen Rückgabe der Karte wieder herausbezahlen zu lassen und den Erlös mit gleichgesinnten Genossen zu verjubeln.

Zum Glück gelingen aber solche Versuche sehr selten.“

§ 94.

f. Die Ermöglichung der Reise in die Heimat oder an einen bestimmten Beschäftigungsort.

Der Wunsch eines Gefangenen, nach beendigem Strafvollzug behufs Begründung einer neuen Lebensstellung in seinen Heimatsort, oder falls dies nicht möglich sein sollte, an einen solchen Ort sich begeben zu können, wo ihm lohnende Arbeit zweifellos in Aussicht steht, ist ein sehr begreiflicher, er kehrt deshalb sehr häufig wieder und sollte dessen Erfüllung um so eher ermöglicht werden, als dies immer als die sachgemässeste Hilfeleistung gelten kann.

Es ergibt sich hieraus die schutzvereinliche Aufgabe, dafür rechtzeitige Fürsorge zu treffen, dass die Berücksichti-

gung derartiger Wünsche jederzeit statthaben kann und insbesondere nicht an dem Kostenpunkte scheitert.

In Erfüllung dieser Aufgabe hat die badische Zentralleitung den Schutzvereinen in Freiburg und Bruchsal einen Kredit von jährlich 200 Mk. eröffnet, auf Grund dessen Gefangene, welche aus den dortigen Zentralstrafanstalten entlassen werden, in ihre Heimat oder ihren Beschäftigungsort befördert werden können.

Diese Einrichtung hat sich bewährt und die Kredite haben sich stets als ausreichend erwiesen.

Hierbei ist übrigens zu erwähnen, dass die Kosten der Heimbeförderung von einheimischen Strafentlassenen in der Regel staatlicherseits getragen werden.

So hat auch in jüngster Zeit das Königl. Preuss. Ministerium des Innern verfügt, dass den zur Entlassung kommenden mittellosen Untersuchungs und Strafgefangenen zwecks Zurückbeförderung in die Heimat der für die Bahnkosten erforderliche Betrag und eine angemessene Reiseunterstützung gewährt werden solle.

Dieser Wunsch macht sich aber in noch stärkerem Masse geltend, sobald der Strafentlassene nicht Angehöriger des Landes ist, in dessen Gefängnis er eine Strafe verbüsst hat.

Ist es an und für sich schon eine schwierige Sache, in den Zustand der Hilflosigkeit in einem Lande zu geraten, mit dessen Sprache, Sitten und Gebräuchen, Erwerbsverhältnissen und Wohlthätigkeits-Einrichtungen man nicht vertraut ist, so steigert sich dieser Notstand, sobald man mit dem Makel des Verbrechertums behaftet ist und man bei etwaigen Versuchen, irgendwelche Arbeit zu erlangen, einem wahrhaft niederschmetterndem Misstrauen begegnet, so dass man in der polizeilichen Ausweisungs-Massregel und der etwaigen zwangsweisen Verbringung an die Landesgrenze noch eine gewisse Wohlthat erblicken könnte.

Um hier Abhilfe zu schaffen, war es zunächst notwendig, den aus dem humanitären Zwecke der Gefangenen-Schutzthätigkeit sich von selbst ergebenden Grundsatz zur weitesten Anerkennung zu bringen, wonach die Gefangenen-Fürsorge im engeren Sinne jedem Hilfsbedürftigen und würdigen Straf-

entlassenen auf Ansuchen ohne jegliche Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit zuteil werden solle.

Sobald aber hierüber eine durchgreifende Übereinstimmung erzielt war, konnte man an eine Regelung der Schwierigkeiten herantreten, welche bis jetzt der Verwirklichung einer internationalen Gefangenen-Fürsorge sich entgegenstellen.

Diese Frage wurde erstmals durch den um das Gefangenen-Schutzwesen in der Schweiz hochverdienten und leider zu frühe gestorbenen Pfarrer und Professor Dr. Bernhard Riggensbach in Basel in Anregung gebracht. Auf Grund seiner Erfahrungen als Gefängnisgeistlicher wies er darauf hin, dass Jahr für Jahr viele Badener und sonstige Angehörige des deutschen Reiches in der Strafanstalt zu Basel weilten. Im Zeitpunkt ihrer Entlassung würden sie nach der bis jetzt geltenden Regel durch die Polizei an die Grenze gebracht. Hier seien sie gänzlich sich selbst überlassen und damit der Gefahr des sofortigen Verbrechens-Rückfalls preisgegeben.

Nachdem in den zunächst beteiligten Kreisen die Notwendigkeit einer schutzvereinlichen Fürsorge gegen diese Missstände anerkannt worden, hat die badische Zentralleitung diesen Gedanken sich angeeignet und die Möglichkeit einer eingehenden Aussprache hierüber seitens einer grösseren Zahl von deutschen Schutzvereinen am 18. September 1886 in Frankfurt a. M. herbeigeführt.

Auf Grund dieser Besprechung ist eine, alle hier in Betracht kommenden Fragen regelnde Übereinkunft zunächst nur zwischen der schutzvereinlichen Zentralleitung in Baden und der Patronage-Kommission in Basel zu Stande gekommen. Derselben sind aber sehr bald deutsche und schweizerische Schutzaufsichtsvereine in grösserer Zahl beigetreten.

Der Vollzug dieser Vereinbarung, durch welche unter Wahrung der freien Entschliessung für die einzelnen Vertragsschliessenden in jedem einzelnen Fürsorgefall die rascheste und unmittelbarste Beförderung von deutschen Strafgefangenen aus der Schweiz in ihre Heimat oder an einen sonstigen Beschäftigungsort und umgekehrt bezüglich der schweizerischen Strafantlassenen ermöglicht werden soll, hat bis jetzt zu keinerlei Anständen Anlass gegeben, ungeachtet die Zahl der

deutschen Gefangenen, welche aus schweizerischen Gefängnissen in die Heimat zurückverbracht sein wollen, stets eine grössere ist, als umgekehrt.

Dagegen muss auch anerkannt werden, dass der deutsche Hilfsverein in Basel, es in dieser Angelegenheit nie an opferwilligem Entgegenkommen hat fehlen lassen, wodurch das Überweisungsverfahren namentlich an der Hauptübergangsstation Basel-Lörrach stets einen sehr glatten Verlauf genommen hat.¹⁾

Im Anschluss an diesen Vorgang und ganz zu dem gleichen Zwecke wurde am 31. Juli 1888 unter achtzehn schweizerischen Gefangenen-Schutzaufsichtsvereinen ein Übereinkommen abgeschlossen, durch welches die Durchführung der interkantonalen Gefangenen-Fürsorge nach Massgabe der schon obenerwähnten Grundsätze gesichert worden ist.

Der am 15. Juli 1892 ins Leben getretene Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene hat in Gemässheit der Bestimmungen der §§ 1 Zif. a und 3 der Satzungen eine Vereinbarung unter den dem Verbande angehörigen Vereinen beschlossen, nach welcher für jeden deutschen entlassenen Gefangenen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit im Falle der Bedürftigkeit und Würdigkeit bei der Entlassung aus der Strafanstalt, unter Umständen auch später, auf Ansuchen Fürsorge gewährt und namentlich die Reise in die Heimat oder an einen anderen zum Aufenthalt nach der Entlassung gewählten Ort von der Strafanstalt aus ermöglicht werden und die Fürsorge für die entlassenen Gefangenen im einzelnen Falle Sache derjenigen Verbände oder Vereine sein soll, deren Hilfe nachgesucht werde, ausserdem aber ein Anspruch auf Kostenersatz gegen andere Vereine insbesondere auch gegen den Verein des Anzugsortes in den soeben erwähnten Überweisungsfällen nicht geltend gemacht werden könne. Gleichzeitig wurden die Grundsätze für das seitens der Verbandsangehörigen bei Überweisungen einzuhaltende Verfahren geregelt.

¹⁾ Siehe Blätter für Gefängniskunde Band XXI S. 458f. und XXIII S. 141, ferner den Jahresbericht der badischen Zentralleitung für 1886 S. 4 und 7.

Diese Übereinkunft hat sich rasch eingelebt, und von Jahr zu Jahr immer mehr bewährt. Insbesondere hat die anfänglich gehegte Befürchtung, es könnte dieselbe für einzelne Vereine eine besonders schwere Belastung im Gefolge haben, sich nicht erfüllt.

Für manche Vereine hatte der Beitritt zum deutschen Verbands die weitere Folge, dass sie die satzungsmässige Bestimmung, wonach die Vereinshilfe ausschliesslich nur den landesangehörigen Straftlassenen gewährt werden sollte, eine entsprechende Änderung haben unterziehen müssen, so z. B. der schutzvereinliche Landesverband des Grossherzogtums Hessen.

Der Gefängnis-Kongress von St. Petersburg (1890) empfiehlt den Abschluss von Übereinkommen unter den verschiedenen Gefangenen-Schutzvereinen und hebt unter den Zwecken, welche diese fördern sollen, insbesondere auch den hervor, den Grundsatz zur allgemeinen Geltung zu bringen, dass die Schutzthätigkeit auch Ausländern zuteil werden müsse, allerdings unter Beachtung der polizeilichen Vorschriften jedes Landes, sowie dass die Verbringung von Straftlassenen in ihre Heimat oder an einen anderen Beschäftigungsort, insofern sie dies wünschen, sichergestellt werden sollte.

In Übereinstimmung damit hat der erste Gefangenen-Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) unter Bezugnahme auf obigen in St. Petersburg gefassten Beschluss den Wunsch ausgesprochen, dass unter den Schutzvereinen der verschiedenen Länder Vereinbarungen, durch welche die Ausführung des letzteren gefördert werde, zu Stande kommen sollten¹⁾.

Anlässlich einer am 18. Juni 1894 in Bern stattgehabten Konferenz zwischen Vertretern einer Anzahl von schweizerischen Schutzaufsichtsvereinen und M. Léonce Larnac attaché au Ministère de l'Intérieur et secrétaire général de la société centrale de patronage pour les détenus libérés in Paris wurde der Entwurf eines

¹⁾ Siehe Comptes rendus des Congrès de St. Pétersbourg I S. 809 und 810 et d' Anvers S. 20 und 21.

Übereinkommens festgestellt, welches die Verbesserung der Lage der beiderseitigen Strafgefangenen und die Sicherstellung ihrer Heimbeförderung bezweckt.

Von schweizerischer Seite wurde insbesondere der Wunsch ausgesprochen, dass im Gegensatz zu der bisherigen Übung bezüglich der von der polizeilichen Ausweisungs-Massregel getroffenen schweizerischen Straftlassenen sowohl die Dauer der polizeilichen Verwahrung sowie die des Transports im Gefangenwagen bis an die französisch-schweizerische Grenze auf ein möglichst geringes Zeitmass herabgemindert werden sollte. (Bis dahin hat der Vollzug der polizeilichen Ausweisung oft zwei bis drei Monate in Anspruch genommen¹⁾).

Ähnliche Verhandlungen wurden zwischen dem Ausschuss des Verbandes der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene und dem Bureau central de l' Union des Sociétés de patronage pour les libérés in Paris gepflogen. Hierbei hatte man namentlich die Sicherstellung einer ganz besonderen Fürsorge für die beiderseitigen jugendlichen Straftlassenen im Auge.

So erfolgverheissend das hierbei auf beiden Seiten zu Tage getretene freundliche Entgegenkommen gewesen ist, so scheiterten doch diese Verhandlungen ausschliesslich daran, dass französischerseits das Bedenken angeregt wurde, es könnte die Zahl der in Fürsorge zu nehmenden deutschen Straftlassenen eine weitaus grössere sein als die der französischen und dies eine ausserordentliche Mehrbelastung für die französischen Schutzvereine zur Folge haben.

Deutscherseits gemachte Erhebungen über die Zahl der in den Jahren 1892/4 in deutschen Gefängnissen vorhanden gewesenen Franzosen haben allerdings zu keinem für die Sache selbst sehr günstigen Ergebnisse geführt. Auch der Versuch, durch Heranziehung des deutschen Schutzvereins in Paris die mit der Heimbeförderung von Deutschen verknüpfte Kostenfrage auf ein geringeres Mass herabzumindern, ist misslungen.

¹⁾ Siehe Bulletin de la société générale des prisons 1894 S. 1244 und 1895 S. 1172 f.

Auf Mitteilung dieser Ergebnisse an die französischen Vertreter ist bis jetzt keine weitere Entschliessung erfolgt.¹⁾

Auch die Verhandlungen mit der Commission royale des patronages in Bruxelles haben bis jetzt den beabsichtigten Erfolg nicht gehabt.

Aus all diesen Anführungen ergibt sich zur Genüge, welch hohe Würdigung diese Art von Gefangenen-Fürsorge und die damit für die Zunächstbeteiligten verbundenen Vorteile gerade da jeweils gefunden haben, wo Vertreter der Wissenschaft und der praktischen Erfahrungen zu gemeinsamer Arbeit zusammengetreten sind und dürfte sich deshalb das seitens der deutschen und schweizerischen Vereine beliebte Vorgehen überall da zur Nachahmung empfehlen, wo die Gefangenen-Schutzthätigkeit bereits eine so lebensfrische Entwicklung gefunden hat, dass an allen grösseren Verkehrs-Mittelpunkten des Landes damit sich befassende Vereine bestehen.

§ 95.

g. Die Ermöglichung der Auswanderung.

Die Ermöglichung der Auswanderung in überseeische Länder ist eines der unentbehrlichsten Schutzfürsorge-Mittel. Sie ist dringend zu empfehlen, wenn der Strafentlassene gegen das Gesetz sich in einer Weise verfehlt hat, welche entweder sein ferneres Verweilen in der alten Heimat zu einem sehr schwierigen gestaltet oder doch wenigstens sein vorübergehendes Verschwinden aus den Augen seiner bisherigen Mitlebenden sehr wünschenswert macht.

Sie ist aber auch dann aller Berücksichtigung wert, wenn ohne das Vorhandensein der soeben bezeichneten Voraussetzungen ein Bestrafter unter dem Einflusse des wiedererwachten Ehrgefühls und der jugendlichen Unternehmungslust eine derartige Veränderung hinsichtlich seiner Lebensstellung herbeizuführen sucht.

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des prisons 1896 S. 938 f; sowie Bulletin del 'Union des sociétés de patronage, de France 1896 S. 239 und 278.

Zu diesen Voraussetzungen müssen allerdings noch die weiteren treten, dass das Auswanderungsvorhaben aus dem freien Entschlusse des Beteiligten hervorgegangen ist, dass die Strafanstaltsverwaltung solches befürwortet, dass der Auswanderungslustige körperlich gesund und vollkommen erwerbsfähig, auch womöglich ledigen Standes ist und dass auch eine gewisse Sicherheit für dessen erfolgreiches Fortkommen in der neuen Heimat zum Voraus als vorhanden angenommen werden kann.

Bei der Prüfung desfallsiger Gesuche ist die grösste Gewissenhaftigkeit auch schon um deswillen geboten, damit jeder Verdacht auch nach der Richtung ausgeschlossen erscheint, dass es sich bei der Ermöglichung des Auswanderungsvorhabens durch Gewährung von Zuschüssen zu den Reisekosten nicht etwa ausschliesslich um einen Akt wohlerwogener Schutzfürsorge handle, sondern eher um den Versuch, ein dem Heimatland lästig gewordenes Individuum in möglichst billiger Weise ein für allemal abzuschieben.

Allein ganz abgesehen hiervon treten einer häufigeren Anwendung dieses Fürsorgemittels noch zwei Umstände sehr oft hindernd entgegen, nämlich die allgemeinen Zwangsmassregeln, welche seitens der Regierung des Landes, welches für die Auswanderung in Aussicht genommen ist, gegen die Ausführung solcher Vorhaben ergriffen werden und sodann die Kostenfrage.

So hat der Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas in einem Akte vom 3. März 1875 die Einwanderung von solchen Auswanderern gänzlich verboten, welche in ihrem Geburtslande entweder wegen eines peinlichen Verbrechens, mit Ausnahme eines politischen, verurteilt worden sind, oder denen ihre Strafe unter der Bedingung der Auswanderung erlassen worden ist. Dieses Verbot ist auf Grund einer Konsultation ausgezeichneten amerikanischen Anwälte ganz enge auszulegen und deshalb auf die Einwanderungen entlassener Sträflinge, welche ihre Strafe verbüsst haben, nicht anwendbar.¹⁾

¹⁾ Siehe Handbuch des Gefängniswesens (v. Holtzendorff und v. Jagmann) Band 2 S. 372—74.

Das in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehende Verbot der Einwanderung von hilfsbedürftigen Personen wird seit der Mitte der achtziger Jahre mit besonderer Strenge zum Vollzuge gebracht.

Unter die hilfsbedürftigen Personen im Sinne der nordamerikanischen Gesetzgebung gehören:

a. Geisteskranke, alte und gebrechliche Personen, Blinde und Krüppel sowie überhaupt alle diejenigen, welche wegen eines dauernden Gebrechens unfähig sind, für sich selbst zu sorgen, es sei denn, dass der Nachweis erbracht wird, dass diese Personen öffentlicher Unterstützung nicht bedürfen werden;

b. solche Personen, bezüglich welcher nach den sonstigen Umständen zu vermuten ist, dass sie der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen würden, d. h. im allgemeinen diejenigen, welche ohne genügende Mittel einwanderten, um bis zur Zeit, wo sie Arbeit finden, sich und ihre Angehörigen zu unterhalten. Sollten Verwandte oder Freunde solcher Einwanderer darthun, dass sie bereit und im Stande sind, sich und ihre Angehörigen zu unterhalten, so erfolgt gleichwohl die Zulassung nur, falls dieselbe nach dem Ermessen der Einwanderungs-Kommission unbedenklich ist.

Der Besitz von Eisenbahn-Fahrkarten nach dem Innern ist für sich allein zum Nachweis des gesicherten Fortkommens nicht hinreichend.¹⁾

Neuerdings wird sogar die Einwanderungs-Erlaubnis auch davon abhängig gemacht, dass der Einwanderer der amerikanischen Sprache kundig ist.

Gegen diese Anordnungen, welche geeignet sind, das Zuströmen von gemeinschädlichen Elementen in das eigene Land rechtzeitig zu verhindern, lässt sich nichts einwenden, dagegen dürfte deren strengste Einhaltung durch die Gefangenen-Schutzvereine sich um so mehr empfehlen, als im gegenteiligen Falle die Gefahr sehr nahe liegt, dass die zurückgewiesenen Einwanderer auf das nächste in ihre Heimat abgehende Schiff verbracht und letzterer zwangsweise zugeführt würden, was schon im Hinblick auf die dabei in Frage

¹⁾ Siehe Jahresbericht der badischen Zentralleitung für 1885 S. 12.

stehenden wichtigen staatlichen Interessen thunlichst vermieden werden sollte.

Die Kostenfrage dagegen wird mit Rücksicht auf den zur Ermöglichung der Auswanderung erforderlichen Aufwand immer eine grosse Bedeutung haben.

Zur Aufbringung solch ansehnlicher Mittel werden die finanziellen Kräfte der Einzelvereine in der Regel sich als zu schwach erweisen, so dass Zuschüsse etwas eiten der mitbetheiligten Armenbehörde oder aber da, wo eine zentrale Organisation besteht, solche aus der Zentralkasse geboten erscheinen.

Der erste Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) hat nicht allein die Verbringung in die Heimat, sondern auch die Auswanderung als empfehlenswerte Schutzfürsorge-Mittel bezeichnet.¹⁾

Anlässlich des im Jahre 1891 in Pittsburg stattgehabten Kongresses the National Prisons Association of the United States hat Mr. Coffin (Illinois) bei einer Vergleichung der Kriminalitäts-Verhältnisse in England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika als Grund für die Abnahme hinsichtlich der Zahl der schweren Verbrecher und der mittleren Durchschnittszahl der Bestraften in dem erstgenannten Lande unter anderen die massenhafte Verbringung von verwahrlosten und bestraften Kindern in die Kolonien angeführt, als solchen aber für die stete Zunahme der Kriminalität in den Vereinigten Staaten von Nordamerika unter anderen die Einwanderung von Verbrechern, welche ihre neue Heimat sehr bald mit einer gleichgesinnten Nachkommenschaft bedenken.²⁾

Innerhalb des deutschen Reiches hat die Zahl der Fälle, in welchen die Auswanderung nach Nordamerika ermöglicht worden ist, sich erheblich vermindert, dagegen sind die Fälle, in welchen die südamerikanischen Länder als Reiseziel gelten, in der Zunahme begriffen.

Seit der Besitzergreifung von ausgedehnten deutschen Schutzgebieten ist die Frage, ob die Auswanderung bezw.

¹⁾ Siehe die *comptes rendus* dieses Kongresses S. 21.

²⁾ Siehe *Bulletin de la Société générale des prisons* 1892 S. 238 f.

die Übersiedelung von Straftlassenen dahin in Aussicht zu nehmen sei, wiederholt angeregt worden.

Anlässlich der im Jahre 1888 erfolgten Einreichung eines förmlichen Einwanderungsgesuches seitens eines ledigen und vollständig erwerbsfähigen badischen Straftlassenen hat das Kaiserl. Reichsamt für die deutschen Schutzgebiete sich dahin ausgesprochen, dass die Verhältnisse in den letzteren zur Zeit noch nicht so fest begründet seien, um die Auswanderung von Straftlassenen dahin mit Erfolg in Angriff nehmen zu können. Übrigens werde man die von dem Ausschusse der badischen Zentralleitung angeregte prinzipielle Frage der förmlichen Organisierung der Übersiedelung von Straftlassenen in die deutschen Schutzgebiete auch fernerhin im Auge behalten.¹⁾

Neuerdings hat sich die Rheinisch-Westfälische Gefängnis-Gesellschaft in Düsseldorf mit dieser Frage beschäftigt und ist im Jahre 1892 zu folgenden Beschlüssen gelangt:

1. Die Unterbringung oder Ansiedlung entlassener Straftgefangener in den deutschen, überseeischen Kolonien kann bei der gegenwärtigen Lage dieser Kolonien von Vereins wegen noch nicht in's Auge gefasst werden.

2. Wie die Anlage von Strafkolonien als unvereinbar zu bezeichnen ist mit der dem Mutterland gegenüber seinen Kolonien obliegenden kulturellen Aufgabe, so erscheint die Anlage grösserer Strafanstalten für den Bergbau und Plantagenbetrieb in überseeischen Kolonien zur Zeit nicht zweckmässig.

Auf neuerliche Anregung dieser Frage hat man sich in dem Beschlusse geeinigt, bei dem Beschlusse vom Jahre 1892 über die Ansiedlung von entlassenen Gefangenen in den Kolonien stehen bleiben zu wollen.²⁾

Die grosse Bedeutung dieser Frage für die fernere Gestaltung eines der wichtigsten Arbeitsgebiete der deutschen Gefangenen-Schutzthätigkeit steht wohl ausser Zweifel, da-

¹⁾ Siehe Jahresbericht der badischen Zentralleitung 1888 S. 10.

²⁾ Siehe den 66. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft in Düsseldorf für 1891/92 S. 30 f.; für 1894/95 S. 21 f.

gegen wird das entscheidende Wort über die Durchführbarkeit jeder dabei in Betracht kommenden Massregel auf der Seite fallen müssen, auf welcher man durch vieljährigen Aufenthalt in den Schutzgebieten und die dabei gewonnenen genauesten Kenntnisse über die klimatischen und Erwerbsverhältnisse in denselben die Berechtigung zu einem ausschlaggebenden Urteil erlangt hat.

Zu erwähnen ist noch, dass die Erfahrungen, welche die niederländische Gefängnis-Gesellschaft und die Patronage-Kommission in Basel mit der Ermöglichung der Auswanderung für Straftlassene gemacht haben, als gut bezeichnet werden.

§ 96.

h. Die Vermittelung von Arbeit im Rechnungs- und Schreibereifach.

Es giebt fortgesetzt eine grössere Zahl von Straftlassenen, für welche die Wiederaufnahme ihres früheren Berufes eine Unmöglichkeit ist. Dahin gehören bestrafte Geistliche und Lehrer, Staats- und Gemeinde-Bedienstete sowie Kaufleute. Während die einen aus ihrer früheren dienstlichen Stellung förmlich entlassen sind, steht bei den andern, wie z. B. bei den Kaufleuten dem Wiedereintritt in die frühere Berufsthätigkeit der Mangel an Vertrauen hindernd im Wege, welcher mit seiner Bestrafung unzertrennlich verknüpft zu sein pflegt.

All diesen Unglücklichen ist das gemeinsam, dass sie mit Vorliebe dem Schreiberei- und Rechnungsfach sich zuwenden. Hierzu bestimmt sie teils das immer noch nicht ganz geschwundene frühere Standesbewusstsein, teils die im stillen gehegte, aber durchaus trügerische Hoffnung, in diesem Berufe früher oder später wenigstens eine halbamtliche Anstellung bzw. Versorgung für sich erlangen zu können.

In Wirklichkeit aber ist die Möglichkeit, im Wege der schutzvereinlichen Fürsorge Beschäftigung der bezeichneten Art zu vermitteln, meist eine sehr geringe und von Zufälligkeiten aller Art abhängige; sollte aber auch das desfallsige Bemühen ein erfolgreiches sein, so ist der Lohn für derartige

Arbeit der Regel nach ein so geringer, dass er zur Begründung eines anständigen Lebenserwerbs auf die Dauer kaum ausreicht.

Selbstverständlich aber ist es, dass bei der Besetzung von behördlichen Stellen diejenigen Angehörigen des Rechnungs- und Schreibereifaches stets den Vorzug erhalten, welche noch nicht bestraft worden sind. Die Zahl derjenigen Straftlassenen aber, welche sich mit Gesuchen der gedachten Art an die Schutzvereine wenden, ist stets eine grosse.

Die Aufgabe der letzteren wird es sein, die Beteiligten rechtzeitig über die Aussichtslosigkeit ihrer Zukunftspläne und die schweren Entsagungen, welche die Thatsache ihrer Bestrafung wenigstens in der ersten Zeit nach ihrer Rückkehr in die Freiheit ihnen auferlegt, eindringlichst zu belehren, zugleich aber auch als rettenden Ausweg zwei Möglichkeiten vorzuschlagen.

Die eine liegt in der Ergreifung eines ganz neuen Berufes. Dies ist allerdings nur bis zu einer bestimmten Altersgrenze, als welche die Mitte der dreissiger Jahre gelten kann, möglich. Auch erfordert ein solches Vorgehen einen tüchtigen Lehrmeister und nicht unerhebliche Mittel. Die hierin liegenden Schwierigkeiten lassen sich aber namentlich bei Vereinen, welche einem grösseren und deshalb leistungsfähigeren Verbandsangehörigen angehören, mit Leichtigkeit überwinden.

Ein anderer Ausweg bietet sich darin, dass der Hilfesuchende zunächst jede sich darbietende Arbeitsgelegenheit benützt und im übrigen eine Besserung davon erhofft, dass es ihm gelingt, in Bälde das Vertrauen seines Brodherrn zu gewinnen und die gegen einen Bestraften obwaltenden Vorurteile allmählich zu beseitigen, um dann später in eine seiner Leistungsfähigkeit vollkommen entsprechende Stellung aufsteigen zu können.

Dieses Vorgehen, bei welchem allerdings auf ein sehr ernstes Mitarbeiten seitens des Straftlassenen muss gerechnet werden können, hat sich im Laufe der letztvergangenen Jahre wiederholt bei dem Schutzvereine in Freiburg i. B. und im Schoosse der badischen Zentralleitung so bewährt, dass dasselbe unbedingt zur Nachahmung empfohlen werden kann.

Die von den Vereinen in Berlin und Görlitz eingerichteten Schreibstuben (vergl. § 36) sind, insofern sie als vorübergehender Notbehelf dienen können, ebenfalls aller Beachtung wert.

§ 97.

i. Die Aufstellung eines Fürsorgers.

Jahrzehnte hindurch hat es als ein unumstösslich richtiger Satz gegolten, dass für jeden Straftlassenen, der der Vereinshilfe insbesondere durch Arbeitsvermittlung theilhaftig geworden sei, ein besonderer Fürsorger aufgestellt werden müsse, wenn die Schutzthätigkeit den gewünschten Erfolg haben solle. Dabei stellte man sich den Fürsorger als eine Persönlichkeit vor, bei deren Auswahl man mit der grössten Gewissenhaftigkeit verfahren müsse, damit er im Stande sei, das Vertrauen seines Schützlings sich zu erwerben und gleichzeitig im Verkehr mit diesem stets den richtigen Takt mit der etwa erforderlich werdenden Strenge zu verbinden.

So manche Vereine nun, welche nach dieser Regel ihre Thätigkeit eingerichtet haben, sind sehr bald zu der Überzeugung gelangt, dass ein Bedürfnis nach Forterhaltung dieser Einrichtung gegenüber von Straftlassenen, welche volljährig und vollkommen erwerbsfähig sind, überhaupt nicht besteht und dass gerade die selbständigeren Naturen unter den letzteren eine ausgesprochene Abneigung gegen jede Art von Beaufsichtigung haben, weil sie es als besonders hart empfinden, dass die strengste Geheimhaltung ihrer verbrecherischen Vergangenheit gerade im Wege der Gefangenen-Fürsorge vereitelt und dadurch ihrer Umgebung Anlass zum Nachdenken und zu unliebsamen Bemerkungen gegeben wird.

Straftlassene, welchen es mit ihren Besserungsvorsätzen ernst ist und die sich in einer geordneten Berufsbeschäftigung befinden, werden sich gut verhalten, ohne dass es nötig wäre, für sie einen besonderen Fürsorger aufzustellen und diesen mit ihrer Beaufsichtigung und Leitung zu beauftragen, vielmehr genügt es schon, denselben eine Persönlichkeit zu bezeichnen (den Vorstand des Schutzvereins, den Ortsgeistlichen u. s. w.), an welchen sie sich vertrauens-

voll wenden können, sobald ihre Berufsthätigkeit oder ihre sonstige äussere Lebenslage ihnen das Bedürfnis nach einer aufklärenden oder ermunternden Aussprache nahelegt.

Dagegen wird man solche Straftentlassene, deren gute Vorsätze keine festen sind und deshalb bei der ersten sich anbietenden Versuchung in's Wanken geraten, auch durch die Aufstellung des zuverlässigsten Fürsorgers vor dem baldigen Rückfall in die Verbrechensbahn nicht bewahren können.

Eine ganz andere Bedeutung gewinnt das Fürsorgeamt gegenüber von jugendlichen Schützlingen (vergl. §§ 56 u. 101).

§ 98.

k. Die Übernahme der Aufsicht über Straftentlassene an Stelle der den staatlichen Behörden obliegenden.

Straftentlassene, gegen welche neben der Verurteilung zu einer längeren Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht nach stattgehabtem Strafvollzug erkannt worden ist, müssen der Regel nach während der ganzen Dauer der letztgenannten Massregel der Beaufsichtigung der Bezirkspolizeibehörde und ihrer Organe unterstellt werden. Das gleiche Verfahren tritt denjenigen gegenüber ein, welche infolge guter Führung während des grösseren Teils der ihnen auferlegten Strafzeit bedingungsweise, d. h. auf Wohlverhalten entlassen werden.

Die Erfahrungen, welche man bei dem Vollzuge dieser polizeilichen Massregel gemacht hat, waren meistens keine günstigen.

Auf der einen Seite hat das oft wenig takt- und rücksichtsvolle Eingreifen der Polizeibediensteten oder deren Übereifer die von der polizeilichen Aufsicht Betroffenen solche als eine schwere Belästigung empfinden lassen und letztere nicht selten zu dem Entschlusse geführt, derselben eigenmächtig ein Ende zu machen, oder aber haben die polizeilichen Massnahmen sich auch zuweilen als vollständig ungenügend erwiesen, um den Beaufsichtigten vor der Rückfälligkeit zu bewahren.

Ausserdem traten aber auch Misshelligkeiten zu Tage, durch welche die Unverträglichkeit der gleichzeitigen polizeilichen Beaufsichtigung eines Straftlassenen mit der ihm gegenüber eingeleiteten planmässigen Gefangenen-Fürsorge zweifellos dargethan worden ist und welche zur Aufsuchung von Abhilfemitteln den Anlass gegeben haben.

Als das wirksamste hat sich bis jetzt das erwiesen, sämtliche in dieser Beziehung bisher in die Hand der Polizeibehörde gelegten Befugnisse auf die einzelnen Bezirksschutzvereine zu übertragen.

Hierin liegt zweifellos eine schon beachtenswerte Vertrauenskundgebung seitens der Staatsbehörde gegenüber der in Frage stehenden Vereinsthätigkeit, deren sich die letztere dadurch würdig erweisen muss, dass sie bestrebt ist, die Aufsicht über die ihr anvertrauten Schützlinge so zu üben, dass die früher beklagten Missstände hintangehalten und doch die Erhaltung der Beteiligten auf dem rechten Wege ermöglicht wird.

Selbstverständlich hängt es jeweils von dem freien Willen des Beteiligten ab, ob er dieser stellvertretenden Beaufsichtigung sich unterstellen will, auch giebt es für diese Art von Gefangenen-Fürsorge keine alle Fälle erschöpfende Vorschrift, vielmehr ist gerade hier das sorgfältigste Individualisieren mehr als geboten und wird man mit Geduld und Umsicht und der Sicherheit, die ein reicher Schatz an Erfahrungen zu geben imstande ist, jeweils mit Leichtigkeit den rechten Weg finden.

Die Aussicht auf einen günstigen Erfolg ist allerdings bei den Straftlassenen der ersterwähnten Art, unter welchen sich nicht selten unverbesserliche Persönlichkeiten befinden, eine geringere, als bei den bedingt Entlassenen.¹⁾

Der erste Gefangenen-Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) hat die Ausübung der Polizeiaufsicht durch die Polizei und deren Organe als ein schweres Hindernis für die Gefangenen-Schutzthätigkeit bezeichnet und zugleich vom gesetzgeberischen Standpunkte aus den Wunsch ausgesprochen, dass derjenige Straftlassene, welcher der Polizeiaufsicht

¹⁾ Siehe die Ausführungen von Krauss in den Blättern für Gefängnis-kunde Band 28 S. 30 f.

unterstellt werden muss, hiervon solange befreit bleiben sollte, als er sich in der schutzvereinlichen Fürsorge befindet.¹⁾

In Übereinstimmung damit hat auch der zweite Gefangenen-Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1894) das Verlangen aufgestellt, dass der zu Polizeiaufsicht Verurteilte hiervon im Wege der bedingten Strafentlassung und unter der Bedingung entlassen werden solle, dass er bereit ist, sich der schutzvereinlichen Aufsicht zu unterstellen. Zu den Aufgaben des die Aufsicht führenden Schutzvereins aber gehöre es, periodisch wiederkehrende Berichte über das Verhalten des bedingungsweise entlassenen Schützlings an das Justiz-Ministerium zu erstatten und dort den Widerruf der bedingten Entlassung zu beantragen, falls er dies für notwendig erachte.²⁾

Zu gleichen Beschlüssen ist die internationale kriminalistische Vereinigung Gruppe deutsches Reich anlässlich ihrer Tagung in Heidelberg am 9. Juni 1897 gelangt.³⁾

§ 99.

1. Die Verwaltung des Arbeitsguthabens von Strafentlassenen (peculium).

Das Arbeitsguthaben (peculium) ist derjenige Geldbetrag, welcher während der Dauer des Strafvollzugs den einzelnen Strafgefangenen für ihre Arbeitsleistung gut geschrieben wird.

Die Frage, ob dem Sträfling ein Anspruch auf Entlohnung der Arbeit zukomme, welche er im Gefängnis verrichtet, ist letztmals durch den internationalen Gefängnis-Kongress in Paris (1895) dahin beantwortet worden, dass demselben ein solches Recht nicht zustehe, dass dagegen der Staat ein Interesse daran habe, für die Arbeit der Strafgefangenen aus freien Stücken einen entsprechenden Ersatz eintreten zu lassen.⁴⁾

Dieser Ausspruch steht mit der Sachlage selbst in vollkommener Übereinstimmung.

¹⁾ Siehe die *comptes rendus* S. 22.

²⁾ Siehe *Bulletin de la Société générale des prisons* 1894 S. 1053.

³⁾ Siehe die betreffenden Mitteilungen 1897 Band VI S. 591 und 601 Ziffer 5.

⁴⁾ Siehe die *Résolutions votées par le Congrès de Paris* S. 260.

Die Beschäftigung des Gefangenen während des Strafvollzugs ist ebenso sehr aus disziplinären wie gesundheitlichen Rücksichten geboten, auch hängt es in der Regel nicht von dessen Belieben ab, welche Arbeit er verrichten will, vielmehr wird ihm solche durch die Strafanstalts-Verwaltung zugeteilt, von deren Ermessen es auch abhängig bleibt, ob und in welchem Zeitpunkt es zum Zweck der Aufmunterung oder aus erzieherischen Gründen angemessen erscheint, die Arbeitsbelohnung in der Form des gutzuschreibenden Arbeitsguthabens zuzulassen. Der Zweck des letzteren ist stets der, abgesehen von dessen etwaiger Verwendung zu Gunsten des Gefangenen schon während des Strafvollzugs, nach seiner Entlassung nur zu solchen Ausgaben verwendet zu werden, welche sein ehrliches Fortkommen in der wiedererlangten Freiheit zu fördern geeignet sind.

Die Erreichung dieses Zweckes macht gewisse Vorkehrungen notwendig. Dieselben sind kaum durchführbar gegenüber solchen Straftlassenen, welche sofort an den heimatlichen Heerd zurückkehren oder die frühere Berufsarbeit wieder aufnehmen, jedenfalls aber von jeder Art von Beaufsichtigung oder persönlicher Bevormundung verschont bleiben wollen, während sie denjenigen Straftlassenen, welche um die schutzvereinliche Fürsorge nachsuchen, bei der Gewährung derselben zur besonderen Auflage gemacht werden können.

In Übereinstimmung damit tritt bei den diese Frage berührenden Kongressbeschlüssen nicht die Sicherheit des Urteils und der praktische Wert derselben ebenso zu Tage, wie dies auf anderen Gebieten zu verzeichnen ist.

Der St. Petersburger Gefängnis-Kongress (1890) spricht sich dahin aus, dass im Zeitpunkt der Freilassung eines Gefangenen das demselben zukommende Arbeitsguthaben bei einer Behörde, oder einem Schutzverein hinterlegt werden sollte, welche zugleich die Verbindlichkeit übernehmen würden, dasselbe in angemessenen Abteilungen und im steten Einklang mit den Bedürfnissen des Straftlassenen diesem auszufolgen.

Auf dem ersten Gefangenen-Fürsorge-Kongress in Antwerpen (1890) einigte man sich dahin, dass man es für angemessen finden würde, wenn das peculium des Straftlassenen einem Schutzverein anvertraut werden könnte, um

dann bruchstücksweise und dem Bedürfnisse entsprechend an diesen ausgefolgt zu werden.

Der Pariser Kongress (1895) endlich bezeichnet es als wünschenswert, dass

a) dem Strafgefangenen im Zeitpunkt seiner Freilassung kein Verfügungsrecht über sein Arbeitsguthaben zustehen solle,

b) dass das peculium, vorausgesetzt dass dessen Grösse sowie das sittliche Verhalten des Straftlassenen oder andere Umstände ein besonderes Vorgehen rechtfertigen, einer öffentlichen Sparkasse oder der Behörde des Ortes, wo der Straftlassene seinen dauernden Aufenthalt nehmen will, oder einem, genügende Gewähr bietenden Schutzverein oder auch solchen Persönlichkeiten, welche der Justizverwaltung genehm sind, anvertraut werden solle, um sodann je nach den vermutbaren oder wirklichen Bedürfnissen des Straftlassenen an diesen verabfolgt zu werden ¹⁾.

Dass die Schutzvereine für entlassene Gefangene aller Länder der soeben erwähnten Aufgabe sich unterziehen, falls sie staatlicherseits darum ersucht werden, darf wohl als eine selbstverständliche Sache anerkannt werden. Bei der Verwaltung der ihnen überwiesenen Arbeitsguthaben aber werden sie stets darauf zu achten haben, dass dasselbe unter Hintanhaltung jeder zu engherzigen Anschauung nur zu solchen Zwecken verausgabt wird, welche geeignet sind, die Freude am eigenen Besitz wachzurufen und den Sinn für Reinlichkeit und Ordnung im eigenen, wenn auch noch so geringen Haushalte zu wecken und zu befestigen. (Vergleiche die Vorschriften in Preussen über die Behandlung des Arbeitsguthabens in § 15).

§ 100.

B. Die Fürsorge für jugendliche Straftlassene.

a. Allgemeine Gesichtspunkte.

Unter diese Aufgabe fallen nur diejenigen Straftlassene, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

¹⁾ Siehe *comptes rendus du Congrès de St. Pétersbourg* Band I S. 803: d'Anvers S. 21 und *Résolutions votées par le Congrès de Paris* S. 262.

Die Notwendigkeit, jeden einzelnen Fürsorgefall nach seiner Eigenart zu behandeln, ist hier noch ein viel dringlichere als bei der den erwachsenen Straftentlassenen zuzuwendenden Schutzthätigkeit.

Dagegen erfordert im Gegensatz zu der letzteren die Fürsorge für jugendliche Bestrafte, um eine erfolgreiche werden zu können, ganz besondere Mittel und Veranstaltungen (Familien- und Anstaltserziehung).

Denn während die Aufgabe gegenüber jenen stets nur darin bestehen wird, denselben in ihren Bemühungen nach raschester Erlangung lohnender Arbeit fördernd und unterstützend zur Seite zu stehen, liegt bei den letzteren der Schwerpunkt der Fürsorge in dem Bemühen, sie gründlich zu bessern, etwaige Lücken in ihrer Erziehung auszufüllen, und diese Besserungsarbeit so lange mit ihnen fortzusetzen, bis sie den erforderlichen sittlichen Halt sich errungen und die Befähigung zum selbständigen Lebenserwerb genügend erlangt haben.

Da, wo diese Fürsorge von Einzelvereinen mit territorial engbegrenztem Arbeitsgebiet und verhältnismässig geringen Mitteln geübt wird, werden dieselben selten zu einer ganz selbständigen und alle Bedürfnisse erschöpfenden Thätigkeit gelangen, vielmehr gerade in der Kardinalfrage, nämlich der Ermöglichung der etwa noch erforderlich werdenden Anstaltserziehung die Unterstützung durch andere Vereine, welche ähnliche Zwecke verfolgen, sich sichern müssen.

Günstiger kann sich die Sache da gestalten, wo behufs Lösung der Vereinsaufgabe alle Vorteile der zentralen Organisation eingesetzt werden können.

Immerhin aber wird in den Ländern, in welchen ein Zwangserziehungsgesetz noch nicht in Wirksamkeit ist, selbst die bestorganisierte Schutzfürsorge ein wesentliches Hindernis für ein erfolgreiches Vorgehen in dem gänzlichen Mangel an genügenden Zwangsmitteln erblicken müssen, um gegenüber den in ihrem Urteile noch ganz unselbständigen Schützlingen immer dann rechtzeitig und nötigenfalls zwangsweise vorzugehen, wenn es gilt, bei den Beteiligten entweder den Widerwillen gegen die in Aussicht genommene Fürsorge zu beseitigen oder das Ausharren in den bei dem Eintritt

in ein Lehr- oder Dienstverhältnis übernommenen Pflichten zu erzwingen oder um im Falle schlechten Verhaltens und der dadurch herbeigeführten Auflösung der letztgedachten Verhältnisse immer noch eine weitere gesetzliche Handhabe zum Einschreiten verfügbar zu haben.

Dieser Mangel, mit welchem sehr oft die betrübendsten Misserfolge zusammenhängen, muss früher oder später die Vereinsthätigkeit darüber aufklären, auf welch' schwankender Grundlage sie sich hierin bewegt und wie das Bestreben nach Änderung schon aus Gründen der Selbsterhaltung zum unabweisbaren Bedürfnisse wird.

Annähernd die gleichen Verhältnisse walten für die Schutzvereine in denjenigen Ländern ob, in welchen zwar das Zwangserziehungsverfahren gesetzlich geregelt ist, aber mit so beschränkten Befugnissen für die Vollzugsbehörden, dass die nicht unter der staatlichen Fürsorge stehenden und deshalb auf die Vereinsfürsorge angewiesenen jugendlichen Bestraften viel zahlreicher sind, als diejenigen, welchen die gesetzlichen Wohlthaten zu Teil werden.

Ist dagegen bereits ein Zwangserziehungsgesetz mit den weitestgehenden Befugnissen hinsichtlich der Zulässigkeit der hier in Betracht kommenden Ausnahmeregeln und hinsichtlich ihrer Dauer in Wirksamkeit und befestigt sich überall da, wo man an einem planmässigen Vollzuge dieser gesetzlichen Reformen den lebhaftesten Anteil zu nehmen veranlasst ist, die Überzeugung von der Notwendigkeit davon immer mehr, dass die Massregel der Zwangserziehung, falls sie von einem durchschlagenden und äusserlich bald wahrnehmbaren Erfolge begleitet sein soll, rechtzeitig angeordnet, auf alle hierzu sich eignenden Persönlichkeiten ausgedehnt, durch alle zu ihrer konsequenten Durchführung unentbehrlichen Einrichtungen unterstützt und solange aufrecht erhalten werden muss, als es der Besserungszweck gebietet, so kann all dies auf die davon berührte freie Vereinsthätigkeit von tiefgehender Einwirkung sein.

Entsprechend der Eigenart der verschiedenen bei dem Vollzuge der Zwangserziehung in Betracht kommenden Arbeiten und mit Rücksicht auf den stets im Auge zu behaltenden Besserungszweck entwickelt sich eine Reihe von so

schwierigen und zugleich von einer ganz besonderen Pflege bedürftenden Aufgaben, dass der den staatlichen Vollzugsbehörden zur Verfügung stehende bureaukratische Apparat sich sehr bald als hierfür unzureichend erweisen und ein Rückgriff auf die Mitarbeit und Opferwilligkeit freiwilliger Kräfte geboten sein wird.

Aus der bei dem Vollzuge der Zwangserziehung im allgemeinen früher oder später zu Tage tretenden Notwendigkeit eines gemeinsamen Zusammenarbeitens der staatlichen Behörden mit der freien Vereinsthätigkeit folgt nun aber keineswegs, dass unter der letzteren nur die Schutzvereine für entlassene Gefangene zu verstehen seien. Es ist zweifellos, dass jede Vereinigung sich hierzu eignet, welche den der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend zu gewährenden Schutz als ihre Aufgabe anerkennt und deshalb auch zu dem Abschlusse von entsprechenden Vereinbarungen bereit ist.

Wo dagegen die Schutzvereine überhaupt die einzige in Betracht kommende Vereinigung sind und zugleich diejenige, an welche das staatliche Ansinnen um Mitarbeit in erster Reihe gerichtet wird, da sollten sie sich zweifellos hierzu immer bereit finden lassen.

Hierzu drängen sie die gewichtigsten Gründe. Vor allem ist es die Gemeinsamkeit der Interessen, in Folge deren ohnedies schon ein Teil dieser Aufgabe in den Händen der Schutzvereine sich befindet und welche es vollkommen rechtfertigt, dass diese Fürsorge der Regel nach sogar auch solchen, über vierzehn Jahre alten, jugendlichen Verwahrlosten zugewendet wird, welche vielleicht nur aus Zufall noch nicht zur Strafe gezogen worden sind, im übrigen aber meistens viel schlimmer geartete und deshalb viel schwerer zu bessernde Persönlichkeiten sind, als so manche jugendliche Bestrafte. Ihre Zahl wird zudem immer eine ziemlich beschränkte bleiben.

Dies gebietet aber auch die Rücksicht auf die Wertschätzung, welche die Schutzvereine für ihre Thätigkeit im Interesse der Selbsterhaltung stets im Auge behalten müssen.

Je eingehender und gewissenhafter sich in dieser Beziehung die schutzvereinliche Thätigkeit gestaltet, desto mehr wird sie der schönsten ihrer Aufgaben, an der Erziehung

und Besserung der verbrecherischen Jugend mitzuarbeiten, vollkommen zu entsprechen in der Lage sein, desto rascher werden die zahlreichen Vorurteile schwinden, welche überhaupt ihren Bestrebungen hindernd entgegenreten und in desto reichere Masse wird ihr die auf die Dauer unentbehrliche aufmunternde Anerkennung zu Teil werden. (Vergl. §§ 63 und folgende.)

§ 101.

b. Die Handhabung dieser Fürsorge im Einzelfall.

Die auf diesem Tätigkeitsgebiete den Schutzvereinen für entlassene Gefangene zufallenden Obliegenheiten haben das Eigentümliche, dass sie eine das gewöhnliche Mass überschreitende Verantwortlichkeit in sich schliessen, denn je eifriger und gewissenhafter diese Fürsorge im Einzelfalle sich gestaltet, desto sicherer kann der in Aussicht genommene Besserungserfolg erhofft werden.

Von grosser Bedeutung ist es, dass die jugendlichen Bestraften beiderlei Geschlechts schon während des Strafvollzuges über die Einrichtung der Schutzvereine und die davon für sie zu erwartenden Vorteile eingehend belehrt werden. Bei der Entscheidung der Frage, ob sie der schutzvereinlichen Fürsorge unterstellt werden sollen, darf immer nur ihr freier Wille den Ausschlag geben. Die zur Einleitung der Schutzfürsorge erforderlichen Erkundigungsbogen sollen mit besonderer Sorgfalt abgefasst werden.

Die natürlichste und meistens auch sehr erfolgreiche Fürsorge besteht in dem Versuche, die Schützlinge mit ihren Eltern oder sonstigen nahen Angehörigen wieder auszusöhnen und sie bei diesen unterzubringen.

Ebenso wirksam erweist sich die Zurückverbringung der Schützlinge in das Lehr- oder Dienstverhältnis, in welchem sich dieselben vor ihrer Verfehlung befunden haben. Allerdings können besondere Gründe der Ausführung eines solchen Vorhabens sich hindernd entgegenstellen.

Fehlt es an solchen Unterbringungsmöglichkeiten, so erübrigt nur der Abschluss von neuen Lehr- oder Dienstverträgen.

Bei der Auswahl der Lehr- oder Dienstherrn empfiehlt sich die grösste Sorgfalt.

Auf die Sicherstellung des körperlichen und geistigen Wohles des Schützlings, sowie auf seine allseitige berufliche Ausbildung ist vor allem Bedacht zu nehmen. Die Kosten der Lehre, sowie die für die Kleidung müssen aus Vereinsmitteln aufgebracht werden. Desgleichen das kleine Taschengeld, welches als Belohnung für gutes Verhalten nie ausser acht gelassen werden sollte.

Es empfiehlt sich, bei den unterstützungspflichtigen Armenverbänden um Zuschüsse zu den Kosten der Lehre nachzusuchen. Werden diese versagt oder reichen die Vereinsmittel zur Durchführung des in Frage stehenden Besserungswerkes nicht aus, so sind überall da, wo eine zentrale Organisation besteht, Zuschüsse aus der Verbandskasse in Antrag zu bringen.

Werden die Schützlinge als Dienstboten eingestellt, so ist die Frage, ob sie die zur Bekleidung einer Dienststelle erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, genauestens vorher zu prüfen und darnach die Grösse des in Anforderung zu bringenden Jahreslohnes zu bemessen.

Aus dem Dienstlohn sollen, wenn immer möglich, die laufenden Kleiderbedürfnisse bestritten werden, wogegen bei der Einstellung in die Dienststelle namentlich weibliche Dienstboten mit einem bescheidenen Wäsche- und Kleidervorrat ausgestattet werden sollten.

Für die jugendlichen Schützlinge ist durch den Vereinsvorstand ein Fürsorger aufzustellen, welcher den letzteren beratend, helfend, aber auch ernst ermahnend zur Seite steht und an welchen diese sich zu wenden haben, falls sie Rat oder Hilfe nötig haben. Falls der Vereinsvorstand dieses Amt selbst übernimmt und sein Interesse hieran durch häufige Besuche bekundet, so ist dies die beste Art der Fürsorge. Andernfalls sind Vereinsmitglieder, welchen reiche praktische Erfahrungen eigen sind, hierfür in Aussicht zu nehmen.

Für weibliche Schützlinge empfiehlt sich die Heranziehung von Damen, welche mit der Vereinsthätigkeit vertraut sind.

In manchen Fürsorgefällen kann die sittliche Verwahrlosung schon einen so hohen Grad erreicht haben oder der Mangel an Erziehung und beruflicher Ausbildung ein so grosser sein, dass die Unterbringung in ein Lehr- oder Dienstverhältnis vorerst unmöglich erscheint, in welchem Falle nur die Unterbringung in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt erübrigt. Auch der Anwendung dieses Fürsorgemittels soll die Kostenfrage, ungeachtet sie eine sehr belangreiche sein kann, nicht hindernd entgegenstehen.

Vor der Überweisung eines jugendlichen Schützlings in die Vereinsfürsorge soll jeweils der zuständige Konfessionsgeistliche um seine Mitarbeit bei dem Besserungswerke ersucht werden.

Auf den Erfolg dieser so verschiedenartig einzuleitenden Schutzfürsorge kann nur ins solange gerechnet werden, als der ernste Willen des Schützlings zur kräftigen Mitarbeit andauert. Versagt derselbe oder entzieht sich der Schutzbefohlene der schutzvereinlichen Beaufsichtigung, so ist jede weitere Thätigkeit im Hinblick darauf einzustellen, dass dem Verein keinerlei Schritte zur zwangsweisen Einwirkung auf den Widerspänstigen zur Verfügung stehen.

Die damit sehr oft verknüpften schweren Enttäuschungen dürfen nicht abschreckend wirken, denn glücklicherweise fehlt es auch nicht an guten Erfolgen und zum Teil in so überraschender Weise, dass sie nicht nur zum Ausharren auf der einmal betretenen Bahn ermutigen, sondern auch für alle bitteren Erfahrungen reichlich zu entschädigen im Stande sind.

In denjenigen Ländern dagegen, in welchen ein Zwangserziehungsgesetz in Wirksamkeit ist, kann sich die schutzvereinliche Thätigkeit zu einer sehr mannigfachen und segensbringenden gestalten, falls staatlicherseits dieselbe zur Mitarbeit veranlasst wird, (vergleiche §§ 62 und 100) oder aber, wenn die letzterwähnte Voraussetzung sich nicht erfüllt, zu einer sehr einfachen. Sie wird ihre Hauptaufgabe darin erblicken müssen, diejenigen jugendlichen Persönlichkeiten, denen gegenüber die Einleitung der staatlich überwachten Erziehung geboten erscheint, an zuständiger Stelle namhaft zu machen, im übrigen aber ihre Fürsorge auf Ansuchen nur denjenigen zuteil werden lassen, welche nicht dem gesetzlichen Zwange unterstehen.

§ 102.

C. Die Fürsorge durch Gefangenen-Besuche während des Strafvollzugs.

Fast sämtliche Vorstände von Strafanstalten sprechen sich übereinstimmend gegen die Zulassung von Gefangenenbesuchen während des Strafvollzugs aus. Sie befürchten, dass hierdurch in das streng geregelte Anstaltsleben eine gewisse Unruhe hineingetragen werde und solche dadurch noch eine unliebsame Steigerung erfahren könne, dass manche unter den Besuchern es nicht verständen, auf einen lediglich objektiven Verkehr mit den Gefangenen sich zu beschränken.

Der Zweck, welcher durch die Vornahmen von solchen Besuchen erreicht werden soll, ist ein zweifacher.

Hierdurch soll zunächst eine Gewähr dafür geschaffen werden, dass der Strafvollzug streng vorschriftsmässig eingerichtet wird und dass etwaige Beschwerden der Gefangenen ihre rascheste und unparteiische Erledigung finden.

Dieser Zweck lässt sich dadurch leicht erreichen, dass für jedes grössere Gefängnis ein besonderer Aufsichtsrat geschaffen wird, der sich aus einer Anzahl von Anstaltsbeamten, einem höheren richterlichen Beamten als Vorsitzenden und den Grundsätzen der Selbstverwaltung entsprechend aus mehreren Vertretern aus bürgerlichen Kreisen, welche womöglich Mitglieder des Gefangenen-Schutzvereins am Orte sind, zusammensetzt und in periodisch wiederkehrender Weise seine Aufsichtsbefugnisse namentlich in den schon oben erwähnten beiden Richtungen ausübt.

Kollisionen mit dem Anstaltsreglement sind in diesem Falle nicht zu befürchten, dagegen schliesst schon die That-
sache des Bestehens einer solchen Einrichtung die umfassendste Gewähr für den geregelten Gang des Gefängnislebens in sich und trägt nicht wenig dazu bei, etwaige gegenteilige Befürchtungen der öffentlichen Meinung schon im Keime zu ersticken.

Dementsprechende Erfahrungen hat man wenigstens im Grossherzogtum Baden gemacht, wo die Einrichtung der den grösseren Strafanstalten beigegebenen Aufsichtsräte schon seit einer Reihe von Jahren in Wirksamkeit ist.

Der weitere Zweck besteht darin, durch die Gefangenenbesuche die Einleitung der Vereinsfürsorge zu Gunsten der zur Entlassung gelangenden Gefangenen zu erleichtern. Dieser Zweck wird sich überall da nur unvollkommen erreichen lassen, wo nicht die einzig richtige Einrichtung besteht, dass die hinsichtlich der Schutzfürsorge bei einem Gefangenen bestehenden Wünsche durch den Strafanstalts-Vorstand aufgenommen und mittelst eines ausgefüllten Fragebogens unmittelbar an den Schutzverein übermittelt werden, in dessen Bezirk der zukünftige Schützling seinen Aufenthalt nehmen will.

Bei diesem Verfahren bleibt der Schutzverein des Gefängnisortes vollständig ausser Betracht.

Denselben in denjenigen Fällen, in welchen der Strafentlassene gar nicht um seine Fürsorge nachsucht, in Anspruch zu nehmen, würde nur einen die Sache selbst verschleppenden Umweg bedeuten. Es genügt deshalb für die sachgemässe Regelung der Schutzfürsorge-Frage vollständig, wenn Mitglieder des letzterwähnten Vereines dem Aufsichtsrate angehören und dadurch Gelegenheit haben, von der Unterstützung, welche das Gefangenschutzwesen seitens der Anstaltsdirektion findet, sich von Fall zu Fall zu überzeugen. Für die Besuche in Frauenstrafanstalten werden Mitglieder des Frauenvereins oder andere zur Mitarbeit bereite Kräfte heranzuziehen sein.

Unter allen Umständen ist es aber für alle diejenigen, welchen das Aufsuchen von Gefangenen im Gefängnis gestattet wird, eine unerlässliche Pflicht, jede Zuwiderhandlung gegen die Dienst- und Hausordnung strengstens zu vermeiden.

Der internationale Gefängnis-Kongress von Rom hat sich über diese Frage dahin ausgesprochen, dass zu Gefangenenbesuchen, welche durch Mitglieder von Gefangenen-Schutzvereinen oder durch solche von Wohlthätigkeitsgesellschaften gemacht werden, insofern dieselben der Verwaltung der Strafanstalt ferne stehen, die Bewilligung erteilt werden, ja sogar eine Aufmunterung dazu statthaben solle, jedoch immer unter dem Vorbehalt, dass bei den Besuchen das Anstaltsreglement

genau beachtet und jeder Schein von Beeinflussung oder autoritativem Vorgehen vermieden wird.¹⁾

Der Beschluss des ersten Fürsorge-Kongresses in Antwerpen lautete dahin, dass die Gefangenen-Schutzfürsorge schon während des Strafvollzugs vorbereitet werden solle.

Zu diesem Zwecke sollten Gefangenenbesuche durch Mitglieder von solchen Vereinen statthaben, welchen die Regierung die Ermächtigung hierzu erteilt hat. Die Besucher haben das Anstaltsreglement genau einzuhalten und jeden Eingriff in die Zuständigkeiten des Anstaltsdienstes strengstens zu vermeiden.²⁾

Die fünfte Versammlung der internationalen kriminalistischen Vereinigung, Gruppe deutsches Reich welche am 9. Juni 1897 in Heidelberg getagt hat, ist zu folgenden Beschlüssen gelangt:

1. Zur Sicherung eines zweckmässigen Strafvollzugs haben an den Konferenzen der Oberbeamten in den grösseren Gefängnissen und Strafanstalten von der Aufsichtsbehörde abgeordnete Vertrauensmänner mitzuwirken.

Unter diesen dürfen Mitglieder der Fürsorge-Organe nicht fehlen.

2. Zu den Frauengefängnissen sind auch Frauen abzuordnen.

3. Die abgeordneten Personen haben das Recht, die Gefangenen ohne Zeugen zu besuchen.

4. Sie haben namentlich bei den Beschlüssen über die Strafunterbrechung, vorläufige Entlassung und Begnadigung mitzuwirken.³⁾

§ 103.

D. Die Fürsorge durch die Unterstützung hilfsbedürftiger Familien von Strafgefangenen.⁴⁾

Unter den Schutzvereinen für entlassene Gefangene hat sich hinsichtlich der Frage, ob die Unterstützung von Familien,

¹⁾ Siehe Procès verbaux des séances du Congrès 1885 S. 752.

²⁾ Siehe Congrès international d'Anvers 1890 S. 21. Zif. 7.

³⁾ Siehe die Mitteilungen Band VI S. 596 f.

⁴⁾ Siehe Fuchs — die Verhandlungen der 1. Versammlung von Vertretern deutscher Schutzvereine für entlassene Gefangene u. s. w. in Freiburg i. B. im September 1889. S. 40 und Krauss das Schutzwesen für entlassene Gefangene, Blätter für Gefängniskunde Band 17 S. 181 f.

welche dadurch in eine bedrängte Lage gekommen sind, dass ihr Ernährer (Familienhaupt) sich auf längere Zeit in Strafhaf befindet, als eine satzungsmässig ihnen obliegende Aufgabe behandelt werden solle, bis jetzt keine einheitliche Praxis gebildet.

Während die einen ein solches Vorgehen deshalb wider-raten, weil hierin ein durch nichts zu rechtfertigender Eingriff in die Thätigkeitssphäre der gesetzlich geregelten Armenpflege zu erkennen sei, durch welchen auch irrige Auffassungen über die Ziele der schutzvereinlichen Thätigkeit herbeigeführt werden könnten, vertreten andere wieder die entgegengesetzte Anschauung mit gleicher Wärme. Dieselben machen geltend, dass durch eine solche Hilfeleistung die Beruhigung des um das Schicksal seiner nächsten Angehörigen während der Dauer des Strafvollzugs ernstlich besorgten Gefangenen ermöglicht und dadurch nicht nur das an letzterem vorzunehmende Besserungswerk wesentlich gefördert, sondern auch die Bedingungen, unter welchen derselbe nach wiedererlangter Freiheit seinen früheren Beruf wieder aufnehmen könne, zu günstigeren gestaltet würden.

Zudem gäbe es aber Fälle, in welchen der wirtschaftliche Ruin der nächsten Angehörigen eines Inhaftierten unausbleiblich sei, falls nicht für eine längere Zeitdauer diejenige Unterstützung ihnen gewährt werde, welche ihnen zu reichen ausserhalb der Zuständigkeit der Armenbehörde liege, oder welche aus Gründen eines noch sehr regen und deshalb nicht immer zu verurteilenden Ehrgefühls überhaupt nicht auf diesem Wege beansprucht werden wolle.

Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen. Es kann zugegeben werden, dass Unterstützungsfälle der bezeichneten Art eintreten können, hinsichtlich welcher die einzig wirk-same Hilfe nur von den Schutzvereinen geleistet werden kann und deshalb auch geleistet werden sollte; allerdings immer nur mit der ausdrücklichen Beschränkung, dass durch ein solches Vorgehen armenrechtliche Interessen wie die rechtzeitige Feststellung von etwa vorhandener Hilfsbedürftigkeit und die damit zusammenhängende Möglichkeit der rechtzeitigen Abweisung einer neuen Armenlast nicht etwa gefährdet oder verletzt würden.

So wenig es deshalb empfohlen werden kann, diese Art von Fürsorge als eine regelmässige schutzvereinliche Aufgabe anzuerkennen, so geboten erscheint es, in besonders gearteten Fällen von Bedürftigkeit, welche allerdings im Wege der gewissenhaftesten Prüfung festzustellen wären, die durch die Notlage der beteiligten erforderlich gewordene Hilfe eintreten zu lassen.

Der internationale Gefängnis-Kongress von St. Petersburg hat bei Behandlung dieser Frage in dem Wunsche sich geeinigt, dass für die Schutzvereine für entlassene Gefangene die Möglichkeit geschaffen werden soll, sich mit der Lebenslage der Familien von Inhaftierten zu befassen, damit die Fortdauer der verwandtschaftlichen Beziehungen soviel als möglich gesichert, und damit die Familie des in Haft befindlichen, falls hierdurch für minderjährige Kinder, Greise oder Gebrechliche schwere Nachteile entstünden, ausnahmsweise unterstützt würde.

Zur Förderung dieses Zweckes sollten die Schutzvereine in ihren Satzungen diese Aufgabe besonders erwähnen und die erforderlichen Beziehungen mit allen weltlichen und kirchlichen Behörden anbahnen.¹⁾

In Übereinstimmung damit hat der erste internationale Fürsorge-Kongress von Antwerpen die Unterstützung der Familien Inhaftierter als eine den Schutzvereinen zufallende Aufgabe bezeichnet.²⁾

Die Versammlung des Schweizerischen Vereins für Straf- und Gefängniswesen und der interkantonalen Vereinigung der Schweizerischen Schutzaufsichtsvereine welche am 9. u. 10. Oktober 1893 in St. Gallen getagt hat, ist zu dem einstimmigen Beschlusse gelangt, dass die geldliche Unterstützung der Familie eines Strafgefangenen nur ausnahmsweise eine schutzvereinliche Aufgabe sein könne und solle.³⁾

¹⁾ Siehe die Actes du Congrès internat. pénit. de St. Pétersbourg 1890 Band 1 S. 812 f.

²⁾ Siehe Congrès international d'Anvers 1890 S. 21 Z. 10.

³⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1894 S. 930.

§ 104.

**E. Die Fürsorge für Untersuchungsgefangene
im Zeitpunkt ihrer Entlassung usw.**

Auf dem Gebiete der Strafrechtspflege ist es keine seltene Erscheinung, dass namentlich anlässlich der Verfolgung schwerer Verbrecher auf bestimmte Verdachtsgründe hin Personen festgenommen, dem Untersuchungsrichter vorgeführt und unter Umständen solange in Haft behalten werden, bis ihre Unschuld erwiesen ist. Ebenso kann der Umstand, dass es verschiedene Träger des gleichen Namens giebt, den Anlass zu irrtümlichen Verhaftungen oder Vorladungen geben.

Ist der Entlassungsort von demjenigen Orte, an welchem der Freigelassene bisher seinen Beruf ausgeübt hat und auch fernerhin fortzusetzen beabsichtigt, sehr weit entfernt, so ist dessen Lage immer dann eine sehr missliche, wenn das Gericht, welches die Entlassung aus der Haft angeordnet hat, den Anspruch auf Reisegeld oder auf den etwaigen Ersatz des durch die Festnahme des Verdächtigen erwachsenen Schadens unberücksichtigt lassen muss.

Es ist zweifellos, dass hier ein helfendes Vorgehen geboten erscheint und dass in Ermangelung von einschlägigen gesetzlichen oder anderen staatlichen Anordnungen die Pflicht hierzu sich dem Schutzverein für entlassene Gefangene auferlegt.

Der ausserordentliche Notstand, in welchem sich derartige freigelassene Häftlinge oder irrtümlich Vorgeladene befinden können, wird genügen, um im gegebenen Falle eine solche Ausdehnung der schutzvereinlichen Aufgaben zu Gunsten von Personen, welche allerdings keine Straftatlassenen sind, als vollständig gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Dieser Anschauung ist auch die Mehrzahl der Schutzvereine beigetreten.

Vierter Abschnitt.

Einrichtungen zur mittelbaren Förderung der Gefangenenschutzthätig- keit und der Verbrechens-Propylaxe.

§ 105.

A. Schutzvereinliche Landesverbände und verwandte Einrichtungen.

1. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Nachdem das in Philadelphia im Jahre 1787 erstmals durch die Gründung eines Gefangenen-Schutzvereins gegebene Beispiel in allen Hauptstädten der nordamerikanischen Union sehr bald eine ausgedehnte Nachahmung gefunden hatte, wurde im Jahre 1870 anlässlich des Kongresses in Cincinnati the National Prisons Association of the united States gegründet mit der Aufgabe, auf die einzelnen Regierungen zum Zweck der Vornahme aller nötigen Gefängnis-Reformen einzuwirken.

Derselben sind sofort dreissig Vereine beigetreten.

In der Abhaltung ihrer Kongresse wurde keine bestimmte Zeitfolge eingehalten. Der letzte hat im Jahre 1891 in Pittsburg (Pennsylvanien) stattgefunden.

Von dieser Gesellschaft sind die ersten Schritte eingeleitet worden, welche notwendig waren, um den ersten internationalen Gefängnis-Kongress in London abhalten zu können.¹⁾

¹⁾ Siehe Bulletin de la Société générale des prisons 1891 S. 1174; 1894 S. 1222. Fuchs die Vereinsfürsorge zum Schutz für entl. Gef. S. 9.

2. Die nationale Konferenz of Charities and Correction, welche im Jahre 1873 zu dem Zweck gegründet worden ist, den Anlass zur Herbeiführung aller zeitgemässen strafrechtlichen Reformen insbesondere auf dem Gebiete des Kinderschutzes zu geben. (Spezielle Gefängnisfragen blieben ausser Betracht).

Sie findet alljährlich in einer der Hauptstädte der nord-amerikanischen Union statt.

Mit fünf Bureaus beginnend, hat sich deren Zahl bis zum Jahre 1893 so vermehrt, dass solche in einem Drittel sämtlicher vereinigten Staaten vorhanden waren. Ihrem Vorgehen ist die Gründung der Reformatory Elmira zu verdanken. (Vergl. § 45.)

Anlässlich der 20. Konferenz in Chicago wurde ein Bericht über die bisherigen Thätigkeitsergebnisse erstattet, so über die Geschichte der Reformatorys, die Behandlung der Geistesschwachen, über die durch den Staat geschaffenen Wohlthätigkeits-Anstalten, den Kinderschutz, über die Einwanderung u. s. w.

Ein einheitliches Gesamtbild war nicht möglich, weil die Union sich aus 44 Einzelstaaten zusammensetzt, von denen jeder in der Ordnung seiner inneren Angelegenheiten Souverain ist.¹⁾

Mr. Randoll, Senator in Michigan, sagt in einer einleitenden Vorrede zu dem obenerwähnten Bericht, dass in den Vereinigten Staaten eine lebhafte Bewegung zu Gunsten der strafrechtlichen Reformen und der Ausdehnung der Wohlthätigkeitseinrichtungen im Gange sei und dass die öffentliche Meinung von Tag zu Tag mehr mit all den Fragen sich beschäftige, welche nicht blos die Staatsmänner und die Menschenfreunde interessieren, sondern auch die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit.

§ 106.

2. In Belgien.

Seit einer Reihe von Jahrzehnten waren die auf die Organisation des Gefangenen-Schutzwesens in Belgien ge-

¹⁾ Siehe Bull. de la Soc. générale des Prisons 1894 S. 658 u. 1132 und 1895 S. 1202.

richteten staatlichen Versuche ebenso wie die von Privaten stets erfolglos geblieben.

Erst das Gesetz vom 31. Mai 1888 über die Einführung der bedingten Freilassung und der bedingten Verurteilung hat den Anlass zur erfolgreichen Wiederaufnahme dieser Versuche gegeben ¹⁾

Schon vor der Publikation dieses Gesetzes wurde in der Stadt Lüttich durch Professor Thiry ein Schutzverein für entlassene Gefangene gegründet, welchem Beispiele die Städte Brüssel und Gand im Jahre 1888, Charleroi, Courtrai, Antwerpen, Namur, Dinant und Seraing Hollogne im Jahre 1889 und Mons im Jahre 1890 gefolgt sind.

Am 22. Dezember 1889 wurde unter Zugrundelegung der zentralen Organisation die *Fédération des Sociétés belges* gegründet mit der Aufgabe, regelmässige Beziehungen unter allen derselben angehörenden belgischen Schutzvereinen herzustellen behufs Austauschs der gegenseitigen Erfahrungen und der Erleichterung des Unterbringens von Strafantlassenen und von jugendlichen Schützlingen anlässlich ihres Austritts aus Besserungsanstalten oder landwirtschaftlichen Kolonien.

Organ der Vereinigung ist die Generalversammlung, bestehend aus je zwei Vertretern der einzelnen dem Verbands begetretenen Vereine, welche alljährlich im Monat März abgehalten wird.

Ein geschäftsleitendes Bureau von sieben Mitgliedern hat seinen Sitz in Brüssel. Die einzelnen Vereine erstatten im Monat Februar ihre Thätigkeitsberichte, auf Grund deren ein Gesamtjahresbericht gefertigt wird.

Die durch die zentrale Organisation erwachsenden Kosten werden auf die Verbandsvereine umgelegt.

Das *Bulletin de la Fédération des Sociétés Belges pour le patronage des enfants et condamnés libérés* erschien 1889 erstmals, vom Jahre 1894 an nicht mehr.

¹⁾ Siehe *La loi sur la libération conditionnelle et les condamnations conditionnelles* par Adolphe Brins inspecteur général des prisons du royaume, professeur du droit pénal à l'Université de Bruxelles 1888 S. 42.

Bei der am 6. Mai 1894 stattgehabten Generalversammlung konnte festgestellt werden, dass es nur noch ein Arrondissement ohne patronage organisé gebe.

Der Vorsitzende der Société de patronage de Vervier Dr. Levoz hat seine Erfahrungen in einem Buche „Instructions pratiques“ veröffentlicht, aus welchem zu ersehen ist, welche Ausdehnung die Schutzthätigkeit in Belgien namentlich unter dem energischen und verständnisvollen Vorgehen des Justizministers Le Jeune genommen hat und wie Regierung und Vereinsthätigkeit sich gegenseitig in die Hände arbeiten.

Die erste Anregung zur Abhaltung der Gefangenen-Fürsorge-Kongresse in Antwerpen in dem Jahre 1890 und 1894 hat der Schutzverein der genannten Stadt unter der Präsidentschaft des Mr. Pawels gegeben.¹⁾

Die Schutzvereine wenden dem Schutz der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend eine ganz besondere Fürsorge zu.

Eine Neuerung in der schutzvereinlichen Entwicklung in Belgien sind die Comités de patronage des vagabonds et des mendiants libérés. Sie sind deshalb von grossem Wert, weil sie an dem Sitze von Strafanstalten auch für Weiber ihre Thätigkeit entfalten.²⁾

Am 12. Mai 1894 ist die Commission royale des patronages ins Leben getreten. Sie besteht aus 29 vom König ernannten Mitgliedern, Präsident ist Minister a. D. le Jeune. Sie befasst sich mit der Prüfuug aller Gesetzgebungs- und Verwaltungsfragen, welche auf die Bekämpfung des Verbrechertums und des Rückfalls sowie auf die Jugendlichen-Fürsorge bezug haben und erstattet ihre Gutachten. „C'est une Académie de patronage.“ Ihr liegt auch die Organisation der patronage international ob.³⁾

Sie giebt ein Bulletin heraus, welches in Bruxelles Imprimerie Veuve Ferdinand Largier 20—28 Rue des Minimes erscheint.

¹⁾ Siehe Bull. de la S. g. des prisons in Paris 1892 S. 92 u. 215; 1894 S. 864; 1896 S. 769.

²⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1895 S. 710.

³⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1894 S. 864; Bull. de l'Union des Sociétés de patronage de France 1896 No. 4 S. 330.

§ 107.

3. Im Deutschen Reich.

Die Aufgabe, das Gefängnis- und Gefangenenschutzwesen zu fördern, stellen sich

a. der Verein der deutschen Strafanstaltsbeamten, im Jahre 1863 auf Anregung des sehr verdienten Direktors Ekert in Bruchsal, später in Freiburg i. B., gegründet, anfänglich nur für Südwestdeutschland bestimmt, hat er sich bald auf alle damaligen deutschen Bundesstaaten — Österreich-Ungarn mit einbegriffen — ausgedehnt.

Vereins-Organ sind die Blätter für Gefängniskunde. Derzeitiger Sitz des Vereins ist Berlin (Plötzensee).¹⁾

b. der nordwestdeutsche Verein für Gefängniswesen gegründet im Jahre 1876. Zu den Mitbegründern gehörte der damalige Gefängnis-Direktor in Rendsburg und nunmehrige Geheime Regierungsrat Dr. Krohne in Berlin.

Das Vereinsblatt hat seit 1892 zu erscheinen aufgehört. Sitz des Vereins ist Hamburg, wo auch der erste Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Föhring seinen Wohnsitz hat.

c. der Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene, gegründet am 15. Juli 1892. Demselben gehören 15 Landes-, Provinzial-, oder Kreisverbände, welche 381 Vereine in sich schliessen und 13 Einzelvereine als Mitglieder an.

Die erste Anregung zu dieser Schöpfung wurde anlässlich der am 5. September 1889 in Freiburg i. B. stattgehabten ersten Versammlung von Vertretern deutscher Schutzvereine für entlassene Gefangene und von Vereinen mit verwandten Bestrebungen dadurch gegeben, dass sie das Bedürfnis danach ausdrücklich anerkannt hat.

Anlässlich der Besprechung der Verhandlungen dieser Versammlung äusserte sich Mr. George Dubois, viceprésident de la Société générale des Prisons in Paris im Bulletin dieser Gesellschaft von 1891 S. 596 wie folgt:

¹⁾ Siehe G. Ekert kurzer Rückblick auf die ersten 25 Jahre des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten in Band XXV der Blätter für Gefängniskunde Heidelberg, Weiss Verlagshandlung 1889.

„Es fällt nicht in den Rahmen dieser Arbeit, die Frage zu untersuchen, ob und in welcher Weise in Frankreich der Gedanke eines nationalen Verbandes der französischen Schutzvereine sich verwirklichen liesse. Ein solcher Vorschlag muss eine gewisse Reife erlangt haben, um von der Theorie zur Praxis übergehen zu können. Immerhin aber wird es im letzteren Falle angemessen sein, in einem gewissen Masse sein Vorgehen nach den soeben dargelegten Verhandlungen einzurichten.

Insbesondere wird es aber in Frankreich ebenso wie im Deutschen Reiche von der grössten Bedeutung sein, bei der Annahme der zentralen Organisation die volle Unabhängigkeit der Einzelvereine anzuerkennen und bezüglich der im gemeinsamen Interesse zu machenden Ausgaben möglichste Sparsamkeit obwalten zu lassen.“

Unter den Ergebnissen der Verbandsthätigkeit sind die wichtigsten die Übereinkunft, dass jedem deutschen Straftentlassenen auf Ansuchen die nämliche Schutzfürsorge seitens des dem Verbands angehörigen Vereins zuteil werden solle, wie den eigenen Landesangehörigen; ferner die Regelung des bei der Überweisung von deutschen Straftentlassenen in ihre Heimat oder an ihren Beschäftigungsort einzuhaltenden Verfahrens (vergl. § 94). Die Herausgabe einer Verbandszeitschrift ist angebahnt.

d. Die Gefängnislehrkurse.

Diese Einrichtung, welche den Zweck verfolgt, jüngere Richter und Verwaltungsbeamte mit dem inneren Gefängnis-Dienst und den Aufgaben des Strafvollzugs bekannt zu machen und sie über das Wesen und die Ziele der Gefangenenschutzthätigkeit aufzuklären, wurde erstmals im Jahre 1891 von dem badischen Justiz-Ministerium bezw. dem damaligen Respizienten Herrn Geheimrat Dr. von Jagemann angeregt und durchgeführt.

Der Kursus findet in Freiburg statt und umfasst zehn Konferenzen mit Vorträgen von Universitäts-Professoren, Gefängnis- und Verwaltungsbeamten. Teilnehmer sind jüngere Richter und Verwaltungsbeamte. Ausserdem werden Strafanstalten bezw. Erziehungshäuser besichtigt.

Die nächstliegenden recht bedeutsamen Erfolge des Kursus, an welchem im Jahre 1896 auch elsass-lothringische Richter und Verwaltungsbeamte teilgenommen haben, sind die rationellere Besorgung des Strafanstaltsbetriebes in den Amtsgefängnissen, welcher der Leitung eines Amtsrichters untersteht, sowie die energischere Fürsorge für die entlassenen Sträflinge seitens der Schutzvereine. Es sind dies zwei Aufgaben, welche gelernt sein müssen und nur durch Männer der praktischen Erfahrung gelehrt werden können.

In Berlin hat die erste derartige Konferenz vom 3. bis 17. Januar 1896 stattgefunden unter der amtlichen Leitung der Herren Geheimräte Dr. Starke und Dr. Krohne und unter Zuziehung einzelner Spezialisten.

Die zehn Teilnehmer haben sich bei den Besuchen der Gefängnisse in Gruppen von je fünf geteilt. Die hierbei gemachten Erfahrungen bildeten den Gegenstand der Erörterung in den nachfolgenden gemeinschaftlichen Konferenzen.

Im Königreich Sachsen und Württemberg sowie in Elsass-Lothringen hat man diese Einrichtung ebenfalls eingeführt.

Der internationale Gefängnis-Kongress in St. Petersburg (1890) hat anlässlich der Erörterung dieser Frage folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Kongress ist der Ansicht, dass die Unterweisung in der Strafrechts- und der Strafvollzugs-Wissenschaft sehr nützlich und sehr wünschenswert ist und dass das wissenschaftliche Studium der Art und Weise, auf welche die Strafen zum Vollzuge gelangen, leicht mit den Anforderungen des Gefängnisdienstes in Einklang gebracht werden könne.

2. Der Kongress spricht den Wunsch aus, dass an den Universitäten der verschiedenen Länder ein Lehrstuhl für Gefängnislehre errichtet werde und dass die Gefängnisverwaltungen darauf bedacht sein sollen, dieses Studium in aufmunternder Weise zu fördern.

3. Der Kongress hält die Gründung von Bibliotheken zur Förderung der Gefängnislehre und zum Gebrauch für die Anstaltsbeamten und Bediensteten für wünschenswert.¹⁾

¹⁾ Siehe die *comptes rendus* dieses Kongresses. Bd. I S. 797.

Die unter c und d erwähnten Einrichtungen sind in hohem Masse geeignet, die erfolgreiche Weiterentwicklung der Gefangenen-Schutzthätigkeit in den einzelnen deutschen Staaten sicher zu stellen und das Verständnis von deren Bedeutung immermehr zu verallgemeinern.

Mit dem grössten Interesse darf man auch den Reformen folgen, welche die Preussische Regierung für das Gefangenen-Schutzwesen plant. (vergl. §§ 14 u. f.)

Dieselben stützen sich auf die Einführung der zentralen Organisation für die einzelnen Provinzen, somit auf eine Einrichtung, welche erfahrungsgemäss sich wohl bewährt hat.

Fördernd tritt auch der Umstand hinzu, dass schon seit Jahrzehnten aus Ersparnissen am Gefängnis-Etat ein Fonds angesammelt worden ist, der jetzt schon eine Höhe von etwa 250 000 Mk. erreicht hat und zu Zwecken der Gefangenen-Fürsorge bestimmt ist.

Der Erfolg der beabsichtigten Reform hängt also nur davon ab, dass in jeder Provinz in Bälde sich einige Männer finden, welche den festen Willen haben, von der zentralen Organisation und den zu Gebote stehenden Geldern einen zielbewussten Gebrauch zu machen.

Auch die bayerische Regierung lässt in neuerer Zeit der richtigen Weiterentwicklung der Schutzvereinsthätigkeit eine warme Fürsorge zuteilwerden. Nachdem die Bildung von Kreisvereinen mit der entsprechenden Anzahl von Bezirksvereinen in fast allen Regierungsbezirken beendet ist, wird der weitere günstige Fortgang hauptsächlich davon abhängen, dass es diesen neuen bzw. reformierten Schöpfungen recht bald gelingen möge, dem guten Vorbilde, welches sie in den sehr rührigen Vereinen von München und Nürnberg vor Augen haben, möglichst gleichzukommen.

§ 108.

4. In England.

a. Ungeachtet John Howard (geb. 1726, gest. 1790) und Elisabeth Fry (geb. 1780, gest. 1845) in der eigenen Heimat den Boden für Gefängnis-Reform und Jugendschutz wohl vorbereitet hatten, wurde erst im Jahre 1856 unter dem

Protektorate des Prinzen von Wales die Reformatory and Refuge Union in London gegründet. Zu der ursprünglichen Aufgabe, jede menschliche Not zu bekämpfen und zu lindern, Asyle für jugendliche Verwahrloste und Obdachlose zu gründen und die Monatsschrift The Reformatory and Refuge Journal herauszugeben, ist im Jahre 1864 als weitere die Fürsorge für entlassene Gefangene getreten.

Diese Gesellschaft hat die Anregung zur Verbindung aller Schutzvereine unter zentraler Organisation gegeben.

Zur Zeit sind es 68 Schutzvereine (darunter je einer am Sitze eines jeden grösseren Gefängnisses), welche, insofern sie auf Vorlage ihrer Satzungen staatlich anerkannt worden sind, einen Staatszuschuss von zwei Pfund für jeden unterstützten Straftlassenen erhalten. —

Die jährliche Staatsunterstützung beträgt zusammen 4000 Pfund (80000 Mk. oder 100000 fcs.).

Jede Gesellschaft hat einen Sekretär im Ehrenamt zur Geschäftsleitung (sehr oft der Gefängnisgeistliche) und einen bezahlten Agenten, welchem namentlich die Arbeitsvermittlung für die Straftlassenen obliegt.

Von der Vereinsfürsorge sind die professionellen Landstreicher grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Gefangenen-Schutzvereine haben sich bis jetzt nicht zu der Bedeutung emporgearbeitet wie die Gesellschaft zur Erziehung und Besserung der Jugend.¹⁾

b. The Howard-Association in London zum ehrenden Andenken des grossen Reformators gleichen Namens mit der Aufgabe gegründet, ihre Arbeit der Besserung der Jugend und der Bekämpfung der Trunksucht zuzuwenden. Der Sekretär dieser Gesellschaft Mr. William Tallak hat in einem sehr wertvollen Buche „Penological and preventive Principles with special reference to Europe and America“ London 1889 die Ergebnisse aller Beobachtungen und Untersuchungen zusammengestellt, welche er im Auftrag der Gesellschaft teils in England, teils im Ausland hat vornehmen lassen.

¹⁾ Siehe Bull. de l'Union des Soc. d. patr. de France 1897, S. 214.

Anlässlich des 100jährigen Todestages von John Howard spricht sich der Geschäftsbericht für 1890 dahin aus, dass man überall in Übereinstimmung mit den Lehren des grossen Philanthropen heute bestrebt sei, mehr dem Verbrechen vorzubeugen als es zu bestrafen, man suche die Ansteckung des Übels durch ein ganz individuelles Einsperrungssystem, welches übrigens jede Grausamkeit ausschliesse, zu verhindern. Man begreife, dass die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der verbrecherischen Neigungen die seien, welche der Irreligiosität entgegenträten und die Unmässigkeit und Arbeitsscheu einzuschränken suchten.

Die Howard Association habe diese Grundsätze durch ihre Schriften, Empfehlungen und durch die Aufsicht weiterverbreitet, welche sie über die englischen Strafanstalten auszuüben berechtigt sei.

Namentlich ist diese Gesellschaft dafür eingetreten, dass von dem auf ihre Anordnung erlassenen Gesetze von 1880, wonach junge Mädchen, welche infolge ihrer verlassenen Lage, ihres Umgangs oder ihrer Wohnungsverhältnisse der Prostitution zu verfallen Gefahr laufen, sofort in eine Industrial School und von dort in die boarding house (Familienerziehung) zu verbringen, Knaben aber, die dem Bettel und dem Landstreichertum ergeben seien, in die truants schools, (Erziehungsanstalten für Schulschwänzer), zu überführen seien.

Die Gesellschaft veröffentlicht alljährlich ihren Thätigkeitsbericht. Sie hat ihre Korrespondenten und Mitarbeiter über alle Teile der Welt ausgebreitet. Auch haben sich nach ihrem Vorbild ähnliche Gesellschaften gebildet, wie die Société générale des Prisons in Paris.

Dieselbe schreibt sich auch das in der nordamerikanischen Union zu Tage getretene Bestreben nach Geldstrafen und kurzzeitigen Freiheitsstrafen mit bedingter Entlassung als ihr Verdienst zu, denn sie habe zu diesem Zweck eine Unzahl von Broschüren drucken und in Amerika verteilen lassen.¹⁾

c. Die im Jahre 1897 in London gegründete The British Prison Association, welche sich die Aufgabe setzt:

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons 1891 S. 299; 1892 S. 211; 1894 S. 121; 1896 S. 313 und 1897 S. 192.

1. Die öffentliche Meinung über die Massregeln zur Verhütung von Verbrechen und über deren Bestrafung aufzuklären;
2. strafrechtliche Reformen herbeizuführen;
3. die Gesellschaft gegen die Gewohnheitsverbrecher zu schützen;
4. sich der unschuldig Verfolgten anzunehmen;
5. die Familien von Strafgefangenen zu unterstützen;
6. für die Straftlassenen einen redlichen Lebenserwerb zu ermöglichen;
7. die Interessen des Gefängnis-Personals zu vertreten;
8. die Errichtung eines Lehrstuhls für Gefängniskunde an einer der Universitäten des Königreiches zu betreiben und
9. den Mitgliedern des Vereins alle Bücher, Broschüren und Berichte, welche auf das Gefangenen-Schutzwesen Bezug haben, zugänglich zu machen.

§ 109.

5. In Frankreich.

Für die wirksamste Förderung aller Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts, des Gefängniswesens, der Gefangenen-Schutzthätigkeit sowie der Verbrechens-Prophylaxe ist die im Jahre 1877 unter dem Vorsitze des Dr. Ch. Lucas (membre de l'Institut) gegründete Société générale des Prisons bisher von ebenso wohlthätigem als entscheidendem Einflusse gewesen.

Sie ist aus dem Wunsche des durch das Gesetz vom 6. August 1875 in's Leben gerufenen Conseil supérieur des Prisons de France hervorgegangen, die Verfolgung der ihm obliegenden Aufgabe, über den Fortgang aller strafrechtlichen Reformen, insbesondere soweit sie die öffentliche Meinung in hohem Grade beschäftigen, zu wachen und sie vor den oft zufälligen Wechselfällen der politischen Tagesströmung sicher zu stellen, der neuen Vereinigung anvertraut zu sehen.

Jede offizielle Anlehnung streng vermeidend hat diese Gesellschaft sehr bald ausser den Mitgliedern des oben-erwähnten Conseil supérieur alle Männer von Bedeutung auf dem Gebiete der Politik, der Rechtspflege und der Wissen-

schaft zu ihren Mitgliedern gezählt, welche alle von dem ernstesten Willen beseelt waren, die öffentliche Meinung in Frankreich durch Wort und Schrift für die hier in Betracht kommende Reformarbeit vorzubereiten und zu gewinnen.

Sie hält in den Wintermonaten je eine Sitzung ab und veröffentlicht die Protokolle hierüber in dem von ihr herausgegebenen Bulletin (*Revue pénitentiaire* Paris Librairie Marchal et Billard 27 place Dauphine 27).

Als wichtigste Verhandlungsgegenstände der neueren Zeit sind zu erwähnen le casier judiciaire, die Bekämpfung des Strafrückfalls, des Wanderbettelns, des Alkoholismus, die Fürsorge für erwachsene Strafentlassene und die für die verbrecherische und verwahrloste Jugend, die bedingte Verurteilung usw.

Als ihre weitere Aufgabe erachtet sie, den Bau von Zellengefängnissen in den einzelnen Departements zu fördern, allen Fortschritten auf dem Gebiete der Gefangenenfürsorge und der Verbrechens-Prophylaxe mit aufmerksamem Auge zu folgen und das wichtigste hiervon ebenfalls im Bulletin zu veröffentlichen.¹⁾

Eine gleich warme Berücksichtigung finden hier die internationalen Gefängniskongresse, deren Beschlüsse veröffentlicht werden.

Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 700, welche in und ausserhalb Frankreichs thätig sind.

Am Schlusse des Jahres 1895 haben die Einnahmen 12 210 fcs. betragen (darunter 10 500 fcs. Mitgliederbeiträge) und die Ausgaben 10 070 fcs. 60 c. (darunter 5 330 fcs. Druckkosten). Das Vermögen beträgt 5—6 000 fcs.

Die bisherige Thätigkeit dieser Gesellschaft und der edle Wetteifer, mit welchem deren Mitglieder stets eifrigst bemüht waren, ihr hohes Ansehen als ein von deren Stiftern überkommenes teures Vermächtnis hoch in Ehren zu halten, hatte sich bis jetzt weit über die Grenzen Frankreichs hinaus stets der wohlwollendsten Würdigung und höchsten Anerkennung zu erfreuen gehabt.

¹⁾ Bezüglich der Statuten dieser Vereinigung siehe Bull. d. l. S. g. d. Prisons in Paris 1892 S. 1272 f.

Mit Recht genießt das Bulletin, dessen Wert durch die dem Jahrgang 1897 beigelegte Table des vingt premières années 1877—1896 (Paris Marchal et Billard Librairie Place Dauphine 27 1897) wesentlich erhöht worden ist, den Ruf eines kostbaren Schatzes, der die Ergebnisse vielseitigen Wissens und wertvollster Erfahrungen in sich schliesst. Man nehme sich die Mühe, sich mit demselben näher vertraut zu machen und je eingehender dies geschieht, um so mehr wird man dasselbe lieb gewinnen und keine Gelegenheit unbenutzt lassen, den Leitern dieser Gesellschaft und ihren schätzenswerten Mitarbeitern mit den wärmsten Dankesgefühlen den Ausdruck aufrichtigster Hochachtung entgegenzubringen.¹⁾

Von gleich grosser Bedeutung besonders für die Förderung der schutzvereinlichen Bestrebungen war die Gründung des am 19. Oktober 1888 durch die Société générale des Prisons angeregten, durch eine Commission permanente unter dem Vorsitz des Mr le conseiller „Petit“ vorbereiteten und durch den ersten Congrès national de patronage (Mai 1893) gewünschten Bureau central de patronage, welches sich im April 1894 konstituiert hat mit der Aufgabe, unter ausdrücklicher Fernhaltung jeder Art von Gefangenenfürsorge durch das Zentralorgan auf die Gründung einer genügenden Zahl von Schutzvereinen in ganz Frankreich hinzuwirken, die Beziehungen derselben behufs des gegenseitigen Sichunterstützens möglichst enge zu knüpfen, ihnen mit Rat und Belehrung zur Seite zu stehen, nationale Kongresse abzuhalten, die Anbahnung einer patronage international in die Hand zu nehmen und ein Bulletin de l'Union des Sociétés de patronage de France herauszugeben. Letzteres ist erstmals im Juni 1895 erschienen und enthält das von Mr. Cheysson, dem unermüdlichen und sehr verdienten Förderer des französischen Schutzwesens entworfene Programm der neuen Schöpfung.

Diesem Verbands waren bis zum Jahre 1895 in rascher Aufeinanderfolge 58 Vereine, darunter 13 Pariser als Mitglieder beigegetreten.

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1886 S. 1 f.; 1888 S. 926; 1895 S. 612.

Ein Rundschreiben vom 18. Januar 1894, in welchem der Minister des Innern die Präfekten auffordert, die Bildung von Schutzvereinen in den einzelnen Departements zu fördern, bezw. die Anregung zu deren Gründung zu geben, hat dem Vorgehen des bureaux central eine sehr willkommene Grundlage gegeben.

Nationale Kongresse haben inzwischen in Lyon und Bordeaux stattgefunden¹⁾, die sehr zahlreich beschickt waren und von dem warmen Interesse Zeugnis gaben, das allenthalben für die Neubelebung des Schutzwesens auf der von dem Bureau central geschaffenen Grundlage zu Tage getreten und in der Gründung bezw. Reformierung von Sociétés de patronage pour les détenus libérés in fast allen französischen Departements zum überzeugendsten Ausdruck gekommen ist.

Der nächste nationale Kongress wird im Jahre 1898 in Lille tagen.

Über die Versuche der Anbahnung einer internationalen Gefangenen-Fürsorge mit dem Verbande der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene siehe § 94.

Unter den neuesten belangreichen Kundgebungen des Bureau central ist eine an die Deputierten-Kammer überreichte Note zu erwähnen, mittelst welcher gegen das Vorhaben, die alljährlich für die französischen Schutzvereine bestimmte Gesamt-Staatsunterstützung von 140 000 Fcs. auf 120 000 herabzusetzen, Einsprache erhoben wird²⁾.

Von diesem Staatszuschusse erhalten die Société générale de patronage pour les libérés in Paris 40 000 fcs., die Société de protection des engagés volontaires 9800 fcs., das Asyl von St. Leonard in Couzon 6000; die Société centrale de patronage pour les libérés in Paris 6000 fcs., Oeuvre protestante des prisons de femmes und Oeuvre des libérées de St. Lazare in Paris je 2000 fcs., ferner die Vereine in

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1893 S. 800, 918; 1894 S. 991 und 1895 S. 938.

²⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1891 S. 351; 1892 S. 641 u. 725; 1893 S. 1115; 1894 S. 90, 234, 240, 528, 868, 885 u. 991; 1895 S. 596, 823, 826 u. 1219; 1896 S. 886 u. 936 Bull. de l'Union des Soc. d. patr. de France 1895 S. 161 u. f.; 1896 S. 331 u. 377.

Bordeaux 4000 fcs., Châlons sur Saône 1000 fcs. des Douaires 2000 fcs. in Melun 4000, in Mettray und Ste. Foy 1000 u. 2000 fcs. u. s. w.

§ 110.

6. In Holland.

Die Nederlandsch Genootschap tot Zedelijke Verbetering der Gevangenen wurde im Jahre 1823 durch den Philanthropen M. H. Suringar im Verein mit seinem Freunde Warnsink und Nierstrasz in Amsterdam gegründet. Sie besteht aus einem Zentralorgan (Hoofdbestuur) und 33 Bezirksvereinen (an jedem Sitze eines Gefängnisses besteht ein solcher) sowie 12 den letzteren angeschlossenen Damenkomités.

Die Vereinsaufgabe beschränkt sich nur darauf, das Loos der Straftlassenen zu verbessern, dagegen wurde im Jahre 1893 der Antrag, dass die Gesellschaft sich auch mit der verwahrlosten Jugend befassen solle, abgelehnt.

Die einzelnen Vereine haben Ausgabe-Befugnis bis zu 25 Gulden, werden grössere Summen erforderlich, so ist Genehmigung des Zentralorgans notwendig.

In der alljährlich statthabenden Generalversammlung werden ausser den Vereinsangelegenheiten auch Fragen, welche mit strafrechtlichen Reformen oder der Pflege der Verbrechens-Prophylaxe zusammenhängen, erörtert.

Das Vereinsvermögen belief sich am Schlusse des Jahres 1896 auf 392700 Gulden (etwa 667500 M.). Verausgabt wurden für Gefangene 1000 fl. 56 K. und für Entlassene 7201 fl. 52 K.

Die Gesellschaft verzichtet grundsätzlich auf jede Staatsunterstützung.

Das Interesse an der Vereinsthätigkeit ist eher in der Abnahme als im Gegenteil begriffen.

Der Versuch, jugendliche Straftlassene in der Staatsmarine unterzubringen, scheiterte an der Abneigung der Marineverwaltung, solche anzunehmen. Der Zugang von nichtbestraften Jungen sei ohnedem stets ein sehr grosser.

Es erübrigte deshalb hiefür nur die Inbetrachtung von Handelsschiffen ¹⁾).

§ 111.

7. In Italien.

Das Gefangenenschutzwesen in Italien hat dadurch die erstmalige Förderung erfahren, dass die Regierung im Jahre 1876 die Gründung von Schutzvereinen für entlassene Gefangene in die Hand genommen hat, was zur Folge hatte, dass im Jahre 1880 in zwölf Provinzen solche bestanden haben.

Zu einem gleichen Vorgehen hat das Inslebentreten eines neuer Reglements für die Straf- und Besserungsanstalten im Jahre 1891 den Anlass gegeben, welches den Gefangenenschutzvereinen verschiedene Aufgaben zuweist und für die Königliche Regierung bestimmend gewesen ist, den Präfecten ihren Wunsch zu übermitteln, dass in Bälde in allen Provinzen des Königreichs derartige Vereine in's Leben gerufen werden sollten.

Hiernach soll denselben das Recht eingeräumt werden:

a. im Aufsichtsrat der Strafanstalten vertreten zu sein und bei allen auf den Strafvollzug sich beziehenden Massregeln, insbesondere bei der bedingten Entlassung mitzuwirken;

b. bei den Gerichts-Präsidenten die Freilassung von Jugendlichen zu verlangen, welche wegen Müssiggangs oder Bettels oder wegen eines Vergehens verhaftet worden sind, bezüglich dessen ihnen das Unterscheidungsvermögen abgeht,

c den Aufschub des Vollzugs einer Anordnung zur Verbringung von Kindern in eine Casa di correzione zu beantragen,

d. die Zurückverbringung solcher Kinder aus der Besserungsanstalt zu ihren Eltern vor dem ursprünglich festgesetzten Zeitpunkt zu ermöglichen,

e. solche Kinder bei braven Familien unterzubringen,

¹⁾ Siehe die Jahresberichte von 1888 an, ferner Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1892, S. 530; 1896 S. 946.

f. das Arbeitsguthaben (peculium) der ihrer Aufsicht unterstellten Straftentlassenen aufzubewahren und für ihre Bedürfnisse zu verwenden und

g. die Möglichkeit zur Milderung der Massregel der Polizeiaufsicht gegen Bestrafte zu eröffnen.

Die Zahl der zur Zeit bestehenden Schutzvereine beträgt 27, welche ohne ein gemeinsames Organ ganz selbständig nebeneinander arbeiten. Zu den bedeutenderen gehören die Vereine in Bologna, Brescia, Lodi, Mantua, Mailand und Venedig. Staatszuschüsse werden nur in ganz seltenen Ausnahmefällen bewilligt.

Für die Förderung des Gefangenen-Schutzwesens ist auch die *Rivista di discipline carcerarie*, eine Zeitschrift eingetreten, welche während zwanzig Jahren durch den um die Gefängnis-Reformen seines Landes hochverdienten Staatsrat Beltrani-Scalia geleitet worden und an deren Stelle la *Rivista penale* unter der Leitung dell' amministrazione penitenziaria (also mit offiziellem Charakter) getreten ist.¹⁾

§ 112.

8. In Österreich-Ungarn.

A. Österreich.

Durch Erlass des Ministeriums des Innern vom 15. Juni 1860 sind die Länderstellen angewiesen worden, die Gründung von Gefangenen-Schutzvereinen thunlichst zu fördern und mit Erlass des General-Inspektors des Gefängniswesens vom 20. März 1867 erhielten die Oberstaatsanwaltschaften die Weisung, dahin zu wirken, dass unter den österreichischen Schutzvereinen alljährlich ein gegenseitiger Austausch der Jahresberichte stattfinden solle.

Die Gründung von Schutzvereinen ist lediglich Provinzialsache. Der bedeutendste ist der Wiener Unterstützungsverein mit einer Mitgliederzahl von 2062. Derselbe unterhält zum Zweck der gegenseitigen Überweisung von arbeitssuchenden Straftentlassenen nähere Be-

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1891 S. 989, 991 und 993; 1892 S. 221 und 247.

ziehungen mit dem Verein in Krems. Auch der Lemberger Verein mit 285 Mitgliedern, einem Damenkomité und drei Filialen entwickelt eine rege Thätigkeit. (siehe die betr. Jahresberichte).

B. Ungarn.

Nach einem Auszug aus Magyar Igazságügy (Revue des Ungarischen Rechts) finden die ungarischen Vereine für den Schutz und die Unterstützung von Gefangenen immermehr Sympathie in der Bevölkerung, welche deren edle Bestrebungen zu schätzen weiss. Deren Gesamtzahl beträgt zwanzig, der bedeutendste ist der in Buda-Pesth.

In Siebenbürgen werden laut Dekret von 1818 alle Billards mit einer Steuer von 12 fl. belegt, welche in eine zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Straftlassenen bestimmte Kasse fliessen. Am 31. Dezember 1891 befanden sich in letzterer 94585 fl.

Der in Buda-Pesth besitzt ein Asyl zur Aufnahme von männlichen und weiblichen Straftlassenen.

Die den Schutzvereinen im Jahre 1890 zugeflossene Gesamt-Staatsunterstützung hat 12 000 fl. betragen.¹⁾

§ 113.

9. In Russland.

Nach einem im Regierungsboten im Jahre 1896 mitgeteilten Auszug aus dem einschlägigen Berichte der Russischen Gefängnis-Verwaltung bestehen folgende Schutzvereine für entlassene Gefangene:

- a. in Kichinjew seit 20. August 1878;
- b. in Odessa auch für Obdachlose seit 19. August 1887;
- c. in St. Petersburg nebst dem Asyl für weibliche Straftlassene, welches die Herzogin Eugenie Maximilianowna von Oldenburg gegründet hat und von einem besonderen Damenkomité verwaltet wird.

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1891. S. 1040; 1894 S. 1092.

d. in St. Petersburg nur für jugendliche Strafentlassene seit 24. November 1878;

e. in Moskau für den gleichen Zweck wie zu d. seit 8. April 1891.

Ausserdem bestehen an allen Provinzial-Regierungssitzen und in allen Distriktshauptstädten Gefängniscommissionen, welche unter dem Protektorat des Kaisers stehen und für die Gefangenenfürsorge besondere Komités errichten.

In Finnland besteht seit 1870 ein Provinzial-Gefängnis-Verein, der nach dem Vorbild der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft in Düsseldorf auf Betreiben der juristischen Gesellschaft des Landes in's Leben gerufen worden ist.

Er besitzt ein Zentralorgan von sieben Mitgliedern mit dem Sitz in Helsingfors, welchem acht Bezirksvereine unterstellt sind.¹⁾

§ 114.

10. In den skandinavischen Ländern (Dänemark und Schweden-Norwegen.)

A. Im Jahre 1878 anlässlich des internationalen Gefängnis-Kongresses in Stockholm ist die skandinavische Gefängnis-Gesellschaft (Nordiska penitentiärföreningen) gegründet worden, dieselbe hielt 1880 eine Versammlung in Kopenhagen und 1882 eine solche in Christiania ab. Eine weitere sollte in Helsingfors in Finnland stattfinden, musste aber aus politischen Gründen unterbleiben.

Die Verbandszeitschrift Nordisk Tidsskrift for Faengselwösen, von Dr. Stuckenberg in Kopenhagen redigiert, ist dies seit dem Jahre 1893 nicht mehr.²⁾

B. In Dänemark ist im Jahre 1881 eine Zentralleitung für die dänischen Schutzvereine für entlassene Gefangene in Kopenhagen, Fühnen, Horsens, Vridsløselille, Viborg und Seeland, mit dem Sitze in Kopenhagen gegründet worden,

¹⁾ Siehe B. d. l. S. g. d. Pris. Paris 1894 S. 868; 1895 S. 734.

²⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons 1896 S. 736.

ganz mit derselben Aufgabe, wie sie auch sonstigen Zentralorganen obliegt, nur mit der weiteren, dass sie auch die Verteilung der Staatszuschüsse an die einzelnen Vereine vorzunehmen hat.

Mitglieder der Zentralleitung sind die Vorsitzenden der einzelnen Vereine, der des Kopenhagener Vereins führt hier den Vorsitz

Unter deren Aufsicht steht auch das am 1. April 1892 für Strafentlassene gegründete Stellenvermittlungs-Bureau in Kopenhagen. Die Kosten desselben tragen die einzelnen Schutzvereine.¹⁾

C. In Schweden bestehen 23 Provinzial-Schutzvereine mit einem Zentral-Organ in Stockholm. Letzteres, — eine Schöpfung des früheren schwedischen General-Gefängnisdirektors Almgvist, dessen Andenken mit der Geschichte der internationalen Gefängnis-Kongresse auf das rühmlichste verknüpft ist, — verfügt über ein Vermögen von über 100 000 Kr., welches dazu dient, im Notfalle den zum Landesverbande gehörigen Vereinen Zuschüsse zu leisten. Sonst sind die letzteren vollkommen selbständig und schöpfen ihre Mittel teils aus freiwilligen Beiträgen, teils aus Zuschüssen seitens der Provinz oder deren Verbands-Landeskasse, teils aus solchen des Ersparnisfonds der Gefängnisse, welcher aus gewissen Anteilen des Arbeitsverdienstes der Gefangenen, die in den Zentralgefängnissen ihre Strafe abbüssen oder dort mit Tod abgehen, gebildet worden ist und über ein Kapital von mehr als einer halben Million Kronen verfügt.

D. In Norwegen besteht ein Schutzverein in Christiania, welcher ausschliesslich sich mit der Fürsorge für die aus den dortigen Gefängnissen Entlassene befasst und fünf weitere Gesellschaften, welche für die Bedürfnisse von fünf Provinzen bestimmt sind.²⁾

¹⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1895 S. 1331.

²⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1892 S. 661.

§ 115.

11. In der Schweiz.

Für eine möglichst gleichmässige Behandlung der Gefangenen-Schutzthätigkeit seitens der fast in jedem einzelnen Kantone vorhandenen Schutzaufsichtsvereine hat sich der Schweizerische Verein für Straf- und Gefängniswesen von sehr wohlthätigem Einflusse erwiesen.

Derselbe wurde im Jahre 1876 nach dem Vorbilde des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten gegründet, besitzt eine ähnliche Organisation wie dieser und verfolgt auch bezüglich der Gefangenenfürsorge die gleichen Zwecke. Dem gedachten Vereine haben sich im Jahre 1889 sämtliche Schweizerischen Schutzaufsichtsvereine behufs gemeinsamer Tagung angeschlossen. Als Zweck dieser neuen Schöpfung wurde die Förderung der Gefangenen-Schutzthätigkeit und die Prüfung und Begutachtung aller darauf Bezug habenden Fragen aufgestellt.

Die gemeinschaftliche Versammlung findet alle zwei Jahre statt. Innerhalb des gleichen Zeitraumes tritt ein Wechsel im Amte des Zentralkomitees ein. Das letztere hat die Verhandlungen wegen Anbahnung einer internationalen Gefangenenfürsorge mit der französischen Republik eingeleitet und auch zu einem gewissen Abschlusse gebracht, der aber den davon erwarteten Hoffnungen noch nicht vollständig zu entsprechen scheint.

Auch unter den Schweizerischen Schutzaufsichtsvereinen sind interkantonale Abmachungen über die Heimbeförderung von schweizerischen Straftlassenen von Kanton zu Kanton im Jahre 1888 zum Abschluss gekommen. Demselben sind sofort alle Vereine beigetreten, welche ein Zentralorgan, das alle zwei Jahre wechselt, gewählt haben. Dagegen besteht zwischen einer Anzahl Schweizerischer Schutzaufsichtsvereine und einer solchen von deutschen Gefangenen-Schutzvereinen seit 1889 eine Übereinkunft, an deren Zustandekommen der in schutzvereinlichen Kreisen sehr hochgeachtete und leider zu früh heimgegangene Professor Dr. Riggerbach einen rühm-

lichen Anteil hatte und welche sich bis jetzt bewährt hat (vergleiche § 94).¹⁾

Der obengenannte Verein veröffentlicht die Verhandlungen der alle zwei Jahre statthabenden regelmässigen Versammlung.²⁾

Zu seiner Aufgabe gehört es auch, die Gründung von Schutzaufsichtsvereinen in denjenigen Kantonen anzuregen, in welchen solche noch fehlen. (Appenzell i. R., Glarus, Schwyz, Solothurn, Tessin, Unterwald, Uri und Wallis).

§ 116.

12. In sonstigen Staaten.

In Luxemburg haben zufolge Dekrets vom 28. Januar 1855 die Gefängnisverwaltungs- und die Armen-Kommission gemeinschaftlich die Gefangenen-Schutzthätigkeit auszuüben und ihre Fürsorge allen Gefangenen zuzuwenden, welche eine Strafe von mehr als drei Monaten verbüsst haben.

In Spanien wurde im Jahre 1879 in Barcelona auf Anregung von Angehörigen aus allen Ständen und insbesondere des um Gefängnis-Reformen in seinem Lande unermüdlich thätigen Armengal y Cornet nach dem Vorbilde der Société générale des Prisons in Paris ein Verein „Cuerpo de Penales“ gegründet mit der Aufgabe, Verbesserungen im Gefängniswesen, sowie die Gründung von Schutzvereinen für entlassene Gefangene und von Erziehungs- und Besserungsanstalten zur Rettung von jugendlichen Verwahrlosten und Bestraften herbeizuführen.

Diese Aufgabe ist nur ganz vereinzelt erreicht worden.

In Madrid besteht ein Schutzverein, dessen Satzungen staatlich genehmigt sind.³⁾

¹⁾ Siehe B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1889 S. 385, 1892 S. 225 u. 842; 1894 S. 1244.

²⁾ Dieselben erscheinen in Aarau, Druck und Verlag von H. R. Sauerlaender.

³⁾ B. d. l. S. g. des Prisons in Paris 1891 S. 456, 485 u. 775. 1892 S. 391 u. 500.

§ 118.

B. Internationale Gefängnis-Kongresse.

Die internationalen Kongresse für Gefängnis-Reformen haben dem Gefangenen-Schutzwesen stets eine grosse Beachtung geschenkt und auf dessen richtige Weiterentwicklung durch ihre Verhandlungen und Beschlüsse stets den wohlthätigsten Einfluss gehabt.

Nachdem auf die Anregung von Privatpersonen oder von Vereinen Kongresse in Frankfurt a. M. im Jahre 1846, in Brüssel im Jahre 1847 und in Frankfurt a. M. im Jahre 1857 stattgehabt haben, folgte im Jahre 1871 der I. internationale Kongress in London, welcher schon einen offiziellen Charakter hatte.

Den weiter nachfolgenden Kongressen in Stockholm (II 1878) Rom (III 1885) St. Petersburg (IV 1890) und Paris (V 1895) ist das eigen, dass die *commission pénitentiaire internationale* sie vorbereitet, dass die Staatsregierung des Kongressortes die Einladungen an die Teilnehmer am Kongress erlassen, und dass unter den letzteren sich jeweils eine grosse Zahl von Persönlichkeiten befunden hat, welche im Auftrag ihrer Regierung den Kongress-Verhandlungen angewohnt haben.

Das grosse Verdienst den I. internationalen Gefängnis-Kongress in London zustandegebracht zu haben, gebührt dem Nordamerikaner D. Wines, welcher als sehr thätiger Generalsekretär der National Prisons Association of the United States in New-York, nachdem im Schoosse dieser Gesellschaft der erste Gedanke einer derartigen Vereinigung zu Tage getreten war, für dessen baldige praktische Verwirklichung mit einer staunenswerten Energie eingetreten ist. Seine Absicht war die, dem geplanten Kongresse zwei Elemente zuzuführen. Das offizielle sollte sich aus der Teilnahme der Regierungen bzw. ihrer Vertreter ergeben, welche damit Gelegenheit erhielten, in den augenblicklichen Stand der Reformen auf dem Gebiete des Gefängniswesens und der Gefangenenfürsorge einen tiefern Einblick zu gewinnen und solchen für die Bedürfnisse des eigenen Landes zu verwerten.

Das andere Element war das nicht offizielle, damit sollten dem Kongresse diejenigen Persönlichkeiten zugeführt werden, welche durch den Reichtum ihres Wissens sowie durch die Stellung, welche sie im Berufsleben oder auf dem Gebiete der freien Vereinsthätigkeit einnehmen, eine sichere Gewähr dafür geben könnten, dass die Kongressverhandlungen nicht nur einen selbständigen und unabhängigen Charakter bewahren, sondern auch einen kostbaren Schatz wissenschaftlicher Forschungen und praktischer Erfahrungen in sich schliessen würden.

In Verfolgung dieses Vorhabens hat sich D. Wines mit den Vertretern der meisten Staats-Regierungen des europäischen Kontinents sowie mit den ihm bekannten Männern, welche auf dem Gebiete der Gefängnisreform entweder durch wissenschaftliche Arbeiten oder durch die Gewinnung von wertvollen praktischen Erfahrungen hervorragendes geleistet haben, in persönlichen Verkehr gesetzt, um hinsichtlich ihrer Teilnahme an dem beabsichtigten Kongresse eine bejahende Antwort zu erhalten.

Der Erfolg seiner Bemühungen hat darin bestanden, dass bei dem im Monat Juli stattgehabten Zusammentritt des Londoner Kongresses, dessen Dauer auf vierzehn Tage berechnet war, alle Kulturstaaten Europas mit Ausnahme von Portugal durch besondere Abgesandte in der Zahl von etwa hundert vertreten waren und dass die Gesamtzahl der Teilnehmer sich auf etwa vierhundert belaufen hat.

Um die glückliche Weitergestaltung der Kongressidee zu sichern, wurde eine Commission pénitentiaire internationale eingesetzt, deren Aufgabe es sein sollte, einen zweiten Kongress in dem ihr passend scheinenden Zeitpunkte einzuberufen.

Zum Präsidenten wurde D. Wines ernannt, der im Verein mit seinen Kollegen anlässlich ihres erstmaligen Zusammentritts in Brüssel es als unerlässlich erkannte, der Kommission einen offiziellen Charakter zu geben.

Es erging deshalb an alle Regierungen das Ersuchen, zu der im Jahre 1875 in Brüssel stattfindenden weiteren Sitzung der Kommission Delegierte zu entsenden.

Baden, Dänemark, Frankreich, Holland, Italien, Schweden,

Norwegen und die Schweiz entsandten besondere Vertreter, welche in Hinkunft ebenso wie die vom Londoner Kongress gewählten Mitglieder an den Kommissionsberatungen teilnahmen.

Im Jahre 1877 wurde ein Satzungsentwurf ausgearbeitet, welcher im Jahre 1878 von den am Stockholmer Kongress teilnehmenden staatlichen Delegierten genehmigt und sodann durch die Vermittlung des Königs von Schweden und Norwegen den anderen Regierungen zur Annahme übersandt worden ist. Bedingungslos ist dies seitens Baden, Bayern, Dänemark, Hamburg, Holland, Lübeck, Russland, der Schweiz und Spanien geschehen, unter gewissen Bedingungen dagegen von Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Schweden-Norwegen. Ablehnend verhielten sich Belgien und die vereinigten Staaten von Nordamerika. England, das weder den Londoner noch den Stockholmer Kongress beschickt hatte, beharrte bei seiner Neutralität.

Das Reglement für die Kommission, welches in den Jahren 1880 (Paris) und 1886 (Bern) zustande gekommen ist, bezeichnet als deren besondere Aufgabe, *de recueillir les documents et renseignements relatifs à la prévention et la répression des crimes ainsi qu'au régime pénitentiaire*.

Sie setzt sich aus verschiedenen staatlichen Delegierten zusammen, ihre Sitzungen sollen alle zwei Jahre stattfinden, die Kongresse aber nur alle fünf Jahre. Der Beitrag wird auf 25 fcs. für eine Million Landeseinwohner festgesetzt.

Belgien, Frankreich, Italien, Schweden, Norwegen sind dann auch noch bedingungslos beigetreten, neuerdings auch England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Durch den Beitrag von 25 fcs. für die Million Einwohner wurde es ermöglicht, ein alle Vierteljahr erscheinendes *Bulletin de la Commission pénitentiaire internationale* in französischer Sprache herauszugeben, welches in Bern gedruckt wird und in welcher alle Vorbereitungsarbeiten für die Kongresse von Stockholm, Rom, St. Petersburg und Paris veröffentlicht worden sind¹⁾.

¹⁾ Siehe Bull. de la Commission pénitentiaire internationale (nouvelle Série) 1894 S. 1—5; 1896 S. 19 u. 23; 1897 S. 55.

Mit der Erledigung der laufenden Geschäfte der Commission pénitentiaire internationale ist schon seit Jahrzehnten ein Secrétaire général, der frühere Gefängnisdirektor in Neuchâtel und der jetzige Direktor des Eidgenössischen Statistischen Amtes in Bern, Dr. Guillaume, betraut. Jedem Besucher von internationalen Gefängniskongressen wird die lebenswürdige und entgegenkommende Art dieses verdienstreichen Mannes in der angenehmsten und dankbarsten Erinnerung stehen.

Anlässlich des Stockholmer Kongresses wurden zum Zweck gründlicher Vorbereitung der Kongress-Verhandlungen zum ersten Mal für alle auf die Tagesordnung gesetzten Fragen besondere Berichterstatter aufgestellt, welche ihre Arbeiten behufs rechtzeitiger Veröffentlichung und Verteilung an die Teilnehmer des Kongresses noch vor der Abhaltung des letzteren einreichen sollten.

Der Kongress setzte sich ursprünglich aus drei Sektionen zusammen (I Législative pénale — II Institutions pénitentiaires — III Moyens préventifs.) Später wurden aus der III. Sektion zwei weitere gebildet (III. Institutions préventives und IV Questions relatives à l'enfance et aux mineurs.) Diese Änderung kam anlässlich des Pariser Kongresses erstmals zum Vollzug.

§ 119.

C. Internationale Gefangenen-Fürsorge-Kongresse.

Nachdem die Reform-Bewegungen auf dem Gebiete des Gefangenenschutzwesens in Belgien infolge der energischen Initiative des Justizministers le Jeune einen ebenso ausgedehnten als erfolgverheissenden Charakter angenommen hatte, machte sich sowohl bei den neugegründeten Gefangenschutzvereinen als auch auf Seiten der Regierung der Wunsch geltend, alle wichtigeren Fragen auf dem Gebiete der Gefangenenfürsorge, der Bestrebungen zum Schutze der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend, sowie der zur Bekämpfung des Bettels und der Landstreicherei einem zu diesem Zwecke besonders einzuberufenden internationalen Kongresse zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen

und von dieser Grundlage aus die richtigen Anhaltspunkte für das eigene fernere Vorgehen auf diesen Arbeitsgebieten gewinnen zu können.

Diesem Wunsche hat die belgische Staatsregierung durch Veranstaltung des ersten Kongresses in Antwerpen (1890) entsprochen.

Demselben ist ein zweiter ebenfalls in Antwerpen im Jahre 1894 nachgefolgt.

Die beiden Kongresse haben sich aus je drei Sektionen im Einklange mit den schon obenerwähnten Arbeitsgebieten zusammengesetzt.

Der Kongress von 1894 hat sich in dem Beschlusse geeinigt, eine internationale Kommission mit der Aufgabe zu bilden, die periodisch in Antwerpen abzuhaltenden Kongresse insbesondere durch Aufstellung der Tagesordnung vorzubereiten, für die Lösung von internationalen schutzvereinlichen Problemen einzutreten, ein eigenes Bulletin herauszugeben und hier alle in den verschiedenen Ländern auftauchenden Kundgebungen von allgemeinerem Interesse zu veröffentlichen, sowie auch die in letzterer Beziehung erforderlichen Mittel aufzubringen.

Über die Thätigkeit dieser Kommission ist seither nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

§ 120.

Der Wert der internationalen Kongresse für die Gefangenen-Schutzthätigkeit.

Die bisherige Kongressthätigkeit ist für die zweckentsprechende Weiterentwicklung der Gefangenen-Schutzthätigkeit in einer gewissen Zahl von Staaten zweifellos von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen.

Wer das Gegenteil behaupten wollte, würde sich nicht nur mit den thatsächlich obwaltenden Verhältnissen in Widerspruch setzen, sondern auch, insofern er selbst schon an Kongressen teilgenommen hätte, sich einer groben Verletzung der Pflicht der Dankbarkeit schuldig machen. Von der Richtigkeit dieser Behauptung wird man am raschesten dadurch sich überzeugen, dass man Vergleiche anstellt zwischen

den ziemlich dürftigen Zuständen, wie sie auf dem Gebiete der Gefangen-Schutzthätigkeit noch im Jahre 1871 zur Zeit des Londoner Kongresses fast allenthalben geherrscht haben und der vielseitigen glücklichen Ausgestaltung, welche dieselben seither in Übereinstimmung mit den Wünschen, welche von später stattgehabten Kongressen ausgesprochen wurden, und als der Inbegriff einer wohl zu beachtenden Direktive zu erachten sind, erfahren haben. In letzterer Beziehung sind namentlich die grossen Erfolge, welche hinsichtlich der Organisation der Gefangenenfürsorge im engeren Sinn sowie des den jugendlichen Verwahrlosten und Bestraften zuzuwendenden Schutzes zu verzeichnen sind, von überzeugender Wirkung.

Dabei ist es eine besonders anmutende Eigentümlichkeit dieser Thätigkeit, dass bei der gemeinsamen Arbeit unter den Angehörigen der verschiedensten Länder, mögen sie als Zierden der Wissenschaft gelten oder ihren praktischen Blick bei der Ausgestaltung der schutzvereinlichen Thätigkeit in hervorragender Weise schon bewährt haben, in lebensvoller Wärme ein edler gegenseitiger Wettstreit, immer das beste zu leisten, sich entfaltet, welcher zugleich einen willkommenen Anlass dazu giebt, nicht nur die Erfolge, welche man selbst schon errungen hat, zur aufmunternden Anerkennung zu bringen, sondern auch das gute, das man bei andern findet, zu Reformen auszunützen, welche die Wissenschaft und Erfahrung in ihrem niemals rastenden Vorwärtsschreiten früher oder später gleich gebieterisch verlangen werden.

Diese segensreichen Wirkungen der Kongressbeschlüsse werden aber nur unter der Voraussetzung auch für die Zukunft als gesichert gelten können, wenn die Veranstalter und die Leiter von internationalen Kongressen unverbrüchlich an dem Grundgedanken festhalten, der bei der erstmaligen praktischen Verwirklichung des Kongress-Vorhabens ausschlaggebend gewesen ist.

Es sollten die besten Kräfte jedes Landes in Gemeinschaft mit den staatlichen Delegierten zu einer Art von Parlament zusammentreten, welches in voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit auf Grund

sorgfältiger Vorarbeiten über alle grundlegenden Fragen auf dem Gebiete des Strafrechts, des Gefängniswesens und der Verbrechens-Propylaxe sein kurz und präcis lautendes Gutachten abzugeben und zugleich festzustellen hat, in welchem Umfange hierbei eine internationale Übereinstimmung sich hat erzielen lassen.

Hieraus ergibt sich aber die unerlässliche Aufgabe, dass schon bei der Formulierung der auf die Tagesordnung zu setzenden Fragen mit der grössten Sorgfalt verfahren und dieses Ziel namentlich dadurch gefördert werden muss, dass man über die Schranken, innerhalb welcher die Erörterung der einzelnen Fragen statthaben soll, schon zum voraus sich klar zu werden sucht.

Hierbei muss aber das Eingehen auf alle Fragen von untergeordneter Bedeutung ebenso streng vermieden werden, wie die Aufnahme von Fragen in die Tagesordnung, welche keinen allgemeinen Charakter haben, sondern nur mit den augenblicklichen gesetzgeberischen Bedürfnissen des einen oder anderen Landes im Zusammenhang stehen und deshalb zu einer internationalen Verbescheidung überhaupt sich nicht eignen.

Ebenso muss vor sogenannten Kompromissbeschlüssen gewarnt werden, wie sie einerseits die Kürze der Zeit gegenüber dem zu umfangreich angehäuften Arbeitsstoff, andererseits die falsche Scheu vor erfolgloser Arbeit zuweilen aufnötigen. Solche Beschlüsse sind an und für sich vom Übel und geben leicht zu unrichtigen Schlussfolgerungen den Anlass.

Ebenso sollten die Zeitabschnitte für die Aufeinanderfolge der Kongresse nicht zu kurz bemessen werden. Hierzu drängt die Erfahrung, dass zur Gewinnung eines abschliessenden Urteils darüber, ob etwaige Reformen auf dem hier in Betracht kommenden Arbeitsgebiete sich bewährt haben oder ob das Gegenteil eingetreten sei, immer die Erfahrungen von mehreren Jahren erforderlich sind.

Übrigens darf man auch nicht übersehen, dass Bedürfnisse kriminalpolitischer Natur, sobald deren Berechtigung anerkannt ist, infolge der Aufmerksamkeit, mit welcher die Wissenschaft und die Organe der Selbstverwaltung und der

freien Vereinsthätigkeit derselben zu folgen pflegen, oft eine ganz überraschend schnelle Befriedigung finden.

Die fünfjährigen Unterbrechungen haben sich bis jetzt als eine zweckentsprechende Massregel bewährt, welche zugleich der Gefahr vor Wiederholungen, welche der Sache selbst nicht förderlich sind, wirksam zu begegnen imstande ist.

Nur unter diesen Voraussetzungen wird es gelingen, den Kongressbeschlüssen das hohe Ansehen, welches sie bis jetzt bei den einzelnen Staatsregierungen und gegenüber der öffentlichen Meinung genossen haben, auch für die Zukunft zu sichern.

Die beiden in Antwerpen abgehaltenen internationalen Gefangenenfürsorge-Kongresse haben sich zweifellos für den Zweck, welchem sie in erster Reihe zu dienen bestimmt waren, als sehr förderlich erwiesen. Ihren Beschlüssen kann aber die gleiche Bedeutung, wie denen der internationalen Gefängniskongresse nicht beigelegt werden ¹⁾

§ 121.

D. Die internationale kriminalistische Vereinigung.

Diese Vereinigung wurde im Jahre 1888 vom Geheimen Hofrat Professor Dr. Liszt in Halle a. S. und den Professoren Prins in Brüssel und Hamel in Amsterdam gegründet und hat am 1. Januar 1889 ihre Thätigkeit begonnen.

Sie verdankt ihre Entstehung der in weiten Kreisen zutagegetretenen Überzeugung, dass die heute geltende Strafgesetzgebung und die bis dahin herrschende kriminalistische Wissenschaft im Deutschen Reiche ebenso wie auch anderswo, den an sie zu stellenden Aufgaben nicht völlig gerecht zu werden vermocht habe.

Die anzustrebenden Reformen sollen vor allem dem Überwuchern des formal-juristischen Elementes entgegenarbeiten, unter welchem namentlich der Strafvollzug mit Einschluss der Zwangserziehung und der korrekzionellen Nachhaft zu leiden haben.

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des prisons 1894 S. 1070f. 1895. S. 1334; Gustave Correvon Trois semaines en Russie Lausanne imprimerie Regamey 1892.

Ihre Spitze sei aber auch gegen die übertriebene Humanität und gegen den Standpunkt zu wenden, welcher gegenüber der Aussenwelt in ihren charakteristischen Einzelercheinungen in optimistischer Gleichgültigkeit verharret.

Hiernach müsse als die zunächst liegende Aufgabe die organische Verbindung der Strafrechtspflege mit dem Strafvollzuge in's Auge gefasst werden, ebenso aber auch die entschiedenste Stellungnahme im Kampfe gegen das Verbrechen, teils durch thunlichste Individualisierung hinsichtlich der ausserordentlichen Verschiedenheit der Verbrechernaturen, teils durch den Versuch, im Gesamtleben eines Volkes die Ursachen der einzelnen Verbrechen aufzusuchen und hiernach die Mittel zur Bekämpfung der letzteren einzurichten.

Die Vereinigung hält alljährlich ihre allgemeine Versammlung ab, nebenher gehen die Beratungen der nach Ländern geschiedenen Gruppen. Eine solche besteht auch für das deutsche Reich.

Als Vereinsorgane dienen Mitteilungen, welche seit 1889 in zwangslosen Heften bei J. Guttentag in Berlin erscheinen.

Unter den bedeutenderen Fragen, mit welchen sich die genannte Vereinigung schon beschäftigt hat, verdienen Erwähnung die bedingte Verurteilung, die Ersatz-Strafmittel an Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe, die Zwangsarbeit ohne Einsperrung, der Wert der Rückfallsstrafe für die Bekämpfung des Rückfalls, die strafrechtliche Behandlung der jugendlichen Gesetzesübertreter, die Reform der korrekzionellen Nachhaft u. s. w.¹⁾

§ 120.

Statistik der Gefangenen-Schutzthätigkeit.

Jeder Versuch einer Statistik, auf welchem Arbeitsgebiete es auch sein mag, begegnet der der menschlichen Natur eigentümlichen Abneigung, sich mit dieser ebenso schwierigen als an strenge Formen gebundenen Arbeit zu befassen. Und

¹⁾ Siehe 9. Jahrbuch der Gefängnis-Gesellschaft für die Provinz Sachsen und das Grossherzogtum Anhalt 1893 S. 145 Halle a./S. in Kommission bei Adolf Kogel 1894.

dennoch lehrt die Erfahrung, dass die Statistik, insofern sie bei ihren Erhebungen von der nämlichen, in einem möglichst ausgedehnten Gebiete stets gleichmässig wiederkehrenden Grundlage ausgeht, das sicherste Mittel ist, um den Wert einer jeden Arbeit zu erkennen und die Erfolge, welche man damit erzielt hat, klar zu stellen.

Dies gilt auch von der Statistik über die Ergebnisse der schutzvereinlichen Thätigkeit; gleichwohl kann man die Thatsache verzeichnen, dass mit Ausnahme der Schutzvereine in den vereinigten Staaten von Nordamerika die der alten Welt fast ausnahmslos ihren Jahresberichten statistische Aufzeichnungen beifügen, die aber unter sich sehr verschieden sind. Die einen beschränken sich auf Angaben über die Zahl der Vereinsmitglieder, sowie derer, welche die Vereinshilfe für sich erbeten haben, ferner über die den letzteren zugewendeten Mittel und die Grösse des Vereinsvermögens. Andere wieder unterscheiden die Schützlinge noch ausserdem nach Berufsarten, Alter, Geschlecht und persönlichem Stand, stellen die Art der Hilfeleistung fest und geben über das Verhalten der Schützlinge und insbesondere auch derjenigen unter ihnen Aufschluss, welche schon länger als ein Jahr der Vereinsfürsorge unterstellt sind. In letzterer Beziehung darf aber nicht übersehen werden, dass man sich bestimmt darüber auszusprechen hat, wie lange das befriedigende Verhalten angedauert haben muss, um es als gut bezeichnen zu können.

Für den Mann der praktischen Erfahrung ist der Wert der Statistik auch auf diesem Arbeitsgebiete ausser allem Zweifel. Anlässlich der alljährlichen Aufstellungen ist man veranlasst, in die Einzelercheinungen der Gefangenenfürsorge einzudringen und sich nicht allein darüber genaueste Rechenschaft zu geben, ob die Erfolge der schutzvereinlichen Thätigkeit gute oder schlechte gewesen, sondern ebenso sehr auch darüber, welcher Verbesserungen und Änderungen das Vorgehen der schutzvereinlichen Organe noch bedarf, um dem zu erstrebenden Ziele immer näher zu kommen.

Aus eigener Erfahrung kann hier angeführt werden, dass in Baden, wo schon seit Jahren eine ganz eingehende Statistik geübt wird, die zufällig zur Erörterung stehende

Frage, wie viele der Vereinsschützlinge der Arbeiterbevölkerung angehörten, auf Grund der über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren sich erstreckenden Zahlen sofort dahin beantwortet werden konnte, dass es achtzig Prozent aller Unterstützten seien und deshalb die Einrichtung der Schutzvereine mit vollem Recht als eine Arbeiter-Wohlfahrts-einrichtung im weiteren Sinne des Wortes aufgefasst werden dürfe.

Dass der Wert der schutzvereinlichen Statistik sich dadurch wesentlich steigern kann, dass dieselbe sich über ein grösseres Land erstreckt und ganz gleichheitlich gehandhabt wird, bedarf keiner weiteren Erörterung. Dies zu erreichen, ist eine der den nationalen Verbänden obliegenden Aufgaben.

Anlässlich des zweiten internationalen Gefängnis-Kongresses in Antwerpen wurde die Frage wegen Einigung über eine internationale, die Fürsorge für strafentlassene und verwahrloste und bestrafte Kinder umfassende Statistik einer Erörterung unterzogen, welche aber zu keiner Einigung geführt hat. Dagegen hat über den Wert der von den einzelnen schutzvereinlichen Verbindungen oder Vereinigungen bisher geführten Statistik die vollste Übereinstimmung geherrscht.¹⁾

¹⁾ Siehe Bull. d. l. S. g. des Pris. 1894 S. 1026 u. 1058 und Bull. de l'Union des Soc. de patronage de France 1897 S. 212.

Fünfter Abschnitt.

Verzeichnis der gegenwärtig bestehenden Schutzvereine für entlassene Gefangene.

Belgien.

La Fédération des Sociétés belges pour le patronage des condamnés libérés mit folgenden dem Verband angehörenden Schutzvereinen in Antwerpen, Brüssel, Charleroi, Courtrai, Dinant, Gand, Louvain, Lüttich, Mons, Namur, Serrain-Hollogne und Vervier. Staatsunterstützung 30 000 fcs.

Dänemark.

Eine Zentralleitung für die Schutzvereine des Landes, welcher die Vorsitzenden der letzteren als Mitglieder angehören. Die Vereine Kopenhagen (Vereinsvermögen 11 924 Kr.); Fühnen, Vereinsvermögen 5520 Kr.; Horsens, Vereinsvermögen 27 365 Kr.; Vridsløsewille, Vereinsvermögen 16 092 Kr.; Viborg, Vereinsvermögen 13 340 Kr. und Seeland, Vereinsvermögen 2 407 Kr.

Deutsches Reich.

Der Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene, gegründet den 19. Juli 1892; Vereinsvermögen 1033 M. Unter den nachverzeichneten deutschen Vereinen gehören diejenigen, welche mit * bezeichnet sind, dem Verbands nicht an.

Baden.

Die Zentralleitung des Landesverbandes der badischen Schutzvereine für entlassene Gefangene. Vermögen 80855 M. 89 Pf. mit folgenden 60 Bezirksschutzvereinen. Gesamtvermögen 57661 M. 81 Pf.

Achern . . .	657.52 M.	Müllheim . . .	148.61 M.
Adelsheim . .	346.67 „	Neckarbischofs-	
Baden . . .	1594.31 „	heim . . .	296.94 „
Bonndorf . .	798.30 „	Neustadt . . .	366.39 „
Boxberg . . .	615.97 „	Oberkirch . . .	175.44 „
Breisach . . .	773.95 „	Offenburg . . .	305.48 „
Bretten . . .	206.39 „	Pforzheim . . .	484.96 „
Bruchsal . . .	163.58 „	Pfullendorf . .	966.60 „
Buchen . . .	125.35 „	Philippsburg . .	124.54 „
Bühl	369.39 „	Radolfzell . . .	206.33 „
Donaueschingen	599.28 „	Rastatt	66.21 „
Durlach . . .	40.— „	Säckingen . . .	442.91 „
Eberbach . . .	402.13 „	Schönau	346.50 „
Emmendingen .	280.24 „	Schopfheim . . .	293.58 „
Engen	893.63 „	Schwetzingen . .	869.41 „
Eppingen . . .	511.36 „	Sinsheim	833.57 „
Ettenheim . .	1207.— „	Staufen	208.92 „
Ettlingen . . .	2073.28 „	St. Blasien . . .	607.— „
Freiburg . . .	1804.69 „	Stockach	1453.75 „
Gengenbach . .	799.35 „	Tauberbischofs-	
Gernsbach . . .	170.55 „	heim	1710.— „
Heidelberg . .	1240.02 „	Triberg	521.16 „
Karlsruhe . . .	4291.47 „	Überlingen . . .	258.24 „
Kehl	602.93 „	Villingen	576.21 „
Kenzingen . . .	864.37 „	Waldkirch	283.99 „
Konstanz . . .	114.39 „	Waldshut	237.81 „
Lahr	3126.47 „	Walldürn	172.73 „
Lörrach	181.— „	Weinheim	1319.10 „
Mannheim . . .	18076.14 „	Wertheim	178.46 „
Messkirch . . .	211.94 „	Wiesloch	304.24 „
Mosbach	613.12 „	Wolfach	147.94 „

Baiern.

1. Oberbaiern. Kreisverein für die aus Strafanstalten und Arbeitshäusern Entlassenen in München mit folgenden 22 Bezirksvereinen: Aichach, Altötting, Bruck, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising (Bezirksamt), Friedberg, Laufen (St. Johannis-Verein), Laufen (Tittmoning), Miesbach, München (Stadt), München II (Wolfratshausen), Pfaffenhofen, Rosenheim (Stadt und Bezirksamt), Schongau, Schrobenhausen, Tegernsee, Tölz, Traunstein, Wasserburg, Weilheim.

Gesamtvereinsvermögen 133773 M

2. Kreisverein Niederbaiern zur Obsorge für die aus Strafanstalten und Arbeitshäusern entlassenen Angehörigen des Regierungsbezirks Niederbaiern in Landshut mit folgenden 21 Bezirksvereinen: Bogen, Deggendorf (Stadt und Bezirksamt), Dingolfing, Eggenfelden, Grafenau, Griesbach, Griesbach (Roththalmünster), Kötzing, Landau a. I., Landshut (Stadt), Landshut (Bezirksamt), Mallersdorf, Passau (Stadt und Bezirksamt), Pfarrkirchen, Regen, Rottenburg, Straubing (Bezirksamt), Viechtach, Vilsbiburg, Wegscheid, Wolfstein.

Gesamtvereinsvermögen 37750 M.

3. Pfalz* mit 4 Einzelvereinen. Gesamtvereinsvermögen 29254 M.

4. Oberpfalz* mit folgenden 22 Bezirksvereinen zur Obsorge für entlassene Sträflinge: Amberg, Beilngries, Beilngries-Riedenburg, Burglengenfeld, Cham, Eschenbach, Kennath, Kennath-Erbendorf, Nabburg, Neumarkt, Neustadt a. W. N., Neustadt a. W. N. in Weiden, Parsberg-Hanau, Parsberg, Regensburg (Stadt), Regensburg (Bezirksamt), Roding, Stadtamhof, Stadtamhof in Regenhaut und Waldmünchen.

Gesamtvereinsvermögen 2918 M.

5. Kreisverein Oberfranken St. Johannis-Zweigverein zur Vorsorge für entlassene Sträflinge und Polizeidetenten in Bayreuth mit folgenden 21 Bezirksvereinen: Bayreuth (Stadt), Bayreuth (Bezirksamt), Bamberg (Bezirksamt I), Bamberg (Bezirksamt II), Berneck, Ebermannstadt, Forchheim, Höchstadt a. A., Hof (Stadt), Hof (Bezirksamt), Kronach, Kulmbach (Distrikt Kulmbach), Kulmbach (Distrikt Thurnau),

Lichtenfels, Münchberg, Pegnitz, Rehau, Stadtsteinach, Staffelstein, Teuschnitz, Wunsiedel.

Gesamtvereinsvermögen 28231 M.

6. Kreisverein Mittelfranken* zur Obsorge für entlassene Sträflinge und Korrektionäre in Ansbach mit folgenden 21 Bezirksvereinen: Ansbach (Stadt), Ansbach (Amt), Dinkelsbühl, Eichstädt (Stadt), Eichstädt (Amt), Erlangen (Stadt), Erlangen (Amt), Feuchtwangen, Fürth (Stadt), Fürth (Amt), Zungenhausen, Hersbruck, Hilpoltstein, Neustadt a. N., Nürnberg (Stadt, Vereinsvermögen 18,327 M.), Nürnberg (Amt), Rothenburg a. I., Schwabach (Stadt), Uffenheim und Weissenburg.

Gesamtvereinsvermögen 44327 M.

Die Vereine Nürnberg (Stadt) und Fürth (Stadt) gehören dem deutschen Verbands an.

7. Unterfranken* mit folgenden 20 Bezirksvereinen: Kitzingen, Würzburg (Stadt), Aschaffenburg, Brückenau, Ebern, Gerolshofen, Hammelburg, Hassfurt, Karlstadt, Kissingen, Kissingen (Amt), Königshofen, Lohr, Marktheidenfeld, Mellrichstedt, Miltenberg, Obernburg, Ochsenfurt, Würzburg (Amt) in Unterfranken und Aschaffenburg.

Gesamtvereinsvermögen 48944 M.

8. Schwaben und Neuburg* mit folgenden 12 Bezirksvereinen: Augsburg, Dillingen, Donauwörth, Günsburen, Kaufbeuern (Stadt), Kaufbeuern (Land), Kempten, Mändelheim, Neuburg a. D., Neuburg a. D. in Rain, Nördlingen und Wertingen.

Gesamtvereinsvermögen 27841 M.

Braunschweig.*

Landesverein. Vereinsvermögen 1200 M.

Bremen.*

Fürsorgeverein. Vereinsvermögen 2600 M.

Hamburg.*

Fürsorgeverein für entlassene Gefangene. Vereinsvermögen: einige Tausend Mark und ein Haus.

Hessen-Darmstadt.

Der Verein zur Unterstützung und Besserung der aus den Strafanstalten Entlassenen im Grossherzogtum Hessen. Vereinsvermögen 3485 56 M. Mit folgenden 18 Kreisvereinen: Alsfeld, Alzey, Bensheim, Bingen, Büdingen, Darmstadt, Dieburg, Erbach, Friedberg, Giessen, Grossgerau, Heppenheim, Lauterbach, Mainz, Offenbach, Oppenheim, Schotten und Worms.

Lübeck.

Der Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und Verwahrloste. Vereinsvermögen?

Mecklenburg-Schwerin.*

Die Vereine in Schwerin* Vereinsvermögen 1580 M., Rostock* 2090.30 M.

Preussen.

1. Provinz Brandenburg: Berlin, Verein zur Besserung der Strafgefangenen, Vereinsvermögen 52796 89 M.; Brandenburg* mit einem Asyl; Frankfurt a. O.*, Fürsorge für verwahrloste Kinder; Potsdam, Vereinsvermögen etwa 2200 M.

2. Provinz Hannover: Hannoverscher Provinzialverein — mit 46 Bezirksvereinen, Vereinsvermögen 16256.41 M.; Bezirksverein Hannover, Vereinsvermögen 5169 M.; Celle.

3. Der Verein zur Fürsorge für strafrechtlich Verurteilte in den Hohenzollern'schen Landen in Sigmaringen*, Vereinsvermögen 21082 M.

4. Provinz Hessen-Nassau: Gefängnis-Verein Frankfurt a. M., Vereinsvermögen 114352 M.; Nassauischer Gefängnis-Verein in Wiesbaden mit 27 Agenturbezirken, Vereinsvermögen 13785.30 M.; Kassel, Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene im Regierungsbezirk Kassel, Vereinsvermögen 925.86 M.

5. Provinz Ostpreussen: Ostpreussischer Gefängnis-Verein in Königsberg*, Vereinsvermögen 9560.60 M.; Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene in Insterburg, Vereinsvermögen 1486.16 M.

6. Provinz Pommern: Der Verein für Gefangene in Stettin*.

7. Provinz Posen: Provinzialverein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene zu Posen, Vereinsvermögen 1070 M. Mit folgenden 27 Lokalvereinen: Birnbaum, Bromberg, Fordon, Fraustadt, Gnesen, Inowrazlaw, Kempen, Koschmin, Kosten, Lissa, Meseritz, Mogilno, Obornik, Ostrowo, Posen, Rawitsch, Schmiegel, Schneidemühl, Schrimm, Schroda, Schubin, Schwerin a. W., Tremessen, Witkowo, Wongrowitz, Wreschen, Wronke.

8. Provinzen Rheinland und Westphalen: Die Rheinisch-Westphälische Gefängnis-Gesellschaft in Düsseldorf mit 10500 M. Vereinsvermögen und folgenden Töchtergesellschaften: in Düsseldorf (2), Barmen-Elberfeld (2), Krefeld, Essen a. d. R. (Vereinsvermögen 2289.42 M.), Mülheim a. d. R., Duisburg, M.-Gladbach, Köln, Bonn, Poppelsdorf, Euskirchen, Koblenz, Düren, Erkelenz, Aachen, Bochum, Dortmund, Hagen, Siegen, Hamm, Kamen, Burgsteinfurt, Minden, Herford, Bielefeld, Iserlohn, Gütersloh, Rheydt, Mörs, Jülich, Sabernheim, Hattingen, Witten, Söst, Tecklenburg.

9. Provinz Sachsen: Gefängnis-Gesellschaft für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt in Halle a. S. Vereinsvermögen 20542.36 M. Mit folgenden 25 Einzelvereinen:

A. In der Provinz Sachsen: Gefängnisverein für Aschersleben und Umgegend; Evang. Gefängnisverein für die Diözese Calbe a. S.; Evang. Gefängnis-Hilfsverein Calbe a. S.; Erziehungsverein für verwahrloste Kinder im Kreise Eckartsberga zugleich Fürsorgeverein für entlassene Gefangene Cölleda; Gefängnisverein Erfurt, 6641 M. Vereinsvermögen; Gefängnisverein für den Landgerichtsbezirk Halberstadt; Gefängnisverein für die Stadt Halle a. S. und Giebichenstein; Verband der kirchlichen Parochial-Vereine Merseburg; Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene, Magdeburg; Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene, Mühlhausen i. Thür.; Kreis-Synodal-Verein Naumburg-Pforta zur Fürsorge für entlassene Gefangene, Naumburg a. S.; Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene, Neuholdensleben; Verein für freiwillige Armenpflege, Nordhausen; Gefängnisverein Schönebeck

a. E.; Zweigverein Stassfurt-Leopoldshall der Gefängnis-Gesellschaft für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, Stassfurt; Gefängnisverein Torgau; Zweigverein des Evang. Bundes Weissenfels, a. S.; Kreis-Synodal-Verband zur Fürsorge für entlassene Gefangene, Wittenberg a. E.

B. Im Herzogtum Anhalt: Kreis-Synodal-Verband zur Fürsorge für die aus Straf- und Korrekptionsanstalten entlassenen Sträflinge, Ballenstedt a. Harz; Rettungsverein Bernburg i. Anh.; Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene, Cöthen; Gefängnisverein für den Kreis Dessau; Gefängnisverein im Kreise Zerbst.

C. Im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt: Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

10. Provinz Schlesien: Direktorium des Provinzialvereins zur Besserung der Strafgefangenen in der Provinz Schlesien mit dem Sitz in Breslau, mit 22000 M. Vereinsvermögen und nachstehenden 18 Einzelvereinen: Evang. Fürsorgeverein für Straffentlassene in Breslau, 8871 M. Vereinsvermögen; Kathol. Fürsorgeverein für Straffentlassene in Breslau. Sodann die Lokal-Fürsorgevereine zu Beuthen O.-Sch., Brieg (3647 M. Vereinsvermögen), Cosel, Glogau, Görlitz (10000 M. Vereinsvermögen), Grossstrehlitz, Guhrau, Iandeshut, Leobschütz, Liegnitz, Neisse (4325 M. Vereinsvermögen), Öls, Oppeln, Pless, Sagan und Trebnitz.

11. Provinz Schleswig-Holstein-Lauenburg: Zentralverein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und Korrigenden der Provinz Schleswig-Holstein-Lauenburg mit dem Sitz in Kiel (2535 M. Vereinsvermögen) und folgenden Lokal-Fürsorgevereinen: Ahrensberg, Altona, Apenrade, Beidenfleth, Bordesholm, Burg, Elmshorn, Flensburg, Friedrichstadt, Glückstadt, Hadersleben, Husum, Itzehoe, Kelling, Kiel, Lügumkloster, Lütjenburg, Lunden, Marne, Niebüll, Pretz, Ratzeburg, Reinbeck, Reinfeld, Rendsburg, Schönberg, Segeberg, Sonderburg, Tönning, Toftlund, Uetersen, Wandsbeck, Wesselburen.

12. Provinz Westpreussen: Gefängnisverein in Danzig* (Vereinsvermögen 1842 M.).

Elsass-Lothringen.

Evangelischer Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene in Mülhausen i. E. (Vereinsvermögen 93 M.); Verein zur Fürsorge für die aus den Straf- und Besserungsanstalten Entlassenen für den Bezirk Unterelsass in Strassburg i. E. (Vereinsvermögen 54748 M.). Schutzverein zur Fürsorge für entlassene Gefangene in Kolmar und in Metz.

Sachsen.*

Eine Konferenz für Gefängniswesen als Zentralorgan; Vereine zur Fürsorge für Strafantlassene in Dresden (Vereinsvermögen 43482 M.), Leipzig (Vereinsvermögen 18200 M.) und Chemnitz (Vereinsvermögen 8885 M.).

Thüringische Staaten.

Die Thüringische Gefängnis-Gesellschaft in Waltershausen (Gotha) mit folgenden 5 Einzelvereinen: der Landesausschuss der Vereine für christliche Liebesthätigkeit zu Altenburg, der Verein zur Beaufsichtigung und Besserung entlassener Sträflinge zu Gera, der Verein für innere Mission zu Greiz, der Landesverein für innere Mission im Herzogtum Sachsen-Meiningen, der Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene im Herzogtum Gotha in Gotha.

Württemberg.

Der Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene im Königreich Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart, einem Vereinsvermögen von 80745 M. und folgenden 62 Bezirksvereinen: Aalen, Backnang, Balingen, Besigheim, Bibrach, Blaubeuren, Böblingen, Brackenheim, Calw, Cannstadt, Crailsheim, Ehingen, Ellwangen, Esslingen, Freudenstadt, Geildorf, Geisslingen, Gerabronn, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg, Horb, Kirchheim, Künzelsau, Laupheim, Leonberg, Leutkirch, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Mergentheim, Münsingen, Nagold, Neckarsulm, Neresheim, Neuenburg, Nürtingen, Oberndorf, Öhringen, Ravensburg, Reutlingen, Riedlingen, Rothenburg, Rottweil, Saulgau, Schorndorf, Spaichingen.

Stuttgart (Stadt), Stuttgart (Amt), Tettnang, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Urach, Vaihingen, Waiblingen, Waldsee, Wangen, Weinsberg und Welsheim.

England.

The Reformatory and Refuge Union in London (1856); seit 1877 Zentralorgan eines Verbandes, welchem im Jahre 1891 680 Vereine als Mitglieder angehört haben, darunter 480 für den Kinderschutz, 96 zur Fürsorge für Frauen, 85 für Strafantlassene, darunter the royal Society und die von St. James in London, der Schutzverein in Edinburg und die prison Gate mission in Dublin; ebenso der Verein für die Grafschaft Surrey (1893 = 1141 Schützlinge), 14 Vereine zur Bekämpfung des Alkoholismus und 5 für Nachtsyle. Mitgliederbeitrag 1 Pfund jährlich. Jährlicher Staatsbeitrag für die Gefangenschutz-Vereine 4000 Pfund.

Frankreich.

L'Union des Sociétés de patronage de France mit einem bureau central in Paris; place Dauphine 27 (2000 fcs. Staatsunterstützung). In Verbindung mit dem nationalen Verbands stehen in Paris: la Société générale pour le patronage des libérés (Sénateur Béranger), 1896 Ausgaben 112221 fcs.; Société centrale pour les libérés; Oeuvre du patronage des prévenus acquittés de la Seine, 1895 Ausgaben 6000 fcs.; Patronage de l'enfance et de l'adolescence et Maison de travail pour jeunes gens, 1022 Schützlinge im Jahr 1894; Oeuvre des libérées de St. Lazare, 17658 Frauen, Mädchen und Kinder in der Vereinsfürsorge im Jahre 1895; Oeuvre de préservation et de réhabilitation des jeunes filles de quinze à vingt-cinq ans; Patronage des détenus et libérés mit 2 Asylen in Paris; Société pour le patronage des jeunes détenus et des jeunes libérés du département de la Seine; La Société de protection des engagés volontaires élevés sous la tutelle administrative (Félix Voisin) mit 2080 Schützlingen; Société de Patronage des jeunes adultes détenus dans les prisons du département de la Seine.

In den Departements sind es die Sociétés de patronage des prisonniers libérés in Bordeaux (1894/95 = 414 patronnés);

l'oeuvre du relèvement moral et du patronage des libérées de Bordeaux (151 Frauen und Mädchen); Refuge de Nazareth, ebenda; ferner die Sociétés de patronage des libérés in Lyon (1895 = 1795 Schützlinge); Couzon, Rhône (1895 wurden 50 Schützlinge in das Asyl aufgenommen); Marseille (1895 = 600 Schützlinge); ebenda das Comité de défense des enfants traduits en justice (1895 = 170 Schützlinge); Toulouse, Rouen, Lille, Versailles (enfants délaissés), Nancy, Orléans (für Frauen), Besançon, Grenoble, Angers, Troyes, Laon, Tours (1895 = 48 Schützlinge), Chaumont, Avignon, Melun (seit 1. Oktober 1892 bis 31. Dezember 1895 = 3773 Schützlinge), Châlon sur Saône (431 engagés militaires in 2 Jahren), Laval (1895 = 59 Schützlinge), Valenciennes, Epinal, Bayonne und Aniane (Herault, für die Kolonie gleichen Namens). Schutzvereine bestehen auch für die Colonies agricoles des Douaires und de Mettray.

Holland.

Nederlandsch Genootschap tot Zedelijke Verbetering der Gevangenen in Amsterdam mit einem Zentralausschuss (Hoofdbestuur) und folgenden 33 Bezirksvereinen: Alkmar, Almeloo, Amsterdam, Appingedam, Arnheim, Assen, Breda, Delft, Deutchem, Deventer, Dortrecht, Enkhuizen, Goes, Gorinchem, s'Gravenhagen, Groningen, Haarlem, Herenveen, s'Hertogenbosch, Hoorn, Leeuwarden, Leiden, Middelburg, Montfoort, Nijmwegen, Rotterdam, Suck, Tiel, Utrecht, Zaandam, Zutfen und Zwolle. Vereinsvermögen 392700 fl.; keine Staatsunterstützung.

Italien.

Schutzvereine bestehen in Alessandria, Ancona, Aquila, Belluno, Benevento, Bergamo, Bologna, Brescia (Vereinsvermögen 33228.85 fcs.), Caserta, Cuneo, Florenz, Forti, Lodi, Mailand, Mantua (Vereinsvermögen 9202 fcs.), Modena, Padua, Pavia, Perusa, Rom, Rovigo, Salerno, Treviso, Turin, Varallo, Venedig und Vicenza.

Luxemburg.

Die vereinigten Gefängnis-Verwaltungs- und Armen-Kommissionen.

Österreich-Ungarn.**Österreich.**

Wien (Vereinsvermögen 84 540 fl.), Krems (Vereinsvermögen 10 718 fl.), Ried (Oberösterreich, Vereinsvermögen 1623 fl.), Marburg (Steiermark), Prag (Böhmen, Vereinsvermögen 25 974 fl.), Lemberg (Galizien, Vereinsvermögen 32 887 fl.).

Ungarn.

20 Vereine, darunter Buda-Pest (Staatsunterstützung 5000 fl.), Nagyvarad, Bras und Dées.

Russland.

Die Gefangenen-Schutzvereine in Kichinjew, Odessa, St. Petersburg und Moskau.

Der Gefängnisverein für Finnland in Helsingfors mit 8 Bezirksvereinen: Abo, Björneborg, St. Michel, Tammerfors, Tavastehus, Wasa, Wiborg und Willmanstrand.

Schweden.

Ein Landesverband (Centralfören) mit über 100 000 Kr Vermögen und mit folgenden 23 Provinzial-Vereinen:

Stockholm . . .	6461 Kr.	Vereinsvermögen.
Upsala . . .	16192	„ „
Södermanland . .	3624	„ „
Östergötland . .	8315	„ „
Norrköping . . .	4621	„ „
Jönköping . . .	6462	„ „
Kronoberg . . .	4534	„ „
Kalmar . . .	1316	„ „
Gotlands . . .	3519	„ „
Blekinge . . .	3065	„ „
Kristianstad . .	15871	„ „
Malmöhu . . .	11365	„ „
Halland . . .	3442	„ „
Göteborg . . .	4371	„ „
Vermland . . .	2700	„ „
Örebro . . .	10537	„ „
Vestmanland . .	3329	„ „

Kopparberg	3665 Kr.	Vereinsvermögen.
Gefle	1200 „	„
Vesternorrland . .	— „	„
Jemtland	1038 „	„
Vesterbotten . . .	3187 „	„
Norrbotten	712 „	„

Norwegen.

6 Schutzvereine für entlassene Gefangene in Christiania (für die Strafantlassenen aus den Strafanstalten dieser Stadt), in Christiania für die Strafantlassenen aus den Strafanstalten der Provinz; ebenso in Bergen, Frederiksstad, Larvick und Trondhjelm.

Schweiz.

Die interkantonale Vereinigung der Schweizerischen Schutzaufsichtsvereine, welcher als Mitglieder angehören die Vereine in Aargau, Appenzell (a. R.), Basel (Stadt), Basel (Land), Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Lausanne (Waadt), Neuchatel, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Zug. Ausserdem besteht seit 1894 in Luzern ein Schutzverein.

Spanien.

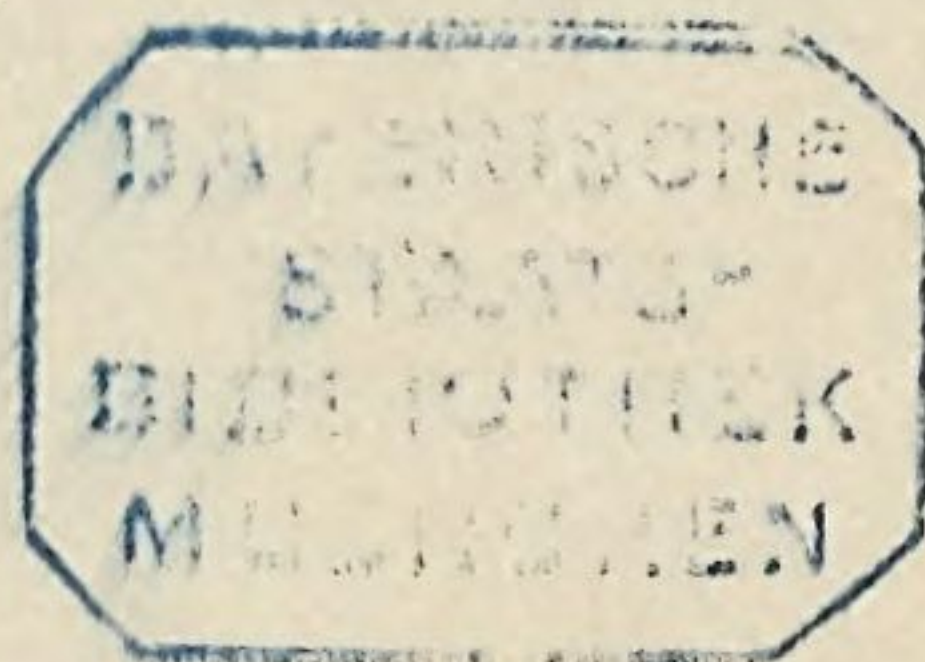
Der Schutzverein für entlassene Gefangene in Madrid.

Australien.

Schutzvereine bestehen in Brisbane (Queensland, Sitz des besteingerichteten Gefängnisses) und in Vittoria. Beide werden unterstützt durch die Heilsarmee.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

The National Prisons Association of the United States 1870 gegründet, welcher sofort 30 Vereine sich anschlossen, darunter die in Philadelphia (1776), Boston (1824), New-York (1844), Baltimore (Maryland, 1868), in den Staaten Californien, Connecticut, Illinois, Kentucky, Massachusetts, New-Hampshire, Ohio, Ontario (Canada), Rhode-Island, Virginia.



Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

ARCHIV
FÜR
**SOZIALE GESETZGEBUNG
UND STATISTIK.**

ZEITSCHRIFT
ZUR ERFORSCHUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSTÄNDE ALLER LÄNDER

IN VERBINDUNG MIT
EINER REIHE NAMHAFTER FACHMÄNNER DES
IN- UND AUSLANDES

HERAUSGEGEBEN VON
DR. HEINRICH BRAUN.

Jährlich erscheinen zwei Bände.

Preis des Bandes von je 6 Heften M. 12, bei postfreier Zusendung M. 13,20.

Zeitschrift
der
Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen.

Herausgegeben
von

Dr. Jul. Post,	Prof. Konrad Hartmann,
Geh. Ob.-Reg.-Rath und vortrag. Rath im Kgl. Pr. Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin,	Reg.-Rath und ständigem Mitglied des Reichs- Versicherungsamts, Berlin,

Prof. Dr. H. Albrecht,
Gross-Lichterfelde.

Neue Folge der Wohlfahrts-Korrespondenz.

Preis halbjährlich M. 6, bei postfreier Zusendung M. 6,50.

Schriften der Centralstelle
für
Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen.

- Heft 1. **Die Verbesserung der Wohnungen.** Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 25. und 26. April 1892 nebst Bericht über die mit derselben verbundene Ausstellung. Mit 208 Abbildungen im Text. Preis M. 8, geb. M. 9, postfrei je M. 0,30 mehr.
- Heft 2. **Die zweckmässige Verwendung der Sonntags- und Feierzeit.** Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 25. und 26. April 1892. Preis M. 2, postfrei M. 2,10.
- Heft 3. **Die Spar- und Bau-Vereine in Hannover, Göttingen und Berlin.** Eine Anleitung zur praktischen Bethätigung auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Preis M. 2,40, postfrei M. 2,50.
- Heft 4. **Hülf- und Unterstützungskassen. — Fürsorge für Kinder und Jugendliche.** Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 21. und 22. April 1893. Preis M. 3,60, postfrei M. 3,70.
- Heft 5. **Die Beschaffung von Geldmitteln für Baugenossenschaften.** Verhandlungen der Konferenz vom 9. Mai 1894. Preis M. 1,50, postfrei M. 1,60.
- Heft 6. **Das Sparkassenwesen in seiner Bedeutung für die Arbeiterwohlfahrt. — Die Reinhaltung der Luft in Fabrikräumen.** Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 7. und 8. Mai 1894. Preis M. 3, postfrei M. 3,10.
- Heft 7. **Die zweckmässige Einrichtung und Ausgestaltung der Krankenkassen. — Volksernährung.** Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 22. und 23. April 1895. Preis M. 6, geb. M. 7, postfrei je M. 0,30 mehr.
- Heft 8. **Die Verbreitung guten Lesestoffs.** Von Pastor Apel. Preis M. 2, postfrei M. 2,10.
- Heft 9. **Die Wohlfahrtspflege auf dem Lande.** Von Heinrich Sohnrey. Preis M. 4, postfrei M. 4,20.
- Heft 10. **Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Frage des Arbeitsnachweises. — Weibliche Hilfskräfte in der Wohlfahrtspflege.** Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 11. und 12. Mai 1896. Preis M. 2,40, postfrei M. 2,60.
- Heft 11. **Der Arbeitsnachweis.** Seine Entwicklung und Gestaltung im In- und Auslande. Dargestellt von Dr. F. Freiherrn von Reitzenstein, Kaiserlichen Bezirkspräsidenten a. D. Nach dem Tode des Verfassers herausgegeben von Dr. jur. Richard Freund. Preis M. 10, geb. M. 11,50, postfrei je M. 0,50 mehr.
- Heft 12. **Kommunale Wohlfahrtseinrichtungen. — Die planmässige Schwindsuchtsbekämpfung durch Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke.** Vorberichte und Verhandlungen der Konferenz vom 10. und 11. Mai 1897. Preis M. 3, postfrei M. 3,20.
- Heft 13. **Die Ländlichen Arbeiter-Wohnungen in Preussen.** Eine Umfrage von Dr. Ascher, Kgl. Kreiswundarzt in Bomst. Preis M. 3, postfrei M. 3,20.
- Heft 14. **Fünf Jahre praktisch-sozialer Thätigkeit.** Aus der Versuchstation der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Von Prof. Dr. H. Albrecht, Gross-Lichterfelde. Mit neun Abbildungen. Preis M. 1,20, geb. M. 1,50, postfrei je M. 0,10 mehr.

Drucksachen der Kommission für Arbeiterstatistik.

Folio-Format

Verhandlungen

Folio-Format

- No. 1 und 2. **Protokoll über die Verhandlungen vom 23. Juni bis 25. Juni 1892 und vom 3. Februar bis 10. Februar 1893.** Preis M. 1, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 3. **Protokoll über die Verhandlungen vom 30. Juni bis 3. Juli 1893.** Preis M. 0,60, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 4. **Protokoll über die Verhandlungen vom 14. Februar bis 20. Februar 1894 und die Vernehmung von Auskunftspersonen über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien.** Preis M. 1,30, postfrei 30 Pf. mehr.
- No. 5. **Protokoll über die Verhandlungen vom 23. und 27. Juni 1894.** Preis M. 1, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 6. **Bericht über die Erhebungen betr. die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien.** Preis M. 0,40, postfrei 10 Pf. mehr.
- No. 7. **Protokoll über die Verhandlungen vom 9. November bis 20. November 1894 und die Vernehmung von Auskunftspersonen über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe.** Preis M. 2, postfrei 30 Pf. mehr.
- No. 8. **Bericht über die Erhebung betr. die Arbeitszeit, Kündigungsfristen und die Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe.** Preis M. 0,80, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 8a. **Protokoll über die Verhandlungen vom 10. und 11. Dezember 1895.** Preis M. 0,60, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 9. **Protokoll über die Verhandlungen vom 13. und 14. März 1896.** Preis M. 0,30, postfrei 10 Pf. mehr.
- No. 10. **Protokoll über die Verhandlungen vom 14. bis 17. und 20. bis 21. April 1896 und die Vernehmung von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Kleiderkonfektion.** Preis M. 2, postfrei 30 Pf. mehr.
- No. 11. **Protokoll über die Verhandlungen vom 28. bis 30. April 1896 und die Vernehmung von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Wäschekonfektion.** Preis M. 0,80, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 11. Nachtrag. **Protokoll über die Verhandlungen vom 2. Juli 1896 und die Vernehmung von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Kleider- und Wäsche-Konfektion.** Preis M. 0,40, postfrei 10 Pf. mehr.
- No. 12. **Protokoll über die Verhandlungen vom 9. und 11. Januar 1897.** Preis M. 0,40, postfrei 10 Pf. mehr.
- No. 13. (Bericht). **Bericht über die Erhebung betreffend die Arbeitsverhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion.** Preis M. 0,30, postfrei 10 Pf. mehr.
- No. 14. **Protokoll über die Verhandlungen vom 29. November bis 1. Dezember 1897 und die Vernehmung von Auskunftspersonen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen.** Preis M. 0,80, postfrei 20 Pf. mehr.

Erhebungen

- No. 1 (vergriffen) und 3. **Erhebung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien. Veranstatet im September 1892.** Heft 1 M. 0,80, postfrei 20 Pf. mehr. Heft 3 (Fortsetzung) Preis M. 0,60, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 2 (vergriffen). **Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. Veranstatet im September und Oktober 1892.** Preis M. 1, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 4. **Erhebungen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen. Veranstatet im Sommer 1893.** Preis M. 0,80, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 5. **Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. 2. Theil.** Preis M. 1,20, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 6. **Erhebung über die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der Kellner und Kellnerinnen.** Preis M. 1,40, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 7. **Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. 3. Theil.** Preis M. 0,30, postfrei 10 Pf. mehr.
- No. 8. **Erhebung über die Arbeitszeit in Getreidemühlen. 2. Theil.** Preis M. 1, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 9. **Erhebung über die Arbeits- und Gehalts-Verhältnisse der Kellner und Kellnerinnen. 2. Theil. Nebst Ermittlungen betr. Küchenpersonal in Gast- und Schankwirthschaften.** Preis M. 1, postfrei 20 Pf. mehr.
- No. 10. **Zusammenstellung der Ergebnisse der Ermittlungen über die Arbeitsverhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion.** Preis M. 1, postfr. 20 Pf. mehr.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

H a n d b u c h
der
Praktischen Gewerbehygiene

mit besonderer Berücksichtigung der Unfallverhütung.

Unter Mitwirkung erfahrener Fachmänner herausgegeben
von

Professor Dr. H. Albrecht.

Mit 756 Figuren.

Preis M. 27, bei postfreier Zusendung M. 27,50,
in Halbleder gebunden M. 30, bei postfreier Zusendung M. 30,50.

Musterstätten
persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern
für ihre Geschäftsangehörigen

von

Dr. Jul. Post,

Geh. Ober-Reg.-Rath und vortragender Rath im Handelsministerium,
und

Professor Dr. H. Albrecht.

2 Bände mit vielen Abbildungen.

Preis M. 34, bei postfreier Zusendung M. 34,50,
gebunden M. 37,50, bei postfreier Zusendung M. 38.

Das Arbeiterwohnhaus.
Gesammelte Pläne von Arbeiterwohnhäusern
und Rathschläge zum Entwerfen von solchen.

Von

Professor Dr. H. Albrecht

und

Professor A. Messel,

Architekt und Lehrer an der Kgl. Kunstgewerbeschule in Berlin.

Mit 4 Figuren im Text und 12 Doppeltafeln.

In Mappe M. 10, bei postfreier Zusendung M. 10,50.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

Die Organisation des Handwerks

und die

Regelung des Lehrlingswesens

auf Grund des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897.

Erläutert von

Dr. F. Hoffmann,

Regierungs-Assessor im Ministerium für Handel und Gewerbe.

Zweite unveränderte Auflage.

In schmiegsamem Umschlag. Preis M. 2, bei postfreier Zusendung M. 2,20.

Ergänzungsheft.

In schmiegsamem Umschlag. Preis M. 1, bei postfreier Zusendung M. 1,10.

Die Gewerbeordnung

mit den

gesamten Ausführungsbestimmungen

für das Deutsche Reich und Preussen.

Erläutert von

Dr. F. Hoffmann,

Regierungs-Assessor im Ministerium für Handel und Gewerbe.

Taschen-Gesetzsammlung Nr. 36.

Preis geb. M. 4, bei postfreier Zusendung M. 4,20.

Taschenbuch des Gewerbe- und Arbeiterrechts

von

Georg Evert,

Regierungsrath.

Zweite umgearbeitete Auflage.

Preis geb. M. 1,60, bei postfreier Zusendung M. 1,70.

Handbuch des Gewerblichen Arbeiterschutzes.

Bearbeitet von

Georg Evert.

Regierungsrath.

Preis M. 6, geb. M. 7, bei postfreier Zusendung je M. 0,30 mehr.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.

Fuchs, Adolf

Die Gefangenen-Schutzthätigkeit und die Verbrechens-Prophylaxe

Berlin 1898

Pol.civ. 42 ns

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11883711-3